
UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 01566740 5



Der Fehlspruch von Versailles

Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke

Von

Oberst Bernhard Schwertfeger



Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H.
BERLIN

1

Vom gleichen Verfasser erschien vor kurzem:

Der „Tiger". Die Kriegsreden Clémenceaus. In deutscher Übersetzung herausgegeben und mit einer Einleitung versehen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1921.

Vom gleichen Verfasser sind bisher erschienen:

Das Treffen an der Göhrde (16. September 1813). Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1897.

Der Königlich Hannoversche Generalleutnant Frhr. v. dem Bussche-Ippenburg. Hannover, Hahnsche Buchhandlung, 1903.

Geschichte der Königlich Deutschen Legion. 2 Bde. Hannover, Hahnsche Buchhandlung, 1907.

Die Neugestaltung der Preußischen Armee in den Jahren 1807 bis 1812. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1909. Englische Übersetzung (General Staff, War Office) in den „Recent publications of military interest", Oktober 1910. Holländische Übersetzung 1911.

Die Kriegsgeschichte, ihr Wesen und ihre Bedeutung. Berlin 1909.

Die Preußische Artillerie von ihrer Neuformation 1809 bis zum Jahre 1815. (Urkundl. Beiträge und Forschungen zur Geschichte des Preußischen Heeres.) Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1909. (Generalstabswerk.)

Die Festung Hameln und ihre Kapitulation am 20. November 1806. Ein Beitrag zur Geschichte des Preußischen Heeres. Hannover, Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen, 1910.

Wellingtons Operationen von Vitoria bis Toulouse 1813/14. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1911.

Einzelstudien über den spanischen Krieg 1808—1814. Berlin, (Vierteljahreshefte für Truppenführung und Heereskunde) 1911—1914.

Die Strategie Friedrichs des Großen im siebenjährigen Kriege. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1913.

Das Preußische Heer der Befreiungskriege (Generalstabswerk). 3 Bände, Berlin, E. S. Mittler & Sohn. 1912, 1913, 1914 (1920).

Brialmont. Insel-Verlag (Belfried), 1917.

Zur Europäischen Politik. Unveröffentlichte (belgische) Dokumente. 5 Bände, Berlin 1919.

Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität. Berlin, Hans Robert Engelmann, 1919.

Der Irrtum des Marschalls Foch. Berlin, Reimar Hobbing, 1919.

Belgische Landesverteidigung und Bürgerwacht (garde civique) 1914, Berlin 1920.

Der Fehlspruch von Versailles

Deutschlands Freispruch aus belgischen Dokumenten 1871–1914

Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke

Von

Oberst Bernhard Schwertfeger

1 9 2 1

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8

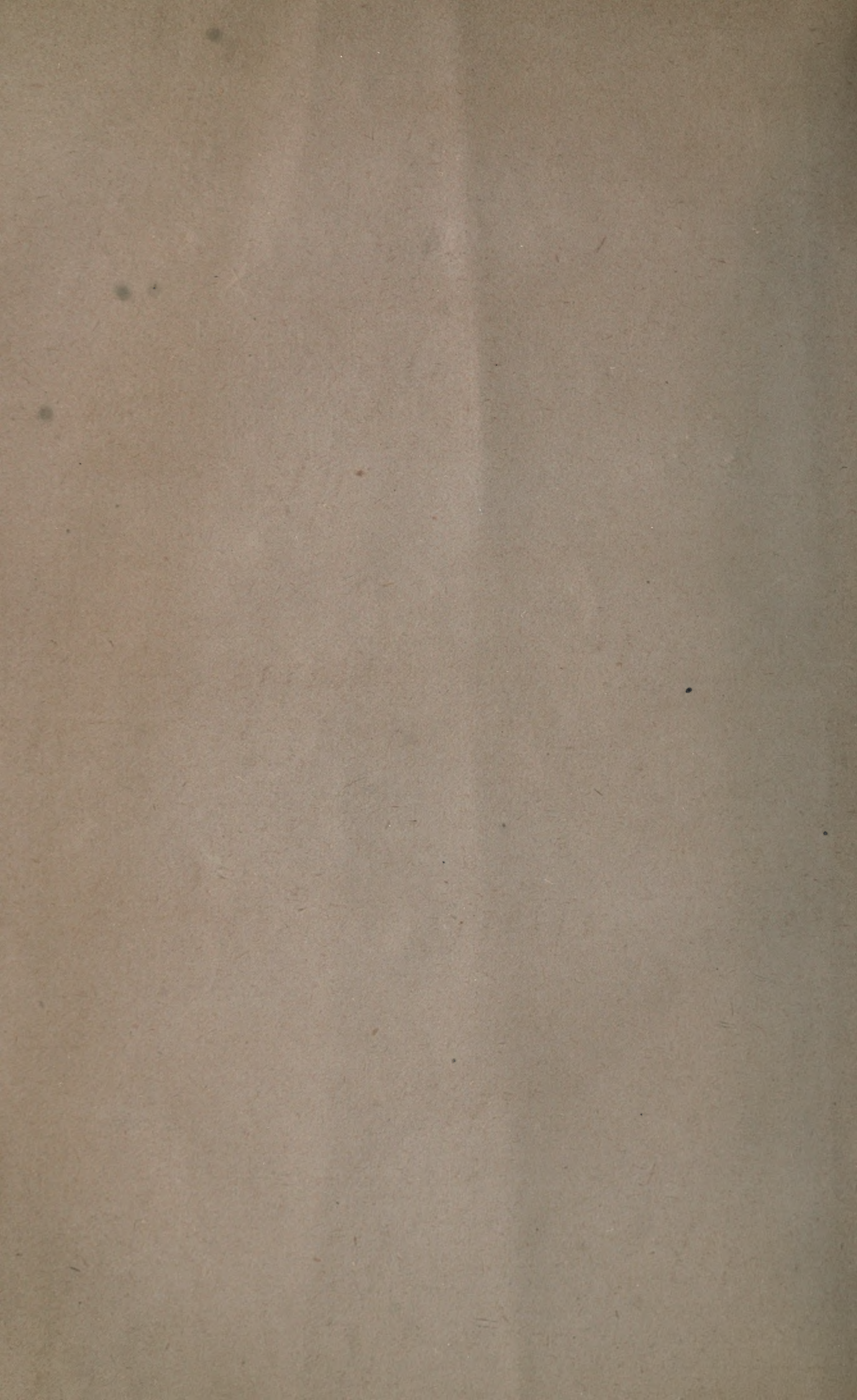
1. Auflage
1.—10. Tausend

Gedruckt in der Buchdruckerei der Landesaufnahme in Berlin S 59

„Deutschland braucht sich nur zu gedulden, braucht nur in Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht dauernd weiter zu steigern, braucht nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und Kampf in ganz Mitteleuropa zu herrschen.“

Baron Beyens an Davignon, Berlin, 12. Juni 1914





Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis VII
Zur Einführung IX

1871—1885 1
1886 7
1887 16
1888 31
1889 43
1890 50
1891 57
1892 71
1893 76
1894—96 81
1897 82
1898 84
1899 86
1900 89
1901 93
1902 99
1903 101
1904 106
1905 107
1906 118
1907 124
1908 133
1909 140
1910 144
1911 146
1912 151
1913 170
1914 194

Schlußwort 209
Nachschrift 212



Zur Einführung

Deutschlands Sache gilt dieses Buch, Deutschlands Sache in der Welt und daheim. Der Gewaltfrieden von Versailles baut sich auf der Voraussetzung auf, daß Deutschland und seine Bundesgenossen allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich seien. Diese Meinung gilt es in der Welt zu erschüttern, damit das deutsche Volk als ganzes wieder zu dem Ansehen gelangt, auf das es Anspruch hat. Wo aber findet sich ein Bundesgenosse in diesem Kampfe für Deutschlands Geltung in der Welt? Entwaffnet und durch die Wirkungen einer langjährigen Hungerblockade ebenso in seiner Widerstandskraft geschwächt wie durch die zersetzenden Folgen der Revolution steht es fast ohne jede Unterstützung vereinsamt da. Nur selten und zaghaft erhebt sich in den Siegerstaaten oder im neutralen Auslande eine Stimme für uns.

Dennoch stehen wir in dem Kampfe um die Schuldfrage nicht allein. Wir besitzen einen Bundesgenossen, den nur leider unsere eigenen Volksgenossen selbst noch kaum kennen. Die Berichte der belgischen Diplomaten während der Jahrzehnte vor dem Weltkriege bis in die Julitage des Jahres 1914 hinein zeugen für uns. Nicht darum handelt es sich bei ihnen, welches Land oder welcher Staatsmann für die Entwicklung der Dinge nach dem unseligen 28. Juni 1914, an dem der österreichische Erzherzog-Thronfolger mit seiner Gemahlin einem ruchlosen serbischen Anschlage zum Opfer fiel, die Verantwortung trägt; auch nicht darum, wer in den kritischen Tagen zwischen der Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien und dem Kriegsausbruche durch Handeln oder Unterlassung den blutigen Ausgang der Krisis herbeigeführt oder nicht verhindert hat. Nicht den Kriegsgrund, sondern die inneren Ursachen des Weltkrieges muß erkennen, wer über das Verschulden ganzer Völker abzuurteilen sich unterfängt. Das deutsche Volk als ganzes war um nichts schlechter als seine Weltkriegsgegner. Die unausführbar schweren Bedingungen des Versailler Diktatfriedens verlieren ihre einzige Grundlage, wenn es erwiesen wird, daß der Weltkrieg nicht einzig und allein Deutschland und seinen Verbündeten zur Last gelegt werden kann.

Die Berichterstattung der belgischen Diplomaten soll für uns zeugen. Schon als im Jahre 1915 das Auswärtige Amt eine — leider zeitlich und sachlich stark begrenzte — Auswahl von 119 Berichten der belgischen Gesandten in Berlin, London und Paris aus dem Zeitraume 1905—1914 herausgab[1]), wurde es deutlich, eine wie wertvolle Unterstützung uns in

[1]) Belgische Aktenstücke 1905—1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußeren in Brüssel. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt. Berlin, 1915. Verlag E. S. Mittler & Sohn.

dieser belgischen Berichterstattung für die Abwehr der Haßpropaganda der uns feindlichen Welt erwachsen war. Leider brachte die Beschränkung der Berichte auf nur drei Ursprungsorte, Berlin, London, Paris, und ihre — durch kaum ein böses Urteil getrübte — auffallend deutschfreundliche Grundrichtung die Veröffentlichung um den besten Teil ihrer Wirkung. Im Auslande wollte man in dem allen eine neue Hunnentücke erkennen und erklärte die Sammlung für tendenziös ausgesucht und daher wertlos.

Die von mir herausgegebenen, erst nach Abschluß des Weltkrieges erschienenen fünf Bände „Zur europäischen Politik" mit ihren über 600 Originalberichten und Zirkularen des belgischen Ministeriums des Äußeren[1]) bilden — weit über die erwähnte erste Veröffentlichung hinaus — für unseren heutigen Kampf um die Wiederherstellung des deutschen Ansehens wohl den politisch wertvollsten Bestandteil der deutschen Kriegstätigkeit im besetzten Belgien. Während fast alles in den viereinhalb Jahren der deutschen Besetzung dort Geschaffene als Anklage gegen Deutschland verwendet wird und für ungeheuerliche Rückerstattungsforderungen den Vorwand herleihen muß, spricht diese belgische Berichterstattung aus den Jahrzehnten vor dem Kriege eindringlich zu Deutschlands Gunsten. Wer aber in Deutschland hat sich mit ihrem Inhalte vertraut gemacht?

Die 1915 zunächst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" abgedruckten 119 Gesandtschaftsberichte wurden in Deutschland begierig aufgenommen und in der politischen Publizistik häufig verwendet. Zu Unrecht verwechselt man sie noch heute vielfach mit den auf Erweisung eines neutralitätswidrigen belgischen Verhaltens abzielenden Veröffentlichungen des Jahres 1914, die unter dem Sammelnamen der „Conventions anglo-belges" bekannt geworden sind und der deutschen Sache nur geschadet haben[2]). Die von mir herausgegebenen fünf Bände „Zur europäischen Politik" sind aber in Deutschland noch so gut wie unbekannt. Die Übersättigung des Publikums mit Weltkriegsbüchern und polemischen Erzeugnissen der verschiedensten Art hat mit dazu beigetragen. Es blieb so gut wie unbemerkt, daß die belgische Regierung gegen die Veröffentlichung der fünf Bände im April 1919 Einspruch erhob und bei dieser Gelegenheit die in Frage stehenden Schriftstücke als „politische Dokumente von höchster Wichtigkeit" bezeichnete.

---

[1]) Zur europäischen Politik 1897—1914. Unveröffentlichte Dokumente. In amtlichem Auftrage herausgegeben unter Leitung von Bernhard Schwertfeger. Bd. I. 1897—1904. Zweibund, Englisch-deutscher Gegensatz. (Bearbeitet von Dr. Wilhelm Köhler.) Bd. II. 1905—1907. Marokko-Krisis, König Eduard VII. (Bearbeitet von Oberst B. Schwertfeger.) Bd. III. 1908—1911. Bosnische Krise — Agadir — Albanien. Bd. IV. 1912—1914. Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen. (Bd. III und IV bearbeitet von Professor Dr. Alfred Doren.) Zur europäischen Politik, Bd. V. Revanche-Idee und Panslawismus. Belgische Gesandtschaftsberichte zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes. (Bearbeitet von Dr. Wilhelm Köhler.)

[2]) Vergl. Bernhard Schwertfeger. Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin, 1919.

Deutscherseits wurde damals amtlich erwidert, es handele sich allerdings um Dokumente von „unschätzbarem Wert“, weil in ihnen die Schuldfrage am Kriege tendenzlos beleuchtet werde. In normalen Zeiten hätte ein derartiger Notenaustausch großes Aufsehen gemacht und das allgemeine Augenmerk auf diese politische Verteidigungswaffe gelenkt. In Deutschland lernte man sie nicht kennen, im Auslande schwieg man sie aus guten Gründen tot.

Die Frage ist aufgeworfen worden, warum die Veröffentlichung der in den fünf Bänden „Zur europäischen Politik“ enthaltenen Schriftstücke nicht früher erfolgt ist. Von dem Zeitpunkte an, wo ich mich in Brüssel von der politischen und historischen Tragweite der belgischen Gesandtschafts-Rundschreiben persönlich überzeugen konnte — Frühjahr 1917 —, habe ich mich mit allem Nachdruck für ihre sofortige Bekanntgabe eingesetzt. Mich leitete dabei die Überzeugung, daß niemand in der Welt sich der fast übereinstimmenden Beurteilung der europäischen Politik vor Ausbruch des Weltkrieges seitens der belgischen Diplomatie zu entziehen vermöge, zumal in den amtlichen Zirkularen des belgischen Außenministeriums der abgeklärte Standpunkt der Behörde erkennbar wird, und alle auf persönlicher Übertreibung, Zustimmung oder Abneigung fußenden Urteile gemildert erscheinen oder ausgelassen sind. Leider gelang es mir erst im Sommer 1918, die Veröffentlichung des seit geraumer Zeit bereitgestellten Materials zu erreichen. Die belgischen Dokumente wurden im vollen französischen Wortlaute mitgeteilt, jedem der fünf Bände zusammenfassende Übersichten in deutscher Sprache, bearbeitet von den Herren Professor Dr. Alfred Doren, Dr. Wilhelm Köhler und dem Herausgeber, vorangestellt. Die fünf Bände „enthalten ein erdrückendes Material für die Feststellung der Ursachen des Weltkrieges“[1]). „Es sind Quellen, deren hoher geschichtlicher und politischer Wert außer Zweifel steht“[2]). Sie enthalten aber nichts über eine belgische „Schuld“ gegenüber Deutschland und stehen in keinem — wie immer gearteten — Zusammenhange mit den 1914 erfolgten Veröffentlichungen über die sogenannten „Conventions anglo-belges“, die ich verwerfe, stützen sich vielmehr ausdrücklich auf die neutrale Gewissenhaftigkeit und Glaubwürdigkeit der belgischen Diplomaten[3]). Daß man

[1]) H. von Kuhl (General d. Inf. a. D.). Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges. 2. Auflage. Berlin, E. S. Mittler, 1920. Seite 99.

[2]) Prof. Dr. J. Hashagen, Bonn. „Neue belgische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Weltkrieges.“ (Nr. 18 der „Deutsche Stimmen“ vom 2. 5. 1920.)

[3]) Während der Drucklegung des Gesamtwerkes kam mir zum ersten Male die Schrift des Dr. Richard Grelling „Belgische Aktenstücke“ (Verlag Payot & Co., Lausanne, 1918) zu Gesicht. Der Verfasser der Deutschland aufs Schwerste belastenden Schriften „J'accuse“ und „Das Verbrechen“ (3 Bände) bekämpft die deutsche Propaganda aus belgischen Dokumenten mit allen Mitteln. Ich verweise auf die Nachschrift, in der ich zu Grellings Ausführungen Stellung nehme, und betone, daß für mich keine Veranlassung vorlag, an meinem Werke auch nur eine Zeile zu ändern.

in Belgien diese Dinge durcheinander wirft und in mir — zumal nach dem Erscheinen meines Buches über die Grundlagen des Franktireurkrieges 1914 in Belgien[1]) — den Hauptschuldigen für die deutsche Kriegspropaganda gegen Belgien entdeckt zu haben glaubt[2]), muß ich ebenso ertragen, wie die gelegentlichen, auf Unkenntnis beruhenden Mißverständnisse über die Linie meines Wirkens in Deutschland.

Allerdings war die Wirrnis der auf den Weltkrieg folgenden Zeit der Ausnutzung der fünfbändigen belgischen Veröffentlichung in deutschem Sinne nicht günstig. Auch boten sicherlich der große Umfang des Werkes und der französische Text der zahlreichen Anlagen vielen Lesern ernste Schwierigkeiten. Eine deutsche Auswertung in nur deutscher Sprache war geboten, und ich lege sie hiermit vor. Ich durfte mich dieser Arbeit um so weniger versagen, als ich erkannte, daß auch mancher innerpolitische Hader der Gegenwart, der jetzt viele Deutsche ihren Stammesgenossen in bitterer Feindschaft gegenüberstellt, durch eine unanfechtbar objektive Darstellung der Vorkriegspolitik gemildert werden kann. Die kurze Zusammenfassung des gewaltigen Stoffes und die häufig gebotene wörtliche Festhaltung längerer Stellen in der abgewogenen, gleichmäßigen Sprache der europäischen Diplomatie boten der Bearbeitung nicht unerhebliche Schwierigkeiten, die ich bei der Beurteilung des Ganzen zu berücksichtigen bitte. Im besonderen ist zu beachten, daß die zurückhaltende Vorsicht der belgischen Diplomaten bei der Abgabe von Urteilen in unbestimmten Redeformen wie: „Ich glaube, feststellen zu sollen", oder „Ich glaube, darin die Absicht erblicken zu dürfen", zum Ausdruck kommt. Diese Unbestimmtheiten mußten trotz ihrer etwas ermüdenden Gleichförmigkeit in meine Darstellung mit übernommen werden, wenn das Ganze ein getreues Abbild der belgischen Berichterstattung sein sollte. Nicht Neigung, sondern Pflicht haben mir hierbei die Feder geführt.

Der Versuchung, alle in den angezogenen Berichten behandelten oder auch nur erwähnten weltgeschichtlichen Ereignisse meinerseits in einer zusammenhängenden Darstellung vor dem Leser auszubreiten, mußte ich Widerstand leisten. Einmal hätte eine solche Behandlungsart den Umfang des Buches in unerwünschter Weise vergrößert. Sodann aber — und das ist das Ausschlaggebende — wäre der den belgischen Gesandschaftsberichten eigentümliche Charakter und Wert dadurch vielleicht beeinträchtigt worden. War es doch ein Haupt-

---

[1]) „Belgische Landesverteidigung und Bürgerwacht (garde civique) 1914." Berlin 1920.

[2]) „Etoile belge" vom 18. April 1920 geht soweit, von „le mensonge organisé qui a perdu l'Allemagne" zu sprechen. Der Brüsseler „Soir" vom 28. Juli 1920 gestattet sich, in völliger Unkenntnis des Gesamtproblems meine Arbeiten wie folgt zu kennzeichnen: „La caractéristique des articles de Schwertfeger, c'est une apparence de modération, laquelle lui permet d'écrire les plus ignobles mensonges, les plus grandes énormités, sans éveiller la méfiance des lecteurs allemands."

grundsatz des belgischen diplomatischen Auslandsdienstes, nicht über „tatsächliche Neuigkeiten im eigentlichen Sinne“ zu berichten, über die der Telegraph jedermann verständigte, sondern über „die Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit“, von denen der Friede Europas abhing[1]). Die Kenntnis der weltgeschichtlichen Vorgänge in den letzten Jahrzehnten in großen Linien mußte daher als bekannt vorausgesetzt werden. Trotzdem hoffe ich, daß die inneren Zusammenhänge der Ereignisse hinreichend klar zutage treten.

Es darf keinen Denkenden in Deutschland geben, der den Inhalt der belgischen Dokumente sich nicht zu eigen macht. Jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau muß erfahren, wie man v o r dem Kriege über uns gedacht hat, die wir jetzt, gedemütigt und widerstandsunfähig, der Willkür unserer Gegner preisgegeben sind.

Alle geistigen Kräfte Deutschlands müssen dem Kampfe um das Wiederaufnahmeverfahren in der Schuldfrage dienen. Dafür ist es notwendig, die Fäden der weltgeschichtlichen Zusammenhänge zu entwirren, die schließlich den Weltkrieg heraufgeführt haben. Je weniger Glaubwürdigkeit allen deutschen Veröffentlichungen zurzeit in der Welt beigemessen wird — ein Zustand, der nicht andauern darf —, um so nachdrücklicher müssen wir darauf hinweisen, daß es die Gesandten eines zu unparteiischer Stellungnahme verpflichteten kleinen, aber im allgemeinen diplomatisch ausgezeichnet vertretenen Staates gewesen sind, die in ihren Berichten immer wieder auf die schweren Gefahren der politischen Entwicklung Europas und auf die hohe Wahrscheinlichkeit eines in absehbarer Zeit ausbrechenden Krieges nachdrücklich hingewiesen haben. Bis in die Sommertage des Schicksalsjahres 1914 hinein hat kaum einer von ihnen in Deutschland die Hauptgefahr für den europäischen Frieden erblickt. Vielmehr lassen sie alle erkennen, daß sie von der französischen Revanchepolitik, vom russischen Panslawismus, von der Verstrickung der Donaumonarchie in die Wirrnisse der Entwicklung auf dem Balkan und von der Einkreisungspolitik König Eduards VII. und ihren Folgewirkungen alles Unheil für die Zukunft erwarteten. Deutschland aber wird es wiederholt bestätigt, daß sein Kaiser sich stets für die Erhaltung des Friedens eingesetzt habe, daß es nur in Ruhe die weitere Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht und seiner starken Volksvermehrung abzuwarten brauche, um widerspruchslos und ohne Kampf in Mitteleuropa zu herrschen. Von einer kriegerischen Auseinandersetzung — das ist der Hauptsinn der belgischen Berichterstattung — hatte Deutschland nichts zu erhoffen.

---

[1]) Schreiben des Generaldirektors der politischen Abteilung im belgischen Außenministerium Arendt vom 17. März 1897 an den belgischen Minister des Äußeren. Vgl. „Zur Europäischen Politik“, Bd. 1—4, Vorwort, S. V.

Der Tag muß kommen, wo Deutschlands Politik während der vergangenen Jahrzehnte in aller Welt wieder gerechtere Würdigung findet, wo die Nebel des Irrtums sich zerteilen und auch der in einem Kampfe ohnegleichen Unterlegene dem Verständnisse der Mitlebenden wieder begegnet. Das walte der Geist der Gerechtigkeit, ohne den das menschliche Wirken Sinn und Ziel auf ewig verlieren müßte!

Bad Pyrmont, Haus Damköhler, den 18. Januar 1921

Oberst B. Schwertfeger

Der Fehlspruch von Versailles

Zur Beachtung

In meinem Texte sind die diplomatischen Vertreter Belgiens der Einfachheit wegen meist als Gesandte bezeichnet worden. Nicht in jedem Einzelfalle konnte festgestellt werden, ob der Berichtende wirklich der Gesandte oder vielleicht nur ein vorübergehender Stellvertreter war. Belgien unterhielt Gesandschaften in Athen, Belgrad, Berlin*, Bern*, Bukarest, im Haag*, Kairo, Konstantinopel*, Kopenhagen, Lissabon, London*, Luxemburg, Madrid*, Mexiko, Paris*, Peking*, Petersburg*, Rio, Rom (Quirinal)*, Rom (Vatikan), Stockholm, Tanger, Teheran, Tokio*, Washington*, Wien*. Den mit einem Stern bezeichneten Gesandtschaften war je ein Legationsrat beigegeben, in Bern vorübergehend. An den wichtigeren Plätzen befanden sich außerdem Legationssekretäre. In unserer Sammlung kommen auch einige belgische Generalkonsuln zu Worte, deren Belgien z. B. in Moskau, Sofia, Tanger und Tunis unterhielt. In Calcutta (vgl. Bd. III, S. 176 ff.) war Belgien nur durch einen Konsul vertreten.

Jedem ehrlichen Menschen, dessen Augenmaß nicht durch politische Leidenschaft oder durch persönlichen Haß beeinträchtigt ist, dürfte es einleuchten, daß man zur Erkenntnis der tieferen Ursachen des Weltkrieges nicht etwa nur die kritischen Tage von der Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien ins Auge fassen, sondern um Jahrzehnte zurückgehen muß. Nicht die akute Krisis, sondern den schleichenden Krankheitsprozeß gilt es zu erkennen, der das politische Leben Europas seit langem durchseucht hatte, um schließlich mit elementarer Gewalt alle Möglichkeiten friedlicher Weiterentwicklung zu zerstören. Bis in das Jahrzehnt nach dem deutsch-französischen Kriege müssen wir daher an der Hand der belgischen Urkunden zurückgehen.

Lassen wir uns zunächst durch die belgischen Diplomaten über die Entstehung des Zweibundes und die ihn von vornherein bestimmenden politischen Grundlagen unterrichten. Was haben sie uns von einer deutschen „Schuld“ an dieser Entwicklung zu sagen?

1871–1885

(Zur Vorgeschichte des Zweibundes.)

Auf den Schlachtfeldern Böhmens gewann 1866 Preußen zugleich mit der Vorherrschaft in Deutschland den Neid des um seine eigene Machtstellung besorgten Frankreichs. Als es vier Jahre darauf den geeinigten deutschen Stämmen gelang, das westliche Kaiserreich zu zertrümmern und ein starkes Deutschland in der Mitte Europas zu errichten, schlug der Rückerwerb Elsaß-Lothringens der Eigenliebe des französischen Volkes eine tödliche Wunde, die sich nie ganz geschlossen hat. Clémenceau, der Protestler von Bordeaux, hat es noch erleben dürfen, daß das Urteil der Weltgeschichte von 1871 revidiert wurde. Hierzu bedurfte Frankreich der Unterstützung fast der ganzen Welt, nicht nur des Zweibundgenossen, den es Jahrzehnte hindurch für die Stunde der kommenden Abrechnung unter größten Opfern umworben hatte, und der seit dem Berliner Kongreß auch seinerseits eine Revanche von Deutschland zu fordern sich berechtigt wähnte. —

So etwa stellt sich der rückwärts gerichteten Betrachtung das Problem des Kriegsursprungs im großen dar. Hat nun Deutschland in der geschilderten Entwicklung eine strafbare und Wiedergutmachung erheischende Schuld auf sich geladen? Diese Frage ist von unseren Geg-

nern im sogenannten Friedensvertrage von Versailles einseitig zu unseren Ungunsten beantwortet worden. Versuchen wir es zu erkennen, was die Berichte der belgischen Gesandten in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege zur Frage der deutschen „Schuld“ zu sagen wissen. Sie waren zu leidenschaftsloser Beurteilung verpflichtet, und man kann dem belgischen Ministerium des Äußeren die Anerkennung nicht versagen, daß es in den Anweisungen an seine Auslandsvertreter stets diesen Gesichtspunkt nachdrücklich hervorgehoben hat.

Während der Jahre seiner Vereinsamung nach dem Kriege war Frankreich hauptsächlich mit seinem inneren Wiederaufbau und mit dem Abschlusse seiner Grenzen gegen Deutschland beschäftigt. Der Gedanke einer „nützlichen“ Bundesgenossenschaft mit Rußland ist aber schon in den siebziger Jahren in Frankreich zutage getreten und belgischerseits nach Brüssel gemeldet worden. Ein Beweis für viele ist, daß der belgische Gesandte in London, Baron Solvyns, schon 1877 bei Besprechung der Konferenz von Konstantinopel es Frankreich bezeugt, seine Haltung erkläre sich aus seinen Gedanken an Revanche und aus seiner Hoffnung, früher oder später an Rußland einen nützlichen Bundesgenossen zu finden. Damals schon suchte es sich Rußland gefällig zu erweisen und die damals engen gegenseitigen Beziehungen der drei Kaiserreiche Deutschland, Rußland und Österreich nach Möglichkeit zu lockern[1]).

Erst mit Charles de Freycinet, der im Dezember 1879 in seiner reichbewegten politischen Laufbahn erstmalig Ministerpräsident und auswärtiger Minister wurde, kam nach seinem eigenen Eingeständnis in seinen Lebenserinnerungen „Zusammenhang und Methode“ in die französischen Annäherungen an Rußland[2]). Schon Freycinets Vorgänger im Außenministerium, Waddington, hatte dem Gedanken Ausdruck geliehen, Rußland sei vielleicht einer Annäherung geneigt, aber Bismarck stehe jedem Versuche eines derartigen Zusammenschlusses argwöhnisch beobachtend gegenüber; drohe ein Vertrag zwischen den beiden Staaten, so könnte sich Bismarck zur Eröffnung der Feindseligkeiten entschließen. Darauf wollte es Frankreich einstweilen noch nicht ankommen lassen. Die Versuche kamen — auch nach den unverbindlichen Annäherungsvorschlägen des russischen Botschafters zu Paris, Fürsten Orloff, im Frühjahr 1880 — über die Aufstellung gewisser Richtlinien französischerseits nicht hinaus. Für sie galt, wie für die französische Revanche überhaupt, als Regel, immer daran zu denken, nie davon zu sprechen, inzwischen aber alle Gelegenheiten wahrzunehmen, die der Annäherung beider Länder förderlich zu sein versprachen. Das schien um so aus-

[1]) London, 15. Januar 1877 (Bd. V, S. 9). Hier wie weiterhin beziehen sich die Hinweise auf meine fünfbändige Veröffentlichung: „Zur Europäischen Politik. Unveröffentlichte Dokumente. In amtlichem Auftrage herausgegeben unter Leitung von Bernhard Schwertfeger“. Berlin 1919.

[2]) Vgl. hierüber die treffenden Darlegungen des Dr. Wilhelm Köhler in Band V meiner Publikation: Zur Europäischen Politik, „Revanche-Idee und Panslawismus“, S. 8ff.

sichtsreicher, als auch Rußland zu verschiedenen Zeiten der Republik weit entgegenkam. So berichtete Baron Nothomb, damals belgischer Gesandter zu Berlin, am 6. März 1880[1]) nach Brüssel, die russisch-französische Allianz sei fortwährend das große Schreckgespenst; man glaube sogar, daß Rußland der Republik im Sommer 1879 formelle Vorschläge gemacht habe. Aber damals schon fügt Nothomb hinzu, man irre sich, wenn man glaube, Frankreich habe sich mit dem Verluste seiner Vormachtstellung, die es seit Ludwig XIV. besaß, endgültig abgefunden. Deutschland sei ein Emporkömmling und Frankreich zurzeit in Verfall geraten; es habe verzichtet, aber nur scheinbar, und halte diesen Zustand nicht für endgültig.

In Rußland begann etwa zu gleicher Zeit der Grundgedanke des Panslawismus deutlicher in die Erscheinung zu treten. Vom Jahre 1882 an — also zu einer Zeit, wo Freycinet von der Leitung der französischen Politik eben wieder zurücktrat — nimmt der Panslawismus Formen an, die, erwachsen aus der Kraft einer innerrevolutionären Bewegung, „zur großen Gefahr der Beziehungen Rußlands zu seinen Nachbarn und des europäischen Friedens nach außen wirksam zu werden suchen". In diesem Sinne betätigte sich wiederholt der russische General Skobeleff, so daß der belgische Gesandte in Berlin sich veranlaßt fühlte, in einem Berichte vom 23. Februar 1882 den Hauptinhalt einer in Berlin stattgehabten Unterredung Skobeleffs mit seinem Freunde, dem Maler Wereschtschagin, wiederzugeben und dabei das eben erwähnte Urteil auszusprechen[2]). Auch in späteren Berichten, so vom 10. März 1882[3]), hebt er die Gefahr der panslawistischen Bewegung eindringlich hervor. Sie bestrebe sich mit Energie, sich zu einer allmächtigen nationalen Partei zu organisieren, greife zur Verhetzung der Massen, deren religiösen Fanatismus und Rassenvorurteile sie gegen das Ausland aufzurühren strebe. Graf Ignatieff habe sich zum Führer dieser Partei aufgeworfen, die bestrebt sei, die Herrschaft über die autokratische Macht des Kaisers und die Leitung der Außenpolitik Rußlands zu gewinnen.

Nach einem früheren Berichte (vom 3. März 1882) sollte es dem Grafen Ignatieff bereits gelungen sein, den Zaren davon zu überzeugen, daß er im Panslawismus sichere Mittel finden würde, um die Gefahren des Nihilismus zu bannen[4]). Ob der Monarch sich von diesen Gedankengängen restlos hat überzeugen lassen, bleibt nach einem Berliner Berichte vom 22. April 1882, der die völlige Zurückhaltung des Zaren hervorhebt, allerdings zweifelhaft[5]).

Eines aber ist ganz deutlich erkennbar und wird auch von den belgischen Diplomaten immer wieder hervorgehoben, daß nämlich die Ergebnisse der Berliner Konferenz von 1877 in ganz Rußland als eine diplo-

---

[1]) Berlin, 6. März 1880 (Bd. V, S. 8).
[2]) Berlin, 23. Februar 1882 (Bd. V, S. 34/35).
[3]) Berlin, 10. März 1882 (Bd. V, S. 35).
[4]) Berlin, 3. März 1882 (Bd. V, S. 35).
[5]) Berlin, 22. April 1882 (Bd. V, S. 35).

2*

matische Niederlage des Zarenreiches gewertet worden waren. Für den Panslawismus und die ehrgeizigen Männer, die sich seiner für ihre Zwecke zu bedienen wußten, war es eine auf die Psyche der russischen Massen ausgezeichnet berechnete Maßregel, die Bismarcksche Politik als die Hauptursache jener russischen Niederlage hinzustellen. So berichtet der belgische Gesandte zu Berlin am 17. März 1882: „Deutschland darf sich nicht verhehlen, daß der Panslawismus in dem Vertrage von Berlin eine Niederlage erblickt, daß er daran arbeitet, sich dafür eine Revanche zu schaffen.“ Graf Ignatieff sei der Vertreter dieser deutschfeindlichen Politik[1]).

Einen Monat später berichtet der belgische Gesandte aus der deutschen Reichshauptstadt, daß in Berlin immer mehr die Meinung aufkomme, ein Krieg mit Rußland sei fast unvermeidlich, wenn er auch infolge der Verehrung des Zaren für seinen 85 Jahre alten Großonkel vielleicht vorläufig noch aufgeschoben werde. Die finanzielle Lage Rußlands sei zu schwierig und die Verlegenheiten seiner inneren Politik zu groß; das mache sich der Panslawismus zunutze, errege deshalb den Rassenfanatismus und wolle einen Krieg herbeiführen, von dem er die soziale und politische Wiedergesundung des Reiches erwarte. Diese Gedankengänge seien durch die Reden des Generals Skobeleff, zu denen Fürst Gortschakoff, der Minister des Äußeren, seine Zustimmung gegeben habe, aller Welt offenbar geworden. An einem Kriegsgrunde könne es niemals fehlen. Rußland werde ihn in Konstantinopel oder irgendwo auf dem Balkan zu jeder ihm genehmen Zeit finden[2]).

Daß die Lage der Dinge auf dem Balkan schon damals ungewöhnlich große Gefahren für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens barg, wird von dem belgischen Gesandten zu Wien zu etwa gleicher Zeit mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht. Ihm scheint ein Krieg zwischen Österreich und Rußland auf die Dauer fast ebenso unvermeidlich, wie es der französisch-deutsche Krieg gewesen sei: „Die Haltung Österreichs auf der Balkanhalbinsel läßt nur allzuviele Zusammenstöße und Verwicklungen zwischen diesem Reiche und den benachbarten slawischen Staaten voraussehen. Die österreichische Herrschaft über Bosnien läßt sich nur befestigen, wenn es tatsächlich eine Vorherrschaft auch über Serbien und Montenegro ausübt. Aber könnte Rußland diese österreichisch-ungarische Hegemonie über slawische Bevölkerungen zulassen, ohne seiner herkömmlichen Mission untreu zu werden? Es ist schwer einzusehen, wie eine dauerhafte Übereinstimmung zwecks endgültiger Lösung des orientalischen Problems geschaffen werden könnte.“[3]) — Dieser Gegensatz zwischen den beiden Kaiserreichen Osteuropas hat schließlich 1914 den Weltkrieg entfesselt. Deutschland aber war mit seinem Bundesgenossen auf Leben und Tod zusammengeschweißt! —

---

[1]) Berlin, 17. März 1882 (Bd. V, S. 36).
[2]) Berlin, 22. April 1882 (Bd. V, S. 36).
[3]) Wien, 2. März 1882 (Bd. V, S. 37).

Während in Paris der schnelle Wechsel der Ministerien nur dazu beitrug, dem Zaren eine nähere Verbindung mit Frankreich unmöglich oder jedenfalls unsympathisch erscheinen zu lassen, während anderseits der zu einer deutsch-freundlicheren Politik neigende Jules Ferry an Freycinets Stelle getreten war, aber unter dramatischen Umständen im März 1885 bereits seinem Vorgänger wieder Platz machen mußte, brachte am 18. September 1885 Alexander von Battenberg durch die Besetzung Philippopels und die eigenmächtige Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien den europäischen Frieden in schwere Bedrängnis. Das Wiederansteigen der nationalistischen Strömung in Frankreich leitete eine neue Gefahrszone ein, die sich jetzt in ihrer ganzen Schwere in Südosteuropa enthüllte. „Ein neuer Abschnitt in der französischen Geschichte hatte begonnen; denn Ferrys Ende mußte auf lange hinaus eine warnende Mahnung für seine Nachfolger sein. Die Nation hatte den als Verräter und ‚Preußen' gebrandmarkt, dessen Politik als Anerkennung des Frankfurter Friedens aufgefaßt werden konnte."[1]) „Die Revanche-Idee ist wiedererstanden, breitet sich aus. Es bildet sich eine Strömung, die breiter und breiter, mächtiger und mächtiger wird. Niemand weiß, welche Richtung sie nehmen wird; aber sie ist deshalb um so gefährlicher, und man wird mit ihr rechnen müssen."[2]) Im Westen Deutschlands also, verbunden mit dem Gefühle der Wiedererstarkung Frankreichs, ein bedenkliches Anwachsen der Revanchestimmung, auf dem Wetterwinkel des Balkans die impulsive Tat eines wagemutigen Fürsten, die den Keim zu ernsten Mißverständnissen zwischen den Großmächten in sich barg und sich leicht zu einer europäischen Krisis auszuwachsen vermochte. Die Entwicklung der Dinge in Bulgarien wirkte auf die Beziehungen Rußlands zu Deutschland und Österreich-Ungarn in folgenschwerer Weise zurück. Revanche-Idee und Panslawismus gestalten sich zu gewichtigen politischen Faktoren aus; Deutschlands Zweifrontenkrieg dämmert herauf. —

Der Wechsel in der Besetzung des französischen Außenministeriums beeinflußte bald auch die Besetzung der französischen Botschafterposten in Berlin und St. Petersburg. Der Ehrgeiz des Botschafters der Republik in Berlin, des Barons de Courcel, war es gewesen, Frankreich und Deutschland miteinander zu versöhnen. „Er mußte erkennen, daß dieser Versuch scheiterte," berichtet der belgische Gesandte in Berlin, „er sieht sich heute auf dem gleichen Punkte wie zu Anfang. . . Der Kaiserliche Hof, die Berliner Gesellschaft, Fürst Bismarck, die Regierung bereiteten ihm die warmherzigste Aufnahme, und diese Gesinnung hat sich immer als echt erwiesen. Auch die Beziehungen der beiden Regierungen sind immer zufriedenstellend gewesen; aber die der beiden Nationen sind und bleiben gespannt. Er sieht es voraus, daß das Anwachsen der

---

[1]) Aus den Darlegungen des Dr. Wilhelm Köhler im Band V: „Revanche-Idee und Panslawismus", S. 10.

[2]) Pierre Albin: „La paix armée. L'Allemagne et la France en Europe." Paris 1913. Albin bestrebt sich, unparteiisch zu urteilen.

deutschfeindlichen Kundgebungen in Frankreich und ihre Rückwirkungen seine Stellung in Berlin unhaltbar machen. Er nimmt ohne Zweifel die Gelegenheit wahr, um sich zu günstiger Stunde zurückzuziehen."[1]) An seine Stelle trat Herbette, von dem der belgische Gesandte zu Berlin berichtet, daß die französische Presse und die Anhänger des Revanche-Gedankens seine friedliche Mission zu durchkreuzen geneigt seien[2]). Mitteilungen indessen, die Fürst Hohenlohe im November 1886 in Paris erhielt, deuteten darauf hin, daß Herbette versuchen sollte, eine russisch-französische Annäherung in Berlin als etwas Harmloses erscheinen zu lassen. Nimmt man noch hinzu, daß im September des gleichen Jahres auch in St. Petersburg der französische Botschafter gewechselt wurde, indem De Laboulaye an die Stelle des Generals Appert trat, so war unschwer zu erkennen, daß der für die auswärtige Politik Frankreichs richtunggebende Mann alle Parteigänger einer Ferryschen Politik der Versöhnung mit Deutschland von ihren wichtigen Außenposten hatte entfernen wollen.

Nur eine kurze Zeit, vom Frühjahr 1885 bis zum Dezember 1886, hat Freycinet zur Verfügung gestanden, um im Sinne seiner russenfreundlichen Pläne zu wirken. Dem scharfen belgischen Beurteiler in Berlin entging dieser Grundzug seiner politischen Bestrebungen durchaus nicht, zumal auch Fürst Bismarck Gelegenheit nahm, sich offen darüber auszusprechen. So heißt es z. B. schon in einem Berliner Berichte vom 14. Mai 1886, die Politik Freycinets werde offenbar von dem Gesichtspunkte geleitet, sich bei Behandlung der Orientangelegenheiten die Sympathien Rußlands bewahren zu wollen; die Art der zwischen Petersburg und Paris augenblicklich bestehenden Beziehungen zwinge aber dazu, etwaige Bündnisversuche noch zu vertagen[3]). Daß der Fürst Bismarck über alle Versuche einer französischen Annäherung an Rußland argwöhnisch wachte, wird von der gleichen Gesandtschaft wiederholt ausdrücklich bezeugt[4]).

Einen folgenschweren Schritt tat Freycinet damit, daß er den General Boulanger als Kriegsminister in sein Kabinett nahm. Boulanger, der den Sturz Freycinets im Dezember 1886 überdauerte und als Kriegsminister in das Kabinett Goblet mit überging, wurde alsbald zum Mittelpunkte aller nationalistischen Bestrebungen Frankreichs. Ihm blieb es vorbehalten, unter Ausnutzung der Balkanvorgänge den Versuch zu einer stärkeren Annäherung an Rußland zu machen.

Folgen wir nunmehr für die Darstellung des Weiteren ausschließlich der Berichterstattung der belgischen Diplomaten in geschichtlicher Reihenfolge, wobei das eigene Urteil hinter die Berichterstattung der belgischen Diplomatie zurücktreten soll. Was uns not tut zu wissen, ist,

---

[1]) Berlin, 5. März 1886 (Bd. V, S. 12).
[2]) Berlin, 29. Oktober 1886 (Bd. V, S. 12).
[3]) Bd. V, S. 17.
[4]) Berichte vom 19. März und 7. Mai 1886, Bd. V, S. 17.

wie diese zu neutraler Beurteilung und objektiver Einschätzung der Weltbegebenheiten verpflichteten und dafür geschulten Männer die Dinge damals an Ort und Stelle gesehen haben. Wir vermögen sodann zu beurteilen, wie weit von einer Verschuldung Deutschlands die Rede sein kann, und wie weit es sich um Stimmungen, Strömungen und Vorgänge handelt, mit denen die leitenden Staatsmänner aller Länder rechnen mußten. Nur so können wir die in Brüssel aufgefundenen Berichte zu einer Nachprüfung des Fehlspruches von Versailles verwenden.

1886

Wir beginnen mit der Berichterstattung über die Orientereignisse vom Sommer 1886 ab.

Die große Gefahr, die Fürst Alexander von Bulgarien durch sein selbständiges Vorgehen im September 1885 heraufbeschworen hatte[1]), tritt in allen Berichten der belgischen Gesandten deutlich hervor. So bezeichnet Graf Errembault de Dudzeele am 4. Juli 1886 aus Petersburg die Lage der Dinge im Orient zwar noch nicht als verzweifelt, aber als im hohen Maße kritisch[2]). Alle Mächte müßten tatkräftigste Maßregeln ergreifen, wenn der Friede gesichert bleiben solle. „Was im besonderen Rußland betrifft," meint er, „so glaube ich, darauf hinweisen zu müssen, daß in der öffentlichen Meinung oder, um mich richtiger auszudrücken, in dem kleinen Teile der Nation, der sich mit Politik beschäftigt, eine sehr große Erbitterung herrscht. Man sieht Tag für Tag eines der Ergebnisse des letzten Krieges nach dem anderen zunichte werden, und da dieser Auflösungsprozeß sich sozusagen unter der Flagge des Dreikaiserbündnisses vollzieht, werden die Sympathien für dieses Bündnis, die übrigens niemals sehr lebhafte gewesen sind, immer geringer und schlagen in offenen Gegensatz um." Der Dreibund der Kaiserreiche Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland war im März 1884 als Neutralitätsabkommen mit Dauer bis 1887 geschlossen worden und hatte als wesentliches Mittel zur Sicherung des Friedens gegolten. Es war daher nur folgerichtig, daß die an seinem Abkommen besonders interessiert gewesenen Mittelmächte nun alles taten, um Rußland in der bulgarischen Frage nach Möglichkeit zufriedenzustellen. Ihr Wunsch nach Frieden, meint der belgische Gesandte in seinem erwähnten Berichte, sei sicher nicht geringer als der der russischen Regierung, denn eine jede Macht gebe sich von den schrecklichen Ausmaßen eines europäischen Zukunftskrieges Rechenschaft. Rußland beteuere seine friedliche Gesinnung, wolle sich aber nicht von der Balkanhalbinsel endgültig vertreiben lassen. Das Interesse aller Mächte erfordere zurzeit einen scharfen Druck auf die Türkei, damit sie nicht einen gefährlichen Schritt tue, der den von allen gefürchteten Krieg zum Ausbruche zu bringen vermöge. Dieser sei aber kaum zu vermeiden, wenn es an eine Aufteilung des ottomanischen

---

[1]) Vgl. S. 5.
[2]) Bd. V, S. 137 ff.

Reiches gehe. Deshalb müsse auch der Fürst Alexander von weiteren Schritten zurückgehalten werden, die der Provinz Ostrumelien den Charakter eines türkischen Vasallenstaates zu nehmen geeignet seien. Alle Großmächte seien jetzt am status quo interessiert, aber eine bereits entzündete Lunte schwebe dauernd über der Pulverkammer des Balkans. Wie die Dinge nun einmal stünden, seien die inneren Verlegenheiten Frankreichs und Englands noch beruhigende Momente; die drei Kaiserreiche gewönnen dadurch größere Möglichkeiten, für den Frieden zu wirken.

In Bulgarien selbst herrschte zu dieser Zeit vollste politische Ruhe. Eine Gefahr sieht der belgische Generalkonsul in Sofia in seinem Berichte vom 6. Juli 1886[1]) einzig und allein in der Haltung Rußlands. Rußland habe in Rumelien eine Revolution anzuzetteln versucht, die nicht geglückt sei, und verliere in Bulgarien von Tag zu Tag immer mehr von seinem bisherigen Einflusse. „Soll Rußland, das sich als Vormacht des Friedens im Orient und in der Welt gebärdet, ungestraft den allgemeinen Krieg entfesseln, der unvermeidlich ist, wenn es in Bulgarien einrückt?“ Die Bedeutung dieses Berichtes, der Bulgariens ruhiger Haltung volle Gerechtigkeit widerfahren läßt und die von Rußland täglich gegen Bulgarien erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurückweist, wird noch dadurch verstärkt, daß der belgische Generalkonsul die Übereinstimmung seines Urteils mit dem seiner Kollegen in Sofia nachdrücklich hervorhebt.

Nicht lange, und auch der Gesandte in Petersburg, Graf Errembault de Dudzeele, hat seine zuversichtliche Beurteilung ein wenig verloren, wenn er am 27. Juli 1886 ausführt[2]), die russische Nation befinde sich in einem derartigen Zustande der Nervosität, daß sie einen weiteren Ungehorsam des Fürsten Alexander voraussichtlich nicht ertragen würde. Sollte der Fürst sich etwa als unabhängigen König ausrufen lassen, so würde das Selbstgefühl Rußlands und des Zaren allzu grausam verletzt sein, als daß nicht eine aktive Einmischung eintreten müßte.

Gerade in dieser Zeit war durch eine Propagandareise, die Paul Déroulède durch Südrußland unternahm, die panslawistische Idee lebhaft angefacht worden, so daß der Petersburger Gesandte in einem gleichfalls am 27. Juli erstatteten Berichte auf gewisse daraus sich ergebende Gefahren für die Beziehungen Rußlands zu Deutschland aufmerksam machen zu müssen glaubte[3]). Daß Rußland nicht gewillt ist, seine traditionelle Orientpolitik durch die Vorgänge auf dem Balkan ernstlich einschränken zu lassen, hebt der belgische Gesandte zu Wien am 7. August 1886 nachdrücklich hervor[4]) und fügt bereits hinzu, daß die russische Presse ihre panslawistischen Ansprüche und ihre für Deutschland und vor allem für Österreich wenig sympathischen Gefühle ungehindert ausspreche. „Sie verbirgt nicht ihre Neigung für eine französisch-russische

---

[1]) Bd. V, S. 140 ff.
[2]) Bd. V, S. 142 ff.
[3]) Bd. V, S. 39/40.
[4]) Bd. V, S. 144 ff.

Allianz." Um so stärker fühlte man sich in Berlin veranlaßt, die deutsch-österreichische Intimität zu betonen. Daher auch habe man, meint der belgische Gesandte, der Monarchenzusammenkunft von Gastein im August 1886 die große Aufmachung gegeben; zwischen der russischen Unzufriedenheit und gewissen französischen Illusionen bilde das Zusammentreffen von Gastein, das sich gegen keine Großmacht richte, ein beruhigendes und friedenstärkendes Moment. Sechszehn Tage später berichtet der gleiche Gesandte[1]) bei Erwähnung der Absetzung des Fürsten Alexander von Bulgarien, man habe ihn hauptsächlich auf Betreiben Rußlands und im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bei den Fürstenbegegnungen von Kissingen und Gastein zum Opfer gebracht. Freilich sei der beherrschende Einfluß Rußlands auf dem Balkan dadurch gewachsen.

England war zu dieser Zeit mit inneren Schwierigkeiten zu sehr beschäftigt, als daß es etwas gegen diese Entwicklung der Dinge hätte unternehmen können. An sich stand es der selbständigen Tat des Fürsten eher wohlwollend gegenüber, erkannte aber bald, daß die unversöhnliche Haltung des Zaren jeden Versuch ausschließe, den Fürsten zu halten. Sollte er doch selbst erklärt haben, daß er sich offen von dem Dreikaiserbündnis mit Deutschland und Österreich zurückziehen würde, wenn diese Mächte durch ihre Haltung den durch die Anmaßlichkeit eines Parvenüs geschaffenen Zustand weiter duldeten. Dadurch erschien nach dem Urteil des belgischen Gesandten zu London vom 25. August 1886[2]) der „mit so hoher Weisheit geschaffene und mit so großen Anstrengungen durch den Fürsten Bismarck aufrechterhaltene Dreibund" zwischen den drei Kaisern ernsthaft bedroht. Bismarck habe in Gastein daraufhin mit Österreichs Außenminister, dem Grafen Kalnoky, die Frage erörtert: „Worauf kommt es nun für uns beide gegenwärtig am meisten an?" Die Antwort habe gelautet: „Auf die Erhaltung des Dreibundes." Da dieser nur durch die Preisgabe des Fürsten Alexander zu erzielen war, wurde er geopfert. Bismarck erhoffte davon eine Wiederherstellung der alten guten Beziehungen zu Rußland und nahm es dabei mit in den Kauf, daß in der Behandlung des Battenbergers auch eine gewisse Demütigung Englands enthalten war. „Darum haben wir uns nicht zu kümmern," soll Bismarck zu Kalnoky gesagt haben, „da es uns eine für uns unentbehrliche Allianz zurückbringt."

Wenn der belgische Gesandte über die zu Gastein gepflogenen Verhandlungen zutreffend unterrichtet war, so würde daraus wiederum nur hervorgehen, wie hoch der Fürst Bismarck zu jeder Zeit, besonders aber dann, wenn die Balkanfrage in den Vordergrund rückte, den Wert guter Beziehungen zu Rußland für Deutschland eingeschätzt hat. Sie standen für ihn im Vordergrunde aller außenpolitischen Erwägungen und ließen so z. B. den Gesichtspunkt außer acht, daß die in der bulgarischen Frage getroffene Entscheidung sich um die Stimmung der bul-

---

[1]) Wien, 23. August 1886, Bd. V, S. 146/147.
[2]) Bd. V, S. 147/148.

garischen Bevölkerung, die von der russischen Vorherrschaft nichts wissen wollte, durchaus nicht kümmerte[1]). Dabei entwickelten sich die Dinge in Rußland bereits unverkennbar in einer auch für Deutschland sehr gefährlichen Richtung, denn der Zar befand sich schon ganz und gar in den Händen der panslawistischen Partei. „Diese aber wird" — so berichtet der Berliner Gesandte am 4. September 1886[2]) — „ihre Bemühungen nicht ruhen lassen, bis Rußland notwendig durch die Ereignisse von selbst mit fortgerissen wird."

Bei dieser Lage der Dinge war die Beobachtung der russischen Presse, zumal der führenden Organe, auch für das an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens dringend interessierte Belgien von noch größerer Bedeutung als sonst. Das Brüsseler Außenministerium forderte daher von seinem Petersburger Gesandten am 28. August 1886 eine aufmerksame Beobachtung der russischen Presse. Der daraufhin am 5. September vom Grafen Errembault de Dudzeele erstattete Bericht[3]) beschäftigte sich ausschließlich mit der „Nowoje Wremja", der er ein durchaus übles Zeugnis ausstellt. Besitze sie mehr Geist und weniger Plumpheit, so sei sie vielleicht dem Pariser „Figaro" zu vergleichen, so aber errege sie nur die nationale Eigenliebe und steigere den Chauvinismus. Die Wirren auf dem Balkan habe sie sich zur Wiedererweckung des slawischen Gedankens gründlich zunutze gemacht und marschiere jetzt an der Spitze der russischen Presse, indem sie den Nationalismus aufs äußerste anreize und bei jeder Gelegenheit gegen alles hetze, was nicht von reinem russischen Blute sei. So richtete sie die schärfsten Angriffe gegen die Deutschen, die Polen, die Finnländer und die Israeliten. Ihr politisches Ideal war der General Graf Ignatieff, der Führer des Panslawismus.

Ungefähr einen Monat später berichtet derselbe Gesandte, daß die Moskauer Zeitung, das Organ Katkoffs, jetzt die Führung auf dem Wege einer russisch-französischen Allianz zu übernehmen beginne[4]). Sie ließ sich von ihrem Pariser Berichterstatter schreiben, eine Entente zwischen Rußland und Frankreich sei notwendig, um Deutschland durch die Drohung einer französisch-russischen Allianz in Respekt zu erhalten. Daher sei es nötig, daß Rußland sobald wie möglich einen dem Gedanken der Entente freundlichen Botschafter nach Paris entsende. Es gebe bereits eine ganze Reihe von Fragen, besonders auch auf dem Balkan, wo die Interessen Frankreichs sich mit denen Rußlands, der Türkei und Griechenlands begegneten, ohne die deutschen Interessen zu verletzen.

Der stark englandfeindliche Grundzug der Balkanentwicklung löste in London alsbald Gegenmaßregeln aus. Mit Spannung verfolgte das Brüsseler Außenministerium die Werbungen Großbritanniens um Verbündete bei seiner antirussischen Politik. Weder in Wien noch in Rom waren diesen Versuchen Erfolge beschieden. Niemand schien besser ge-

[1]) Wien, 29. August 1886, Bd. V, S. 15.
[2]) Bd. V, S. 37.
[3]) Bd. V, S. 148 ff.
[4]) Petersburg, 12. Oktober 1886, Bd. V, S. 38/39.

eignet, über den weiteren Gang der Dinge zu berichten, als der belgische Gesandte in London, Baron Solvyns, der hierzu vom belgischen Außenminister, Fürsten v. Chimay, am 18. Oktober 1886 ausdrücklich angewiesen wurde. Auch über die Mission des Generals Kaulbars in Bulgarien sollte er sich äußern[1]).

Solvyns entsprach der ihm gewordenen Aufforderung sofort und berichtete am 20. Oktober über die Gesamtlage vom englischen Standpunkte aus[2]). Er betonte bei der Übermittlung seiner „aus bester Quelle geschöpften" Anschauungen, daß sie nicht mit den von anderen Seiten berichteten übereinstimmen dürften. Für uns ist hierbei bemerkenswert, daß Fürst Bismarck hier einer falschen Einstellung seiner Politik Frankreich gegenüber während der Kongo-Konferenzen geziehen wird. Damals habe er sich zu der Annahme berechtigt geglaubt, Frankreich werde das Ergebnis des Krieges von 1870 als eine unabänderliche Tatsache hinnehmen und nicht nur auf den Revanchegedanken verzichten, sondern sich sogar zu einer Einigung mit Deutschland auf dem Gebiete der Grenzfragen und der kolonialen Erwerbungen bereit finden lassen. „Er erkannte indes bald seinen Irrtum, warf das Steuer herum und dachte nun nur noch daran, die Entente zwischen den drei Kaiserreichen noch enger zu knüpfen. Seitdem ist die Aufrechterhaltung dieser Entente seine hauptsächliche Beschäftigung gewesen, und unaufhörlich hat er daran gearbeitet, sie durch Beilegung der Schwierigkeiten zu befestigen, die bei jedem Anlasse die Orientfrage zwischen seinen beiden Verbündeten hervorrief. Wird es ihm glücken, dieses Gleichgewicht noch lange aufrechtzuerhalten? In Petersburg, Wien und Rom gibt man sich den Anschein, davon überzeugt zu sein; in London glaubt man nicht daran." Zurzeit beobachteten alle englischen Botschafter auf das sorgfältigste die russisch-österreichischen Beziehungen. „Wenn die Aufrechterhaltung der Entente zwischen den drei Kaiserreichen für unmöglich gehalten würde", meint der Gewährsmann des Barons Solvyns, „vielleicht werden wir dann den Fürsten Bismarck selber die Aufteilung des ottomanischen Reiches vorschlagen sehen; dann würde man nicht allein Rußland und Österreich, sondern auch Frankreich, Italien und selbst England zu diesem Teilungswerke einladen."

Auch in Wien beobachtete man die Gefahr eines französisch-russischen Zusammenschlusses mit Aufmerksamkeit. „Mit Besorgnis", so meldet Graf de Jonghe d'Ardoye am 25. Oktober 1886[3]), „sieht Österreich-Ungarn die Zukunft seiner ernstesten Interessen im Orient gefährdet, ohne sie verteidigen zu können, da es genötigt ist, sein enges Bündnis mit Deutschland aufrechtzuerhalten, das seinerseits Rußland freie Hand lassen muß, um eine französisch-russische Allianz zu verhindern. Es muß zwischen den Klippen lavieren und kann es nicht unternehmen, allein mit der nötigen Entschiedenheit und Energie zu handeln, die den Vormarsch Rußlands

[1]) Bd. V, S. 151/152.
[2]) Bd. V, S. 152/153.
[3]) Bd. V, S. 153 ff.

und seine Herrschaft auf der Balkanhalbinsel aufzuhalten vermöchte." England suche es auf diesem Wege zu ermutigen, ohne daß man in Wien auf seine platonischen Ratschläge eingegangen sei. In Wien und vor allem in Ungarn sei man über das Ausbleiben der deutschen Unterstützung sehr enttäuscht, aber die Regierung habe sehr wohl verstanden, daß Deutschland nicht durch sein Eintreten für Bulgarien die von ihm über alles gefürchtete französisch-russische Allianz habe fördern wollen, und daß es daher lieber in Ruhe den Verlauf der Begebenheiten abwarte. So habe man sich denn auch in Wien abgefunden und es erfreut begrüßt, daß Rußland wenigstens in Bulgarien nicht militärisch eingeschritten sei. Eindringlich hebt der belgische Wiener Bericht hervor, daß der sehr nervöse Zar sich jetzt ganz und gar von den Gedankengängen des Moskauer Journalisten Katkoff leiten lasse; die Befürchtung sei nicht von der Hand zu weisen, daß er sich in einem Augenblicke der Erregung zu außergewöhnlichen Maßregeln hinreißen lasse, deren Folgeerscheinungen den Weltfrieden bedrohen könnten.

Daß die oben gegebene Beurteilung der Bismarckschen Gedankengänge auch von anderen Diplomaten geteilt wurde, erweist ein Berliner Bericht vom 29. Oktober 1886[1]), in dem es von ihm hieß: „Seine Politik besteht darin, den Krieg durch Pflege des Dreikaiserbundes aufzuschieben und gleichzeitig um jeden Preis ein Bündnis Rußlands mit Frankreich zu verhindern."

Diese seine Sorge war nur allzusehr berechtigt, denn bereits bemächtigte sich die russisch-französische Presse des für Deutschland so außerordentlich gefährlichen Gedankens eines Zusammenschlusses. „Der bezeichnende Zug der russischen Presse", so berichtet der belgische Gesandte aus Petersburg am 3. Dezember 1886[2]), „ist gegenwärtig eine außergewöhnliche Liebenswürdigkeit für Frankreich. Sie bemüht sich, es als zukünftigen Verbündeten hinzustellen, der im Falle eines österreichisch-ungarischen Konfliktes die Kräfte Deutschlands zu binden haben würde." Auch bilde Frankreich für Rußland ein nützliches Gegengewicht gegen England. Dieser Grundauffassung entsprach es, daß Freycinets Reden über die äußere Politik Frankreichs in Rußland fast von der ganzen Presse sehr günstig besprochen wurden. Mit Unruhe erwartete man daher die Äußerungen des Fürsten Bismarck über die Gesamtlage im deutschen Reichstage. Man erhofft von ihm ein deutliches Wort, da er nicht die Gewohnheit habe, seine Meinung und seine Absichten zweideutig auszudrücken (en termes ambigus). Der belgische Gesandte stellt aber schon im voraus fest, daß von dem Dreikaiserbunde nicht mehr viel zu erhoffen sei, da das gute Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland nicht mehr als dauerhaft bezeichnet werden könne. „Mein persönliches Gefühl ist," meint er, „daß in absehbarer Zeit der Krieg unvermeidlich geworden sein wird, und natürlich wird die Türkei in erster Linie die zerbrochenen Töpfe zu bezahlen haben. Dieser Krieg ist nicht

[1]) Bd. V, S. 59.
[2]) Bd. V, S. 155 ff.

gerade unmittelbar bevorstehend, aber man muß nichtsdestoweniger befürchten, daß er sich als logische Folge aus der Lage ergibt. Deshalb rüstet man sich auf ihn in Rußland ebenso wie in Österreich."[1])

Noch kam es Deutschland zustatten, daß die inneren Verhältnisse des von allen Fiebern des Parlamentarismus geschüttelten Frankreichs dem russischen Zaren eine nähere Verbindung mit einem so unzuverlässigen Bundesgenossen nicht als vorteilhaft erscheinen ließen. Noch Ende November war Freycinet für seine Darlegungen über die äußere Politik Frankreichs in Rußland begeistert gepriesen worden. Eine Woche später sah er sich zum Rücktritt genötigt. Ein Bericht des belgischen Geschäftsträgers zu Paris, Léon Maskens, vom 4. Dezember hebt nachdrücklich die Erfolge des nunmehr infolge eines übertriebenen Parlamentarismus zum Rücktritte genötigten Kabinetts hervor[2]): Freycinet habe vor acht Tagen unter einmütiger Zustimmung sein Programm der äußeren Politik entwickelt; Boulanger, in dem das gesamte Frankreich seine Träume zukünftiger Größe verkörpere, sei vor zwei Tagen in der Kammer lebhaft begrüßt worden, und auch die Minister Lockroy, Goblet, Sadi-Carnot und Sarrien hätten Treffliches geleistet. Eigentlich sei doch Freycinet überall erfolgreich gewesen. Wenn er jetzt gehe, so werde niemand sein Nachfolger werden wollen. Jeder fange jetzt an, die zerstörende Macht des Parlamentarismus zu begreifen, mit ihm könne man nicht regieren, er führe zur Anarchie. Mit Recht habe die „Liberté" daher ausgeführt, daß man sich im Auslande über Frankreich lustig machen müßte; Bismarck aber habe sich über einen derartigen Ausgang des Ministeriums Freycinet, das so viel für die Hebung des französischen Ansehens getan habe, nicht zu beklagen. Bei dieser Gelegenheit zieht der belgische Geschäftsträger einen Vergleich zwischen der autoritären deutschen, von Bismarck gehandhabten Regierungsform und dem auf die Spitze getriebenen Parlamentarismus Frankreichs, zwischen dem es nicht leicht sei, eine rechte Mitte zu finden. Die politische Tragweite des französischen Ministerwechsels sieht er darin, daß man sich in Berlin und London darüber freuen, ihn aber in Petersburg schmerzlich bedauern werde. Wieder einmal müsse man dort einsehen, wie gefährlich es sei, ein allzu enges Bündnis mit einer Regierung einzugehen, die niemals des nächsten Tages sicher sei, und mit einem Lande, dessen Politik genötigt sein kann, sich nach den Launen des am wenigsten gebildeten Teiles der Bevölkerung zu richten[3]).

---

[1]) Bd. V, S. 156/157.

[2]) Bd. V, S. 157 ff.

[3]) Die großen Schwierigkeiten, unter denen sich die Herausgabe des Bandes V in den unruhigsten Monaten des deutschen Zusammenbruches vollziehen mußte, haben es dahin gebracht, daß bei der Schlußkorrektur des französischen Textes leider einige Druckfehler stehengeblieben sind. In dem genannten Berichte vom 4. Dezember 1886 befinden sich mehrere solche, die eine vorherige Abänderung erfordern, ehe der Bericht gelesen wird. So muß es auf Seite 157 in der zweitletzten Zeile heißen: „Freycinet a développé, il y a huit jours, un programme de politique extérieure" und auf Seite 158 von der zehnten Zeile an: „il faut que ces ministres battus en brèche par une commission du budget qui s'est égarée dans ces utopies, et harcelée par une minorité radicale

Die Rückwirkung der Vorgänge in Frankreich bleibt nicht aus. Rußland fühlt sich ernüchtert, was sofort in einer Verbesserung seiner Beziehungen zu Deutschland zum Ausdruck kommt. In Wien betrachtet man diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Man glaubt sich dort im Falle eines Konfliktes mit Petersburg über die bulgarische Frage auf sich selbst gestellt und wagt nicht mehr, auf die deutsche Waffenhilfe unter allen Umständen zu rechnen. Besonders in Ungarn wurde das schmerzlich empfunden. „Diese Annäherung zwischen Deutschland und Rußland“, meint ein Wiener Bericht vom 27. Dezember 1886[1]), „ist, wie es scheint, infolge der Zusammenkunft von Gastein eingeleitet worden, wo der Fürst Bismarck von neuem versucht haben soll, Österreich-Ungarn durch unauflösliche militärische und Handels-Beziehungen an Deutschland zu knüpfen. Die Kaiserlich-Königliche Armee habe dieselbe Organisation wie die deutsche annehmen und in gewisser Beziehung einer einheitlichen Leitung unterstellt werden sollen; auch wäre eine gemischte Kommission beauftragt worden, die Frage der Einrichtung eines Zollvereins zwischen den beiden Kaiserreichen zu studieren.“ Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde Österreich-Ungarn in ein gewisses Vasallenverhältnis zu Deutschland gebracht haben; sie seien daher von Wien aus diesem Grunde abgelehnt worden. Daraufhin habe sich Bismarck nach Franzensbad begeben und mit Giers die Annäherung zwischen Berlin und Petersburg ins reine gebracht. Nachdrücklich weist der belgische Gesandte auf die inneren Schwierigkeiten der Donaumonarchie hin. Selbst die Armee flöße kein unbedingtes Vertrauen mehr ein, Rußland aber habe den Vorteil davon und bearbeite die slawische Presse Österreich-Ungarns in seinem Sinne; der russische Konsul zu Wien unterstütze diese Propaganda mit Mitteln, die er beim Hause Rothschild hinterlegt habe. Die Folge von allen diesen Verwicklungen ist, daß der Sündenbock auf dem Balkan, Fürst Alexander von Battenberg, keinen Nachfolger finden kann. Er kann auf den bulgarischen Thron nicht zurückkehren, da dies der Zar nicht dulden würde, und angesichts der Haltung Deutschlands wagt niemand in Europa, sich dem Petersburger Kabinett in der bulgarischen Frage entgegenzustellen. —

Die Betrachtungen des belgischen Gesandten über die Forderungen Bismarcks gegenüber Österreich-Ungarn lösen für einen deutschen Beobachter ernste Betrachtungen aus. Der Verlauf des Weltkrieges hat es in mehr als einem Sinne erwiesen, wie notwendig das von Bismarck schon 1886 angestrebte nähere militärische Verhältnis zu Österreich-Ungarn gewesen wäre. Für die Mittelmächte war es ein Lebensbedürfnis, ihre militärische Leistungsfähigkeit so weit zu steigern, wie nur irgend möglich,

---

dépourvue de tout esprit pratique aillent se heurter et se briser contre des obstacles secondaires après avoir triomphé de difficultés beaucoup plus graves.“ Auf Seite 159 wird in der ersten Zeile von dem „seul remède au désarroi parlamentaire“ gesprochen. Es ist leider dringend erforderlich, die Texte des Bandes V vor der Benutzung nach dem auf Seite 334 abgedruckten Druckfehlerverzeichnis zu berichtigen.

[1]) Bd. V, S. 161ff.

damit in einem über kurz und lang unvermeidlichen Entscheidungskampfe alle Kräfte uneingeschränkt zur Verfügung standen. Hierbei mußte der größere und militärisch tüchtigere Staat die Führung übernehmen. Empfindlichkeitsrücksichten durften keine Rolle spielen, wo es sich um die Existenz beider Mächte handelte. War ein solches näheres Verhältnis zu unseren Hauptverbündeten nicht zu erzielen, so war die Frage am Platze, ob ein weiteres Bündnis mit Österreich-Ungarn auf jede Gefahr hin noch weiter im Interesse Deutschlands lag. Sentimentale Erwägungen durften hierbei nicht mitsprechen, denn jeder Staat ist schließlich nur zu einer Politik verpflichtet, die für ihn selbst vorteilhaft ist. Ebenso wie Bismarck sich in der bulgarischen Frage entschloß, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu lockern, um die Gefahr eines französisch-russischen Zusammenschlusses zu bannen, ebenso hätte auch die deutsche Politik zu jeder Stunde die Berechtigung nicht nur, sondern sogar die Verpflichtung gehabt, zu prüfen, ob ein sehr nahes Verhältnis zu Österreich-Ungarn den Interessen Deutschlands noch weiterhin dienlich sei. Wurde diese Frage verneint, so durfte die Möglichkeit einer Anbahnung näherer Beziehungen zu anderen europäischen Mächten, so z. B. zu Rußland oder England, im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens nicht von der Hand gewiesen werden. Auf dem Gebiete der Politik gehören Gefühlswerte in die zweite Linie. Wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß ein Staatsmann von dem harten Wirklichkeitssinne Bismarcks sich niemals besonnen haben würde, das österreichisch-ungarische Bündnis zu lockern, wenn Deutschlands Interessen dies erforderten. In diesem Lichte gesehen müssen wir auch Verständnis für die Versuche des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg aufzubringen vermögen, der es unternahm, den aus einer zu starren Verknüpfung Deutschlands mit der morschen Donaumonarchie sich ergebenden Gefahren durch die Anbahnung besserer Beziehungen zu England zu begegnen. —

Die belgischen Gesandtschaftsberichte vom Ende des Jahres 1886 zeigen, daß die vom Fürsten Bismarck so heiß erstrebte Annäherung an Rußland in ihren damaligen Wirkungen auch nicht überschätzt werden durfte. Die persönliche Haltung des Zaren und seine ausgesprochene Abneigung gegen Alexander von Battenberg bildete dauernd ein Gefahrsmoment. „Die Reizbarkeit des Zaren und sein unversöhnter Groll sind die Ursachen von Gefahren,“ meint der Berliner Gesandte am 31. Dezember 1886[1]). „Jeden Augenblick können sich daraus extreme Entschließungen ergeben, die fast notwendig zum Kriege führen müssen.“ Der Gesandte — es war der Graf van der Straten Ponthoz — glaubt bei dieser Gelegenheit auch den Einfluß des Fürsten Bismarck auf die Erhaltung des Friedens auf sein richtiges Maß zurückführen zu müssen. „Deutschland hat sich an den Glauben gewöhnt,“ meint er, „der Frieden Europas sei durch den Aufstieg des Fürsten Bismarck und durch seine

---

[1]) Bd. V, S. 164 ff.

Geschicklichkeit in der Lösung aller Schwierigkeiten der Außenpolitik gesichert. Der Fürst findet in dieser Überzeugung ein Ansehen, das ihm die Macht gibt, mit der er das Reich regiert. Was in Petersburg vorgeht, enthüllt aber in Berlin, daß es für den Frieden Gefahren gibt, deren naturnotwendige Ursache sich der Einwirkung des Kanzlers unbedingt entzieht, und daß es nicht mehr in seiner Macht liegt, für die Ruhe Europas einzustehen."

So bleibt die Zukunft Europas ungewiß, und die Kriegsgefahr wird durch die Erörterungen über die Wehrvorlagen in Deutschland und Frankreich grell beleuchtet. In Deutschland beruft sich der Kriegsminister, General Bronsart von Schellendorf, auf die Reorganisation der französischen Armee und fordert nachdrücklich eine Verstärkung für Heer und Flotte. In Frankreich erkennen wir in der zurückhaltenden, beinahe friedfertigen Sprache des Generals Boulanger die Rückwirkung der abwartenden Haltung Rußlands. In Deutschland stärkt diese Haltung Boulangers den Widerstand gegen die neuen Wehrvorlagen im Reichstage. Kriegssorgen und Friedenssehnsucht bestimmen, wie immer, den Gang der Weltgeschichte.

1887

Bismarcks große Reichstagsrede vom Januar 1887 zerstörte in Wien endgültig die Hoffnung, in dem bulgarischen Konflikte auf die Unterstützung Deutschlands zählen zu können. Der Wiener Gesandte berichtete hierüber am 13. Januar 1887[1]): „Die vom Fürsten Bismarck soeben gehaltene Rede hat hier die lebhafteste Erregung hervorgerufen. Sie zeigt in der deutlichsten Form die Vereinsamung Österreich-Ungarns im orientalischen Konflikte Rußland gegenüber. . . Man hatte hier noch nicht daran glauben wollen, daß dieses intime Bündnis, die scheinbare Grundlage der gesamten Politik der beiden großen mitteleuropäischen Staaten, gerade in dem Augenblick so vollständigen Schiffbruch leiden könnte, wo es den wahren Interessen Österreichs zu dienen vermochte." Bismarck stellte, wie schon hervorgehoben, in dieser Frage die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands höher als das von ihm selbst unter anderen Bedingungen geknüpfte Bündnis. Deutschlands Lage aber schien für ihn durch nichts mehr gefährdet als durch einen Zusammenschluß Frankreichs mit Rußland; diesen galt es unter allen Umständen zu verhindern, und auf diesem Wege fühlte er sich auch nicht verpflichtet, politische Empfindlichkeiten der Donaumonarchie zu schonen.

Bismarck war in dieser Zeit von der Gefahr eines baldigen Krieges mit Frankreich anscheinend fest überzeugt. So berichtete Graf van der Straten Ponthoz am 28. Januar 1887[2]) über Äußerungen des Fürsten im vertrauten Kreise. Danach hatte er die Lage als sehr ernst angesehen und ungefähr folgende Gedankengänge zum Ausdruck gebracht: „Ein

[1]) Bd. V, S. 68.
[2]) Bd. V, S. 166 ff.

Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist unvermeidlich. Die Verträge von 1815 haben eine Wunde geschlossen und Europa ein halbes Jahrhundert der Ruhe beschert. Der Vertrag von Frankfurt hat keinerlei heilende Wirkung ausgeübt. Der Verlust von Elsaß und Lothringen ist eine blutende Wunde geblieben, die seit 16 Jahren das Revanche-Fieber aufrechterhält. Frankreich hat niemals aufgehört, sich für die Wiedereroberung seiner Provinzen vorzubereiten. Es wartet nur auf günstige Umstände, um Deutschland anzugreifen. Angesichts dieser Sicherheit eines neuen Krieges fordert die Militärpartei mit Nachdruck, daß er unverzüglich unternommen werde, da Frankreich mit der Neugestaltung seiner Armee noch nicht fertig ist. Bei Lebzeiten des Kaisers Wilhelm wird Rußland nichts gegen Deutschland tun. Später können seine Dispositionen sich ändern. Das Hinausschieben des Krieges wird ihn nicht verhindern, aber die Aussichten des Erfolges für Deutschland verringern. Für den Kanzler liegt hierin eine sehr große Verantwortung, wenn er den Generalen, die zu einem sofortigen Kriege drängen, Widerstand leistet. Wenn der hinausgeschobene Krieg einmal ausbricht, wird jeder Rückzug, jede Niederlage der deutschen Armee dem zögernden Verhalten des Kanzlers zugeschrieben werden. Die Gefahren, denen das Reich dadurch ausgesetzt werden könnte, würden ihm zugeschoben werden. Als Träger des Ruhmes, die Einheit begründet zu haben, müßte er dann die Demütigung auf sich nehmen, ihre Dauer oder ihre Sicherheit aufs Spiel gesetzt zu haben."

Für die Politiker, die heute die Bismarcksche Ära dadurch zu verunglimpfen suchen, daß sie ihren nie erlöschenden Kriegsdurst aufdecken, ist gerade dieser belgische Bericht von außerordentlichem Werte. Er zeigt, wie stark sich Bismarck des sogenannten Militarismus, der Gedankengänge der deutschen Generale, zu erwehren gewußt hat. Selbst der greise Feldmarschall v. Moltke hatte sich mit vollstem Nachdrucke für die Notwendigkeit eines baldigen Krieges eingesetzt und darauf hingewiesen, die Verweigerung des soeben geforderten Heeresseptennats würde den Krieg bedeuten. Bismarck aber widerstand jedem Versuche, ihn auf den Weg des Präventivkrieges zu drängen. Sein ganzes Bestreben ging dahin, durch Versöhnung mit Rußland die Gefahr eines Zweifrontenkrieges für Deutschland zu beseitigen, und das suchte er durch zweckmäßiges Einlenken in den Balkanfragen zu erreichen. Die Wirkung seines Verhaltens blieb nicht aus. Sowie Frankreich Klarheit darüber besaß, daß es auf die Unterstützung Rußlands bei einem Kampfe mit Deutschland nicht zu zählen haben würde, lenkte es ein. Der belgische Gesandte berichtet ausdrücklich, daß der französische Botschafter zu Berlin, Herbette, überall von der Fortdauer des Friedens spreche und die friedliebenden Gesinnungen Frankreichs mit Nachdruck hervorhebe. Er fügt bezeichnend hinzu: „Niemand zweifelt hier an dem Wunsche der französischen Regierung, mit Deutschland in guten Beziehungen zu leben. Aber es gibt noch andere politische Strömungen in Frankreich als die des Präsidenten und seiner Minister." Treffend sollte ein Deutscher

auf die friedlichen Beteuerungen Herbettes folgendes geantwortet haben: „Wir sind sehr wohl überzeugt, daß Sie in guten Beziehungen mit uns leben wollen, aber ohne die Hoffnung auf Revanche aufzugeben. Sie können nicht auf Elsaß und Lothringen verzichten, und das bringt immer wieder unsere Beziehungen in Gefahr.“[1])

Die Annäherung zwischen Petersburg und Berlin beschäftigte die politischen Kreise an der Donau naturgemäß angelegentlich. In Wien nahm man an, daß die deutsche Regierung jetzt ihre ganze gegenwärtige Politik auf dieser Verständigung aufgebaut habe[2]). „Der Fürst Bismarck sieht die europäischen Verwicklungen voraus, die sich aus der bulgarischen Frage ergeben könnten, und hat in dem Wunsche, um jeden Preis seine Handlungsfreiheit Frankreich gegenüber zu bewahren, alle seine Anstrengungen darauf verwendet, die ihn bedrohende französisch-russische Allianz zu verhindern. Deshalb hat er dem Petersburger Kabinett im Orient freie Hand gelassen. Das Berliner Kabinett wird nichts außer acht lassen, um die Vorteile zu sichern, die ihm die bereits gemachten und vielleicht noch möglichen Zugeständnisse an Rußland verschafft haben.“

Bei der weiteren Erörterung der daraufhin in Österreich entstandenen Enttäuschung geht der belgische Gesandte in Wien sogar so weit, die Tragweite des 1879 zwischen Deutschland und Österreich geschlossenen Bündnisses in Zweifel zu ziehen. Die beiden Großmächte hatten sich damals zu gemeinsamem Handeln verpflichtet, falls eine der beiden Mächte den Angriff zweier zum Kampfe verbundener Gegner abzuwehren haben würde. Der Bündnisfall würde aber nicht zutreffen bei einem vereinzelten Feinde, also bei einem Kampfe zwischen Rußland und Österreich oder zwischen Deutschland und Frankreich. Deutschland könne daher, ohne den Buchstaben der Abmachung zu verletzen, Rußlands Einschreiten in Bulgarien zulassen. Natürlich müsse eine solche Auffassung in Österreich große Verstimmung erregen. Ganz aber könne Deutschland den Donaustaat nicht aufgeben. „Welche Zugeständnisse auch immer Deutschland Rußland hat machen müssen, es besitzt ein dauerndes Interesse erster Ordnung daran, die Bande aufrechtzuerhalten, die es mit Österreich-Ungarn einigen, und ihm seine Machtstellung zu erhalten.“[3]) Daher sei das Berliner Kabinett so dringend bestrebt, zu einer friedlichen Lösung der bulgarischen Frage zu gelangen. Werde in einem Kriege zwischen Österreich und Rußland ersteres geschlagen, so könne es sich Deutschland gegenüber auf die Verpflichtung berufen, ihm die Unverletztheit seines Staatsgebietes zu garantieren.

Einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hielten politische Persönlichkeiten Wiens für unabwendbar und nahe bevorstehend (inévitable dans un prochain avenir). Fürst Bismarck werde nach ihrer Auffassung nicht lange mehr zögern, seine Rechnung mit Frankreich end-

---

[1]) Bd. V, S. 168.
[2]) Wien, 30. Januar 1887, Bd. V, S. 169 ff.
[3]) Bd. V, S. 170.

gültig zu begleichen. In der Voraussicht, daß dieser Kampf unglücklicherweise in einem bestimmten Moment entbrennen müsse, wolle er ihn nicht weiter hinausschieben. „Wohl niemals würde er sich dafür in günstigerer Lage befinden. Sicher des Nichteingreifens von Rußland, England und Italien, voll Vertrauen auf die Gemeinschaftsbande mit Österreich, hat Deutschland Frankreich gegenüber hinsichtlich seiner militärischen Rüstung einen Vorsprung und würde selten eine günstigere Lage für die Erfüllung seiner Absichten finden. Außerdem würde es in einem glücklichen Kriege das einzige Mittel zur Beendigung der furchtbaren Rüstungen erblicken müssen, die durch ihre Fortdauer das Land ruinieren."

Läßt dieser Wiener Bericht eine starke Abhängigkeit Deutschlands von den Grundlagen der österreichischen Politik erkennen, wobei die Friedensliebe Deutschlands durch die Betonung der für Deutschland so übermäßig günstigen Gelegenheit zur alsbaldigen Abrechnung mit Frankreich eindrucksvoll hervortritt, so sollte der Gang der Dinge in Paris bald erweisen, wie unermüdlich der chauvinistische Gedanke am Werke war.

Am 8. Februar 1887 berichtete Baron Beyens über die Gefahr einer neuen Ministerkrisis in Frankreich, die der von Freycinet zum Kriegsminister gemachte General Boulanger durch die Übersendung eines Briefes an den Zaren oder an den russischen Kriegsminister ohne vorherige Beteiligung des französischen Außenministers Flourens hervorgerufen hatte. Beyens nennt Boulanger bei dieser Gelegenheit eine schwierige und kompromittierende Persönlichkeit. Flourens drohte mit seinem Rücktritt; der Präsident der Französischen Republik sah sich in der unangenehmen Lage, entweder den Kriegsminister zu halten, oder aber ihn auf die Gefahr hin zu opfern, der Abhängigkeit von Deutschland geziehen zu werden[1]).

Genauere Angaben über die Vorgänge macht Graf van der Straten Ponthoz am 11. Februar 1887 aus Berlin[2]). Er berichtet, daß seit sechs Tagen in Berlin Friedenshoffnungen die Oberhand gewonnen hätten. Der alte Reichstag war aufgelöst worden, da er das Septennat nicht hatte bewilligen wollen. Sowohl Bismarck wie Moltke hatten sich dafür eingesetzt, daß die Ablehnung des Septennats ernstlich den Krieg bedeuten würde, glaubten aber in dem neuen Reichstage nunmehr eine Majorität für das Militärgesetz zu finden.

Der belgische Gesandte weiß interessante Privatäußerungen des Fürsten Bismarck über die Lage anzuführen. Den Rücktritt des Generals Boulanger hatte er nicht als erforderlich betrachtet, wohl aber der Ansicht Ausdruck geliehen, daß ein solcher Mann als Diktator, als Präsident der Republik oder auch nur als Ministerpräsident mit der Sicherheit des Deutschen Reiches unvereinbar sein würde. Treffend schildert Graf van der Straten Ponthoz die Stellung der verschiedenen Mächte zur

[1]) Paris, 8. Februar 1887, Bd. V, S. 171/172.
[2]) Bd. V, S. 172 ff.

3*

Kriegsgefahr, betont die nüchterne Ruhe des englischen, die wechselnde Haltung des italienischen Botschafters und die Vorgänge an der Börse. Dem englischen Botschafter, Sir Edward Malet, hatte Bismarck die Zusicherung gegeben, daß er Frankreich nicht angreifen werde, während Boulanger, wenn er zur Macht gelange, Deutschland sofort den Krieg erklären würde. „Der Kanzler zeigt sich friedfertig," meint der belgische Gesandte, „aber er rüstet nicht völlig ab."

Deutschlands Beziehungen zu Rußland schienen sich nach seiner Anschauung doch nicht so durchgreifend gebessert zu haben, wie Bismarck es überall glauben machen wollte, und wie es auch nach einem persönlichen Handschreiben des Zaren an den Kaiser Wilhelm erscheinen konnte, in dem er ihn zu den Erfolgen seiner Bestrebungen für die Erhaltung des Friedens beglückwünschte und hinzufügte, er würde seinerseits diese friedliebende Politik jederzeit unterstützen. Den belgischen Gesandten machte es mißtrauisch, daß gerade eben in der Moskauer Zeitung der Panslawist Katkoff das österreichische Bündnis mit Deutschland und die Politik des Fürsten Bismarck sehr heftig angegriffen hatte.

Tatsächlich herrschte in Rußland zu dieser Zeit eine erhebliche Verstimmung gegen Deutschland. „Niemals war die Erbitterung über den Berliner Vertrag so fühlbar wie heute," berichtet Graf Errembault de Dudzeele aus Petersburg am 18. Februar 1887[1]). Die Lage Deutschlands sah man übereinstimmend in Rußland so an, daß die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges durch einen für Bismarck günstigen Ausfall der Wahlen nicht beschworen sein würde, daß der Krieg aber sicher kommen müsse, falls der Kanzler einen Mißerfolg erleide. Komme die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich, so brauche Rußland hauptsächlich Handlungsfreiheit. Daher sei jetzt die Regelung der bulgarischen Frage, die Rußland in schwere Verwicklungen hineinziehen könne, weniger wichtig. „Im ganzen", meint der Gesandte, „würde das russische Volk den Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges recht gern sehen, und die hiesigen Zeitungen gießen, ohne es allzusehr merken zu lassen, noch Öl ins Feuer. Ich denke indessen, daß die Öffentlichkeit mehr instinktiven Empfindungen folgt als klaren Überlegungen, und daß am Ende niemand in Rußland eine klare Vorstellung davon hat, welchen Vorteil man aus den Ereignissen ziehen könnte. Das einzige, was sich klar abzeichnet, ist eine Abneigung gegen Deutschland, eine nach Rache verlangende Erinnerung an 1878 und die Meinung, daß man sich einer schweren Gefahr aussetzen würde, wenn man es Deutschland erlaube, Frankreich noch einmal niederzuschlagen. — Das sind im großen und ganzen die hauptsächlichen Eindrücke der russischen öffentlichen Meinung, ein noch unbestimmtes Verlangen nach einer neuen Politik und ein Schwanken in der Richtung, die ihr zu geben wäre, aber der entschlossene Wunsch, daß diese Richtung Deutschland nicht günstig sein soll."[2])

---

[1]) Bd. V, S. 177/178.
[2]) Bd. V, S. 178.

Gewisse Unklarheiten über Rußland bleiben auch in der belgischen Berichterstattung der nächsten Zeit bestehen. Soviel scheint aber auch den Belgiern sicher, daß Rußland nicht geneigt ist, eine völlige Vernichtung Frankreichs zuzulassen, da eine solche auch Rußlands Machtstellung gefährlich werden und seine Orientpolitik durchkreuzen könnte[1]), und daß daher die zwischen dem deutschfreundlichen russischen Außenminister, v. Giers, und dem Fürsten Bismarck getroffenen Abmachungen nicht eine so große Tragweite besäßen, wie man geneigt sei, ihnen zuzusprechen. Rußland laviere und warte die Entwicklung der Dinge im Westen ab, Berlin aber fühle sich Rußlands doch nicht sicher genug, um sich durch die Militärpartei in einen deutscherseits für unabwendbar gehaltenen Krieg hineinziehen zu lassen. — Damals schon also sprach man von einer deutschen Militärpartei und ihren Absichten eines Präventivkrieges. Hierbei ist aber von vornherein zu beachten, daß Bismarck allen diesen Erwägungen gegenüber unzugänglich geblieben ist und den Krieg gegen Frankreich zu jener für Deutschland günstigen Zeit eben doch tatsächlich nicht entfesselt hat. —

Seine Sorge vor einer französisch-russischen Allianz bildete den Angelpunkt seiner Politik. Frankreichs Botschafter in Berlin, Herbette, benutzte jede Gelegenheit, um ein solches Bündnis als zweifelhaft erscheinen zu lassen. „Er muß wissen," meint der Berliner Gesandte am 25. Februar 1887[2]), „daß das geringste Zeichen eines solchen Einverständnisses für den Kanzler eine Quelle der Empörung ist. Schon Lord Ampthil hatte festgestellt, daß der Kanzler jedesmal eine Nervenattacke bekam, wenn er nur in einem Zeitungsartikel die Namen Rußland und Frankreich beieinander sah." Über die innersten Absichten des Kanzlers befand sich der Gesandte im Zweifel. Entweder er beabsichtigte, Rußland durch weites Entgegenkommen auf dem Balkan und selbst am Bosporus von einem Bündnis mit Frankreich abzuhalten, oder aber, was dem Belgier wahrscheinlicher schien, als Gegengewicht gegen den gefürchteten Zweibund Österreich-Ungarn, England, Italien, Rumänien und die Türkei mit den Balkanstaaten in einer Liga zu vereinigen[3]). Ob ein Zusammengehen Englands mit Österreich-Ungarn zu jener Zeit möglich gewesen wäre, scheint dem Gesandten zweifelhaft. Ein vom Lord Salisbury in dieser Richtung gemachter Vorstoß in Wien war gescheitert[4]). England stand damals in Europa allein. Die Londoner Diplomatie sah damals eine Hauptsicherung für den europäischen Frieden in der persönlichen Furcht des Zaren vor neuen Verwicklungen; er wisse zu genau, daß Rückschläge irgendwelcher Art sich in nihilistischen Attentaten gegen ihn Luft machen könnten.

Inzwischen hatte die Sendung des Herrn v. Lesseps nach Berlin wesentlich zur Entspannung der Lage beigetragen. Der Berliner Ge-

---

[1]) Wien, 21. Februar 1887, Bd. V, S. 178/179.
[2]) Bd. V, S. 20/21.
[3]) Bd. V, S. 64.
[4]) Bd. V, S. 67/68.

sandte meinte indes in seinem Berichte vom 18. März 1887[1]), daß die Grundlagen der Gefahr auch durch ihn nicht beseitigt seien. „In Wirklichkeit hat sich die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland und umgekehrt nicht geändert. Der Verlust Elsaß-Lothringens ist eine dauernde Gefahrsursache für die friedlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Der Kanzler hat das im Reichstage deutlich ausgesprochen. Vielleicht wird ein Jahrhundert nötig sein, damit sich Frankreich in seine Verstümmelung findet und Deutschland seine neuen Provinzen sich angleicht. Diese Erregung Frankreichs peitscht die Parteien auf nnd schafft Angriffspunkte für fremde Einflüsse. . . Man mißtraut in Berlin der Revanchepartei. Wenn der Chauvinismus Herrn v. Lesseps Lügen strafen sollte, so wird sein Berliner Besuch die Lage nur verschlechtert haben." Über den Erfolg seiner Mission äußerte Lesseps selbst, daß er den deutschen Kaiser und den Fürsten Bismarck darüber beruhigt habe, eine französische Allianz mit Rußland entspreche gar nicht einmal den eigenen Interessen Frankreichs.

Der Berliner Bericht vom 18. März 1887 erwähnt auch die Erneuerung des deutschen Bündnisses mit Italien, über die noch nichts Zuverlässiges zu ermitteln gewesen sei, die aber sicher scheine und Frankreich nur noch mehr verstimme. —

Ein besonderes Interesse hat dieser Bericht noch durch eine Erwähnung der von Belgien geplanten Maasbefestigungen. Zu den vielen Irrtümern, die über die belgische Frage in Deutschland noch heute verbreitet sind, gehört auch der, daß die Anlage der Maasbefestigungen in Lüttich und Namur von vornherein einen für Deutschland unfreundlichen Akt dargestellt hätte. Ich habe bereits in meinem „geistigen Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität"[2]) darauf hingewiesen, daß diese Ansicht irrig ist, und daß man sich damals gerade in Frankreich über die belgische Neubefestigung entrüstet geäußert hat, da sie Deutschland einseitig begünstige. In seinem Berichte vom 18. März 1887 meldet nun Graf van der Straten Ponthoz nach Brüssel, er habe im Sinne einer ihm von Brüssel gewordenen Weisung vom 12. März eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck gehabt, der damals Staatssekretär des Äußeren war, und ihm die Auffassungen des belgischen Königs über die Wahrung der belgischen Neutralität mitgeteilt. Graf Bismarck habe von neuem im Auftrage seines Vaters dessen Genugtuung über die von Belgien ergriffenen Maßnahmen ausgesprochen. Bereits am 4. März hatte der belgische Gesandte gemeldet, „daß der Fürst Bismarck mit Genugtuung von den Maßnahmen der belgischen Regierung zur Verstärkung ihres Militäretats und von dem Projekte, die Übergänge über die Maas zu befestigen", Kenntnis nehme. —

---

[1]) Bd. V, S. 179 ff.

[2]) Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1919.

In Rußland rangen weiterhin fortwährend zwei politische Strömungen um die Oberhand, ohne daß der dortige belgische Gesandte zu einer vollen Klarheit über den wirklich gesteuerten Kurs gelangen konnte. Während Herr v. Giers die deutschfreundliche Richtung vertrat, sagte man dem Zaren dauernd eine starke Abhängigkeit von den außerordentlich deutschfeindlichen Auffassungen Katkoffs nach. Gerade eben hatte dieser sehr franzosenfreundliche Moskauer Publizist eine hohe Ordensauszeichnung erhalten. „Alle Zeitungen ohne Unterschied der Partei unterstützen dieses Mal Katkoff in der sehr deutlichen Absicht, die Erneuerung des Dreikaiserbundes zu verhindern, der gerade ablaufen sollte.“[1])

In Berlin bemühte sich der russische Botschafter Graf Schuwaloff lebhaft um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. „Er ist überzeugter Anhänger einer Allianz zwischen Rußland und Deutschland“, meldet der Berliner Gesandte am 1. April 1887[2]), als er von der Abreise des Grafen nach Petersburg berichtet. „Er besitzt das Vertrauen seines Herrschers. . . Seine Reise scheint sich aus der Notwendigkeit zu erklären, diese Allianz vor dem Sturmlaufe der Partei, deren Haupt Katkoff ist, in Sicherheit zu bringen.“ Den Einfluß Katkoffs auf den Zaren sucht der Gesandte aus alten Beziehungen zwischen den Panslawisten und dem Zaren aus der Zeit, wo er noch Großfürst war, zu erklären. „Aus dieser Intimität haben sich wohl Verpflichtungen solcher Art ergeben, daß es gefährlich wäre, durch offenen Bruch mit dem mitwissenden Vertrauten deren Enthüllung herauszufordern.“[3])

Nachdrücklich hebt der Berliner Gesandte in seinem großen Berichte die Gefahr des französischen Chauvinismus aufs neue hervor. „Die Verwaltung von Elsaß-Lothringen begegnet Schwierigkeiten, für die der französische Chauvinismus verantwortlich ist. Die neuerlichen Wahlen für den Reichstag haben die Pariser Presse in den Konflikt der deutschen reichsländischen Behörden mit der Wählerschaft hineingezogen. — Diese Provinzen sollen jetzt einem rücksichtsloseren System der Verdeutschung unterworfen werden. Die hierfür nötigen Maßnahmen werden nicht ermangeln, in Paris ein Wiederaufleben der Angriffe der Revanchepresse hervorzurufen.“

So hatte „La France“ am Geburtstage des Kaisers Wilhelm einen auffallend gehässigen Artikel veröffentlicht. Der belgische Gesandte gibt ihn wieder, um damit die Stimmung der „sogenannten patriotischen Kreise“ zu kennzeichnen. „Niemals“, hieß es darin, „werden wir es vergessen, daß Deutschland sich zu unserem Schaden zu seiner gegenwärtigen Macht emporgeschwungen hat. Wir denken an die Katastrophe von 1871, an die fortdauernden Drohungen Deutschlands gegen Frankreich, an die schändlichen Verfolgungen unserer elsaß-lothringischen

---

[1]) Petersburg, 28. März 1887, Bd. V, S. 184/185.

[2]) Bd. V, S. 186ff. In diesem Berichte sind verschiedene Druckfehler richtig zu stellen. Vgl. S. 13, Anm. 3.

[3]) Bd. V, S. 186.

Landsleute. Das sind unsere Gefühle als Zuschauer der Vorstellung, die Deutschland beim neunzigsten Geburtstage seines Kaisers der Welt gibt. Für uns ist der Name des Kaisers Wilhelm gleichbedeutend mit Blut, Raub und Mord; er ruft keine anderen Erinnerungen in uns wach als die Niederlage unseres Vaterlandes, die Hinopferung unserer Soldaten, den brutalen Raub zweier unserer Provinzen."

Auf Veranlassung des Fürsten Bismarck trat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" diesen Treibereien scharf entgegen. Es handele sich nicht darum, die Unverschämtheiten des französischen Blattes zu kritisieren, hieß es in der deutschen Entgegnung. Sie bildeten nur ein Glied in der Reihe der zahlreichen Dokumente, die eines Tages Zeugnis dafür ablegen würden, mit welcher Ruhe und Geduld Deutschland lange Jahre hindurch von Frankreichs Seite die unverschämtesten Beschimpfungen und Herausforderungen ertragen habe[1]). Graf van der Straten fügt hinzu, wie sehr Bismarck sich durch ein derartiges Verhalten der französischen Presse persönlich abgestoßen gefühlt habe; seiner eigenen Äußerung nach habe man darauf antworten müssen, damit man in Frankreich nicht annehme, Deutschland mit derartigen Unverschämtheiten einschüchtern zu können. Für den europäischen Frieden befürchtet der Gesandte vorläufig keine Störung. Seine beste Garantie sei zurzeit die Erneuerung des Bündnisses zwischen Deutschland, Österreich und Italien, das offenbar, auch soweit Italien in Betracht komme, im geheimen soeben abgeschlossen sei.

Daß man in den Kreisen der belgischen Diplomatie nicht nur, sondern auch in urteilsfähigen Kreisen Englands in dem kritischen Frühjahre 1887 die Hauptgefahr für den europäischen Frieden bei Frankreich sah, betont Baron Solvyns in einem Berichte aus London vom 24. April 1887[2]) aus Anlaß der „Affäre Schnäbele" mit aller Deutlichkeit. Die Schwierigkeit werde wohl beigelegt werden, meint er, aber wieder einmal könne man erkennen, wie sehr die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu wünschen übrig ließen. Solange General Boulanger an der Macht sei, und das französische Publikum nicht darauf verzichte, Gefühle zur Schau zu tragen, deren Ausdruck in gewissem Sinne General Boulanger sei, könne der Bruch zwischen beiden Ländern beim geringsten Anlaß eintreten. Die Franzosen wollten nicht angreifen, da sie überzeugt seien, geschlagen zu werden und damit eine noch schlimmere Katastrophe als 1870 zu erleiden. „Andererseits veranlaßt sie eine sehr natürliche Eigenliebe dazu, sich selbst und andere glauben zu machen, sie seien zum Kampfe bereit und des Sieges sicher. Wenn der General Boulanger der Götze des Tages ist, so ist er es, weil er diese Richtung ermutigt, die sich der nationalen Eitelkeit so gut anpaßt. Dieses Spiel könnte eines Tages gefährlich werden, wäre es nicht der feste Wille des französischen Volkes, den Krieg um jeden Preis zu vermeiden, falls es sich wirklich ernstlich entscheiden müßte."

---

[1]) Bd. V, S. 188, wo für „provocations les plus éhontés" zu lesen ist „effrontées".
[2]) Bd. V, S. 190/191.

Die zeitliche Reihenfolge unserer belgischen Berichte führt uns nun wieder zu der Erörterung der deutsch-russischen Beziehungen. Zweifellos hätten sich diese gebessert, meint der Petersburger Gesandte am 13. Mai 1887[1]). Trotzdem sei die russische Regierung entschlossen, das Bündnis mit Deutschland und Österreich nicht zu erneuern und vorkommendenfalls sich der völligen Niederwerfung Frankreichs zu widersetzen, da sie in dieser Macht ein für Europa unerläßliches Gegengewicht erblicke. Deshalb sei ihr auch der allzu friedliche Ton des Ministerpräsidenten Goblet nur unter der Bedingung erträglich, daß er nicht etwa den Ausdruck einer militärischen Schwäche Frankreichs bedeute. Die Unklarheiten in der russischen äußeren Politik schienen dem Berliner Gesandten Belgiens die Veranlassung dafür zu sein, daß der russische Botschafter zu Berlin, Graf Schuwaloff, seinen Posten aufzugeben wünschte. „Der Widerstreit der Einflüsse des Herrn v. Giers und Katkoffs hat oft zur Folge, daß die Versicherungen, die der russische Botschafter dem Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck gibt, in Widerspruch stehen zu dem, was in Rußland geschieht. Das ist eine schiefe Stellung, aus der er herauskommen möchte."[2])

Im Mai des Jahres wurden die deutsch-französischen Beziehungen durch einen Artikel des „Figaro" vom 21. Mai erneut auf die Probe gestellt. Der „Figaro" veröffentlichte die 1875 zwischen dem französischen Minister des Äußeren, Duc Decazes, und dem damaligen französischen Botschafter in Petersburg, General Le Flo, gewechselten Depeschen, aus denen hervorgehen sollte, daß Bismarck damals einen Überfall auf Frankreich geplant hatte und nur durch das Dazwischentreten des Zaren daran gehindert worden sei. Sehr bezeichnend ist, was Baron Beyens, der Vater des belgischen Gesandten in Berlin bei Kriegsausbruch, bei der Besprechung dieser rechtzeitig beigelegten und für Frankreichs Ansehen beim Zaren nicht günstigen Zeitungsangelegenheit ausführt. Er meint[3]): „Wenn der große Kanzler tatsächlich 1875 den Plan gehabt hat, Frankreich anzugreifen, so muß er es mehr als einmal bedauert haben und es vor allem heute bedauern, daß er diesen Plan nicht ausgeführt hat. Keine Macht war gewillt und in der Lage, sich ihm mit Gewalt zu widersetzen, und bei Rußland im besonderen kann man eine ungewöhnliche Zurückhaltung im Hintergrunde der zum Ausdruck gebrachten Sympathien feststellen. Was die Verwirklichung des Planes anlangt, so hätte seine Brutalität durch die Erklärung gemildert werden können, es handele sich nicht um einen Krieg, sondern um Sicherheiten gegen die Revanche."

Bei diesen Darlegungen muß scharf beachtet werden, daß Bismarck die „Brutalität", die ihm für 1875 angedichtet wird, tatsächlich nicht begangen hatte, sondern daß seitdem bereits 12 Jahre ins Land gegangen waren. Unbekümmert um die Herausforderungen Frankreichs hatte Deutschland seine Friedenspolitik fortgesetzt.

---

[1]) Bd. V, S. 191/192.
[2]) Berlin, 29. April 1887, Bd. V, S. 42.
[3]) Paris, 21. Mai 1887, Bd. V, S. 192/193.

War schon die erwähnte Veröffentlichung nicht geeignet, den Zaren einem Bündnisse mit Frankreich geneigter zu machen, so bildete der Sturz des Ministeriums Goblet für ihn einen neuen Beweis der Unzuverlässigkeit Frankreichs. Große Besorgnisse verursachte bei diesem Wechsel der Entschluß, ob General Boulanger des weiteren in seiner Stellung verbleiben könne. Sein Rücktritt schien in Erwägung seiner persönlichen Beliebtheit innerpolitisch ebenso gefährlich, wie sein weiteres Verbleiben im Amte als Kriegsminister Deutschland gegenüber eine außerpolitische Gefahr darstellte[1]).

Die Sorge Rußlands um seine Stellung auf dem Balkan empfing im Sommer 1887 durch den Abschluß einer englisch-türkischen Konvention eine neue Belastung. Mit unverkennbarem Mißvergnügen beobachtete man an der Newa den Fortschritt, den das Inselreich am Bosporus machte. Es stehe zu fürchten, meint der Petersburger Gesandte, daß die Türkei, wenn sie Englands Forderungen nicht zurückzuweisen vermöge, dieser Macht eines Tages die Wache über die Dardanellen anvertrauen könnte. Gleichzeitig berichtet der Gesandte, daß durch die Maßregelung des einem Bündnis mit Frankreich geneigten Generals Bogdanowitsch das Zünglein der Wage sich wieder mehr zugunsten Deutschlands neige; Katkoff sei aber zu energischen Maßnahmen gegenüber dem Zaren bereit[2]).

Wenige Tage darauf schuf die Nachricht, daß Boulanger demnächst nach Petersburg zu kommen beabsichtige, eine neue Lage. Zwar werde die russische Regierung voraussichtlich hierbei eine ebenso korrekte Haltung einnehmen wie im Vorjahre beim Besuche Déroulèdes[3]), an dessen Festbankett die russischen Offiziere nicht hätten teilnehmen dürfen, meint der Petersburger Gesandte[4]), fügt aber doch hinzu: „Frankreich hat die Sympathien Rußlands nicht verloren, aber die häufigen politischen Richtungswechsel haben in letzter Zeit das Vertrauen auf Frankreich erschüttert. Man fühlt sich Frankreich gegenüber des kommenden Tages nicht sicher und ist daher natürlicherweise genötigt, den Sympathien Schweigen zu gebieten und eine kluge Zurückhaltung zu üben. Wohl oder übel muß man Berlin gegenüber die größte Höflichkeit bewahren, um sich nicht in eine gewagte Lage zu bringen, in der sich Rußland plötzlich allein finden könnte. Andererseits wünscht Zar Alexander III. aufrichtig die Erhaltung des Friedens, und da jeder neue Schritt Rußlands in der Richtung auf Frankreich den Frieden durch Alarmierung und Herausforderung Deutschlands gefährden würde, sieht die russische Regierung davon ab, den gegenwärtigen Bestrebungen einer Annäherung zwischen der russischen und französischen Nation eine greifbare Form zu geben. Vorsichtig ausgedrückte Sympathien, ein zufriedenstellendes Einvernehmen in den Anschauungen über die internationale

---

[1]) Paris, 25. Mai 1887, Bd. V, S. 194 ff.

[2]) Petersburg, 2. Juni 1887, Bd. V, S. 197/198.

[3]) Vgl. S. 8.

[4]) Petersburg, 6. Juni 1887, Bd. V, S. 198 ff.

Politik sind alles, was Rußland ohne eigene Gefahr zugunsten Frankreichs zu tun vermag."

Verfolgt man die Berichterstattung der belgischen Diplomaten mit Aufmerksamkeit, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie die damalige deutsche Beurteilung der russisch-französischen Beziehungen im großen und ganzen als etwas zu optimistisch ansehen. Die entschlossene panslawistische Tendenz Rußlands schien ihnen außer Zweifel, und die persönliche Haltung des Zaren, der gelegentlich Herrn v. Giers und damit eine deutschfreundliche Richtung bevorzugte, eben nur eine persönliche Stimmung des Monarchen, deren Wert verschieden beurteilt wird[1]). Auch wird bereits angedeutet, daß der englisch-türkische Vertrag Rußland und Frankreich einander wieder mehr zu nähern geeignet ist. „Eine solche Übereinstimmung von heute ist die Ankündigung eines Bündnisses für die Zukunft. Das ist für Deutschland eine Gefahr, die der Kanzler voraussah und fürchtete, und die immer beherrschenden Einfluß auf seine Politik ausgeübt hat[2])". Dem Berliner Gesandten scheint es klar, daß Bismarck sich Rußlands nur durch ungewöhnliche Opfer in Konstantinopel und auf dem Balkan versichern konnte. „Die wachsende Herrschaft der Panslawisten", meint der Gesandte, „soll schließlich den Kanzler davon überzeugt haben, daß er von seiten Petersburgs keine Sicherheit zu erwarten habe, und daß ihm nichts übrig bleibe, als abzuwarten und zu lavieren. Man hat mir bestätigt, daß er augenblicklich mit England im engsten Einvernehmen handelt."[3]) — Beachten wir dabei, daß am 18. Juni 1887 der sogenannte „Rückversicherungs-Vertrag" Deutschlands mit Rußland abgeschlossen worden ist! Die belgischen Gesandten haben nichts davon erfahren.

Ein Wiener Bericht vom 9. Juli 1887[4]) bestätigt als Hauptergebnis der englisch-türkischen Übereinkunft die intime politische Annäherung zwischen Frankreich und Rußland; jetzt erst seien die bisher mehr oder weniger platonischen Beziehungen einen Schritt weiter gelangt. Um so enger schlössen sich die vier anderen Mächte hinsichtlich ihres Wirkens in Konstantinopel zusammen. Hierin liegt eine große Gefahr. „Diese Teilung der Mächte in zwei feindliche Lager muß die ernstesten Besorgnisse für die Erhaltung des Friedens erregen. Die immer mehr zunehmende deutschfeindliche Stimmung in Rußland, die immer lärmenderen Revanche-Ideen in Frankreich, seit man in Petersburg einen Bundesgenossen gefunden zu haben glaubt, beschäftigen hier (in Wien) wie anderwärts die politischen Kreise und die Geschäftswelt. Man beginnt zu befürchten, daß die Bestrebungen der an der Erhaltung des Friedens interessierten Kabinette schließlich machtlos bleiben müssen." Man halte damit zusammen, was der belgische Gesandte zu Berlin am 15. Juli über ein am 11. Juli stattgehabtes Gespräch des französischen Botschafters Herbette

---

[1]) Berlin, 10. Juni 1887, Bd. V, S. 24; Berlin, 17. Juni 1887, Bd. V, S. 43.
[2]) Berlin, 8. Juli 1887, Bd. V, S. 22.
[3]) Bd. V, S. 65.
[4]) Bd. V, S. 200/201.

mit ihm mitzuteilen weiß[1]): „Frankreich hat in Bulgarien kein andere-Ziel, als dort im Einvernehmen mit einer Macht zu bleiben, deren Syms pathien für Frankreich jetzt deutlicher erkennbar werden.“ Auch in London beobachtete man die wachsende Annäherung mit tiefer Sorge. „Die Anhänger einer intimen Annäherung an Deutschland lassen diese Gelegenheit nicht außer acht, um sie dringend zu empfehlen und die von ihr zu erhoffenden Vorteile zu rühmen.“[2])

In dieser Zeit beginnen die wirtschaftlichen Maßnahmen Bismarcks gegen Rußland ihr Gewicht geltend zu machen. Bismarck beantwortete die russischerseits getroffenen Absperrungsmaßnahmen damit, daß er den deutschen Geldmarkt Rußland verschloß[3]). Der belgische Gesandte steht in der Beurteilung dieser Maßnahmen auf seiten Deutschlands, indem er den Ausgangspunkt des Wirtschaftskampfes auf die verhängnisvollen (désastreuses) Maßnahmen Rußlands schiebt und die Erhöhung der Eingangszölle auf zahlreiche wichtige deutsche Produkte hervorhebt, die Gegenmaßregeln von Berlin herausgefordert hätten. Seit Monaten schon habe man von Rußland her in dieser Weise gearbeitet. Jetzt setze in der deutschen Presse eine Gegenaktion ein. Zweifellos gehe diese auf Bismarck zurück, der nur die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch nicht habe in den Kampf eingreifen lassen, um noch über eine Dementiermöglichkeit zu verfügen. Der Kanzler fußte auf der Anschauung, daß die äußeren Beziehungen zwischen zwei Ländern unbeschadet solcher Vorgänge dennoch sehr gute sein könnten. Augenscheinlich hielt er es gelegentlich sogar für angebracht, wirtschaftliche Druckmittel zur Förderung außenpolitischer Bestrebungen mit einzusetzen. „Der Kanzler“, so meint der Berliner Gesandte, „will in Petersburg zu fühlen geben, daß Rußlands Kredit von Deutschland abhängig ist. Er erteilt dort diese derbe Lehre zu einer Zeit, wo Rußland danach strebt, seine alten Beziehungen zu Deutschland einer Entente mit Frankreich zu opfern, wo es in Paris eine Anleihe unterzubringen sucht, zu der eine völlig verfahrene Finanzlage und die Kriegspläne der Panslawisten es zwingen.“[4])

Nach den belgischen Berichten hat man unbedingt den Eindruck, daß diese weitsichtigen Diplomaten Bismarcks Standpunkt nicht völlig geteilt haben. Sie erblickten offenbar eine große Gefahr darin, daß Rußland und Frankreich in dieser kritischen Zeitspanne durch wirtschaftliche Maßnahmen aufeinander zugeführt wurden. Die Vorgänge des Jahres 1888 werden das noch klarer erweisen.

Einstweilen freute sich Frankreich der neuen sich ihm eröffnenden Aussicht. Die Haltung des französischen Botschafters Herbette zu Berlin, über die der belgische Gesandte gleichfalls am 22. Juli berichtet, zeigte das deutlich. „Herbette trägt den Kopf sehr viel höher, seitdem ein Einverständnis zwischen Paris und Petersburg die Republik aus ihrer

---

[1]) Bd. V, S. 23.
[2]) London, 20. Juli 1887, Bd. V, S. 23.
[3]) Berlin, 22. Juli 1887, Bd. V, S. 201 ff.
[4]) Bd. V, S. 202.

Vereinsamung in Europa hat heraustreten lassen." Nach dem Rücktritte des Generals Boulanger und dem Sturze der Radikalen brauche Frankreich nur noch einen Minister, der die gemäßigten republikanischen Parteien zusammenzufassen vermöge; dann werde sich auch das Vertrauen wieder einstellen. „Durch die Entente mit Rußland wird sich für Frankreich eine neue Phase eröffnen, in der es ihm möglich sein wird, einem Bündnisse Deutschlands, Österreichs, Italiens und Englands zu widerstehen. Herbette beschäftigt sich weder mit dem Elsaß noch mit Lothringen. Frankreich braucht in diesem Augenblick nicht an ihren Rückerwerb zu denken; es vertraut sich hierfür den Ereignissen und den in der Zukunft liegenden Aussichten an." Gewiß habe die Republik noch viele Schwierigkeiten zu überwinden, aber nicht geringere ständen Deutschland und dem Werke des Fürsten Bismarck bevor. „Das Kaiserreich geht einer Ära von Prüfungen entgegen." Das Vertrauen in die Zukunft Frankreichs beruhe, meint der Berliner Gesandte, also auf Erwägungen, die ebenso viele Gründe der Sorge für den Fürsten Bismarck darstellen. Der deutsche Kaiser, schon über 90 Jahre alt, die schwere Krankheit des Kronprinzen, der Gesundheitszustand des Kanzlers selbst und die 87 Jahre des Feldmarschalls v. Moltke gäben zu denken. Treffender konnte man Deutschlands Lage in der Welt nicht wohl kennzeichnen!

Im Herbst 1887 besuchte der Zar den greisen Kaiser in Berlin. Im Anschlusse daran wurde die Haltung gewisser russischer Blätter etwas freundlicher. Sie traten nunmehr für volle Handlungsfreiheit Rußlands ein und wünschten weder ein Bündnis mit Frankreich noch mit Deutschland. Schienen sie so eine gewisse Umkehr der politischen Anschauungen in den oberen Schichten der russischen Gesellschaft einzuleiten, so vertrat die geringere Presse doch durchaus die Annäherung an Frankreich und die Gegnerschaft zu Deutschland[1]).

Diese Politik der freien Hand wußte in der geschilderten Zeitspanne hauptsächlich Großbritannien sich offenzuhalten, wozu es allerdings durch seine damalige Vereinsamung alle Vorbedingungen besaß. So vermochten denn auch Bismarcks Bemühungen, durch Heranziehung Englands die Stellung des Dreibundes zu befestigen, keine greifbaren Erfolge zu zeitigen. England könne in seiner Lage, meinte Lord Salisbury zu dem Botschafter einer anderen Macht[2]), nicht irgendein Bündnis eingehen. So dürfe es auch nicht seinen Zutritt zum Dreibunde vollziehen. Komme es zu einem europäischen Kriege, so geböten Englands Interessen im Mittelmeer, dafür zu sorgen, daß nicht die italienischen Küsten Angriffen ausgesetzt werden könnten, die eine vollständige Lähmung der militärischen Kraftquellen der Halbinsel zu bewirken vermöchten. England hält sich, meint der Petersburger Gesandte in seinem schon erwähnten Berichte vom 7. November 1887, nach dem Scheitern seines Abkommens mit der Türkei über Ägypten schmollend überall zurück.

---

[1]) Petersburg, 7. November 1887, Bd. V, S. 204/205.
[2]) London, 3. Dezember 1887, Bd. V, S. 66.

Daß der Zarenbesuch in Berlin nur eine vorübergehende Besserung der russisch-deutschen Beziehungen bewirkte, stellt ein Wiener Bericht vom 6. Dezember 1887[1]) nachdrücklich fest. Trotz der friedlichen Versicherungen des russischen Monarchen wurde die Zusammenziehung von Streitkräften an der russischen Westgrenze alle Tage auffallender. Man müsse sich fragen, meint der Gesandte, ob nicht die vom Fürsten Bismarck aufgedeckten Machenschaften der russischen Kriegspartei gerade die Wirkung haben könnten, den Zaren unter dem Drucke der immer noch wachsenden Volkserregung zu dem Kriege mit fortzureißen, den er vielleicht zu vermeiden wünsche. In Wien fange man an, sich ernstlich zu beunruhigen, und die Regierung werde eine weitere Anhäufung russischer Streitkräfte an den Grenzen nicht ruhig mit ansehen dürfen. In der Schwäche des Zaren liege eine große Gefahr. Österreich-Ungarn werde daher seine Truppen in Galizien und in der Bukowina verstärken müssen. Gegen Ende seines Berichtes schwächt der Gesandte die Wirkung seiner Darlegungen dadurch ein wenig ab, daß er die Auffassung einer maßgebenden Persönlichkeit wiedergibt, die in der Verstärkung der russischen Westgarnisonen nur die folgerichtige Ausführung eines seit langem gehegten russischen Planes sehen will; das Innere Rußlands sei ja gegen jeden Angriff gesichert und bedürfe daher keines militärischen Schutzes.

Unmittelbar darauf berichtet aber auch der Graf van der Straten Ponthoz am 9. Dezember 1887[2]) aus Berlin von einer erheblichen Verstärkung der russischen Garnisonen an der österreichischen Grenze. Sie sei bereits so auffallend, daß sie auf die Berliner Börse zurückwirke. Unbestreitbar habe in Galizien eine Zusammenziehung schnell mobil zu machender russischer Truppen stattgefunden. Der Gesandte will daraus noch nicht auf kriegerische Absichten Rußlands schließen. Er nimmt vielmehr an, Rußland beabsichtige, Österreich seinerseits zu militärischen Aufwendungen zu zwingen und dadurch von einer Betätigung auf dem Balkan abzuhalten. Auch wolle man wohl in Rußland dadurch dem Panslawismus schmeicheln. Noch am 18. November habe der Zar in seiner Besprechung mit dem Fürsten Bismarck — anläßlich der schon erwähnten Reise nach Berlin — die vollste Zuversicht für die Aufrechterhaltung des Friedens an den Tag gelegt, aber diese Zuversicht scheine ihn nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt verlassen zu haben. Der Gesandte macht sich eine Äußerung des Grafen Herbert Bismarck zu eigen, wonach der Zar angesichts der zunehmenden Macht des Panslawismus es müde sei, ihm Widerstand zu leisten, und sich nun von der Strömung fortreißen lasse. In einer Unterredung mit dem Zaren hatte Bismarck ihm auseinandergesetzt, daß nach den Bestimmungen des Dreibundes Deutschland seinem Bundesgenossen Österreich im Falle eines Angriffes durch Rußland zu Hilfe kommen müsse; greife indes Österreich Rußland an, so handele es auf seine eigene Rechnung und Gefahr. In einem vertraulichen Gespräche hatte aber Bismarck erklärt,

---

[1]) Bd. V, S. 206/207.
[1]) Bd. V, S. 207 ff.

Deutschland werde ein mit Rußland kämpfendes Österreich in keinem Falle allein lassen, da Österreichs Schwächung zugleich auch die Deutschlands auf der russischen Front herbeiführe. Zusammenfassend meinte Graf van der Straten sagen zu müssen, daß nach Ansicht Bismarcks der Zar den Krieg weder wolle, noch ihn herbeiführen würde.

Anläßlich der Anwesenheit des Zaren im November 1887 in Berlin war es Bismarck gelungen, sich persönlich im Sinne des Rückversicherungsvertrages einzusetzen. Wie gering aber die Zuversicht des Fürsten selbst in die Aufrechterhaltung des Friedens damals tatsächlich gewesen ist, darüber weiß der Berliner Gesandte am 16. Dezember 1887[1]) nach einer vertraulichen ihm bekannt gewordenen Äußerung des Fürsten zu berichten. „Man müßte jeder Voraussicht bar sein," hatte damals der Fürst geäußert, „wenn man nicht anerkennen wollte, daß das Deutsche Reich der Gefahr ausgesetzt ist, zugleich im Osten und im Westen angegriffen zu werden."

1888

Wir treten in das Jahr 1888 ein, das durch den Tod des alten Kaisers und des Kaisers Friedrich eines der denkwürdigsten und sorgenschwersten der deutschen Geschichte vor dem Weltkriege gewesen ist. Gerade in diesem Jahre verschärfte sich der russisch-deutsche Wirtschaftskrieg in bedenklicher Weise, während andererseits durch Eröffnung des französischen Marktes für die russischen Anleihen ein verhängnisvoller Grundstein für die alsbald nachfolgende politische Bindung beider Länder gelegt wurde.

Am 31. Januar 1888 wurde die Berliner Börse durch die Nachricht des Abschlusses einer russischen Anleihe zu Paris in Aufregung versetzt. Man sagte damals, die französischen Kapitalisten hätten sich mit ihrem Angebote unmittelbar an den Zaren gewandt. Graf van der Straten erklärt am 3. Februar[2]) die Nachricht für mindestens verfrüht und meint, daß Bismarck nicht an die Annahme der französischen Angebote durch den Zaren glaube. Dadurch, daß Rußland vom Anfange des Jahres 1888 ab die Zölle auf zahlreiche Einfuhrartikel erhöhte, seine Westgebiete durch Ausweisungen und vorbeugende Absperrungsmaßregeln von deutschem Einflusse gewaltsam zu befreien suchte, trägt Rußland nach Ansicht des belgischen Diplomaten an diesem Wirtschaftskampfe und an der Verschärfung der Gegensätze die Hauptschuld.

Wirtschaftliche Fragen sind es vielleicht auch gewesen, die nunmehr die russische Politik dazu führten, Frankreich, dem zukünftigen Geldgeber gegenüber, auf dem Gebiete von Persönlichkeitsfragen ein Entgegenkommen zu zeigen, zu dem es früher nicht zu haben gewesen wäre. Unvergessen war es dem Zaren, daß der jetzige Kammerpräsident Floquet 1867 dem Zaren Alexander II. die herausfordernden Worte: „Vive la

[1]) Bd. V, S. 71.
[2]) Bd. V, S. 54/55.

Pologne, Monsieur!" entgegengerufen hatte. Keine Regierung schien möglich, in der Floquet einen maßgebenden Einfluß hätte ausüben können. Um so mehr Aufmerksamkeit erregte es in Paris, daß der russische Botschafter, Baron Mohrenheim, jetzt persönliche Beziehungen mit Floquet aufnahm. Baron Beyens berichtet am 4. Februar 1888 aus Paris[1]) über diese Dinge und sucht festzustellen, von welcher Seite der erste Annäherungsschritt getan worden sei. Einen unmittelbaren Zusammenhang dieser Dinge mit der Veröffentlichung des Dreibundvertrages lehnt Beyens ab, meint aber doch, daß die Überbrückung eines so alten Gegensatzes für Rußlands augenblickliche Lage in der Welt sehr bezeichnend sei.

Ehe noch Floquet dazu gelangte, tatsächlich das neue Kabinett zu bilden, nahm die Boulanger-Bewegung in Frankreich einen neuen Aufschwung. Der belgische Geschäftsträger Léon Maskens berichtet ausführlich darüber[2]). Boulanger war der Mittelpunkt des Wahlkampfes. Einsichtige Franzosen befürchteten das Wiedererwachen cäsarischen Geistes. Maskens meint: „Die große Mehrheit der 50 oder 60 000 Wähler des Generals Boulanger hat weder für einen Diktator noch für einen zukünftigen Cäsar zu stimmen beabsichtigt, sondern für den Mann, der die innere Kraft der französischen Armee gehoben, der sie mit dem Gefühl ihrer Leistungsfähigkeit erfüllt hat, und der gegenwärtig die lebendige Verkörperung des Hasses gegen Deutschland darstellt. Diese Wähler wollen nicht mit ihren Stimmen den Krieg heraufführen; niemand in Frankreich wünscht ihn; aber vor die Wahl gestellt von drei Namen, deren einer Monarchie oder Kaiserreich bedeutet, der andere Republik und der dritte Haß gegen Deutschland, haben sie es vorgezogen, dem Gefühle zu folgen, das ihnen am meisten am Herzen liegt. Der Konservative oder der Republikaner ist nur der Gegner; der Deutsche ist der Feind." Maskens fügt hinzu, daß diese Stimmung die französische Regierung in große Verlegenheiten bringen könne.

Lebhafte Sorge für die Zukunft des europäischen Friedens atmet ein zwei Tage später erstatteter Bericht desselben Geschäftsträgers[3]). Mit Besorgnis erfüllte ihn hauptsächlich die Haltung des französischen Publikums. „Die Öffentlichkeit läßt keine Gelegenheit unbenutzt, um ihren Kundgebungen zugunsten Rußlands einen immer enthusiastischeren Ausdruck zu geben. Das Kaiserreich der Zaren ist in der Mode, wie Aurelian Scholl in einer seiner Übersichten sagt. Im Theater, in der Presse mit einigen wenigen Ausnahmen, selbst auf der Straße wird jeder Vorwand zu Kundgebungen benutzt. In diesem Punkte gibt es kein Auseinandergehen der Anschauungen bei den Franzosen, ob sie nun die raffinierteste Erziehung genossen, oder ob sie ihre ganze Kraft aufgewendet haben, um in den Volksversammlungen gegen die leitenden Klassen und gegen die Kapitalisten zu wettern. Für sie alle ohne Unterschied ist der

---

[1]) Bd. V, S. 212/213.

[2]) Paris, 2. März 1888, Bd. V, S. 213/214.

[3]) Paris, 4. März 1888, Bd. V, S. 214 ff.

Zar selbstlos und großherzig, Rußlands Mission sehr verdienstvoll, und das Volk, das es zu unterjochen trachtet, eine Bande von Wilden und Räubern. Sucht nicht einen heutigen Franzosen daran zu erinnern, daß sie einst in einer glorreichen Epoche, mächtig und in Europa gefürchtet, sich für die unterdrückten Völker begeistert haben. Es wäre vergebliche Liebesmühe, diese Erinnerungen heraufzubeschwören. Unser damaliger Edelmut war eine Torheit, würde man erwidern; unser heutiger Egoismus ist die Weisheit selbst." Von der Gefahr der bulgarischen Vorgänge für den Frieden Europas mache man sich in Paris keine hinreichend klare Vorstellung und bilde sich ein, daß die Panslawisten infolge des Berliner Vertrages das Recht hätten, revolutionäre Bewegungen in Bulgarien zu nähren und zu fordern, daß Europa die Einrichtung eines russischen Prokonsuls in Sofia billige. „Im Grunde", meint Maskens, „sind die slawenfreundlichen Kundgebungen des französischen Volkes ein wenig bestellte Arbeit, und man darf annehmen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich, wenn sie so sehr allem zuzustimmen vorgibt, was in Petersburg geschieht oder sich vorbereitet, hauptsächlich von dem Wunsche geleitet wird, sich einem Nachbarlande gegenüber unangenehm zu erweisen. Wäre das nicht so, wie sollte man es dann verstehen, daß eine ultrademokratischen Gedankengängen ergebene und unaufhörlich den Eroberungsgeist bei den Siegern von 1870 verurteilende Presse nicht zögert, sich vor der autokratischen Macht des Zaren und vor seiner Politik zu beugen, die doch bestrebt ist, mit allen Mitteln die christlichen Bevölkerungen der Balkanhalbinsel aufzusaugen."

Maskens erwähnt auch, daß beachtenswerte Journale, die zu Regierungskreisen Fühlung hätten, sich über die auswärtige Lage voll Zurückhaltung und Mäßigung aussprächen. Aber die Sensationsblätter seien unglücklicherweise in Frankreich viel zahlreicher und wirkten unaufhörlich zugunsten einer russischen Allianz. Eines sei bemerkenswert: sehr lange seien alle Franzosen überzeugt gewesen, Bismarck suche nur nach einem Vorwande, um der Republik den Krieg zu erklären, besonders 1887, wo die französische Presse verschiedene Vorkommnisse über Gebühr aufgebauscht habe. Die Leichtigkeit, mit der alle Schwierigkeiten geglättet worden seien, und die durch Bismarck Rußland gegebene Genugtuung habe jetzt den Pessimismus der Franzosen verringert. So konnte denn Herr v. Bréteuil widerspruchslos in der Kammer erklären, der Zweck des Dreibundes sei ein friedfertiger, wie es Bismarck bestätige. Vor wenigen Monaten noch hätte ein Redner, der etwas Derartiges gesagt hätte, wohl kaum weitersprechen können. Der „Temps" gab damals der Beurteilung Bismarcks folgende Fassung: „Man verurteilt sich dazu, von der Politik des Herrn v. Bismarck nichts zu verstehen, wenn man sich weigert anzuerkennen, daß sie die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zum Ziele hat."[1])

---

[1]) Bd. V, S. 218.

Am 8. März 1888 starb Kaiser Wilhelm I. Deutschlands Heldenzeit neigte sich ihrem Ende entgegen. Wie ein Märchentraum längst entschwundener Herrlichkeit und Machtfülle mutet es uns Erben des unglückseligsten aller Kriege an, daß es damals wie ein heiliges Rauschen durch die ganze Welt gegangen ist, als der deutsche Kaiser, der Schöpfer des Reiches, die müden Augen schloß. Die unheilbare Erkrankung seines Thronerben verstärkte noch überall den feierlichen Eindruck seines Hinscheidens. Das politische Leben Europas stand für eine Zeitlang still.

Die Erledigung aller schwebenden Fragen wurde aufgeschoben, bis die erwartete Katastrophe des zweiten deutschen Kaisers gleichfalls eingetreten sein würde[1]). Selbst die am 27. März erfolgte Verabschiedung des Generals Boulanger mit allen ihren Folgeerscheinungen und die Übernahme des französischen Kriegsministeriums durch Freycinet, der damit seinem Ziele, Frankreich durch Hebung seiner Wehrmacht für Rußland bündnisfähig zu machen, einen großen Schritt näher kam, wurde wenig beachtet. An den Balkan dachte vorläufig niemand: Deutschland und Frankreich beanspruchten das europäische Interesse ausschließlich.

Je ernster die Krankheit Kaiser Friedrichs III. sich erwies, um so mehr legte sich die russische Presse in ihrer Haltung gegenüber Deutschland anscheinend auf Weisung von oben eine sonst nicht übliche Zurückhaltung auf. Alles stellte sich bereits auf die Beobachtung des kommenden Kaisers ein, während zugleich die Absicht des russischen Finanzministers, einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland zu schließen, unter Hinweis auf seine für Rußland ungünstigen Wirkungen lebhaft bekämpft wurde. Zugleich gefiel man sich in Rußland darin, dem Verhalten Boulangers Beifall zu zollen und dem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß er in dem neuen, am 3. April gebildeten, Kabinett Floquet keinen Platz hatte finden können. Die russische Regierung teilte anscheinend diesen Standpunkt nicht; vom Zaren selbst wurde berichtet, daß er dem General Boulanger wenig günstig gesonnen sei. Aber der belgische Geschäftsträger Eggermont[2]) in Petersburg berichtet doch am 6. April 1888[3]), daß der größere Teil des russischen Publikums in seiner politischen Unkenntnis allzu gelehrig dem „Boulangismus" der Presse zustimme. „Es gibt übrigens in Rußland", meint er, „eine reichlich große Gruppe von Leuten, Parteigängern eines europäischen Zusammenstoßes, die davon träumen, daß Frankreich den Funken in das Pulverfaß schleudern würde. Eben dies Ergebnis erhoffen sie von der Anwendung des vom General

[1]) Wien, 4. Mai 1888, Bd. V, S. 221ff.

[2]) Im Band V habe ich auf Grund der Unterschrift des Petersburger Geschäftsträgers der Annahme Ausdruck verliehen, daß er Eygermont heißen müsse. Die Kriegserinnerungen des Generalobersten Frhr. v. Hausen „Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914" (Verlag K. F. Köhler, Leipzig) berichten indes von einem belgischen Diplomaten Eggermont. Dieser ist wahrscheinlich mit dem im „Annuaire diplomatique et consulaire", Brüssel 1914, genannten Legationsrat Eggermont — Band V, S. 4, Zeile 5 von unten steht fälschlicherweise Eygermont — identisch.

[3]) Bd. V, S. 218 ff.

Boulanger vertretenen Regimes, das gezwungen sein würde, die chauvinistischen Neigungen derjenigen zu befriedigen, die ihn zur Macht gebracht haben würden."

Der schon erwähnte Wiener Bericht vom 4. Mai[1]) zeigt, daß man auch dort trotz aller Verstimmungen über Bismarcks gleichgültige Haltung in der Balkanfrage den Dreibund als die sicherste Gewähr für die Fortdauer des Friedens ansah. Der Hinzutritt Englands zur Koalition würde den Staatsmännern an der Donau besonders erwünscht gewesen sein, aber — bemerkt Graf de Jonghe d'Ardoye — „es würde den Gewohnheiten der englischen Diplomatie zuwider sein, sich im voraus mit Kontinentalmächten im Hinblick auf unbestimmte Möglichkeiten festzulegen".

Die Lage der Donaumonarchie selber wird durch den Fortschritt des Panslawismus auf dem Balkan, der jetzt auch in Serbien und Rumänien fühlbar wird, dauernd verschlechtert. Schon gibt der Wiener Gesandte seiner Besorgnis Ausdruck, ob die Könige Milan von Serbien und Karol von Rumänien noch auf ihre Völker zählen können, falls sie bei ernsthaften Zusammenstößen auf dem Balkan Österreich-Ungarn treu zu bleiben gedenken. Bedenklich war es, daß der im Juni 1887 wegen seiner franzosenfreundlichen Machenschaften gemaßregelte General Bogdanowitsch[2]) auf einen hohen Verwaltungsposten berufen und der Panslawist Ignatieff zum Vorsitzenden der sehr einflußreichen slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft gewählt worden war.

Von Bismarck berichtet allerdings der Berliner Gesandte[3]), daß er diese Vorgänge zwar bedauere, ihnen aber keine große Tragweite beimesse. Bismarck vertrat auch den Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Vorgänge auf die auswärtigen Beziehungen Deutschlands und Rußlands keinen besonderen Einfluß ausübten. Jeder Staat müsse auf wirtschaftlichem Gebiete das tun, was für ihn ersprießlich sei. Zurzeit seien zuviel russische Werte in Deutschland. Er verhinderte daher die Aufnahme einer neuen russischen Anleihe in Deutschland, die nur den Panslawisten die Mittel verschaffen würde, sich in Abenteuer zu stürzen[4]).

Zweifellos hat Fürst Bismarck sich hierin geirrt. Aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit Rußlands von Frankreich ist später hauptsächlich der Zweibund erwachsen. Die belgischen Diplomaten scheinen diesen seinen Irrtum erkannt zu haben, denn sie weisen immer wieder darauf hin, wenn sie auch Bismarcks Maßnahmen als eine von Rußland heraufbeschworene berechtigte Gegenwirkung bezeichnen. „Deutschland und Rußland kratzen und umarmen sich zu gleicher Zeit," soll Bismarck einmal vertraulich geäußert und dabei das Recht beider Staaten betont haben, in ihrer inneren Verwaltung nur mit den eigenen Interessen zu rechnen, ohne daß die äußeren Beziehungen davon berührt würden[5]).

---

[1]) Bd. V, S. 221 ff. Vgl. S. 34, Anm. 1.
[2]) Vgl. S. 26.
[3]) 11. Mai 1888, Bd. V, S. 46.
[4]) Bd. V, S. 46 und 69.
[5]) Berlin, 18. Mai 1888, Bd. V, S. 69/70.

Wie sehr übrigens in dieser Zeit die öffentliche Meinung Rußlands grundsätzlich geneigt war, für Frankreich und gegen Deutschland Partei zu nehmen, erweist ein Petersburger Bericht vom 28. Mai 1888[1]), in dem über die deutschen Absperrungsmaßregeln im Reichslande gegenüber Frankreich vom russischen Standpunkte aus geklagt wird. Die Stimmung werde dadurch verschärft, zumal Deutschland gerade eben neue Einfuhrzölle für Getreide festsetzen wolle. Frankreich und Rußland fänden sich „sozusagen in einem gemeinsamen Geiste der Feindseligkeit seitens ihres mächtigen Nachbarn geeint".

Diese Stimmung konnte nicht ohne Rückwirkung auf Deutschland bleiben. „Die Deutschen bleiben überzeugt," meint der neue Berliner Gesandte, Baron Greindl, der von April 1888 die ganze Reihe von Jahren bis 1912 Belgien am deutschen Kaiserhofe vertreten hat, in einem Berichte vom 9. Juni 1888[2]), „die Deutschen bleiben überzeugt, daß die Franzosen sich in zwei Klassen teilen, solche, die die Revanche nach einer gewissen Zeit, und solche, die sie sofort wollen. Ein dauerhafter Frieden auf der Grundlage des status quo ist daher nicht wahrscheinlich. Von seiten Rußlands ist die Gefahr ebenso groß, obwohl dieses Reich alle guten Gründe dazu hätte, den Krieg nicht zu wünschen. Seine Finanzen sind im beklagenswerten Zustande und in der Abhängigkeit von der Berliner Börse. Im Falle eines Zusammenstoßes könnten Rußlands Feinde als äußerstes Hilfsmittel in der Insurgierung Polens eine schreckliche Waffe finden. Bereits haben deutsche Zeitungen sich im Oktober vorigen Jahres gefragt, ob der Tag nicht kommen könnte, wo man das Herzogtum an Polen zurückgeben müsse, damit dieses so einen Grenzwall zwischen Deutschland und Rußland bilde. Nun meint man, daß der Zar weniger als je geneigt sei, den französischen Revolutionären die Hand zu reichen; er bezeuge seinen Wunsch, den Frieden zu erhalten. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Wunsch aufrichtig gemeint ist; ich bin sogar seit meinem letzten Aufenthalte in Rußland ganz fest davon überzeugt. Unglücklicherweise hat der Zar widersprechende Neigungen. Er will zwar den Frieden, aber mit allen den Vorteilen, die er nach einem siegreichen Feldzuge fordern könnte. Er hat niemals darauf verzichtet, einen vorherrschenden Einfluß in Bulgarien zu beanspruchen, und die panslawistische Presse macht kein Hehl daraus, daß, wenn sie sich so sehr lebhaft für dieses an sich bedeutungslose Land interessiert, dies nur deshalb geschieht, weil es auf dem Wege nach Konstantinopel liegt. Es ist ganz einerlei für Europa, ob Bulgarien gut oder schlecht regiert wird, ob dieser oder jener Fürst in Sofia herrscht. Die bulgarische Frage würde nicht existieren, wenn Rußland sich nicht darauf versteifte, sie offenzuhalten."

Kann nun Deutschland die Entwicklung der Dinge im Orient gleichgültig so weitergehen lassen? Greindl meint, diese Frage verneinen zu müssen. Die Sicherheit Deutschlands erfordere, sich Unternehmungen entgegenzustellen, deren Zweck es sei, die Macht seines nördlichen Nach-

[1]) Bd. V, S. 223 ff.
[2]) Bd. V, S. 225 ff.

barn durch die Eroberung der Türkei ins Ungemessene zu vermehren. Und dann spricht er einen Satz aus, den wir als Motto für den neuen Völkerbund nehmen könnten: „Die Kriegsgefahren entstammen also nicht den Maßnahmen der Kabinette, sondern Umständen, die zu ändern nicht in ihrer Macht liegt.“ Trotz der autokratischen Form seiner Regierung habe der Zar auf die öffentliche Meinung in seinem Lande ebensowenig Einfluß wie Carnot in dem seinigen.

Darauf erörtert Greindl die Frage eines Präventivkrieges von seiten Deutschlands. Man beginne sich in Deutschland zu fragen, meint er, ob es nicht besser sei, den unvermeidlichen Konflikt herbeizuführen, ehe die Gegner des Reiches ihre Vorbereitungen beendet hätten. Aber er fügt gleich hinzu, daß ein solcher Präventivkrieg den Anschauungen des Fürsten Bismarck nicht entspreche. „Es ist eine schlechte Politik, einen Bruch herbeizuführen, um einen Krieg mit vorteilhafteren Aussichten zu beginnen. 1867 war der Feldmarschall v. Moltke der Meinung, man müsse Frankreich angreifen, weil der Krieg ihm sicher schien, Preußen vorbereitet war, Frankreich nicht. Fürst Bismarck hatte sich ihm widersetzt und wollte nicht auf die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens verzichten, so gering sie auch sei. Würde dieselbe Frage nochmals auftauchen, so würde die Antwort des Kanzlers die gleiche sein. **Deutschland hat selbst bei einem glücklichen Kriege nichts zu gewinnen und wird ihn daher hinausschieben, so lange wie irgend möglich.“**

Dieser Grundanschauung von der Friedensliebe Deutschlands, das von einem Kriege nichts zu hoffen, alles zu fürchten habe, ist Baron Greindl bis zu seiner Abberufung von dem Berliner Posten im Jahre 1912 unbeirrt treu geblieben. Wenn jetzt der Versuch gemacht wird[1]), seine Urteile im Hinblick darauf zu entkräften, daß er alle Dinge durch eine gar zu deutschfreundliche Brille gesehen habe, so muß demgegenüber doch darauf hingewiesen werden, daß die belgische Regierung selbst den Urteilen gerade des Barons Greindl, eines ihrer besten Diplomaten, nach Ausweis ihrer politischen Korrespondenz jederzeit den größten Wert beigelegt hat. Baron Greindl war der Vertrauensmann des belgischen Ministeriums des Äußeren, und wenn in kritischen Zeitläuften ein zusammenfassendes Urteil auf Grund der von den verschiedenen Außenposten eingehenden widerspruchsvollen Berichte abgegeben werden sollte, dann wurde wiederholt gerade an den Baron Greindl das Ersuchen gerichtet, sich zusammenfassend zu den Vorgängen zu äußern. Seine Grundauffassung, daß Deutschland an einem Kriege nichts gelegen sein könne, da es alles aufs Spiel setze, ohne daß dem irgendeine Sicherheit des Erfolges gegenüberstand, hat auch, wie wir sehen werden, sein Nachfolger, der im Kriege zum erbitterten Feinde Deutschlands gewandelte Baron Beyens, geteilt. Kein Staat Europas war in gleichem Maße daran interessiert, daß der Friede erhalten blieb wie Deutschland, und so läßt denn auch Greindl seinen Bericht vom 9. Juni 1888 dahin ausklingen, daß

[1]) Vgl. besonders Dr. Richard Grelling „J'accuse“, „Le Crime“, „Documents belges“. Lausanne, Payot u. Cie. Vgl. Nachschrift.

trotz der Spannung der Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich auf der einen, Rußland und Frankreich auf der anderen Seite, die entschlossen friedliche Politik des Kanzlers und die Stärke des Dreibundes Europa die Fortdauer des verhältnismäßig ruhigen Zustandes erhoffen lasse, in dem es sich jetzt befinde.

Das lange vorher erwartete Ableben des Kaisers Friedrich löste auch in Rußland, wie wir aus einem Petersburger Berichte vom 19. Juni 1888[1]) erfahren, allgemeines Bedauern aus. In einflußreichen russischen Kreisen hatte man sich von der Persönlichkeit des kranken Kaisers einen mäßigenden Einfluß auf die schroffe Haltung des Fürsten Bismarck gegenüber Rußland versprochen. Dabei werde übersehen, meint Eggermont, daß Deutschlands wirtschaftliche Maßnahmen nur die natürliche Folge der russischen Absperrungsmaßregeln seien. — Kaiser Wilhelm II. wird in Rußland zunächst als Vertreter des schärfsten Militarismus angesehen. Der belgische Diplomat teilt diese Ansicht nicht, hält sie mindestens für übertrieben und spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß es dem deutschen Kaiser bald gelingen werde, diese irrtümlichen Anschauungen zu beseitigen. Die russische Presse hofft nach der Unsicherheit in der großen Politik, die infolge des hohen Alters Kaiser Wilhelms I. und der Krankheit seines Sohnes über Europa gelastet habe, nun auf eine klarere politische Zukunft. Der belgische Diplomat fühlt sich aber verpflichtet hinzuzufügen, daß an dieser unbestimmten Politik gerade Rußland den Hauptteil der Schuld trage, und deutet dabei an, daß vielleicht Rußlands abwartende Haltung nur vorgespiegelt wurde, „um desto besser die Rüstungen und Truppenbewegungen im geheimen stattfinden zu lassen, die allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz an der österreichischen und deutschen Grenze stattgefunden haben"[2]). Im geheimen kämpfe die russische Presse gegen Bismarck, rechne aber doch auf den Einfluß des allgewaltigen Kanzlers für die Aufrechterhaltung des Friedens. Die kriegerischen Instinkte Kaiser Wilhelms II. würden dank der Mäßigung Bismarcks zunächst wohl noch nicht hervortreten.

Bald beruhigte sich, wie ein Petersburger Bericht vom 22. Juni zeigt[3]), die russische Presse — anscheinend auf Weisung von oben — auch über diesen Punkt. „Offensichtlich", heißt es dort, „befleißigt sich die russische Diplomatie augenblicklich der größten Klugheit, um Deutschland keinen Vorwand zu einer feindseligen Haltung zu lassen. Aber es besteht Grund zur Annahme, daß die Handlungen keineswegs mit den Worten im Einklang stehen, und daß Rußland, während es ganz optimistische Auffassungen zur Schau trägt, sich mehr als je auf die düstersten Möglichkeiten vorbereitet."

Eine wesentliche Entspannung zwischen Rußland und Deutschland war aus dem persönlichen Besuche zu erhoffen, den Kaiser Wilhelm II.

---

[1]) Bd. V, S. 227 ff.
[2]) Bd. V, S. 229.
[3]) Bd. V, S. 229/230.

im Juli 1888 in Peterhof abstattete. Vorher schon weist Baron Greindl darauf hin[1]), daß der Kaiser Rußland gegenüber dieselben Empfindungen hege wie sein Großvater; auch der Kanzler, der vor allem den Frieden bewahren wolle, wünsche eine Verbesserung der Beziehungen. Deutschland werde nach einer Äußerung Bismarcks im Orient eine Politik zu verfolgen suchen, als wenn der Dreikaiserbund noch bestände. Greindl begleitet die auf Erhaltung des Friedens abzielenden Bestrebungen Deutschlands mit den wärmsten Wünschen, macht aber doch schon darauf aufmerksam, daß Deutschland bei der scharfen Gegensätzlichkeit der russischen und österreichischen Bestrebungen im Orient, wenn es von den Worten zu Taten komme, zwischen der Freundschaft der beiden Mächte wählen müsse. Leider sei der Zar in der Führung seiner äußeren Politik nicht frei; er dürfe die panslawistische Partei nicht außer acht lassen, und diese verhindere eine engere Annäherung zwischen den beiden Kaiserreichen des Nordens. Deutschland habe Rußland viel vorzuwerfen: die Unterdrückung der katholischen und protestantischen Kirchen, die Maßnahmen gegen die deutsche Sprache, das Verbot deutschen Gutsbesitzes in Rußland, die Absperrung deutscher Arbeiter, deutscher Banken und deutscher Waren. „Die Macht der Dinge, die viel stärker ist als der Wille der Herrscher und der Kabinette, die wirksamer ist als die Verträge, wird Deutschland nötigen, die sichere Freundschaft Österreichs einem zweifelhaften Bündnisse mit Rußland vorzuziehen, trotz der Vorteile, die Deutschland im Interesse der deutschen Einheit aus der Auflösung des österreichischen Kaiserreiches erhoffen könnte.“ Hier wird zum ersten Male das Grundproblem der deutschen Bündnispolitik gestreift, und wir erkennen die ihr obliegende ungeheuere Schwierigkeit, zwischen den dauernd widerstrebenden Interessen der beiden osteuropäischen Kaiserreiche von Fall zu Fall Deutschlands Haltung zu bestimmen.

Greindl hält also eine dauernde Freundschaft Deutschlands mit beiden Mächten für eine Unmöglichkeit. Ließen sich diese Gegner versöhnen, so sei kein dunkler Punkt mehr im Norden, meint er in einem ausführlichen Berichte vom 30. Juni 1888[2]). Aber eine solche Möglichkeit bestehe nicht, und komme es zum Kampfe, so müsse Deutschland sich auf Österreichs Seite stellen. Jetzt sei im August 1887 angesichts der auffallenden russischen Rüstungen der Friede nur dadurch zu erhalten gewesen, daß Bismarck das Wiener Kabinett zu energischen Maßregeln veranlaßte. „Auf die Dauer“, meint Greindl, „ist es unmöglich, den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen zwei benachbarten Staaten zu verhindern, die fast gleich stark sind, und deren Interessen gegeneinander laufen“[3]). Unablässig weise Bismarck Österreich darauf ihn, daß der Bündnisfall nur gegeben sei, wenn Rußland zum Angriff schreite; zugleich versuche er im Orient eine Teilung der Interessengebiete beiden Kaiser-

---

[1]) Berlin, 23. Juni 1888, Bd. V, S. 230/231.
[2]) Bd. V, S. 232 ff.
[3]) Bd. V, S. 233.

reichen mundgerecht zu machen, wobei Serbien für Österreich, Bulgarien für Rußland bestimmt sein würde. Aber Rußland sei nicht damit zufrieden, in Bulgarien den vorherrschenden Einfluß auszuüben; es wolle dieses auf dem Wege nach Konstantinopel gelegene Land in einen Vasallenstaat verwandeln. Stelle Bismarck es jetzt so dar, als wenn selbst die Eroberung Konstantinopels durch Rußland Österreich-Ungarn ernstlich nichts anginge, so meint Greindl, das treffe wohl für Deutschland zu, aber England und Italien würden dadurch auf den Plan gerufen werden.

Die persönliche Haltung des Zaren kennzeichnet Greindl fast ebenso wie in seinem schon erwähnten Berichte vom 9. Juni[1]). Seine Politik ist widerspruchsvoll. „Er will den Frieden, aber mit den Vorteilen, die ihm ein glücklicher Krieg verschaffen könnte. Der Zar leitet persönlich die Außenpolitik und gibt sich nicht immer Rechenschaft von der Tragweite seiner Handlungen. Er ist von Panslawisten umgeben und schließt sich häufig der Meinung desjenigen an, der zuletzt mit ihm gesprochen hat. Der Fähigste und Gemäßigteste seiner Ratgeber, Herr v. Giers, hat nur noch wenig Einfluß."

Der im Juli stattfindende Besuch des deutschen Kaisers in Peterhof zeitigte das Ergebnis einer „vorläufigen Verlängerung des europäischen Friedens". Aber der belgische Beobachter in Petersburg, der am 7. August 1888 sehr genau darüber berichtete[2]), äußert sorgenvoll, man dürfe diese persönliche Politik der Monarchen nicht überschätzen. Viel wichtiger als die Kaiserbegegnung scheint ihm die am 27. Juli in Kiew stattgehabte Feier des 900. Jahrestages der Bekehrung Rußlands zum Christentum. „Die Feste zu Kiew haben tatsächlich Kundgebungen und Reden gezeitigt, die das Trachten der streng orthodoxen Bevölkerung klar haben zutage treten lassen. Besonders der Prokurator des heiligen Synod, Pobedonoszew, einer der Hauptratgeber des Kaisers, hat dort Worte gesprochen, die nicht nur von der Religion, sondern auch von der Politik eingegeben waren, ja mehr von dieser als von jener. Außerdem konnte die Anwesenheit des Grafen Ignatieff und anderer slawophiler Häupter den panslawistischen Charakter der Feste nur unterstreichen. Zweifellos werden die unnachgiebigen Ansprüche, auf die ich anspielte, nicht von der Nation allgemein geteilt, hauptsächlich nicht in den Regierungskreisen. Daran fehlt viel. Aber für jeden unparteiischen Beobachter scheint es klar, daß die beiden Parteien nur noch in der Frage der Opportunität von einander geschieden sind. Zusammenfassend kann man schließen, daß die Kaiserzusammenkunft und die Feste zu Kiew zwei Ereignisse darstellen, die miteinander in Verbindung gebracht zu werden verdienen. Bildete das eine Ereignis Veranlassung zu gegenseitigen Versicherungen von Frieden und Freundschaft seitens der Herrscher, so erbringt das andere im Gegenteil den Beweis dafür, daß Rußland, indem es sich anschickt, die wohlwollende Haltung Deutschlands für sich auszunutzen, nicht daran denkt, auf einen seiner Jahrhunderte alten Ansprüche zu

[1]) Vgl. S. 36.
[2]) Bd. V, S. 234 ff.

verzichten." Über die bulgarische Frage habe man sich vorläufig geeinigt; Rußland werde jedenfalls von seiner Politik der langsamen Eroberung und gesteigerter Rüstungen nicht ablassen. Man müsse sich fragen, ob die Friedensliga nicht, gestützt auf die friedlichen Erklärungen von Peterhof, ein Mittel finden werde, die bedrohliche und über kurz und lang doch zu einer blutigen Auseinandersetzung drängende Lage zu entwirren.

Am 11. August fand Greindl Gelegenheit, seinerseits zu den Festlichkeiten von Kiew Stellung zu nehmen und sie mit einer Rede Lord Salisburys in Verbindung zu bringen[1]). Scharf verurteilt er den fanatischen und kriegerischen Charakter der Rede des Generals Ignatieff, dessen Haltung die Schwäche der russischen Regierung gegenüber dem Panslawismus erweise; der Zar sei trotz seines autokratischen Charakters eben nicht der einzige Herr in seinem Reiche. Die Rede des Lords Salisbury zeigt, wie stark England den Druck seiner Vereinsamung empfindet. Bismarck aber ist nicht geneigt, die deutschen Beziehungen zu England enger zu gestalten, da er dem dort herrschenden Parlamentarismus mißtraut. Vielleicht hätte sich England im vergangenen Winter, als die deutsch-russischen Beziehungen gespannte waren, an den Dreibund anschließen können. Es habe aber vorgezogen, seine Handlungsfreiheit zu bewahren und die Vorteile des Friedensbundes zu ernten, ohne seine Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

Inzwischen führte der Wunsch amtlicher russischer Kreise nach einer friedlichen Lösung der bulgarischen Frage in Verbindung mit Erörterungen wirtschaftlicher Art und dem Gange der Dinge in Frankreich, der dortigen sozialen Bewegung und revolutionären Propaganda, eine vorübergehende Annäherung der zaristischen Politik an Deutschland herbei, über die der Petersburger Gesandte am 13. August 1888 berichtet[2]). Doch verharrt sie in ihrer abwartenden Haltung und läßt vorläufig die Dinge auf dem Balkan gehen, überzeugt, daß schließlich sich dort alles nach Rußlands Wünschen fügen werde. Panslawistische Kreise aber erhofften von dem Siege bonapartistischer oder royalistischer Bestrebungen oder von einer vorübergehenden Diktatur des Generals Boulanger Kriegsmöglichkeiten, mit deren Hilfe Rußland der Erfüllung gewisser Wünsche näherkommen könnte, mit denen es zurückhalten müsse, solange Deutschland unbeschäftigt sei. Diese Auffassungen herrschten aber nur in den aktivistischen Kreisen; in den amtlichen beschränkte man sich darauf, die inneren Schwierigkeiten Frankreichs zu bedauern. Das Land leide unter seiner republikanischen Staatsform, die weder zu den Sitten noch zur Geschichte Frankreichs passe[3]).

Die zeitweise Entspannung der russisch-deutschen Beziehungen kam auch darin zum Ausdruck, daß der Zar im Herbst 1888 eine längere Reise in den südlichen Teil Rußlands antrat. Man dürfe aber daraus

---

[1]) Bd. V, S. 238/239.
[2]) Bd. V, S. 239 ff.
[3]) Petersburg, 27. August 1888, Bd. V, S. 242 ff.

nicht schließen, fügt der darüber am 11. September berichtende Petersburger Gesandte hinzu[1]), daß nun jede Wolke vom politischen Horizont verschwunden sei. Zweifellos habe der Besuch des deutschen Kaisers eine gewisse Verbesserung der Beziehungen bewirkt; die slawophile Partei aber gebe ihr Spiel nicht verloren, und nach ernsthaften Nachrichten dürfe sie auch auf die Unterstützung des Zaren zählen. Die Wirkungen des Festes von Kiew wurden soeben durch ein neues Ereignis unterstrichen, das die panorthodoxen Bestrebungen neu belebte, nämlich durch die Reise der Großfürsten Sergius und Paul nach Palästina und den geplanten Empfang einer abessinischen Deputation in Jerusalem. Der Gesandte berichtet auch, daß in Bulgarien die panslawistische Wühlarbeit weitergehe. „Im ganzen", meint er zusammenfassend, „wäre es schwierig, die unterirdische Arbeit, die augenblicklich in Rußland und den orthodoxen Ländern betrieben wird, in bestimmter Form zu erfassen; aber das ist sicher, daß die eine Zeitlang in ihrer Vorwärtsbewegung gehemmte nationale und religiöse Strömung im Begriff ist, von neuem das Übergewicht zu bekommen."

Die Besserung der russisch-deutschen Beziehungen war nicht grundlegend. In einem Berichte vom 17. November[2]) wies Baron Greindl darauf hin, daß man die Ergebnisse der Zusammenkunft von Peterhof nicht übertreiben dürfe. Er glaube sicher, daß Bismarck den ausdrücklichen Wunsch hege, mit Rußland in Harmonie zu leben, „aber es bleibt bei ihm immer ein Rest von Mißtrauen, nicht gegen den Zaren, aber gegen seine panslawistische Umgebung". Erst dann, wenn Bismarck der Berliner Börse erlauben würde, Rußland bei seinen finanziellen Schwierigkeiten zu unterstützen, werde dieses Mißtrauen zu beseitigen sein. Inzwischen habe die Verteilung der russischen Armeekorps in Deutschland aufs neue alarmierend gewirkt.

Im Anschluß an die Bemerkung, zwischen den Generalstäben der deutschen und der italienischen Armee fänden gegenwärtig Besprechungen statt, die auf eine Neugestaltung des italienischen Mobilmachungsplanes hinausliefen, befürchtet Greindl, daß man auf die Aufrechterhaltung des Friedens nicht mehr mit solcher Sicherheit zählen könne wie noch vor einigen Tagen. Treffend kennzeichnet er das Auf und Nieder in der europäischen Politik. „Das sind die herkömmlichen Schwankungen der auswärtigen Politik. Nach einigen Wochen augenscheinlicher Ruhe tritt der Gegensatz der Mächte aufs neue hervor. Sieht man vom äußeren Schein ab, so ist die Lage tatsächlich außerordentlich schlecht, weil der Frieden nur auf der Furcht vor der bewaffneten Macht beruht, über die der Dreibund verfügt"[3]).

Hier wiederum tritt klar zutage, daß nach dem Urteile der belgischen Diplomatie noch zu Lebzeiten Bismarcks der europäische Friede nur durch den Dreibund gesichert worden ist, während alle seine Gefährdungen

---

[1]) Bd. V, S. 244 ff.
[2]) Bd. V, S. 247/248.
[3]) Bd. V, S. 248.

von Rußland und Frankreich ausgingen. Wie stark einflußreiche hohe Offiziere in Rußland zum Kriege gegen Deutschland und Österreich drängten, erweist u. a. das Verhalten des Generals Gurko in Warschau, der bei einem Essen zu Ehren des russischen Botschafters in Berlin geäußert hatte, wenn einmal der Krieg ausbreche, werde es sich zeigen, daß die russische Armee den Weg nach Berlin und Wien nicht vergessen habe. Der berichtende belgische Gesandte fügt dieser Meldung hinzu, angesichts der Empfindungen der russischen Armee seien derartige Äußerungen wohl möglich; man dürfe am Ende eines Festmahles, wenn die Köpfe durch den Champagner erhitzt seien, nicht darauf zählen, daß die Tischreden beim Bankett des Generals Gurko denselben friedlichen Geist atmeten, wie die Unterhaltungen des Grafen Schuwaloffs in den Berliner Salons[1]).

Daß Bismarck mit der Verschließung des deutschen Marktes Rußland dem anschlußbegierigen Frankreich geradezu in die Arme geführt hat, trat noch gegen Ende des Jahres 1888 zutage. Noch am 3. Februar 1888 hatte der Berliner Gesandte berichtet, Bismarck glaube nicht daran, daß der Zar auf das Anerbieten der französischen Kapitalisten eingehen werde[2]). Am 15. Dezember aber berichtet Greindl, daß man in Berlin den Erfolg der russischen Anleihe in Paris mit Mißbehagen betrachte[3]).

1889

Im Januar 1889 beansprucht wiederum der General Boulanger die Aufmerksamkeit der belgischen Gesandten. Seine Wahl zum Abgeordneten wird überall lebhaft besprochen. Man glaubt in ihr den Wunsch Frankreichs erblicken zu müssen, endlich zu geordneten und festen Zuständen zu gelangen. Eine starke Exekutivgewalt müsse sich aber auf die Armee stützen und ihren Wünschen folgen. Wolle die Armee den Krieg, so könne sie ihn auch durchsetzen. „Werden in diesem Falle“, fragt besorgt Baron Solvyns in seinem Londoner Berichte vom 29. Januar 1889[4]), „die tatkräftigen Sympathien Rußlands Frankreich noch einmal im Stiche lassen?“ Der Gesandte gibt seiner Besorgnis noch dadurch größeren Nachdruck, daß er sich auf die Londoner amtlichen Kreise beruft, die gerade so dächten wie er.

Daß London in der geschilderten Zeitspanne mit seiner Politik allein stand und sich nach jeder Seite hin freie Hand zu bewahren suchte, ist in der belgischen Berichterstattung bereits mehrfach zutage getreten[5]). Bismarcks Abneigung gegen England wird immer wieder mit dem dort herrschenden Parlamentarismus erklärt, zu dem der Kanzler kein Vertrauen gewinnen könne. „Er findet,“ schreibt Greindl am 1. Februar 1889, „daß man mit einem Lande, dessen Regierung nach dem Willen

---

[1]) Petersburg, 17. November 1888, Bd. V, S. 52.
[2]) Vgl. S. 31.
[3]) Bd. V, S. 55.
[4]) Bd. V, S. 248/249.
[5]) Vgl. S. 10, 21, 26, 28, 29, 35, 41.

der parlamentarischen Mehrheit wechselt, keine folgerichtige Politik zu treiben vermöge"[1]).

Der tragische Tod des Kronprinzen Rudolph von Österreich gab der slawophilen Presse Rußlands Gelegenheit, wiederum ihre tiefe Abneigung gegen Deutschland zu bekunden. Man brachte Deutschland in unziemlicher Weise mit den tragischen Ereignissen in Zusammenhang, so daß der Petersburger Gesandte in einem Berichte vom 9. Februar 1889[2]) scharf dagegen Stellung nehmen zu müssen glaubt. „Die slawophile Presse," berichtet er, „ich könnte auch sagen: die russische Presse mit wenigen Ausnahmen, läßt gegenüber ihrem Erbfeinde, d. h. dem Deutschen, niemals die Waffen ruhen. Unaufhörlich greift sie die Politik ihrer Nachbarn an und trägt ihre Abneigung gegen die deutsche Nation und ihre Regierung zur Schau." — „Zwischen Panslawisten und Regierungsanhängern gibt es tatsächlich keine grundlegende Meinungsverschiedenheit," berichtet Greindl am 16. Februar 1889[3]). „Die einen ebensogut wie die anderen streben nach der Vorherrschaft im Orient; nur über die Mittel, die anzuwenden sind, und über die günstige Gelegenheit sind sie verschiedener Meinung. Eine abwartende Haltung ist also die einzige Art, die friedliebenden Absichten des Zaren, der keinen Krieg mit Deutschland will, und die Hoffnungen in Einklang zu bringen, auf die die Russen nicht zu verzichten gedenken." Bereits in einem früheren Berichte war hervorgehoben worden, daß beide Parteien sich eigentlich nur in der Frage der Opportunität von einander unterschieden[4]). „Wie es einst in Petersburg und in Rußland Mode war, liberal und ganz fortschrittlich zu sein, so gehörte es nunmehr zum guten Tone, vor allem national und Panslawist zu sein und nichts dem Westen entlehnen zu wollen"[5]).

Je mehr die russische Presse durch das Verbot, von revolutionären Vorgängen des Reiches, besonders vom Nihilismus, irgendwie zu sprechen, auf die Erörterung der äußeren Politik abgelenkt wurde, um so mehr mußten an erster Stelle Deutschland und Österreich, an zweiter Italien und England den Zorn der panslawistischen Organe über sich ergehen lassen. Auch Frankreich geriet bei ihnen vorübergehend in Mißachtung, da die dortige Regierung den General Boulanger als Apostel der Revanche verfolgte. Wäre die russische Sprache allgemeiner bekannt, meint der Petersburger Gesandte am 1. Mai 1889[6]), so würde sich daraus manche Verwicklung ergeben. „In gewöhnlichen Zeitläuften ist hier der Einfluß der Presse auf die öffentliche Meinung gering und auf die Regierung gleich null. In anormalen Zeitläuften, wenn internationale Verwicklungen eintreten, würde diese Presse durch Aufpeitschung des Nationalgefühls Macht genug besitzen, um die Regierung zu Entschlüssen zu treiben,

[1]) Bd. V, S. 67.
[2]) Bd. V, S. 53.
[3]) Bd. V, S. 31/32.
[4]) Vgl. S. 40; Petersburg, 7. August 1888.
[5]) Bd. V, S. 48.
[6]) Bd. V, S. 249 ff.

die sie aus eigenem Antriebe vielleicht nicht fassen würde. Sicher würde im Falle eines französisch-deutschen Konfliktes die russische Presse ohne jede Ausnahme verlangen, daß die zum großen Teile nahe der galizischen und rumänischen Grenzen zusammengezogenen Truppen auf Berlin und auf Wien marschieren."

Die panslawistische Gefahr beherrscht während des Jahres 1889 die Berichterstattung der belgischen Diplomaten fast ausschließlich. Am 8. Mai spricht wieder der Baron de Pitteurs Hiegaerts, der neue Vertreter Belgiens in Petersburg, von den gefährlichen Tendenzen der russischen Presse und legt eine Nummer des „Graschdanin" bei. Hierin wurde die Verwendung der mohammedanischen und heidnischen Bevölkerung Zentralasiens in einem russischen Zukunftskriege gegen Westen erörtert und an die Zeiten der Tschingis und Tamerlan erinnert. Rußland sei in der Lage, mit solchen irregulären Truppen Europa zu überschwemmen. Europa wisse das und habe Veranlassung, sich vor den Nomadenschwärmen Asiens zu fürchten. Der Gesandte fügte hinzu, daß derartige Betrachtungen für den Fall eines französisch-russischen Bündnisses wenig Beruhigendes enthielten.

Für die Fortschritte, die der Panslawismus in den leitenden Kreisen Rußlands gemacht hatte, waren die Äußerungen bezeichnend, mit denen die russische Presse das Hinscheiden des früheren Gouverneurs der baltischen Provinzen, Grafen Peter Schuwaloff, und des Ministers des Inneren, Grafen Tolstoi, begleitete. Ersterem wurden die milde Behandlung der Deutschen in den Ostseeprovinzen und sein Eintreten für die westeuropäische Kultur als Fehler vorgehalten, letzterer lebhaft gelobt, da er allen seinen Maßnahmen einen ausgesprochen moskowitischen Charakter zu geben gewußt hatte. Sein einziger Sohn war mit der Tochter des schon mehrfach erwähnten Publizisten Katkoff verheiratet. Nachdrücklich weist der belgische Gesandte darauf hin, daß der Zar bei der Ernennung Durnowos zu Tolstois Nachfolger ihn ausdrücklich auf die Innehaltung der von Tolstoi befolgten Linie hingewiesen habe[1]). Pobedonoszew, der ehemalige Lehrer des Zaren, jetzt sein vertrauter Ratgeber, galt als die vielleicht einflußreichste Persönlichkeit des Kaiserreiches[2]).

Ende Mai ergab sich aus einer Einladung des Königs von Italien durch den deutschen Kaiser nach Straßburg fast eine internationale Verwicklung, über die Greindl am 1. Juni 1889 nach Brüssel berichtete, man habe den Kaiser noch im letzten Moment von dieser Absicht abzubringen vermocht, deren Erfüllung in Frankreich als Herausforderung angesehen worden wäre. Gelang es hier dem leitenden Staatsmanne, den Kaiser von der geplanten Absicht im Hinblick darauf noch rechtzeitig zurückzubringen, daß deutschfeindliche Kreise Italiens daraus Angriffspunkte gegen den Dreibund entnehmen könnten[3]), so hatte ein Trinkspruch des

[1]) Petersburg, 8., 16., 22. Mai 1889, Bd. V, S. 251 ff., 49, 33, 50.
[2]) Petersburg, 22. Mai 1889, Bd. V, S. 33.
[3]) Greindl hebt ausdrücklich hervor: „L'Empereur s'est laissé convaincre sans difficulté dès que les inconvénients du projet ont été mis sous ses yeux"; Berlin, 1. Mai 1889.

Zaren zu Ehren des ihn besuchenden Fürsten von Montenegro, den er als den einzigen wahren Freund Rußlands bezeichnete, einen viel gefährlicheren Charakter. „Seit der Abdankung des Königs Milan", berichtet der Wiener Gesandte darüber am 3. Juni 1889[1]), „hat man hier unablässig mit Unruhe die Sturmwolken beobachtet, die sich nach und nach an den Hängen des Balkans ansammeln, und die Ansprache dessen, den die Slawen als den Ersten ihrer Rasse ansehen, hat wie ein Donnerschlag inmitten dieses von Wolken behangenen Himmels gewirkt." Schon stellte sich bei den überreizten Völkerschaften die nachteilige Wirkung ein.

Auch Baron Greindl berichtet am 6. Juni über den schlechten Eindruck, den der Trinkspruch des Zaren gemacht habe[2]). „Sie wissen schon lange," berichtet er nach Brüssel, „was man in Berlin von der Politik Rußlands hält. Die friedliebenden Absichten des Zaren, dessen Rechtschaffenheit und Gradheit über jeden Argwohn erhaben sind, zieht man durchaus nicht in Zweifel, aber man fragt sich, wie lange noch der Kaiser imstande sein wird, den panslawistischen Machenschaften Widerstand zu leisten, von denen er umgeben ist." Bedenklich sei es, daß er sich von der Tragweite seiner Handlungen nicht immer hinreichend Rechenschaft gebe. Rußlands äußere Politik stimme mit den friedlichen Anschauungen des Zaren durchaus nicht immer überein, und auf dem Balkan seien Diplomaten minderer Art am Werke, deren Intrigen jedermann bekannt seien. Daher beweise die russische Aufregung wegen des italienischen Königsbesuches in Berlin ein schlechtes Gewissen. „Ein rein defensives Bündnis müßte einer Macht, die durchaus keine kriegerischen Hintergedanken hat, völlig gleichgültig sein. Man hat bemerkt, daß während des Besuches des Königs von Italien der russische Botschafter Berlin unter einem ziemlich nichtigen Vorwande verlassen hatte. Ich glaube, man hat sich hinsichtlich der Ergebnisse des deutschen Kaiserbesuches in Petersburg zu große Hoffnungen gemacht. Man hat nicht nur auf Deutschlands Enthaltung in den Orientangelegenheiten und auf die Erteilung von Ratschlägen zur Mäßigung in Wien gerechnet, an denen es nicht gefehlt hat, sondern auch auf einen Druck, den zu erhoffen töricht war."

Wieder zeigt Baron Greindl, daß die Aufrechterhaltung des Friedens nicht auf einer Übereinstimmung der Mächte, sondern lediglich auf der Furcht beruhe, die die Vereinigung der mitteleuropäischen Kräfte hervorrufe. In den panslawistischen Kreisen Rußlands erregte, wie der Petersburger Gesandte berichtet, der Trinkspruch des Zaren auf das Oberhaupt eines winzigen Fürstentums die lebhafteste Begeisterung[3]). Panslawistische Organe deuteten an, der Zar habe bei seinen Worten besonders auf Deutschland gezielt; „ich glaube, nicht ganz mit Unrecht", meint Greindl in einem Berichte vom 13. Juni[4]). Tags darauf berichtete er auf Grund neuer Informationen wiederum über die panslawistische

---

[1]) Bd. V, S. 253 ff.

[2]) Bd. V, S. 255/256.

[3]) Petersburg, 4. Juni 1889, Bd. V, S. 56.

[4]) Bd. V, S. 56/57.

Gefahr und meinte, die verständigen Ratschläge des Herrn v. Giers seien nur eine geringe Sicherheit, da sich dieser Minister allzu häufig vollendeten Tatsachen gegenüber befinde. Noch könne man die panslawistischen Machenschaften in Rußland selbst vielleicht niederhalten, aber in den Balkanstaaten seien sie bereits zu einer bestimmenden Macht geworden. In Bulgarien stehe es gut, auch in Rumänien sei die Lage gebessert, in Serbien und Montenegro aber verschlechtere sie sich mehr und mehr. Noch hoffe man auf den Frieden; eine Sicherheit dafür gebe es nicht[1]).

Noch deutlicher erkennen wir die panslawistische Gefahr in einem ausführlichen Wiener Berichte vom 19. Juni, der die Balkanzustände genau schildert[2]). Rußland empfindet die Notwendigkeit, seine herkömmliche Politik im Orient wieder aufzunehmen und die Autonomie der dortigen Staaten sich nicht befestigen zu lassen, da das seinen Marsch auf Konstantinopel erschweren würde. Daß es hierbei mit Österreich auf Leben und Tod kämpfen muß, fühlt es wohl und will daher den Erfolg so weit sicherstellen wie irgend möglich. Seine militärischen Vorbereitungen sind noch nicht beendet, auch wünscht es die Beendigung der Pariser Ausstellung und die Ergebnisse der nächsten Wahlen abzuwarten, um zu sehen, ob es nicht in der französischen Regierung den Verbündeten findet, der ihm bisher gefehlt hat, und den es glühend herbeisehnt. Man glaubt daher vor dem nächsten Frühjahre den großen Kampf nicht aufnehmen zu können.

Demgegenüber hält Österreich-Ungarn an der Bewahrung des Friedens so lange fest, wie seine Lebensinteressen es ihm irgend erlauben. Sorgfältig vermeidet es alle Maßnahmen gegen die panslawistischen Umtriebe in Serbien, um nicht Konflikte in Rußland heraufzubeschwören. Aber es hält sich bereit und sucht sich auch gegen das Eindringen montenegrinischer Banden in die Herzegowina zu sichern. Für dieses Jahr rechnet man in Wien noch auf Frieden.

Wollte man annehmen, daß hier der belgische Gesandte zu Wien, übrigens der diplomatisch erfahrene Graf de Jonghe d'Ardoye, gar zu sehr mit den Augen der österreichischen Diplomatie gesehen habe, so erweist ein Petersburger Bericht vom Juni 1889[3]), daß man auch dort den Ernst der Lage durchaus nicht verkannte. „Ich würde es für überflüssig halten", berichtet der Gesandte, „Ihnen Tag für Tag von den beunruhigenden Gerüchten zu schreiben, die auftauchen und das Ergebnis des unnatürlichen Zustandes von Nervosität sind, in dem sich das Europa unserer Tage mit seinen fürchterlichen Rüstungen befindet. Es liegt keine unmittelbare Gefahr vor, daß der Friede gestört wird, man kann ihn für mehrere Monate garantieren, abgesehen von Zwischenfällen, die menschlicher Verstand nicht voraussehen kann; was die Zukunft betrifft, so sind zu

[1]) Bd. V, S. 256/257.
[2]) Bd. V, S. 257 ff.
[3]) Ohne Abgangsdatum; Eingang in Brüssel 6. Juli 1889; Bd. V, S. 58.

viele Wolken am Horizont, als daß man hoffen könnte, das Unwetter würde vorüberziehen."

Für den Baron Greindl bildete das feste Gefüge des Dreibundes die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens. An sich, meinte er in einem Berichte vom 13. Juli[1]), habe Deutschland an den Vorgängen auf dem Balkan ein geringes Interesse, sei aber mit Österreich-Ungarn zu eng verbunden, als daß es nicht jeden Rückschlag dieser Macht mit empfinden müßte. Leider habe der Dreibund an Boden verloren und auch mit dem Widerstande der italienischen und ungarischen Radikalen zu rechnen. Auch der jüngste Wahlerfolg der Jungtschechen sei bedenklich[2]). Alles dies vermöge den Dreibund noch nicht zu erschüttern, bedeute aber doch eine bedenkliche Schwächung der Mittelmächte. Einzig die guten Beziehungen zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren flößen ihm noch Beruhigung ein. „Das ist zweifellos viel; aber man darf auch das Gewicht der freundschaftlichen Gefühle der beiden Herrscher nicht überschätzen. Der Gegensatz hängt nicht von den Persönlichkeiten ab, er ist in den Dingen begründet"[3]).

Erörterungen über einen bevorstehenden Zarenbesuch in Berlin zeigen aufs neue die Gefahren des Panslawismus. Die Panslawisten haben nicht abgerüstet, meint Greindl in einem Berichte vom 23. August 1889[4]); Deutschland könne ihnen aber nur eine gewisse Gleichgültigkeit in Orientfragen entgegenbringen, was ihnen nicht genüge. Greindl glaubt nicht, daß Bismarck Rußland weiter nachlaufen werde, verzeichnet dagegen mit einer gewissen Befriedigung die sich scheinbar anbahnende Annäherung Deutschlands an England. „Es wäre reiner Wahnsinn," meint er, „gleichzeitig die Freundschaft Rußlands und Englands zu suchen, solange letztere Macht von Lord Salisbury geleitet wird." In der Reise des Kaisers Wilhelm nach Konstantinopel erblickt er die deutsche Erkenntnis von der Unausführbarkeit der früher geplanten Trennung der Interessengebiete auf dem Balkan[5]). Jetzt sei anscheinend Bulgarien als Schutzwall gegen den Panslawismus auf dem Balkan gedacht, und die Türkei solle sich mit deutscher Unterstützung von russischem Einflusse frei machen. Als am 11. Oktober der Zar zu einem Besuche in Berlin eintraf — ohne die Zarin, was Greindl besonders vermerkt[6]) —, freut letzterer sich der wenn auch mehr äußerlichen Annäherung. Die russische Presse stellt das Zusammentreffen als eine reine Höflichkeitsform hin; die deutsche Bevölkerung bereitet dem Zaren einen eisigen Empfang. Respektvoll, aber schweigend ließ sie den kaiserlichen Zug vorüberziehen;

[1]) Bd. V, S. 259 ff.

[2]) Der Petersburger Gesandte berichtet am 6. Dezember 1889 (Bd. V, S. 57): „Alle Sympathien gehören natürlicherweise den Jungtschechen, deren agitatorische Umtriebe, wie man hofft, dazu beitragen werden, in einem gegebenen Augenblick in den Bestand des Dreibundes Bresche zu legen." Im Weltkriege ist das ausgiebig geschehen.

[3]) Berlin, 24. Juli 1889. Im Bd. V nicht mit abgedruckt.

[4]) Bd. V, S. 78.

[5]) Vgl. S. 39/40.

[6]) Berlin, 12. Oktober 1889, Bd. V, S. 261ff.

allein die Truppe brachte auf Kommando einige Hochrufe aus. Trotzdem freut sich Greindl, wie gesagt, des Besuches, der, wenn er auch kaum andere Resultate zeitigen würde, immerhin erweise, daß ein Bruch nicht unmittelbar bevorstehe.

Wieder betont Greindl den friedlichen Charakter des Dreibundes. „Man hat bereits bis zum Überdruß gezeigt, daß der Dreibund niemanden bedroht. Das hat Rußland nicht gehindert, sich nach und nach von Deutschland zu entfernen, trotz des von Kaiser Wilhelm II. seit seinem Regierungsantritt lebhaft ausgesprochenen Wunsches, mit dem Zaren die freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen, die zwischen den Kaisern Wilhelm I. und Alexander II. bestanden. Aus Schonung für Rußland hat sich Deutschland jedes Eingriffes in die orientalischen Angelegenheiten enthalten, aber Rußland braucht mehr und besseres als Enthaltung. Was es fordert, ist, Österreich und Italien zur Aufgabe ihrer Orientinteressen zu zwingen, also das Unmögliche. Um ihm zu gefallen, müßte Deutschland auch auf die kürzlich geknüpfte Freundschaft mit England verzichten. Der Kaiser hat soeben durch den der englischen Flotte zu Kiel abgestatteten Besuch gezeigt, welchen hohen Wert er ihr beimißt."

Selbst wenn es Bismarck gelungen sein sollte, dem schlecht unterrichteten und beratenen Zaren während des Berliner Besuches die Augen zu öffnen, würde auch das nur einen vorübergehenden Erfolg bedeuten. Nach Petersburg zurückgekehrt müsse der Zar aufs neue mit seinen revolutionären Kräften rechnen. Er sei nicht gern im eigenen Hause. Die panslawistische Agitation verkörpert im Grunde den Wunsch aller Russen; sie unterscheiden sich nur hinsichtlich des Datums und der Mittel der Ausführung. Aber auch in Deutschland habe man die ewigen Koketterien Rußlands mit Frankreich satt. „Man versteht und entschuldigt zu einem gewissen Grade bei den Franzosen den Wunsch nach Revanche. Aber man glaubt auch, daß das Jahr 1870 leichter vergessen würde, wenn man von Moskau nicht den Augen Frankreichs immer wieder die Möglichkeit einer russischen Allianz vorspiegelte".

Der Zarenbesuch in Berlin bedeutete also nach Greindls Urteil einen Fehlschlag. Die „Banalität" der Trinksprüche beim Galadiner, die sichtlich zur Schau getragene schlechte Laune beider Monarchen beweise, daß keine Annäherung stattgefunden habe. „Der Gegensatz liegt in der Macht der Dinge begründet," sagt er wiederum, „die Souveräne und Staatsmänner würden nichts daran ändern können, selbst wenn sie wollten." Ausdrücklich stellt er die Übereinstimmung seiner Grundanschauungen mit denen der anderen ihm bekannt gegebenen belgischen Gesandtschaftsberichte fest. Wieder betont er, „der Dreibund ist ausdrücklich geschlossen worden, um gleichzeitig Rußland und Frankreich zurückzuhalten. Er ist so dauerhaft wie nur je, hat seinen Zweck vollkommen erreicht, und man braucht nicht zu fürchten, daß er sich in Zukunft seiner Aufgabe nicht gewachsen zeigen sollte." Drei Tage später meint er[1]), eine Besserung

[1]) Berlin, 15. Oktober 1889, Bd. V, S. 264.

der Monarchenbeziehungen sei doch wohl erfolgt, und am 23. Oktober fügt er hinzu[1]), der Zar sei wenigstens mit der Überzeugung von Berlin geschieden, daß der deutsche Kaiser ehrlich den Frieden wolle; er sei nun auch über dessen Reise nach England und über seinen bevorstehenden Besuch in Konstantinopel beruhigt. Auch in dem gegenseitigen Tragen der Flügeladjutanten-Abzeichen, zu dem Kaiser Wilhelm die Anregung gegeben habe, sei ein freundliches Symptom festzustellen. In Petersburg aber war man nach einem Berichte des dortigen belgischen Gesandten vom 1. November[2]) von der Wirkung des Zarenbesuches wenig erbaut.

Das Ergebnis der Monarchenbesuche des Jahres 1889 besteht für Baron Greindl nach einem Berichte vom 30. November 1889[3]) in der Sicherung des Friedens. Auch die Panslawisten hielten sich zurück, und ein französisch-russisches Bündnis schien gegenwärtig unwahrscheinlicher denn je. Im Berliner Auswärtigen Amt beurteilte man die Lage zuversichtlich, obwohl bedrohliche Truppenzusammenziehungen an der russischen Grenze stattfanden. Die großen von Italien und Deutschland für ihre Wehrmacht aufzuwendenden Kosten beunruhigen Greindl. „Alles das würde mindestens überflüssig sein, wenn man den Frieden für endgültig gesichert hielte. Er wird es tatsächlich nur durch die Macht des Dreibundes; aber es ist schon viel, daß dieser einen Erfolg verzeichnet und uns noch für einige Zeit die Fortdauer der Ruhe garantieren kann, deren wir uns gegenwärtig erfreuen."

1890

In den kommenden Monaten sind wir für die Beurteilung der französisch-russischen Beziehungen hauptsächlich auf Äußerungen des belgischen Gesandten zu Petersburg angewiesen, während der in Paris befindliche ältere Baron Beyens nur wenig mitteilsam ist. Unentwegt arbeitete der Panslawismus an der Verwirklichung seiner Ziele. So erfahren wir aus einem Petersburger Berichte vom 31. Januar 1890[4]), daß dem Kommandanten von Paris, General Saussier, von einem Delegierten der slawischen patriotischen Vereine, Nicolas Notowitch, ein französisch-russisches Banner aus rotem Samt verehrt wurde, das zwei verschlungene Hände und die Inschrift zeigte: „Sei gesegnet, französisch-russische Allianz!" Saussier hatte als korrekter Soldat die Annahme der Fahne von einer Genehmigung des Kriegsministers abhängig gemacht, worauf sich Notowitch an Freycinet gewendet haben soll. Der Gesandte berichtet bei dieser Gelegenheit, der gleiche Notowitch habe schon vor drei Jahren dem General Saussier einen Ehrenbecher überbracht, den dieser auch angenommen habe, und bei einer anderen Gelegenheit dem General Boulanger einen von den Slawophilen Moskaus gewidmeten Ehrensäbel.

---

[1]) Bd. V, S. 264/265.
[2]) Bd. V, S. 73.
[3]) Bd. V, S. 265 ff.
[4]) Bd. V, S. 94.

In Deutschland bereitete sich inzwischen ein Ereignis vor, das auf die Gestaltung der Weltverhältnisse einen großen Einfluß gewinnen sollte: der Gegensatz zwischen dem jungen Kaiser und Bismarck trat in die Erscheinung.

Am 22. Februar 1890[1]) berichtete Greindl von einem in Berlin umlaufenden Gerüchte, wonach der Fürst Bismarck demnächst von seinen preußischen Funktionen zurücktreten und nur noch das Amt des Reichskanzlers behalten würde. Noch weise kein äußeres Anzeichen auf eine Verminderung des Ansehens des Kanzlers beim Kaiser hin, dennoch seien Gegensätze unverkennbar. Bis jetzt habe die vollständige Übereinstimmung in der Beurteilung der äußeren Politik, das berechtigte Vertrauen des Kaisers auf seinen großen Minister und die hohe Anschauung, die der Kanzler vom Charakter und der Intelligenz des Kaisers habe, ihnen erlaubt, gemeinsam ihren Weg zu gehen. Jetzt aber träten allmählich Gegensätze zutage. Zwar sei Bismarck ein zu treuer Monarchist, als daß er nicht seinen Willen dem seines Herrn unterordnen sollte, aber das sei nicht leicht für ihn, wenn man seit 25 Jahren daran gewöhnt sei, allein zu kommandieren. Tiefgehende Gegensätze trennten offenbar die beiden Männer in der sozialen Frage. Werde nun der Kaiser in absehbarer Zeit sein eigener Kanzler sein wollen? „Ich weiß es nicht, aber ein Wechsel ist unvermeidlich. Das Regierungssystem des Reiches ist auf einen außergewöhnlichen Mann zugeschnitten und kann ihn nicht überleben. Höchstens wird es so lange dauern wie er selbst."

Am 25. Februar ergänzte Greindl seine Mitteilungen dahin, daß es sich an diesem Tage entscheiden müsse, ob es zur Versöhnung zwischen Kaiser und Kanzler oder zum Bruche komme. Am 1. März meldet er, Bismarck werde noch Kanzler bleiben; man glaube nicht an ernsthafte Rücktrittsabsichten bei ihm. Auch der Kaiser wünsche ihn noch zu halten. Trotzdem sei eine Erkaltung der Beziehungen festzustellen, und es liege daher keine Veranlassung vor, die früher ausgesprochenen Anschauungen zu berichtigen. Am 15. März glaubt Greindl versichern zu können, das alte Vertrauen werde in die gegenseitigen Beziehungen der beiden Männer nicht wieder zurückkehren, und am 18. März sendet er ein chiffriertes Telegramm nach Brüssel, die Kanzlerkrisis sei da. Tags darauf meldet ein chiffriertes Telegramm, General Caprivi habe den Posten als Reichskanzler angenommen; seine Ernennung und die Abdankung des Fürsten Bismarck sollten veröffentlicht werden, sobald das Handschreiben des Kaisers an den Fürsten erledigt sei. Am 21. März ergänzt der Gesandte seine telegraphischen Meldungen durch die Mitteilung, Fürst Bismarck habe am 20. März nachmittags die Entlassung aus allen seinen Ämtern erhalten; am 22. verfaßt er mehrere ausführliche Berichte über die weltgeschichtlichen Vorgänge.

Der Kaiser hatte die kommandierenden Generale zu sich entboten, um einen von ihnen als Nachfolger des Fürsten Bismarck zu wählen.

---

[1]) Diese und die im folgenden erwähnten Berichte sind in den Band V nicht mit aufgenommen worden.

Im Auslande konnte das, wie Greindl hervorhebt, als eine Vorbereitung zum Kriege gedeutet werden. In Deutschland habe kein Mensch daran gedacht. Der Rücktritt des Fürsten Bismarck würde, wenigstens vorerst, in der äußeren Politik Deutschlands keinen Wechsel bedingen. Auf diesem Gebiete habe auch zwischen dem Kaiser und dem Kanzler keine Meinungsverschiedenheit bestanden. Wohl aber müßte damit gerechnet werden, daß die Politik der fremden Mächte gegen Deutschland sich ändere. Im Dreibunde werde das überragende Ansehen des Fürsten vermißt werden. „Die Hoffnungen der Feinde Deutschlands können neu erwachen, wenn sie nicht mehr einen Gegner vor sich sehen werden, dessen Überlegenheit unbestreitbar und unbestritten war"[1]).

Wie der Rücktritt des Fürsten Bismarck an den verschiedenen Höfen damals beurteilt worden ist, darauf zurückzukommen wird sich noch Gelegenheit bieten. Als Hauptergebnis stellten alle Beobachter eine gewisse Verminderung der Macht des Dreibundes fest. Seinen weiteren Verfall glaubte man im Auslande abwarten zu sollen. Inzwischen arbeitete der junge Kaiser — nach Greindls Urteil nicht ohne Erfolg — in seiner Weise an der Verbesserung der Beziehungen Deutschlands zu Frankreich.

Man dürfe allerdings die Wirkung solcher gut gemeinten Versöhnungsabsichten nicht überschätzen, meint Greindl in einem Berichte vom 15. April 1890[2]). „Die Basis für eine Wiederversöhnung fehlt. Sie könnte nur durch einen Gebietsausgleich erreicht werden, dem Deutschland niemals zustimmen würde. Man müßte entweder Elsaß-Lothringen zurückgeben, oder auf unsere (belgischen) Kosten einen Ausgleich schaffen ... Man darf daher von einer Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sprechen, aber der Gedanke der Wiederversöhnung ist mindestens verfrüht. Die Zeit allein kann sie herbeiführen, indem sie die Franzosen an den Gedanken des Verlustes von Elsaß-Lothringen gewöhnt." Auch den Versuchen des Kaisers, durch Pflege der Familienbeziehungen Schwierigkeiten der äußeren Politik zu bannen, wird Greindl gerecht.

Daß Greindl andererseits aber auch die vorübergehende Ruhe in den europäischen Beziehungen nicht überschätzte, beweist ein Bericht vom 14. Juni 1890, in dem er davon spricht, der deutsche Kaiser habe die Gelegenheit der Berliner Sozialistenkonferenz geschickt dazu benutzt, unbegründete Vorurteile bei den französischen Delegierten zu zerstören. Die gegenwärtige Ruhe in der Außenpolitik scheint ihm nicht endgültig[3]). „Ich halte es für beinahe überflüssig hinzuzufügen, daß trotz dieser Beruhigung eine durchgreifende Änderung nicht eingetreten ist. Die Sorge, mit der Deutschland der Vermehrung der militärischen Streitkräfte seiner Nachbarn Schritt für Schritt folgt, ist ein Beweis dafür. Die Mächte, die mit der politischen Teilung Europas nicht zufrieden sind,

---

[1]) Berlin, 22. März 1890, Bd. V, S. 84.
[2]) Bd. V, S. 87.
[3]) Bd. V, S. 85 und 87.

haben weder auf ihre Rachegelüste noch auf ihre Ansprüche ausdrücklich verzichtet. Die schwebenden Fragen sind nicht gelöst, sie schlummern. Das ist das Höchstmaß dessen, was man für den Augenblick erreichen kann. Wir leben daher in einem unbeständigen Gleichgewichtszustande, und die wiederholten Bekundungen der Aufrechterhaltung des Dreibundes, die man an uns in Berlin, Wien und Rom verschwendet, sind durchaus nicht überflüssig."

In Paris war ein Vorkommnis des Jahres 1890 der Förderung des Zweibundgedankens günstig. Freycinets Eifer war es gelungen, ein Anarchisten-Komplott gegen das Leben des Zaren aufdecken, die Schuldigen verhaften und in Paris im Juni aburteilen zu lassen. Der Petersburger Gesandte berichtet am 6. Juni 1890[1]) über den günstigen Eindruck, den das auf die Presse nicht nur, sondern auch auf die amtliche Welt der russischen Hauptstadt gemacht habe; in der Presse spreche man bereits davon, daß nun eine Entente und noch engere Beziehungen zwischen den beiden Ländern folgen müßten. Bei einem internationalen Juristenkongresse in Petersburg im Juni wurden die französischen Vertreter auffallend umschmeichelt und gehätschelt, so daß es sogar dem Vertreter Frankreichs etwas zu viel wurde. Der französisch-russische Verbrüderungsgedanke benutzte alle derartigen Gelegenheiten, um sich zur Geltung zu bringen[2]).

Eine Reise des deutschen Kaisers im Sommer 1890 nach England war nach Greindls Urteile[3]) der Förderung des Weltfriedens insofern nützlich, als eine gewisse Unterstützung der Bestrebungen des Dreibundes durch England sich daraus ergab. Über einige schwebende Fragen in Afrika hatte man sich geeinigt. Jetzt hebt Greindl hervor, daß die Wiederheranziehung Englands zur Beteiligung an der allgemeinen Politik Europas durch Deutschland nur günstig wirken könne, nachdem das in der afghanischen Frage 1885 verletzte England sich bisher auffallend zurückgehalten habe.

Ein bei dem Zusammentreffen von Osborne anscheinend gemachter Versuch des deutschen Kaisers, England in ein näheres Verhältnis zum Dreibunde zu bringen, nachdem die englisch-deutschen Grenzfragen in Afrika so zufriedenstellend bereinigt worden waren, wurde nach einem Berichte des Barons Solvyns in London am 28. August 1890[4]) von Lord Salisbury ausweichend beantwortet. Er wies darauf hin, die Traditionen der englischen Politik erlaubten es nicht, Verpflichtungen einzugehen, die nicht von einer unmittelbar bevorstehenden Notwendigkeit geboten wären und die englische Freiheit des Handelns einschränken könnten. Der Kaiser wechselte daraufhin den Gegenstand der Unterhaltung. Salisburys Anschauungen glaubt Solvyns bei dieser Gelegenheit wie folgt wiedergeben zu können: „Solange nicht zwischen Rußland und Frank-

---

[1]) Bd. V, S. 93.
[2]) Petersburg, 20. und 24. Juni 1890, Bd. V, S. 94.
[3]) Berlin, 14. August 1890, Bd. V, S. 267/268.
[4]) Bd. V, S. 268/269.

reich ein formelles Abkommen besteht und eine alsbaldige Ausführung desselben nötig wird, muß England es vermeiden, seine Tätigkeit an die irgendeiner anderen Macht zu knüpfen; an dem Tage aber, wo dieser Pakt geschlossen sein wird, muß England dem Dreibunde beitreten (adhérer) und sich entschlossen auf alle Möglichkeiten vorbereiten, die dieser Beitritt für es heraufführen kann."

Eine neue Reise des deutschen Kaisers nach Rußland führte nach einem Berliner Berichte vom 30. August 1890[1]) insofern zu günstigen Ergebnissen, als der Zar in seinem Wunsche, den Frieden zu erhalten, dadurch gestärkt wurde. Auch in Bulgarien wollte er nichts unternehmen, in der zuversichtlichen Erwartung, daß mit der Zeit Rußland den ihm dort zukommenden Einfluß zurückgewinnen werde. Eine Allianz mit Frankreich wolle der Zar nicht, meint Greindl. Die Regierungsform dieses Landes flöße ihm kein Vertrauen ein, und die unterwürfige Art, mit der man in Frankreich um seine Freundschaft werbe, stärke nur seinen Widerwillen. Auch die Beziehungen Rußlands zu Österreich hätten sich gebessert. Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen habe man offenbar nicht erörtert; es sei aber sehr zu wünschen, daß hier einige Erleichterungen einträten. Bei einer Unterredung des Generals v. Caprivi, dessen günstige Aufnahme am Zarenhofe Greindl hervorhebt, mit Herrn v. Giers hatte Caprivi sich über die feindliche Haltung der russischen Presse gegen Deutschland beklagt. Herr v. Giers sprach sein Bedauern darüber aus, daß er nichts dagegen zu tun vermöge.

Bemerkenswert ist in dem Berichte vom 30. August die Erwähnung der Besitznahme Helgolands durch Deutschland. Der Kaiser hatte bei dieser Gelegenheit gesagt, er sei glücklich, nunmehr das letzte Stück deutschen Bodens, das noch nicht unter deutscher Herrschaft gestanden habe, mit dem Reiche vereinigen zu können. Hieraus folgerte man eine indirekte Ablehnung deutsch-chauvinistischer Ansprüche auf die baltischen Provinzen, und das trug dazu bei, dem deutschen Kaiser in Rußland einen freundlichen Empfang zu sichern.

Der günstige Eindruck des Kaiserbesuches, der sogenannten Entrevue von Narwa, wird auch von dem neuen belgischen Gesandten in Petersburg, Baron de Vinck, in einem Berichte vom 2. September 1890 bestätigt[2]). Er meint, daß die Form des erbitterten Kampfes, der gegen den deutschen Einfluß in Rußland geführt werde, für den Augenblick gemildert sei, und daß damit der allgemeine Friede zweifellos eine Sicherheit mehr erhalte. Zusammenfassend glaubt er feststellen zu können, daß die entgegenkommende Art des deutschen Kaisers eine gewisse Entspannung in den Beziehungen beider Länder gebracht habe, wenn auch jedes der beiden Kaiserreiche seine Stellung behaupte. Greindl fügt in einem Berichte vom 3. September 1890[3]) seinen Bemerkungen vom 30. August[4])

---

[1]) Bd. V, S. 269 ff.
[2]) Bd. V, S. 271 ff.
[3]) Bd. V, S. 273/274.
[4]) S. o.

die Versicherung hinzu, die Betonung der Gemeinsamkeit der monarchischen Interessen durch den deutschen Kaiser beim Zaren habe sehr günstig gewirkt; man dürfe hoffen, daß Graf Ignatieff und seine panslawistischen Freunde ihren alten Einfluß nicht wieder gewinnen würden. Greindl gibt bei diesem Anlasse Äußerungen des Staatssekretärs v. Marschall wieder, wonach man die panslawistische Gefahr auch jetzt noch nicht unterschätzen dürfe; auch Alexander II. habe den letzten Orientkrieg nicht führen wollen, sich aber unter dem Drucke der öffentlichen Meinung doch dazu entschließen müssen. Auch der persönlichen Abneigung des Zaren gegen einen Bund mit Frankreich dürfe man keinen zu großen Wert beimessen. Führe Deutschland gegen Rußland Krieg, so würde es von Frankreich mit oder ohne vorherigen Vertrag angegriffen werden. — Es blieben somit auch nach Greindls Urteil immer noch Wolken genug am politischen Himmel. Immerhin hatte die Reise des deutschen Kaisers nach dem Urteile der belgischen Diplomatie günstig gewirkt.

Das beweist auch ein ausführlicherer Bericht des sonst nicht gerade mitteilsamen Barons Beyens aus Paris vom 17. September 1890[1]). Das Brüsseler Außenministerium hatte ihm die Äußerungen der anderen Gesandten über die Kaiserbegegnung von Narwa mitgeteilt, und er zog daraus den Schluß, daß der Zar ein Bündnis mit der französischen Republik nicht wolle. Das sei auch der Eindruck, den die aus Petersburg zurückgekehrten Franzosen selbst mitgebracht hätten. Aber er fügt hinzu, daß diese Franzosen niemanden zu überzeugen vermöchten. „Das Traumbild der russischen Allianz spukt in Paris in allen Köpfen; es rührt nicht allein von dem sehr natürlichen Wunsche her, sich auf eine große Nation stützen zu können, um nötigenfalls den vereinigten Staaten Mitteleuropas Widerstand leisten zu können, sie ist vielmehr hier eine Gefühlssache geworden wie viele andere politischen Fragen auch. Die übertriebene Vorliebe für Rußland hat alle Klassen ergriffen; diese Macht ist heute unter der dritten Republik ebenso volkstümlich, wie es Polen unter der zweiten gewesen ist. Die Franzosen legen sich keine Rechenschaft davon ab, daß ihr Getue den Zaren reizt und sie in seinen Augen entwertet. Sie sind in ihrem Bestreben aufrichtig und können sich durchaus nicht vorstellen, daß ihre Freundschaft lästig sein oder kompromittierend scheinen könnte. Viele bleiben von dem Vorhandensein einer Art von Entente überzeugt. Wenn Alexander III. vielleicht keinen Vertrag geschlossen hat, so wird er wenigstens nach ihrer Meinung geheime Verpflichtungen übernommen haben. Unter diesen Bedingungen nimmt die Ankunft auch der geringsten amtlichen russischen Persönlichkeit die Umrisse eines großen Ereignisses an, und die Großfürsten können nicht mehr nach Frankreich kommen, ohne daß man den Höflichkeitsbesuchen, die sie mit den Behörden wechseln, und die sie während einer Erholungsreise nicht unterlassen können, eine politische Bedeutung beimißt." Rußland sei in der Mode, und so sei denn auch die Gründung einer besonderen Zeitschrift „L'Union Franco-Russe" unvermeidlich gewesen.

[1]) Bd. V, S. 274 ff.

Beyens zeichnet auch die innere Gegensätzlichkeit Frankreichs und Rußlands. „Der Gegensatz zwischen den Einrichtungen beider Völker wird in Paris nicht gefühlt, ja nicht einmal bemerkt; er macht das schrankenlose Begehren der demokratischen Republikaner, der am meisten autokratischen Regierung Europas gefallen zu wollen, nur noch pikanter. Diese hat große Vorteile von dieser günstigen Stimmung: sie hat in Paris für ihre in Berlin verschmähten Anleihen einen Markt ersten Ranges gefunden; sie hat durch Vermittlung des Hauses Rothschild unter vorteilhaften Bedingungen die Unterbringung verschiedener Anleihen bis zur Höhe von 2 Milliarden Franken zu 4 Prozent erreicht. So muß auch wohl der Zar, ohne sich mit einer Regierung, deren Form ihm unsympathisch ist, zu binden, sie dennoch pfleglich behandeln und ihr die Hoffnung lassen, daß vielleicht der Tag einer tatsächlichen Vereinigung kommen könnte."

Das soll auch der Sinn der dem russischen Botschafter zu Paris, Baron v. Mohrenheim, gegebenen Anweisungen gewesen sein. Dieser Weisung entsprach es wohl, daß Mohrenheim selbst unbequeme Huldigungen von französischer Seite nicht zurückzuweisen vermochte. Als sich seine Tochter mit einem französischen Offizier verlobt hatte, erschienen sogar die Marktweiber (dames de la Halle), um zu diesem Sinnbilde der Vereinigung beider Nationen ihre Glückwünsche auszusprechen.

Auch Beyens findet dieses weite Entgegenkommen merkwürdig. Er meint: „Der Botschafter des Zaren, wie auch die persönlichen Empfindungen seines Herrn sein mögen, scheint also Anweisung erhalten zu haben, nicht etwa durch laue Aufnahme selbst lärmend sich vordrängende Sympathiebeweise abzuwehren, sondern sozusagen die Rolle einer Koketten zu spielen, die niemanden entmutigen will. Trotz des Nichtvorhandenseins wirklicher Verpflichtungen wird es bei dem unüberlegten Enthusiasmus der französischen Nation ihr schwer fallen, mit Gewehr bei Fuß zu bleiben, falls Rußland in einen europäischen Krieg hineingezogen würde."

Ähnlich beurteilt Greindl die Haltung der Russen gegenüber Frankreich, wenn er am 27. September 1890 schreibt[1]): „Wenn es den Franzosen gefällt, sich selbst zu täuschen, ist das Petersburger Kabinett dann verpflichtet, sie von einer Hingabe zu heilen, von der es so viele politische und finanzielle Vorteile hat? Das hieße doch allzu viel Tugend von ihm verlangen." — In dem gleichen Berichte betont übrigens Greindl, daß die von ihm in den Schreiben vom 30. August und 3. September ausgesprochenen Ansichten über die russisch-französischen Beziehungen[2]) diejenigen des deutschen Kaisers seien, die Baron Marschall ihm mitgeteilt habe. Aus eigenem Urteil fügt er nach der Lektüre des erwähnten Pariser Berichtes vom 17. September[3]), der ihm zugeschickt worden war, hinzu, daß Baron v. Mohrenheim nicht der einzige russische Diplomat

---

[1]) Bd. V, S. 56.

[2]) Vgl. S. 54.

[3]) Vgl. S. 55.

sei, dessen Haltung mit den vom Zaren geäußerten Absichten nicht im Einklange stehe. „Andere Diplomaten, Generale, halbamtliche Journale handeln und sprechen gewohnheitsmäßig in einer Weise, die mit den Anschauungen des Zaren nicht übereinstimmt. Immer besteht ein Riß in der Politik Rußlands. Dieser Mangel an Folgerichtigkeit rührt ebenso vom Nationalcharakter wie von der Macht der panslawistischen Partei her, mit der man durchaus rechnen muß."[1])

1891

Wir treten in das Jahr 1891 ein, in dem durch den Besuch der französischen Flotte zu Kronstadt die inzwischen stattgehabte erhebliche Annäherung zwischen Frankreich und Rußland vor aller Welt enthüllt wurde.

Im Anfange des Jahres herrscht zunächst auf dem Gebiete der äußeren Politik noch eine verhältnismäßige Ruhe, die sich in der Hauptsache daraus erklärt, daß man im Auslande an eine allmähliche innere Zersetzung des Dreibundes glaubt und diese Entwicklung von außen her in Ruhe zu beobachten trachtet. Nach einer Äußerung des Barons Greindl vom 7. Januar 1891[2]) erfüllte den deutschen Staatssekretär v. Marschall die Tatsache mit Sorge, daß einzig und allein Freycinet von Krieg sprach, während alle anderen Staatsoberhäupter nur Friedensworte verkündeten. Augenscheinlich gewinne Frankreich sein Selbstvertrauen zurück, aber von da bis zu einer konfliktdrohenden angreifenden Politik sei es noch weit.

Eine gewisse Verschiebung im inneren Verhältnisse des Dreibundes glaubte Greindl darin erkennen zu müssen, daß Caprivi in der Behandlung seiner Bundesgenossen rücksichtsvoller sei als sein Vorgänger; Widerspruch würde nicht mehr als Verrat behandelt, und in den Beziehungen zu den auswärtigen Mächten unterlasse man zwecklose Reibereien[3]).

Mit Aufmerksamkeit beobachtete man in den europäischen Kabinetten jener Zeit die Haltung Italiens. Mit dem Abgange Crispis und der Übernahme der Geschäfte des Ministerpräsidenten durch Rudini setzen Versuche ein, die italienisch-französischen Beziehungen zu verbessern und eine Lockerung des Zugehörigkeitsverhältnisses zum Dreibunde herbeizuführen. Ein Berliner Bericht vom 10. April 1891[4]) teilt mit, daß die Annäherungsversuche von italienischer Seite ausgegangen sind. Auf eine Interpellation hin sah sich Rudini veranlaßt, nähere Mitteilungen über die Stellung Italiens im Dreibunde zu machen; er bezeichnete sie damals als ausschließlich dem Frieden dienend und defensiv. Von Paris aus wünschte man daraufhin den Text des Bündnisvertrages zu erfahren. Rudini weigerte sich, darüber Auskunft zu geben und wurde

---

[1]) Berlin, 27. September 1890, Bd. V, S. 95.
[2]) Bd. V, S. 88.
[3]) Berlin, 10. Januar 1891, Bd. V, S. 84/85.
[4]) Bd. V, S. 279/280.

nun gebeten, wenigstens zu sagen, ob Italien in dem Falle gezwungen sei, Deutschland die Waffenhilfe zu leisten, daß Frankreich sich Elsaß-Lothringens bemächtige. Daraufhin habe dann Rudini nicht mehr geantwortet. Baron v. Marschall, der Greindl über diese Vorgänge verständigte, fügte hinzu, diese indiskrete Bitte habe den italienischen Staatsmann gründlich von seiner Absicht geheilt, zu Frankreich in ein näheres Verhältnis zu kommen. Trotzdem äußerte der deutsche Staatssekretär Bedenken über die Erhaltung des Friedens. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß zwar die große Mehrheit des französischen Volkes den Frieden wolle, aber die heilsame Furcht vor der militärischen Überlegenheit Deutschlands, die so lange die Aufgeregten im Zaume gehalten habe, sei jetzt ganz und gar verschwunden. Die Franzosen fühlten sich jetzt so weit erstarkt, daß sie selbst ohne die Unterstützung Rußlands auf den Sieg zählen zu können glaubten. Es genüge daher der geringste Anlaß, um einen blutigen Konflikt heraufzubeschwören.

Zu dieser pessimistischen Auffassung des für die Beobachtung der äußeren Politik verantwortlichen deutschen Staatsmannes hatten die Art und Weise, wie das Pariser Kabinett verschiedene Höflichkeitsbeweise des deutschen Kaisers aufgenommen hatte, und der Empfang der Kaiserin Friedrich in Paris erheblich beigetragen. Während auch nach dem Urteile der belgischen Diplomatie die italienische Extratour als überwunden und Italiens Stellung im Dreibunde als ganz wieder befestigt angesehen werden konnte[1]), verhehlten die belgischen Diplomaten nicht ihre Besorgnisse über die Haltung Frankreichs. Man dürfe die deutscherseits der französischen Republik erwiesenen Höflichkeiten nicht als einen Beweis für eine wirkliche Änderung der Lage nehmen, meint Greindl am 21. Februar 1891[2]). Die Franzosen hätten nichts von ihrem Bedauern und von ihren Hoffnungen aufgegeben. Solche Höflichkeitsbeweise könnten nur in ganz kleinem Maßstabe zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen, würden aber wenigstens nichts schaden. Die Vorgänge beim Besuche der Kaiserin Friedrich in Paris bedauert er lebhaft und beklagt, daß bei dieser Gelegenheit das festgesetzte Programm nicht eingehalten worden sei. Er fügt hinzu, „ich hatte nur allzuviel Veranlassung, Ihnen am letzten Sonnabend zu schreiben, daß man der Aufnahme der Aufmerksamkeiten des deutschen Kaisers und seiner Regierung in Paris nur einen ganz geringen Wert beimessen dürfe. Man hat auf Höflichkeitsbezeugungen mit Brutalitäten geantwortet"[3]).

Bemerkenswert ist die Art, wie Baron Solvyns in London die Entwicklung der Dinge seit Bismarcks Abgange beurteilt[4]). Durch den Sturz des Fürsten habe Österreich etwas mehr Bewegungsfreiheit gewonnen und seine Beziehungen zu Rußland verbessern können. Auch Italien versuche gewisse Gefahren zu bannen und sich Frankreich ein wenig

---

[1]) Berlin, 14. Februar 1891, Bd. V, S. 100.
[2]) Bd. V, S. 88.
[3]) Berlin, 28. Februar 1891, Bd. V, S. 88.
[4]) London, 1. März 1891, Bd. V, S. 276/277.

zu nähern. „Die Annäherung zwischen beiden Ländern hat noch nicht stattgefunden, aber sie ist keine Unmöglichkeit mehr, und manche Anzeichen machen sie sehr wahrscheinlich.“ Deutschland selbst hat, nach Solvyns’ Urteil, um der Gefahr der Vereinsamung zu entgehen, den Wunsch nach einem nahen Bündnis (alliance intime) mit England bezeugt. England bringt aber, von Erwägungen handelspolitischer Art beherrscht, den Vorschlägen Deutschlands mit Rücksicht auf die unruhige Haltung des deutschen Kaisers wenig Vertrauen entgegen. Sei es Bismarck gelungen, Rußland zu isolieren, so würde sich Deutschland seinerseits jetzt sehr bald in der gleichen Lage befinden.

Der Berliner Geschäftsträger Graf du Chastel nahm zu diesem Londoner Urteil in Abwesenheit des Barons Greindl am 6. März 1891 Stellung[1]). Er bestätigte auch seinerseits, daß durch den Sturz Bismarcks und Crispis einige Glieder aus der engen Kette des Dreibundes herausgesprengt worden seien. Graf Kalnoky sei allein übrig geblieben und benutze jetzt sein Anciennitätsvorrecht zu einer „etwas persönlicher gefärbten“ Politik. Noch sei der Dreibund unerschüttert, aber jede der drei Mächte habe nach österreichischem Vorbilde und ohne vorherige gegenseitige Verständigung Annäherung an andere Mächte gesucht. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England sei Frankreich gerade jetzt besonders unangenehm. Die Vorgänge beim Besuche der Kaiserin Friedrich in Paris hätten auch in London verstimmt, immerhin dürfe man allen diesen Dingen keine zu große Bedeutung beimessen. „Eine wichtige Tatsache ist erwiesen. Es ist die, die Sie[2]) feststellen, nämlich, daß der Dreibund durch den Sturz Bismarcks und Crispis von seiner Kraft verloren hat, und daß die drei verbündeten Mächte jede für sich einige Unabhängigkeit wiedergewonnen haben.“

Die russisch-französische Annäherung scheint zu dieser Zeit in Berliner Kreisen nicht scharf genug beachtet worden zu sein. Nach einem Berliner Berichte vom 6. März 1891[3]) hatte im Auswärtigen Amte Herr v. Holstein geäußert, „der Zar empfinde eine unüberwindliche Abneigung dagegen, sich mit der französischen Republik zu verbünden, da ein solcher Gedanke seinen monarchischen Anschauungen widerspreche“. Demgegenüber betonte aber doch ein Petersburger Bericht vom 2. März[4]), das tatsächliche Einvernehmen (l’entente de fait) zwischen Rußland und Frankreich beruhe auf zu sicheren Grundlagen, als daß es durch Zwischenfälle untergeordneter Art Schaden nehmen könnte.

Großes Aufsehen erregte es, daß der Zar dem Präsidenten Carnot Ende März 1891 den Andreasorden verlieh. Fast die gesamte russische Presse nahm diese Auszeichnung als eine Bestätigung der engen Beziehungen, als eine „stillschweigende Quasi-Allianz“[5]) auf.

---

[1]) Bd. V, S. 277 ff.
[2]) Der belgische Minister des Äußeren.
[3]) Bd. V, S. 96.
[4]) Bd. V, S. 94.
[5]) Bd. V, S. 97.

Es müßten wohl Gründe der Staatsraison sein, meinte der darüber berichtende belgische Gesandte zu Petersburg[1]), die einen konservativ denkenden Selbstherrscher dazu veranlaßten, seinen vornehmsten Orden dem zeitweiligen Oberhaupte eines Landes zu verleihen, das sich in seinen Anschauungen und Grundsätzen von Rußland aufs schärfste unterscheide. „Der dem Herrn Carnot verliehene St. Andreasorden wird, wenn möglich, den Götzendienst für alles Moskowitische noch vermehren, der in Frankreich Mode ist."

Tatsächlich waren es sehr ernsthafte Gründe, die ernsthaftesten, die es gibt, die Rußland und Frankreich zueinander zogen: wirtschaftliche Notwendigkeiten. Bismarck hatte dem russischen Anleihebedürfnis den Weg nach Deutschland versperrt. Unbekümmert um dynastische persönliche Bedenken bahnte sich nunmehr über die wirtschaftliche Abhängigkeit Rußlands hinweg der Weg zu einer — in leitenden Kreisen Rußlands vielleicht unbeliebten und vom Zaren jedenfalls ungern gesehenen — Allianz mit Frankreich.

Das Jahr 1891 zeigt uns die Politik der späteren Zweibundgenossen in einem bunten Wechsel von Wünschen und Ablehnungen, Liebenswürdigkeiten und Grobheiten. Aber das Endergebnis ist eben doch die Allianz. Die in den fest gefügten Formen deutscher monarchischer Anschauungen erwachsenen Staatsmänner vermochten sich offenbar in die so ganz anders gearteten russischen Verhältnisse mit ihrem dauernden Ringen zwischen panslawistischen und persönlich-zaristischen Bestrebungen nicht recht hineinzudenken; ihr Urteil blieb, so lassen es wenigstens die belgischen Gesandtschaftsberichte erscheinen, mehr an der Oberfläche, und sie beruhigten sich bei der Überzeugung, daß der Zar für seine Person ein Bündnis mit Frankreich nicht gern sehe.

Die belgischen Diplomaten beurteilten diese Dinge klarer. Sie erkannten vor allem auch die nachteiligen Wirkungen der deutschen Politik gegen Rußland von der Zeit des Berliner Kongresses an. Baron Greindl berichtet darüber am 2. Mai 1891[2]). Er geht davon aus, daß Gortschakoff schon Bismarcks Politik zu mißtrauen begann, als dieser und obwohl dieser während des letzten Orientkrieges England vom Eingreifen fern gehalten hatte. 1885 verhinderte Bismarck aufs neue einen Krieg Englands gegen Rußland in der afghanischen Frage. Auf seine Veranlassung erklärten Österreich und Italien zu Konstantinopel, die Gewährung freier Durchfahrt einer englischen Flotte durch die Dardanellen müßten sie als einen Bruch der türkischen Neutralität ansehen. Sie deckten dadurch das Schwarze Meer, Rußlands einzige angreifbare Flanke. Und dabei, meint Greindl, sei es doch für Bismarck so leicht gewesen, seinen östlichen Nachbarn, der später einmal sein Gegner werden könne, in einem von Deutschland nicht veranlaßten Kriege weißbluten zu lassen. Bismarck habe aber Rußland gegenüber die Politik der Nadelstiche befolgt und daher für die ihm geleisteten ungeheuren Dienste keinen Dank ge-

[1]) Petersburg, 2. April 1891, Bd. V, S. 97.
[2]) Bd. V, S. 79/80.

erntet. Unverkennbar sieht Greindl in der Sperrung des deutschen Marktes für das russische Anleihebedürfnis unmittelbar am Vorabend eines Zarenbesuches in Berlin einen schweren politischen Mißgriff. „Bismarck wollte in Petersburg fühlen lassen, daß er immer der Herr sei, gerade so wie er sich auch des Gehorsams von Österreich zu versichern suchte, indem er ihm zu erkennen gab, er könne auch das System wechseln und sich mit Rußland verständigen."

Rußland steuerte also unaufhaltsam in die Abhängigkeit von Frankreich hinein, nachdem seinen Anleihen der deutsche Markt verschlossen war. Allerdings vollzogen sich die zum Abschlusse des Zweibundes führenden Machenschaften nicht in gerader Linie. Rückschläge blieben nicht aus.

So erlebte zunächst Frankreich im Frühjahre 1891 Rußland gegenüber eine ganz ähnliche Enttäuschung, wie es sie auch bei den Unterhandlungen mit Crispis Nachfolger di Rudini hatte buchen müssen. Sein Wunsch, in die Art der italienischen Bündnisverpflichtung im Dreibunde vollständig eingeweiht zu werden, war von italienischer Seite, obwohl dort zweifellos der Wunsch einer Annäherung an Frankreich vorlag, damals zurückgewiesen worden[1]). Nunmehr hielt Frankreich die Stunde für gekommen, Rußland gegenüber einen großen Schritt weiterzugehen.

Von einem Nebenposten, der belgischen Gesandtschaft in Bukarest, wurde am 8. Mai ein Bericht eingesandt[2]), der in Brüssel die letzten Zweifel darüber verscheuchte, ob wirklich Frankreich ernsthafte Annäherungsversuche Rußland gegenüber unternommen hatte. In Petersburg hatte der russische Außenminister v. Giers dem rumänischen Gesandten Ghyka rückhaltlos mitgeteilt, Frankreich habe den Abschluß eines Vertrages vorgeschlagen, Rußland ihn abgelehnt. „Der Kaiser hat keine Verpflichtung der Republik gegenüber, die er nicht liebt, eingehen wollen. Die Männer, die an der Spitze der französischen Regierung sich befinden, wechseln zu häufig. Für unsere Beziehungen mit diesem Lande wäre es unangebracht (nous aurions mauvaise grâce), das Entgegenkommen und die Liebenswürdigkeiten zu mißachten, womit es uns überschüttet. Darauf nicht in einem gewissen Maße zu antworten, ist für uns unmöglich; aber von hier bis zu einer Entente ist noch ein weiter Weg." Giers stellte bei dieser Gelegenheit auch die Verleihung des Andreasordens an Carnot als eine gebotene Pflicht der Höflichkeit hin.

Als gerade zu Moskau im Mai 1891 eine französische Ausstellung eröffnet werden sollte, in der der belgische Gesandte zu Petersburg eine mehr politische als kommerzielle Unternehmung erkannte[3]), wurde die französische Ablehnung einer von Rußland erbetenen neuen Anleihe bekannt. Das Pariser Haus Rothschild nahm die russischen Judenverfolgungen zum Vorwande, um sich von der Anleihe zurückzuziehen.

---

[1]) Vgl. S. 57/58.

[2]) Bd. V, S. 280/281.

[3]) Petersburg, 5. Mai 1891, Bd. V, S. 98.

Greindl meinte in seinem Berichte vom 14. Mai[1]), man habe vielleicht auch dagegen Bedenken getragen, den bereits enormen Einfluß des russischen Finanzministers durch 500 bis 600 Millionen Mark noch weiter zu stärken; sicherlich aber habe das Haus Rothschild mindestens mit Zustimmung der französischen Regierung gehandelt: das erweise eine Verstimmung des Pariser Kabinetts gegen das Petersburger. Nach einer Äußerung des Barons v. Marschall, die Greindl wiedergibt, hatte die französische Regierung vor kurzem die russische über die Haltung befragt, die sie im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland einzunehmen gedächte. Die Antwort soll gewesen sein: Wenn Frankreich durch Deutschland angegriffen würde, werde es von Rußland unterstützt werden; greife es aber Deutschland an, so geschehe dies auf seine eigene Rechnung und Gefahr. Über diese Auskunft verstimmt, habe Frankreich die neue Anleihe scheitern lassen.

Frankreich hatte damit den Weg beschritten, der in seiner Lage am meisten Wirkung versprach. Genau wie es versucht hatte, Italien durch finanzielle Bedrängnis und durch rücksichtslose Mittel des Wirtschaftskrieges aus der Friedensliga herauszudrängen — es ist zu beachten, daß Baron Greindl wiederholt den Dreibund als Friedensliga bezeichnet —[2]), genau so zeigte es Rußland jetzt seine wirtschaftliche Macht und glaubte sich seines Erfolges dabei ganz sicher.

Bevor es aber in seiner Werbung um ein Bündnis mit dem Zarenreiche zum Ziele gelangte, mußte es zunächst den aus der Ablehnung der russischen Anleihe sich ergebenden Rückschlag in Kauf nehmen. Die am 12. Mai in Moskau eröffnete französische Ausstellung, von der man sich offenbar in Paris eine werbende Kraft versprochen hatte, scheiterte in diesem Ziele jedenfalls vollkommen, da der Zar seinem Bruder, dem Großfürsten Sergius, untersagte, an den Eröffnungsfeierlichkeiten teilzunehmen. Das Spielen der Marseillaise wurde nicht gestattet, und auch sonst herrschte ein derart frostiger Ton, daß die Mitglieder des französischen Komitees, unter ihnen Flourens, der ehemalige Minister des Äußeren, noch am Tage der Eröffnung Moskau wieder verließen, um nach Paris zurückzukehren[3]).

Frankreichs geheime Tätigkeit gegen den Dreibund hatte also zunächst weder in Rom noch in Petersburg Erfolg gehabt. In Rom erklärte di Rudini am 29. Juni, daß der Dreibund, die Friedensliga des Barons Greindl, erneuert sei. In Petersburg herrschte Verstimmung gegen Frankreich.

Wiederum mußte vom Standpunkte der deutschen Politik aus Englands Haltung zum Dreibunde an Bedeutung gewinnen. Der deutsche Kaiser ließ denn auch kein zur Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen ihm geeignet erscheinendes Mittel unversucht. Der Standpunkt des Lord Salisbury blieb aber trotzdem unverändert der gleiche.

---

[1]) Bd. V, S. 281/282.
[2]) Berlin, 27. Juni 1891, Bd. V, S. 102.
[3]) Bericht des belgischen Konsuls zu Moskau vom 12. Mai 1891; Bd. V, S. 98.

Danach hielt sich das Inselreich von jeder Allianz mit einer der Festlandsgruppen zurück. „Jedes Bündnis, das nicht eine aktive Politik und ein sofortiges Eintreten in einen Feldzug bedingen würde, würde sowohl von der öffentlichen Meinung wie von der Regierung als (für England) unnütz und schädlich zurückgewiesen werden."[1]) Verschiedene Äußerungen des über die Grundgedanken der englischen Politik stets sehr gut unterrichteten Barons Solvyns erweisen, daß damals ein näheres Bündnisverhältnis mit England und auch nur eine festere Annäherung des Inselreiches an den Dreibund nicht zu erlangen war. Er läßt dabei erkennen, daß man in leitenden Kreisen Englands damals noch zu der persönlichen Haltung des deutschen Kaisers kein Zutrauen zu fassen vermochte[2]).

Sah Baron Greindl im Dreibunde eine Friedensliga, so entgingen ihm doch auch gewisse Verschärfungen nicht, die sich aus der Erneuerung des Dreibundvertrages von Rußlands Seite her ergaben. Es sei leicht, meint er in einem Berichte vom 11. Juli[3]), dem Zaren alles das so darzustellen, als wenn es eine Gefahr für Rußlands Machtstellung bedeute. Für die Erwägung, der Dreibund habe nun eine solche Macht erlangt, daß er den an ihm nicht beteiligten Mächten seinen Willen aufzuzwingen vermöge, sei der Zar vielleicht zugänglich, denn einmal bereits hätten die Panslawisten ihn davon zu überzeugen vermocht, daß der deutsche Kaiser den Krieg wolle. „Der Augenblick wäre vielleicht gut gewählt, um diesen Versuch zu erneuern. Von hier bis zum Gedanken einer Annäherung zwischen Frankreich und Rußland ist nur ein Schritt." In Paris schien man das Vertrauen bereits wiedergewonnen zu haben. Einen Augenblick hatte man geschmollt und das bei der russischen Anleihe zum Ausdruck gebracht, jetzt aber erschöpfte man sich bereits wieder in Speichelleckereien (flagorneries) gegenüber Frankreich.

Bei dieser Gelegenheit erwähnt Greindl zum ersten Male den beabsichtigten Besuch der französischen Flotte in Kronstadt. Der französische Botschafter in Petersburg, de Laboulaye, hatte Greindl besucht und ihm erzählt, daß er sein Abberufungsschreiben dem Zaren unmittelbar nach der Abreise der französischen Flotte zu überreichen gedenke. „Er hat mir nichts Positives gesagt," berichtet Greindl, „aber alles in seiner Haltung und Sprache erweist, daß er das Bewußtsein hat oder sich jedenfalls einbildet, seine diplomatische Laufbahn mit einem Erfolge abzuschließen. Man mußte hier (in Berlin) darauf mehr oder weniger gefaßt sein. Die Interessen Englands und die Wünsche Rußlands gehen zu weit auseinander, als daß es möglich sein könnte, sich dem einen zu nähern, ohne sich von dem anderen zu entfernen." In dem sich anbahnenden Zusammenschlusse Frankreichs mit Rußland sah Greindl eine große Gefahr. Scharf betont er wiederum, daß diese beiden Mächte mit der gegenwärtigen Lage Europas nicht zufrieden seien. Gegen unmittelbare schädliche Folgen ihrer Intimität schütze nur die Tatsache, daß Rußland

---

[1]) London, 8. Juli 1891, Bd. V, S. 282/283.
[2]) London, 8., 9. und 12. Juli 1891, Bd. V, S. 282/283, 89/90.
[3]) Bd. V, S. 283 ff.

noch eine gewisse Zeit brauche, um die Neugestaltung seiner Armee zu vollenden.

Der Flottenbesuch von Kronstadt am 23. Juli 1891 enthüllte der Welt zum ersten Male, wie weit die Annäherung der beiden Mächte schon gediehen war. Bis jetzt, berichtet Greindl am 1. August 1891[1]), hatte die deutsche Regierung noch niemals an die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland geglaubt. Es gründete seine Zuversicht auf die Abneigung des Zaren gegen die französische Regierungsform, auf die Friedensliebe des deutschen Kaisers und darauf, daß Rußland an einem Kriege an sich kein Interesse haben konnte. Wollte sich Rußland nun auf den Weg neuer Abenteuer begeben, so konnte es die Hilfe Frankreichs zu einem Angriffe auf Deutschland immer haben. Warum binde es sich aber noch hierfür durch ein Bündnis, das ihm ohnehin in den Schoß fallen müßte? Greindl bemängelt diese Fragestellung, denn nicht die Vernunft, sondern die Leidenschaft regiere die Angelegenheiten Rußlands. „Die Regierungen Frankreichs und Rußlands sind schwach, die eine gegenüber der Volksversammlung, die andere gegenüber dem Panslawismus. Weder der Krieg von 1870 noch der von 1878 ist durch die Regierungen beschlossen worden. Auch der nächste Krieg wird ohne ihre Mitwirkung (en dehors d'eux) durch Unverantwortliche heraufbeschworen werden." —

Diese Voraussage Greindls vom 1. August 1891 ist beinahe buchstäblich eingetroffen, denn, wie wir aus der Veröffentlichung der russischen Dokumente erfahren haben, ist 1914 tatsächlich der Weltkrieg durch die Mobilmachung der russischen Streitkräfte hinter dem Rücken des Zaren entfesselt worden. Man muß den prophetischen Scharfblick des belgischen Gesandten bewundern, der hier fast ein Vierteljahrhundert vor dem Ausbruche des Weltkrieges seine eigentliche Entstehungsursache klar vorausgeahnt hat. —

Mit Erstaunen sah die Welt die Verbrüderungsbegeisterung zwischen Franzosen und Russen, die sich beim Besuche der französischen Flotte unter Admiral Gervais im Hafen von Kronstadt offenbarte.

Mit ernster Sorge erfüllte sie die denkenden Staatsmänner. „Auch wenn der Besuch von Kronstadt", sagt Greindl, „weder zu einem Bündnis noch zu einer einfachen Entente führt, so wird er nichtsdestoweniger den Nachteil haben, die Hoffnungen der Exaltierten in beiden Ländern zu nähren. Er häuft Explosivstoffe an, die gewisse Leute nur gar zu gern entzünden möchten. Die Annäherung beruht nur auf dem gemeinsamen Hasse Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland. Sie kann daher nur einen aggressiven Charakter haben, trotz der Bemühungen der russischen und französischen Offiziösen, der Welt glauben machen zu wollen, daß ein französisch-russischer Bund nur eine zweite Friedensliga darstellen würde"[2]).

---

[1]) Bd. V, S. 285/286.
[2]) Bd. V, S. 286.

Wäre man geneigt, in den Urteilen des Barons Greindl wieder einen Beweis für seine allzu deutschfreundliche Gesinnung sehen zu wollen, so ist es bemerkenswert, daß der belgische Gesandte zu London, Baron Solvyns, der nach seinen bereits erwähnten Berichten durchaus nicht etwa als einseitiger Freund der Deutschen bezeichnet werden kann, die Kronstadter Vorgänge fast ebenso beurteilt wie Greindl. Er schrieb am 1. August 1891[1]): „Die öffentliche Meinung in England gibt sich über die Bedeutung des französischen Flottenbesuches in Kronstadt und der Kundgebungen aller Art bei diesem Anlasse durchaus keiner Täuschung hin. Sie begreift, daß der dem Admiral Gervais und seinen Offizieren bereitete Empfang, wenn er auch nicht eine unmittelbare Gefahr für den Frieden Europas einschließen muß, so doch jedenfalls das Vorzeichen eines Zustandes ist, aus dem die schwersten Verwicklungen entstehen können. Man urteilt, daß die soeben mit solchem Aufwande zwischen Frankreich und Rußland ins Werk gesetzte Entente als erste Folge haben muß, jedem der beiden Staaten ein Handeln mit mehr Schnelligkeit und Entschiedenheit als bisher zu gestatten, so daß sie ihre Ziele verfolgen können, ohne sich allzusehr um die Widerstände zu kümmern, die ihnen die anderen Mächte entgegenzusetzen geneigt sein könnten. Noch mehr: der Dreibund ist seiner Natur nach eine untätige Vereinigung, in dem Sinne, daß er sich auf die Verteidigung beschränken und sorgsam vor gewagten Unternehmungen hüten wird. Der französisch-russische Bund hat einen ganz anderen Charakter; er wird sich nicht darauf beschränken, ein Gegengewicht gegen den anderen zu bilden, denn er kann nicht anders als aggressiv sein, wenn er nicht die Hoffnungen enttäuschen will, die ihn haben entstehen lassen. Frankreich und Rußland werden aufhören, sich irgendeine Zurückhaltung aufzuerlegen. Jenes wird lebhafter als jemals wegen des Elsaß und Ägyptens Protest erheben, dieses neue Zugeständnisse von der Hohen Pforte verlangen."

Baron Solvyns schließt seinen eindringlichen und für uns wichtigen Bericht mit der Bemerkung, da Bismarck zurzeit vom Theater der großen Politik entfernt sei, so falle es hauptsächlich Lord Salisbury zu, die neue Lage zu meistern. Jetzt bereits habe er darauf hingewiesen, der Frieden Europas sei gesichert, nicht ohne eine gewisse Ostentation, wie Solvyns hinzufügt. Offenbar in der gleichen Absicht sei die französische Flotte eingeladen worden, nach ihrer Rückkehr aus den baltischen Gewässern nach Portsmouth zu kommen. Salisbury beabsichtigte hiermit zweifellos eine Abschwächung der Kronstadter Eindrücke.

In Paris gingen die Wogen der Begeisterung begreiflicherweise besonders hoch. Baron Beyens berichtet darüber am 5. August 1891[2]). Das habe man doch nicht erwartet, meint er, daß der Zar selber an Bord

[1]) Bd. V, S. 286/287.
[2]) Bd. V, S. 287 ff.

des französischen Admiralschiffes gekommen sei und die Marseillaise angehört habe, ohne mit der Wimper zu zucken. Da er seine wohlwollende Haltung während des ganzen Flottenbesuches beibehalten und auch geduldet habe, daß der Enthusiasmus des russischen Volkes außergewöhnliche Formen annahm, so sei es nicht weiter erstaunlich, wenn man diesem Empfange die Bedeutung eines wichtigen politischen Ereignisses beimesse. In Frankreich seien die Einbildungen gestiegen, die Sprache der Presse eine froherregte, „das Bündnis mit Frankreich ist eine vollendete Tatsache geworden, so sicher als wenn es auf dem Papier stände," und der Bürgermeister von Cherbourg habe es wagen dürfen, beim Besuche eines russischen Schiffes in seinem Hafen unmittelbar an den Zaren zu telegraphieren. Allerdings berichtet Beyens auch darüber, daß die französischen Politiker die Unterströmungen der Kronstadter Ereignisse sachlicher beurteilen; der Zar habe damit einen Gegenschlag gegen den feierlichen Empfang Kaiser Wilhelms in London und gegen die Hinneigung Englands zum Dreibunde führen wollen. Die Einladung der französischen Flotte nach Portsmouth werde auf das französische Volk keinen besonderen Eindruck machen. „Für das französische Volk, das für Höflichkeiten von England sehr wenig empfänglich ist, kann die Strömung, die es nach Rußland hinreißt, nicht mehr gemäßigt werden. Das ist eine der Folgen der Vorgänge im Baltikum; weitere werden sich zweifellos einstellen in einer größeren Spannung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und in einem augenblicklichen Zustande unbehaglicher Unruhe, obwohl im Grunde nichts die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bedroht." Man darf wohl darauf hinweisen, daß Baron Beyens, der älteste der belgischen Diplomaten und zur Berichterstattung meist nur nach vorherigem Anstoß von Brüssel aus geneigt, eigentlich durch den Gesamtinhalt seines eigenen Berichtes seine im Schlußsatze ausgesprochene Friedenszuversicht widerlegt.

Von Wien aus machte am 6. August[1]) Graf de Jonghe d'Ardoye darauf aufmerksam, die durch Kronstadt zum Ausdruck gekommene Intimität Frankreichs und Rußlands dürfe nicht zu leicht genommen werden, wie es jetzt seitens eines Teiles der österreichisch-ungarischen und deutschen Presse geschehe. Das österreichische Kabinett wisse die wahre Tragweite der Ereignisse besser zu würdigen und erblicke in der Aufnahme des Admirals Gervais den Vorläufer eines formellen Bündnisses. Graf Kalnoky sehe für den Augenblick keine dringende Gefahr, denn der Zar sei an sich friedliebend und unterstütze insofern die auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen des Dreibundes. Solange nicht unmittelbare Interessen Rußlands in Frage kämen, werde man sich in Petersburg wohl hüten, zugunsten der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens durch Frankreich sich in eine Politik der Abenteuer zu stürzen.

Als der italienische Botschafter zu St. Petersburg im dortigen Auswärtigen Amte die Erneuerung des Dreibundes bekanntgab und dabei

[1]) Bd. V, S. 289/290.

auf dessen friedlichen und defensiven Charakter hinwies, wurde er mit der Bemerkung empfangen, die Erneuerung des Dreibundes habe bei der russischen Regierung einen peinlichen Eindruck gemacht. Der Dreibund stütze in Bulgarien den Fürsten Ferdinand, der Rußland nicht genehm sei und ohne diese Unterstützung in acht Tagen beseitigt werden könne. Peinlicher noch als die Erneuerung des Dreibundes habe Rußland dessen Annäherung an England empfunden[1]).

Nicht der Zar, sondern der Panslawismus bestimmt Rußlands äußere Politik. Das ist der Sinn eines Berliner Berichtes vom 19. August 1891, zu dem Greindl aus einem Gespräche mit dem Staatssekretär v. Marschall die Veranlassung entnahm[2]). Der Zar irre sich, wenn er glaube, für den guten Empfang der Franzosen das Signal gegeben zu haben; vielmehr sei er der fortreißenden Wirkung der Massen erlegen. Vor einem Jahre noch habe der Zar beim Besuche des deutschen Kaisers seine tiefe Abneigung gegen die republikanische Staatsform bekundet. Seitdem sei ein beträchtliches Stück Weges zurückgelegt. Alle Welt wisse, daß, wenn Rußland Deutschland oder Österreich angreife, die Lebelgewehre allein losgehen würden. Jetzt fühle sich Frankreich der Unterstützung Rußlands sicher, und man hoffe, auch den an sich friedliebenden Zaren zum Kriege mit fortreißen zu können. Eine neue Affäre Schnäbele sei in diesem Augenblicke eine große Gefahr. Der französische Flottenbesuch in Kronstadt habe also die Sicherheit Europas vermindert und die Notwendigkeit des Dreibundes erwiesen. Wenn es ihn noch nicht gäbe, müsse man ihn gerade jetzt schließen. — Von seiner Beteiligung an der Kaiserreise nach England hatte Marschall die Überzeugung mitgebracht, daß Lord Salisbury die Interessen des Inselreiches und des Dreibundes für identisch halte. Diese Meinung, fügt Greindl hinzu, habe auch der deutsche Kanzler geäußert. In Deutschland beurteile man die Gesamtlage zuversichtlich und glaube, daß auch in Petersburg bereits die Besinnung zurückgekehrt sei. Die Russen müßten doch jetzt erkennen, daß die Franzosen sie weiter fortreißen wollten, als es ihnen genehm sei.

Am 25. August 1891 gab Greindl — wieder im Anschluß an eine Unterhaltung mit Marschall — einer zuversichtlicheren Betrachtung der Lage Ausdruck. Ohne ein formelles Bündnis könne Frankreich nicht darauf zählen, daß Rußland ihm die Waffenhilfe leiste[3]). Aber Greindl fügt hinzu: „Trotz meines sehr großen Vertrauens in das Urteil des Staatssekretärs und in die Nachrichten, über die er verfügt, kann ich mich der Befürchtung nicht erwehren, daß er allzu rosig sieht." — Auch die Versicherungen des französischen Botschafters zu Berlin, die Entente mit Rußland habe einen rein defensiven Charakter, machten auf Greindl keinen besonderen Eindruck. Er meinte in einem Berichte vom 9. September[4]), auch wenn alles das nicht wahr sei, könne die französische Re-

---

[1]) Berlin, 9. August 1891, Bd. V, S. 290/291.
[2]) Bd. V, S. 291/292.
[3]) Bd. V, S. 293/294.
[4]) Bd. V, S. 111.

6*

gierung doch keine andere Sprache führen. In dieser Überzeugung vermochte ihn auch ein Privatbrief Freycinets an Herbette nicht zu erschüttern, der den friedlichen Charakter der Entente betonte. Was diesen hellsehenden Diplomaten einzig zu beruhigen vermochte, war die Tatsache, daß Rußland infolge der dort herrschenden Mißernte und wegen der noch nicht fertigen Neubewaffnung seiner Infanterie für den Eintritt in den Krieg gerade jetzt nicht fertig war[1]).

Einen bemerkenswert selbständigen Standpunkt zu den Dingen zeigt ein sehr ausführlicher Bericht des Barons de Vinck, der erst im Vorjahre den Petersburger Gesandtschaftsposten übernommen hatte, vom 21. September 1891[2]). Sein Bericht ist frisch und lebhaft geschrieben und sehr lesenswert. Da er sich von der üblichen Form diplomatischer Berichterstattung nicht unwesentlich entfernte, machte das Brüsseler Ministerium des Äußeren einige Bemerkungen dazu[3]), aus denen hervorgeht, daß es die Beurteilung des offenbar noch jungen Diplomaten — er war erst im Sommer 1890 zum Legationsrat ernannt worden — nicht vollkommen teilte.

Sein Bericht sucht den Kronstadter Ereignissen jede tiefere politische Bedeutung zu nehmen. Er zergliedert die einzelnen Vorkommnisse und hebt auch hervor, daß die bei der Anwesenheit der französischen Marineoffiziere am russischen Hofe gespielte und vom Zaren stehend angehörte Marseillaise noch am Tage der Abreise der französischen Flotte für ganz Rußland wieder verboten worden sei; nicht einmal ein von der Straße hörbares Klavier dürfe sie ertönen lassen. Auf die sogenannte Volksstimmung in Rußland sei nichts zu geben, denn der Muschik unterscheide sich nach Ausbildung und Erziehung kaum von einem Fellah. „Anzunehmen, daß ein Muschik argwöhnen könnte, was Europa, die Republik, Frankreich oder Deutschland überhaupt ist, heißt sich über die Welt lustig machen." Die ganze politische Bedeutung von Kronstadt erschöpfe sich mit der Wiedergewinnung des französischen Marktes für die russischen Anleihen.

Hierbei war zutreffend, daß neue darauf abzielende Verhandlungen unmittelbar nach dem Flottenbesuch begonnen hatten und im Oktober zum Abschluß gekommen waren[4]).

In Wien teilte man den optimistischen Standpunkt des Barons de Vinck keineswegs. Dort beobachtete man mit Besorgnis die fortdauernde Entwicklung der russischen Armee an den österreichisch-ungarischen Grenzen[5]). Ein Hauptmoment der Beruhigung lag damals tatsächlich in der großen Ausdehnung der russischen Mißernte, über die u. a. von Konstantinopel am 25. Oktober[6]) nach Brüssel berichtet wurde. Danach drohte Hungersnot das Land zu entvölkern. 23 Provinzen mit ungefähr

---

[1]) Berlin, 19. September 1891, Bd. V, S. 294/295.
[2]) Bd. V, S. 295 ff.
[3]) Bd. V, S. 110.
[4]) Petersburg, 9. Oktober 1891, Bd. V, S. 111.
[5]) Wien, 6. Oktober 1891, Bd. V, S. 113.
[6]) Bd. V, S. 112.

30 Millionen Einwohnern sahen sich der Gefahr gegenüber, Hungers zu sterben. Das sei mit eine Veranlassung für Rußland gewesen, durch die Zusammenkunft von Kronstadt für eine neue Anleihe zu sorgen. Durch die Not Rußlands schien dem Wiener Diplomaten zurzeit die Hauptgefahr beschworen[1]).

Auf Grund der von allen Seiten her eingehenden alarmierenden Nachrichten über Rußland sah sich der belgische Außenminister, Fürst v. Chimay, am 11. November veranlaßt, den Gesandten einige auf die inneren Verhältnisse Rußlands bezügliche Mitteilungen zu machen. Er bezog sich darauf, daß sie von einem Staatsmanne herrührten, der nicht besonders für den Dreibund eingenommen sei[2]). Danach hatte der Dreibund von der russischen Armee zurzeit nichts zu fürchten; ihr Geist sei nicht gut, Papieretat und Effektivstärken seien sehr unterschieden, in der russischen Verwaltung herrsche eine Korruption von unerhörtem Ausmaße, dazu lauere die Gefahr des Nihilismus. Weder der Zar noch seine Ratgeber könnten daran denken, eine russische Politik der Abenteuer zu treiben.

Im November 1891 unternahm der russische Ministerpräsident v. Giers eine Reise nach Paris. Jetzt wird auf einmal auch der bisher so zuversichtliche Baron de Vinck argwöhnisch. „Wird die große Masse des französischen Volkes nicht glauben," schreibt er am 18. November[3]), „daß dieses Mal Frankreich die von ihm erstrebte Allianz in Händen hält? Könnte die öffentliche Meinung nicht infolge irgendeines Zwischenfalles dazu gebracht werden, die Regierung auf den Weg der Abenteuer zu drängen?"

Auch dem Londoner Gesandten waren von Brüssel die Bemerkungen über die bedrohlichen inneren Verhältnisse Rußlands zugegangen. Er hatte sich daraufhin mit einem Staatsmanne unterhalten, den er auf diesem Gebiete für besonders sachverständig ansah, und berichtete daraufhin am 19. November[4]) nach Brüssel: „Kaiser Alexander — und das ist für alle, die ihn gut kennen, klar — schätzt die Lage seines Reiches zutreffend ein. Er wird es auch vermeiden, soviel an ihm, sich in Abenteuer zu stürzen. Niemand kennt besser als er die Gefahren, denen seine Person und seine Dynastie bei dem geringsten schlimmen Zwischenfalle ausgesetzt sein würden. Aber der Zar gehört sich nicht selbst: er ist der Sklave der panslawistischen Partei. An dem Tage, wo diese Partei, deren Führer die beiden Brüder Ignatieff sind, sich dafür entscheidet, daß man zu den Waffen greifen müsse, wird der Kaiser, da er sich zu schwach fühlt, diesem Drucke zu widerstehen, die Augen vor den möglichen Folgen eines neuen Feldzuges schließen und den Leuten gehorchen, deren Einfluß im Lande er kennt, und deren verbrecherische Unterneh-

---

[1]) Konstantinopel, 5. November 1891; Wien, 6. November 1891; Bd. V, S. 112.

[2]) Bd. V, S. 301/302.

[3]) Bd. V, S. 115.

[4]) Bd. V, S. 302/303.

mungen er fürchtet." Das belgische Außenministerium gab von diesen Äußerungen sofort den anderen Gesandten Kenntnis[1]). —

Was hier Baron Solvyns von Alexander III. ahnend voraussagen zu müssen glaubte, hat sich 1914 an seinem Nachfolger Nikolaus in furchtbarer Weise erfüllt. —

Ein weiterer Bericht aus London vom 27. November 1891[2]) atmete wiederum den Geist großer Besorgnis. Baron Solvyns teilte mit, daß die Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens nicht mehr so groß sei, wie man es bis vor kurzem habe glauben machen wollen. Er fragt: „Hat das (Londoner) Auswärtige Amt tatsächlich Angaben über die zwischen Frankreich und Rußland getroffenen Vereinbarungen erhalten? Hat Österreich wissen lassen, daß die von der russischen Obrigkeit längs der polnischen Grenze getroffenen militärischen Maßnahmen an der beabsichtigten Eröffnung eines Krieges im nächsten Frühjahre keinen Zweifel lassen? Wird endlich der Revanchegeist, der nicht aufgehört hat, das französische Volk zu beseelen, den aber die Befürchtung eines vorzeitigen Kampfes bis jetzt zurückgehalten hat, am Ende einen unwiderstehlichen Druck auf die Regierung ausüben, so daß sie den Angriff auf einen weniger gefährlich gewordenen Feind beschließt? In London ist man überzeugt, daß der geringste Zwischenfall plötzlich für einen Zusammenstoß als Vorwand dienen kann, der dieses Mal ganz Europa in Brand stecken könnte." Solvyns fügt hinzu, er könne den Gründen dieser Auffassung nicht nachgehen und beschränke sich daher darauf, sie festzustellen.

Als Greindl am 6. Dezember 1891[3]) über die Durchreise des von Paris zurückkehrenden Herrn v. Giers berichtete, hob er wohl hervor, daß nach der Ansicht des Barons v. Marschall der Zar und seine Regierung von den friedlichsten Gesinnungen beseelt seien, und daß Herr v. Giers dieselbe Gewißheit auch hinsichtlich der französischen Regierung von Paris mitgebracht habe; aber er fügte doch treffend hinzu: „Es scheint mir, daß man allzuoft wiederholt, der Friede sei gesichert. Man würde es nicht nötig haben, alle acht Tage auf dasselbe Thema zurückzukommen, wenn man ganz sicher wäre, daß es wahr ist."

Der alarmierende Bericht des Barons Solvyns vom 19. November 1891[4]) war auch Greindl zugegangen. Er nimmt mit folgenden Worten zu ihm Stellung. „Die Lage ist durch die Unterhaltung, die Sie die Güte hatten mir mitzuteilen, getreu wiedergegeben. DieRegierungen beherrschen sie nicht. Die panslawistische Partei, stärker als der Zar, entscheidet über Krieg oder über Frieden, und die zuverlässigste Gewähr, die wir für die Ruhe (Europas) besitzen, ist die Hungersnot in Rußland, die mit dem Versagen der letzten russischen Anleihe in Paris zusammenfällt." Greindl fügt hinzu, derartige Gedankengänge hätten den König von Rumänien dazu bestimmt, sich mit dem Dreibunde zu verständigen.

[1]) Bd. V, S. 303.
[2]) Bd. V, S. 304.
[3]) Bd. V, S. 304/305.
[4]) Vgl. oben.

Wie weit das französisch-russische Bündnis damals tatsächlich schon gediehen war, haben die beteiligten Mächte sorgfältig zu verbergen gewußt. Erst aus dem französischen Gelbbuche „L'Alliance Franco-Russe", das 1918 erschien, haben wir erfahren, daß bereits im August 1891 der erste Textentwurf für die russisch-französische Militärkonvention durch einen Schriftwechsel zwischen Herrn v. Giers und dem französischen Außenminister Ribot entstanden ist. In dem Monate also, der auf den Flottenbesuch von Kronstadt folgte, wurden die Grundlagen für eine sofortige Vereinbarung der beiden Parteien zu gemeinsamem Handeln im Kriegsfalle schriftlich festgestellt[1]).

Wir erinnern uns bei diesem Anlasse der Worte, die der vortreffliche Beurteiler europäischer Zusammenhänge, Emile Banning, im Oktober 1891 niederschrieb[2]). „Frankreich träumt nicht allein vom Wiedererwerb des Elsaß und Lothringens, sondern von der Eroberung der Rheingrenze. Erst vor wenigen Tagen hat ein Mann von Wissen und Wert, ein Greis von 83 Jahren, ein Gegner der russischen Allianz, Barthélémy-Saint-Hilaire, erklärt, daß Frankreich ohne die Rheingrenze Europa nicht in Frieden lassen könne[3]). Und wo sind die Grenzen für den moskowitischen Ehrgeiz?... Rußland starrt wie gebannt auf Bulgarien, auf Konstantinopel, Kleinasien, Persien, Indien. Das sind die Begehrlichkeiten und Träume, die Europa in eine Rüstung zwingen, deren Gewicht es erdrückt. Beide Nationen fügen in dieser verhängnisvollen Verbindung nur ihre Fehler zusammen. Die französisch-russische Allianz kann, wenn sie in den internationalen Beziehungen feste Form annimmt, nur eine Verschwörung gegen die Kultur sein; ihr Triumph würde Europa den Barbaren preisgeben." — Wie stimmt hierzu der Schuldspruch von Versailles?

1892

Während der kritischen Monate der Jahre 1891 und 1892 war nach dem Urteil der belgischen Diplomaten die Ruhe Europas hauptsächlich nur dadurch gewährleistet, daß Rußland durch seine Mißernte und die herrschende Teuerung von jeder aktiven Beteiligung an der auswärtigen Politik ferngehalten wurde. So sprach es im Anschluß an Mitteilungen des aus Petersburg über Dresden und Berlin nach seiner Heimat zurückkehrenden Kronprinzen von Schweden Baron Greindl in einem Berichte vom 13. Februar 1892[4]) nochmals aus. Der Kronprinz hatte von den Zuständen am Zarenhofe ein recht trübes Bild entworfen. Die ganze kaiserliche Familie lebe in einer beständigen Unruhe, als wenn sie von einer Katastrophe unmittelbar bedroht werde. Der Zar selbst sei wie immer gleichzeitig hartnäckig und unentschlossen; daraus ergäben sich für die Regierung die größten Schwierigkeiten. In Petersburg sei alle Welt überzeugt gewesen, Deutschland suche nach einer Gelegenheit zum

---

[1]) Bd. V, S. VI.
[2]) Réflexions morales et politiques; Bruxelles, 1899 S. 81; vgl. Bd. V, S. 115/116.
[3]) „Times" vom 22. Oktober 1891.
[4]) Bd. V, S. 305/306.

Kriege mit Rußland. „Die Ungereimtheit dieses Gedankens wird durch die Sprache der Tatsachen erwiesen; das hindert aber nicht, daß sie Glauben findet."

Vier Tage später gibt Greindl im Anschluß an Mitteilungen des Barons v. Marschall aufs neue seiner Überzeugung Ausdruck, daß nichts die friedliche Politik der europäischen Mittelmächte stören könne, solange Rußland durch seine Hungersnot festgelegt sei. Ein sehr hochgestellter Offizier habe letzthin dem Zaren erklärt, eine Mobilmachung der russischen Armee sei unmöglich. Nun bilde man sich in Petersburg ein, Deutschland wolle aus dem Unglück Rußlands Vorteil ziehen, um den Krieg heraufzubeschwören, und es bereite einen Feldzug für das kommende Frühjahr vor. „Das beweist," schreibt Greindl, „daß man ein schlechtes Gewissen hat. Deutschland wird niemals einen Präventivkrieg führen. Es hat im übrigen durch Siege nichts zu gewinnen"[1]).

Besorgnis vor einem deutschen Überfall bekundet ein Petersburger Bericht vom 17. März 1892 im Anschluß an eine Rede des deutschen Kaisers auf dem Brandenburger Provinzialtage[2]). Der Kaiser hatte sich darin hauptsächlich mit der inneren Politik Deutschlands befaßt, zum Schlusse aber die Redewendung gebraucht, er werde Deutschland einer herrlichen Zukunft entgegenführen. Urteilslose Kreise in Petersburg, die von einer immer wachsenden Abneigung des deutschen Kaisers gegen Rußland zu berichten wußten, hatten die Gefahr eines demnächstigen Überfalles durch Deutschland daraus hergeleitet. Man verbreitete Ungereimtheiten verschiedenster Art, so daß der Kaiser die Uniformen der russischen Regimenter habe zurückschicken wollen, deren Chef er war, und daß man daran denke, den Prinzen Heinrich an Stelle des von einer Geisteskrankheit bedrohten Kaisers zum Regenten zu berufen. Der Petersburger Berichterstatter, Baron de Pitteurs Hiegaerts, meinte hierzu: „Diese törichten Redereien sind indes symptomatisch. Die Gemüter gewöhnen sich allmählich an den Gedanken eines Kampfes mit Deutschland, bei dem es sich nur darum handelt, ob er später oder früher ausbricht. Ich finde es überflüssig hinzuzufügen, daß ich weit davon entfernt bin, an die Nähe einer solchen Möglichkeit zu glauben, und zwar wegen der wirtschaftlichen Lage Rußlands und vor allem, weil die Umbewaffnung der Truppen noch nicht weit genug vorgeschritten ist. Fügen wir noch hinzu, daß die wichtigsten Faktoren, der Zar und sein Minister des Auswärtigen, wie Sie wissen, kriegerische Ideen nicht hegen."

Daß in der Person des russischen Außenministers v. Giers eine gewisse Sicherheit für die Aufrechterhaltung des Friedens lag, haben wir aus den belgischen Berichten wiederholt ersehen. So erfüllte es denn den Baron Greindl mit lebhafter Sorge, als gegen Ende März 1892 von einer ernstlichen Erkrankung des Herrn v. Giers berichtet wurde. Sein Tod würde, meint Greindl in einem Berichte vom 30. März 1892[3]), ein

---

[1]) Berlin, 17. Februar 1892, Bd. V, S. 112/113.
[2]) Bd. V, S. 306 ff.
[3]) Bd. V, S. 308 ff.

großer Verlust sein. Immer habe er seinen leider nicht hinreichend großen Einfluß dazu benutzt, Rußland von einer abenteuerlichen Politik abzuhalten. Jetzt gerade sei es — ungeachtet seiner inneren Schwierigkeiten — wieder bestrebt, Unfrieden auf dem Balkan zu stiften.

Greindl macht bei dieser Gelegenheit bemerkenswerte Ausführungen über die Haltung der deutschen Politik zu den Balkanfragen. Fürst Bismarck habe sich davon ganz ferngehalten und Österreich und Italien deren ganzes Gewicht tragen lassen. „Diese Haltung entsprach der allgemeinen Politik des Fürsten Bismarck, der sich immer die Möglichkeit einer Annäherung an Rußland offenzuhalten suchte, und auch den alten Traditionen des preußischen Hofes. Sie bot eine doppelte Gefahr. Zunächst konnte sie Österreich dahin bringen, sich die Frage vorzulegen, ob nicht der Dreibund ihm größere Lasten auferlege, als er ihm Vorteile bringe. Sodann hatte sie den Nachteil, Rußland zu einer Politik zu ermutigen, die notwendigerweise zu einem Konflikt führen muß, in den auch Deutschland verwickelt würde. Wenn Rußland erst von der Intrige und der Verschwörung zu einer tatkräftigen Verwirklichung seiner Pläne übergeht, wird sich ihm Österreich mit Waffengewalt widersetzen müssen." Dann würde Deutschland zur Rettung des europäischen Gleichgewichtes am Kampfe teilnehmen müssen. „Das vom Fürsten Bismarck so lange Zeit gespielte Doppelspiel konnte der loyalen Denkart des Grafen Caprivi nicht liegen." Dieser sei nunmehr dazu übergegangen, Österreich-Ungarn im Orient offen zu unterstützen. Dabei halte er sich immer an zweiter Stelle, aber die deutsche Politik erweise sich doch bereits als wirksam, und der Wert des Dreibundes für Österreich sei dadurch wesentlich gesteigert.

In Greindls Besichterstattung tritt nunmehr ein scharfer Gegensatz gegen den Fürsten Bismarck zutage, dem es der belgische Diplomat nicht verzeihen konnte, daß er nach seinem Rücktritte immer wieder in die Erörterungen eingriff. Wir dürfen diese Tatsache nicht verschweigen und müssen auf seine Auffassungen auch deshalb eingehen, weil sie für die Erkenntnis der politischen Probleme jener Zeit wichtig sind. Auch erfährt der so oft falsch eingeschätzte sogenannte Rückversicherungsvertrag dadurch eine neue Beleuchtung.

In der von Bismarck durch die „Hamburger Nachrichten" geführten Zeitungspolemik sieht Greindl einen Akt kleinlicher Rache (mesquine vengeance)[1]). Über die Wahl seiner Mittel mache er sich wenig Gewissensbisse, entstelle nach seiner Art die Geschichte und gehe so weit, seine eigene Vergangenheit Lügen zu strafen, um seinen Gegnern zu schaden[2]). Angesichts dieser scharfen Vorwürfe müssen wir auf Greindls Bericht vom 27. Juni 1892[3]), in dem er auf Bismarcks Politik gegenüber Rußland genauer eingeht, einen Blick werfen.

---

[1]) Berlin, 25. Juni 1892, Bd. V, S. 79.

[2]) Berlin, 3. August 1892, Bd. V, S. 79.

[3]) Bd. V, S. 310 ff.

Zwei Vorwürfe, meint Greindl, schleuderten die „Hamburger Nachrichten“ gegen die kaiserliche Regierung. Sie bezögen sich auf die Handelsverträge und auf die Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland. Der erste Vorwurf sei dadurch erledigt, daß der Reichstag die gesamten Verträge mit ungeheurer Mehrheit angenommen habe. Was den zweiten betreffe, so lasse den Fürsten Bismarck hier sein Gedächtnis im Stich. „Die Erkaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist nicht das Werk der gegenwärtigen Regierung; sie geht auf den Berliner Kongreß zurück. Die Meinung Europas ging damals dahin, daß bei dieser Tagung der Fürst Bismarck sich Rußland gegenüber so entgegenkommend gezeigt habe, wie es ihm nur möglich gewesen sei. Aber in Rußland ist man nicht dieser Meinung gewesen. Dort hat man Deutschland angeklagt, Rußland um die Früchte seines letzten Orientkrieges gebracht zu haben. Die daraus sich ergebende Reizung ist der bestimmende Grund für den Abschluß des Dreibundes gewesen. Als der Exkanzler sah, daß eine Entente mit Rußland nicht mehr möglich sei, hat er in Ermangelung eines Besseren den Weg auf Österreich zu eingeschlagen, mit dem später Italien sich verbündete, als die Annexion von Tunis es befürchten ließ, daß Frankreich nach der ausschließlichen Vorherrschaft im Mittelmeer strebe. Die Gründung des Dreibundes ist der zweite Vorwurf, den die Panslawisten Deutschland machen. Die Vertreibung des russischen Kapitals aus Deutschland, die erfolgreich durchgeführt wurde, bildet einen dritten.“

Greindl entwickelt dann weiter, wie die bismarcksche Politik folgerichtig und unglücklicherweise zu der Annäherung zwischen Rußland und Frankreich habe führen müssen, nach der letzteres schon seit 1872 strebe. Dafür seien aber weder der Kaiser noch der Graf Caprivi verantwortlich. Sie hätten diese Lage vom alten Regime geerbt und nichts unterlassen, um sie zu verbessern. „Wenn sie dabei keinen Erfolg gehabt haben, so waren die Dinge stärker als die Menschen, und der unvermeidliche Gegensatz Österreichs und Rußlands im Orient erlaubt es nicht, gleichzeitig der Verbündete des einen und der Freund des anderen zu sein. Das Doppelspiel des Fürsten Bismarck hat niemals diese Unmöglichkeit zu verdecken vermocht, und sowohl zu Moskau wie zu Petersburg kann man es seinem Nachfolger nicht verargen, daß er mit mehr Loyalität und Offenheit handelt.“ Greindl verurteilt sodann die Haltung Bismarcks nochmals aufs schärfste. Er besitze ja keinen Einfluß mehr, aber er säe Unzufriedenheit in die Massen und bediene sich des ungeheuren Ansehens, das er der Größe seines Werkes verdanke, dazu, alle Mißvergnügten um sich zu sammeln und im Inneren und Äußeren seinem kaiserlichen Herrn Feinde zu schaffen. In dem Streite zwischen Bismarck und Caprivi steht Greindl durchaus auf der Seite des letzteren und scheut nicht davor zurück, Bismarcks Haltung als unpatriotisch zu kennzeichnen, wenn er auch hervorhebt, wie peinlich es sei, „die historische Gestalt des Begründers der deutschen Einheit verkleinern zu müssen“.

Die gleiche scharfe Verurteilung der Bismarckschen Haltung gegen-

über Rußland findet sich auch in einem Wiener Berichte vom 29. Juni 1892[1]). Der Gesandte geht so weit zu behaupten, der Berliner Vertrag habe das alte historische Band zwischen Deutschland und Rußland zerrissen. Sodann sei es Bismarck gewesen, der die Kotierung der russischen Fonds an der Berliner Börse untersagt habe. Bismarck werde es niemanden glauben machen, daß, wenn jetzt ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland ausbreche, es wegen seines Rücktrittes geschehe. Der Gesandte fügt hinzu, er könne aus sicherster Quelle behaupten, daß die russischen Diplomaten Herrn v. Bismarck schon seit Jahren mit Mißtrauen betrachtet und ihn offen des Doppelspiels beschuldigt hätten. Aber Bismarck habe augenscheinlich immer nur ein Ziel gehabt, die Größe Deutschlands, und wenn er Italien gegen Frankreich und Rußland gegen Österreich ausspielte, so suchte er damit nur das Übergewicht seines Vaterlandes zu befestigen.

Für die Heimlichkeit, mit der die Zweibundmächte zu dieser Zeit ihr Bündnis unter Dach und Fach zu bringen wußten, ist die Tatsache bezeichnend, daß in keinem der belgischen Berichte von den im Sommer 1892 stattgehabten Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich eine zuverlässige Nachricht enthalten ist. Wohl bespricht Greindl am 13. August 1892[2]) einen Artikel des „Figaro" vom 14. Juli, „Bündnis oder Flirt", und meint, er solle einen Wink an die Regierung des Zaren bedeuten, endlich durch ein formelles Bündnis die Hoffnungen zu verwirklichen, die bei den Franzosen der Kronstadter Besuch habe entstehen lassen. Dieser Versuch habe aber in Rußland nicht gefallen. In Berlin glaubte man, ohne dessen sicher zu sein, daß der französische Außenminister Ribot den Artikel veranlaßt habe, um damit einen politischen Schritt in Petersburg einzuleiten. Französischerseits sollte man sich auch an den noch nicht wiederhergestellten russischen Außenminister v. Giers gewandt haben, um ihm den Abschluß eines Bündnisvertrages nahezulegen; Giers sei aber nicht darauf eingegangen.

Greindl gab diese Nachrichten mit Zurückhaltung wieder und bat in auffallender Form, sie in Brüssel als streng vertraulich anzusehen. Als im November 1892 der Pariser „Matin" zu melden wußte, in Petersburg seien die Präliminarien eines Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Rußland unterzeichnet worden, gelang es dem russischen Außenministerium, die belgischen Gesandten glauben zu machen, diese Nachricht gehe wohl nicht auf die Einbildungskraft eines französischen Journalisten, sondern auf gewisse von Berlin gekommene oder bezahlte Angaben zurück; offenbar habe man dort das Bedürfnis gespürt, durch eine solche Alarmnachricht den Reichstag zur Annahme der neuen Armeeverstärkung geneigter zu machen[3]). — Mit solchen vergifteten Waffen kämpfte schon damals der Zweibund.

---

[1]) Bd. V, S. 81.
[2]) Bd. V, S. 313/314.
[3]) Petersburg, 17. November 1892, Bd. V, S. 124.

Wir wissen aus dem französischen Gelbbuche[1]), wie richtig Greindl in seinem Berichte vom 13. August 1892[2]) und der „Matin" in seinem Novemberartikel den tatsächlichen Stand der Dinge erraten hatten. Am 1. August 1892 war der zur Teilnahme an den russischen Manövern eingeladene französische Divisionsgeneral Boisdeffre in Petersburg eingetroffen. Am 17. August vermochte er die schriftliche Festlegung des „Projektes einer Militärkonvention" durchzusetzen, die er und von russischer Seite der Generalstabschef Obroutcheff vorbehaltlich späterer Ratifikation durch die beiden Minister des Äußeren ohne Datum am 17. August unterzeichneten. Diese Abmachungen haben als Grundlage für den Zweibund gedient. Ein Bestätigungsschreiben des russischen Außenministers v. Giers vom 27. Dezember 1893 beruhigte die Franzosen darüber, daß der Zar die Abmachungen Boisdeffres mit Obroutcheff vom August 1892 grundsätzlich angenommen habe. Der Text der damaligen Abmachung galt damit als endgültig, und die beiden Generalstäbe erhielten das Recht, sich jederzeit zu verständigen. Am 4. Januar 1894 schließlich bestätigte der französische Botschafter zu Petersburg, Graf Montebello, daß auch die französische Regierung die Abmachungen der Generalstäbe vom August 1892 nunmehr als bindend ansähe.

Von allen diesen schwerwiegenden Dingen wurde den belgischen Gesandten nichts Zuverlässiges bekannt. Sie konnten daher auch zu der schweren Notlage nicht Stellung nehmen, die damit im Falle eines Zukunftskrieges für Deutschland heraufbeschworen wurde. Denn die Mobilmachung auch nur einer Dreibundmacht zog sofort die Gesamtmobilmachung Frankreichs und Rußlands nach sich, und bei der Bemessung der gegen Deutschland einzusetzenden Kräfte war ausdrücklich ausgemacht worden, diese Kräfte schleunigst zu entscheidendem Kampfe zu verwenden, so daß Deutschland gleichzeitig im Osten und im Westen kämpfen mußte[3]).

1893

Hatte Greindl auch von dem tatsächlichen Stande der Dinge zwischen Frankreich und Rußland keine zuverlässige Kenntnis, so hielt er doch Deutschlands Lage für so gefährdet, daß er das Gelingen der neuen Militärvorlage im Januar 1893 als für den Frieden Europas unerläßlich ansah. „Die Annahme des Wehrgesetzes ist nicht nur für Deutschland unerläßlich, sondern für ganz Europa. Deutschland muß nach innen und außen stark sein im Interesse der Erhaltung des Friedens, dessen hauptsächliche, wenn nicht einzige Stütze es ist"[4]). Greindl spricht auch von der Möglichkeit, daß der Reichstag aufgelöst werden müsse, um die Militärvorlage durchzusetzen. Ohne Parlament zu regieren, wie König Wilhelm es

---

[1]) L'alliance franco-russe. S. o. S. 71.
[2]) Vgl. S. 75.
[3]) Französisch-russische Militärkonvention, Artikel 3, 2. Absatz.
[4]) Berlin, 14. Januar 1893, Bd. V, S. 314/315.

1862 getan habe, sei unmöglich; weder der Kaiser noch die Regierung verfügten über das dazu nötige Ansehen. „Derartige Dinge gelingen nur, wenn sie zu einem Königgrätz führen."

Im Frühjahr 1893 lenkten die Vorgänge auf dem Balkan wiederum die Beachtung der Kabinette auf sich. Es handelte sich um ein Einschreiten in Bulgarien, von dem Greindl ausführt, daß es nur von Rußland ausgehen könne, dann aber die ungarischen Interessen erheblich berühren müßte. Die Freiheit der Balkanstaaten sei für Österreich-Ungarn eine Frage auf Leben und Tod. Breche ein Konflikt aus, so müsse es daran teilnehmen, und dann werde auch Deutschland hineingezogen. Dabei halte sich Deutschland in allen Balkanfragen offensichtlich zurück. „Für das europäische Gleichgewicht und für die Sicherheit Deutschlands muß Österreich-Ungarn notwendig eine Großmacht bleiben," führt Greindl am 24. April 1893 aus[1]). „Die Aussicht auf einen Gebietszuwachs für den Fall, daß die Monarchie der Habsburger sich auflöst, stellt für Deutschland keinen hinreichenden Ersatz für die drohende Gefahr einer Verwirklichung der panslawistischen Idee dar." — Wie schwierig die Lage Österreich-Ungarns zu jener Zeit war, erhellt auch aus einem Berichte des neuen belgischen Gesandten in Wien, des Barons Borchgrave, vom 12. Juni 1893[2]).

Im Oktober des Jahres 1893 erregte der Gegenbesuch einer russischen Flotte unter Admiral Avelane im Hafen von T o u l o n die Aufmerksamkeit der ganzen Welt im höchsten Grade. Hatte sich der Vertreter Belgiens in Paris, Baron Beyens, noch bei den Kronstadter Festlichkeiten dessen enthalten, die wirtschaftlichen Grundlagen der französisch-russischen Annäherung hervorzuheben, so schienen auch ihm diese jetzt die hauptsächlichste Veranlassung für die Vorgänge von Toulon. „Seit 1888", führt er in einem Berichte vom 7. Oktober 1893 aus[3]), „hat die kaiserliche Regierung vier Milliarden achthundert Millionen französisches Geld leihen können, das ist fast der Betrag der an Deutschland gezahlten Kriegsentschädigung. Wenn ihre letzte, einen Monat nach Kronstadt eingeleitete Finanzoperation durch die Schuld der Bankiers, an die sie sich gewendet hatte, nicht gelungen ist, so hat sie doch diesmal ein Meisterwerk soeben zustande gebracht. Sie hat, was noch nicht erlebt worden ist, sich der Vermittlung von Unterhändlern entschlagen können, hat keinen Pfennig an die Presse noch an die Makler, die eine Plage der Pariser Börse bilden, zu geben brauchen, indem sie die Konvertierung einer 1883 zu 6 Prozent ausgegebenen Anleihe von zweihundert Millionen in eine 4prozentige mit dem Besuche des Admirals Avelane zusammenfallen ließ."

Treffend kennzeichnet Beyens das Übermaß der für die Feste von Toulon getroffenen Vorbereitungen, für die das Ministerium 300 000 Franken, die Stadt Paris 350 000 Franken, Sammlungen von Zeitungen

---

[1]) Bd. V, S. 316/317.
[2]) Bd. V, S. 317 ff.
[3]) Bd. V, S. 319 ff.

nicht ganz 200 000 Franken ergeben hätten. Man werde etwa eine Million aufwenden, um Europa eine Anschauung von den Gefühlen der Franzosen für Rußland zu vermitteln. Zwar finde man unter den dithyrambischen Artikeln, die seit einem Monate zu Ehren der französisch-russischen Allianz erschienen, auch einige verständige und weniger überhitzte. Aber es sei doch zu befürchten, daß trotz der Besonnenheit in den Worten Ausschreitungen der Pariser Bevölkerung sich ereignen könnten. „Der größere Teil wird sich dabei nur einem immerhin achtenswerten Chauvinismus hingeben, der durch das Lesen einer verrückt gewordenen Presse aufgestachelt worden ist. Aber die unteren Schichten der großen Stadt, in denen sich eine ungezählte Menge von Zuhältern und Camelots, alten Anhängern Boulangers befindet, das ständige Personal jeden Aufruhrs, werden den Kundgebungen der Straße den lärmendsten Nachdruck verleihen.“ Trotz der ruhigen Haltung gemäßigter Franzosen müsse man eben doch mit der Möglichkeit unvorhergesehener Zwischenfälle rechnen. „Ein Zustand noch ausgesprocheneren Unbehagens, eine noch verworrenere allgemeine politische Lage, das ist die deutlichste Folge der Entente zwischen Frankreich und Rußland.“

Aus Greindls Bericht vom 14. Oktober[1]) geht hervor, daß der Zar bestrebt gewesen ist, jede friedensgefährdende Wirkung des Flottenbesuches von Toulon zu verhindern, aber man sah wiederum, daß es in Rußland zwei Regierungen gab, die des Kaisers und die der slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft von Moskau. Die erstere war aber nicht immer die stärkere. „Deshalb können die amtlichen und, woran ich nicht zweifle, aufrichtig gemeinten Äußerungen der Zarenregierung zugunsten des Friedens immer nur mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen werden. Deshalb läßt auch der Besuch von Toulon einige Beunruhigung zurück, trotz der Bestrebungen des Zaren und eines Teiles der französischen Presse, ihm seinen gefährlichen Charakter zu nehmen.“ Im gleichen Berichte glaubt Greindl die russischen Panslawisten mit beunruhigenden Vorgängen in Böhmen, Serbien und Kroatien in Verbindung bringen zu müssen.

Der Mäßigung des Zaren schreibt es Greindl in einem großen Berichte vom 25. Oktober 1893[2]) zu, daß während der Festlichkeiten in Toulon und Paris vom amtlichen Frankreich kein unvorsichtiges Wort gesprochen wurde. Man habe sich dort den von Petersburg gegebenen Winken sorgsam gefügt, um so den freundschaftlichen Besuch der russichen Flotte als Unterpfand einer nur zur Aufrechterhaltung des Friedens bestimmten Entente erscheinen zu lassen. Greindl glaubt auch zurzeit an eine aufrichtig friedliche Gesinnung der französischen Regierung. „Aber“, fragt er, „ist das nichtamtliche Frankreich derselben Meinung? Gibt es einen einzigen Franzosen, der nicht die Revanche ersehnt? Die einen, die Besessenen (énergumènes), wollen sie sofort. Das sind die weniger zahlreichen. Es ist übrigens viel theatralische Aufmachung

[1]) Bd. V, S. 321/322.
[2]) Bd. V, S. 322 ff.

und Sorge, sich ein Piedestal zu schaffen, in der Bekundung ihres Patriotismus. Die anderen, die Verständigen, planen die Revanche für später, wenn die Umstände günstig sind. Dieses Gefühl wird noch mehr durch die Demütigung der Niederlage an sich als durch das Bedauern über die verlorenen Provinzen wachgehalten. Es hat seinen Ausdruck gefunden in dem Delirium der Aufnahme, die man den russischen Seeleuten bereitet hat, und die sich weder durch Sympathie für die russischen Zustände, noch durch gemeinsame Traditionen erklären lassen. Es gibt nichts Gemeinsames als den Haß gegen Deutschland, dem man es nicht verzeihen kann, daß es die Vormacht der Welt wurde, wie Frankreich es gewesen ist, und wie Rußland es zu werden träumt[1]). Im Munde des Pariser Volkes hat der Ruf ‚Hoch Rußland' dieselbe Bedeutung, wie sie der Ruf ‚Nach Berlin' 1870 besaß. Das französische Volk hat die Hoffnung, daß der Zar freiwillig oder gezwungen ihm eines Tages helfen wird, seine verlorene Stellung wiedereinzunehmen. Der Besuch von Toulon hat also die Sicherheit Europas vermindert, indem er das Selbstvertrauen des französischen Volkes vermehrte." Sorgenvoll sieht Greindl in die Zukunft. Die Vereinzelung Rußlands und Frankreichs, der beiden mit der politischen Teilung Europas unzufriedenen Mächte, schien ihm heilsam, und mit Bedauern erfüllte es ihn, daß sie nun beendet war. Aber er fügt nochmals hinzu, daß man in Berlin an einen formellen Geheimvertrag zwischen Frankreich und Rußland nicht glaube.

Wieder ist es der russische Berichterstatter, Baron de Vinck, der den Kronstadter Vorgängen einen wesentlichen Teil ihrer Bedeutung nehmen möchte und der vor allem nicht daran glaubt, daß irgendwelche Bindungen zwischen Frankreich und Rußland beständen; alles das seien nur Luftbilder, an denen sich der französische Chauvinismus berausche[2]). Für uns ist diese Äußerung des belgischen Gesandten nur ein Beweis mehr dafür, mit welcher Sorgfalt man in Petersburg den wahren Stand der Dinge vor den ausländischen Diplomaten geheimzuhalten gewußt hat.

Am 30. Oktober 1893 berichtete auch Baron Beyens aus Paris[3]) über den Abschluß der Festlichkeiten des Flottenbesuches. Auch er glaubt, das Nichtbestehen irgendeiner geheimen Verpflichtung als sicher annehmen zu müssen, gibt aber seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß den Befehlshabern der russischen Armee nicht größere Vorsicht vorgeschrieben worden sei; manche von ihnen hätten den französischen Generalen oder Obersten Telegramme geschickt, die geeignet waren, ein falsches Bild von den Absichten der russischen Regierung zu geben, und eine Verbrüderung zur Schau getragen, die nichts Friedliches gehabt habe. Dementsprechend hätten sich die jungen russischen Marineoffiziere in den Straßen von Paris wenig zurückhaltend betragen, wie es auch vielleicht besser gewesen sein würde, den Aufenthalt des Admirals

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Petersburg, 30. Oktober 1893, Bd. V, S. 326/327.
[3]) Paris, 30. Oktober 1893, Bd. V, S. 327 ff.

Avelane etwas abzukürzen. Immerhin müsse man anerkennen, daß dank der zur Mäßigung ratenden Haltung der Regierung keinerlei Zwischenfall sich ereignet habe. Nun seien acht Tage rauschender und ununterbrochener Feste vorüber; Admiral Avelane habe Paris mit seinen Offizieren verlassen, um noch in Lyon, Marseille und Toulon bis zum Augenblicke der Abfahrt dieselben Demonstrationen einer überschäumenden Freundschaft über sich ergehen zu lassen. Was sei nun das Ergebnis?

„Die Gefahr des Schauspieles, dem wir soeben beigewohnt haben, kann in der Tat später zum Ausdruck kommen; dieser unvergeßliche Empfang hat die Franzosen unter dem Eindrucke gelassen, daß der Zweibund, der im Händedruck von Kronstadt begonnen wurde, nunmehr durch die Umarmungen von Toulon besiegelt worden sei. Nur sehr wenige zweifeln heute noch an der Einigung der beiden Völker und vor allem der beiden Armeen zum Zwecke gemeinsamen Handelns gegen Deutschland und seine Verbündeten. Es ist zu befürchten, daß der Zar gegen seinen Willen nur das erreicht hat, daß in Frankreich Gefühle erhitzt worden sind, die nicht mehr angestachelt zu werden brauchten. In dem Nervenzustande, in dem sich diese erregbare Nation gegenwärtig befindet, würde ihre Regierung schwerer als noch vor einigen Wochen durchzusetzen vermögen, daß sie kaltes Blut bewahrt, wenn irgendein Zwischenfall wie der von Aigues Mortes z. B. sich ereignen sollte. Das ist das sicherlich zu bedauernde Ergebnis der glänzenden Freudenfeste dieser vergangenen Tage." — So beurteilte selbst ein Beyens 1893 die Grundstimmung des Zweibundes!

Verschiedentlich hatten anläßlich der Feste von Toulon europäische Diplomaten zum Ausdruck gebracht, daß es sich hierbei mehr um eine für England als für den Dreibund peinliche Sache handele. Ähnlichen Gedankengängen hatte auch Greindl in seinem schon erwähnten Berichte vom 25. Oktober[1]) Ausdruck verliehen, indem er darauf hinwies, daß Rußland und Frankreich in Europa eigentlich keine unmittelbaren gemeinsamen Interessen besäßen. In Ägypten, in Siam, in Mittelasien aber fänden beide Mächte ein gemeinsames Feld der Tätigkeit gegenüber England und außerhalb des Interessengebietes des Dreibundes. Man beginne das in London zu fühlen, und die herkömmliche englische Politik, sich volle Aktionsfreiheit bewahren zu wollen, werde nun die Vereinsamung des Inselreiches noch steigern. Im Hinblick auf diese Anschauungen ist ein Bericht des Barons Solvyns vom 3. Dezember 1893[2]) von Interesse, wonach Londoner Politiker für das kommende Jahr die ernstesten Verwicklungen fürchteten. Zwar trügen amtliche Kreise Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens zur Schau, aber Solvyns hielt doch die entgegengesetzten Anschauungen für mitteilenswert. Er berichtete über deren Gedankengang wie folgt: „Der Dreibund, zu Defensivzwecken und zur Aufrechterhaltung des Friedens geschlossen, droht sich zu zersetzen; die im Gegensatze hierzu völlig offensive französisch-russische

[1]) Vgl. S. 78.
[2]) Bd. V, S. 329/330.

Allianz[1]) knüpft sich jeden Tag enger und wird immer bedrohlicher. In Österreich der Kampf des deutschen Elements mit den Slawen, in Deutschland der wachsende Einfluß des Sozialismus; in Italien die Zerrüttung der Finanzen: alles dies zwingt die drei Regierungen, sich vor allem mit ihren inneren Schwierigkeiten zu befassen, und muß sie dahin bringen, die von ihnen übernommenen Verpflichtungen nicht genau zu erfüllen. Andererseits kann die Entente zwischen Frankreich und Rußland, die als erste Folgeerscheinung die dauernde Anwesenheit einer russischen Flotte im Mittelmeere gezeitigt hat, nicht umhin, sich auch weiterhin durch andere für die englischen Interessen nicht weniger ernste und beunruhigende Tatsachen zu bestätigen. Wir müssen daher unverzüglich fortfahren, unsere Seestreitkräfte zu vermehren". Also auch nach dieser Seite hin ergab sich durch die Ereignisse von Toulon eine Vermehrung des Wettrüstens in Europa. England trat auf den Plan.

1894 — 1896[2])

So war es denn den Zweibundmächten gelungen, den Abschluß der von französischer Seite so innig und hartnäckig erstrebten Militärkonvention in ganz Europa geheimzuhalten, wie es besonders die Berichterstattung der belgischen Gesandten zu Paris und Petersburg erweist. Viel näher kam der Aufhellung des wahren Sachverhaltes Baron Greindl, der in seiner gründlichen Art auch dem Problem gerecht zu werden versuchte, inwieweit die Verschlechterung der deutschen Beziehungen zu Rußland etwa dem nach Bismarcks Abgange einsetzenden neuen Kurse der deutschen Politik zugeschrieben werden müsse.

In dieser Frage gelangt er, nachdem Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" vom 24. Oktober 1896 den Rückversicherungsvertrag bekannt gegeben hatte, wieder zu einer scharfen Verurteilung des alten Kanzlers. Man könne wohl behaupten, meint er in einem Berichte vom 28. Oktober 1896[3]), daß eine rein defensive Entente wie der Dreibund eine Verpflichtung gleicher Art mit einer anderen Macht nicht ausschließe. Dennoch liege eine Unehrlichkeit darin, sie ohne Wissen des Verbündeten einzugehen. Eine solche Politik habe wohl dem Fürsten Bismarck möglich erscheinen können, der in der Wahl seiner Mittel wenig bedenklich gewesen sei, sei aber der geraden Sinnesart Kaiser Wilhelms II. zuwider. „Diese eingebildeten Feinheiten sind nicht einmal geschickt. Sie erwecken das Mißtrauen derjenigen, deren Freundschaft man sich durch solche Übereinkünfte bewahren möchte. Der Beweis dafür ist, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland heute viel bessere sind

---

[1]) Ich versage es mir, die Betonung des offensiven Charakters des Zweibundes, der uns von den Belgiern — nicht nur von Greindl — immer wieder bezeugt wird, meinerseits noch weiter hervorzuheben.

[2]) Für die Jahre 1894, 1895 und 1896 enthält meine fünfbändige Publikation nur wenig, da diese Jahre für die weitere Entwicklung des Zweibundes geringeres Interesse bieten, die belgischen „Zirkulare" aber, soweit sie uns vorlagen, erst mit 1897 beginnen.

[3]) Bd. V, S. 82.

als während der letzten Jahre der Amtszeit des Fürsten Bismarck." Bei anderer Gelegenheit führt er auch aus, daß im Gegensatze zu Bismarcks eigener Überzeugung Zar Alexander III. nach dem Ausspruche seines Bruders, des Großfürsten Wladimir, von einem unüberwindlichen Mißtrauen gegen Bismarck erfüllt gewesen sei, und daß alle Versuche des Kanzlers, dieses Mißtrauen zu zerstreuen, nutzlos gewesen seien. „Das sind die guten Beziehungen mit Rußland, die Fürst Bismarck während seiner ganzen Amtszeit aufrechterhalten zu haben sich rühmt, und an deren Störung er seinem Nachfolger die Schuld gibt."[1])

Die Behauptung der „Hamburger Nachrichten", der Rückversicherungsvertrag sei hauptsächlich gegen England gerichtet gewesen, hat Greindl in einem Berichte vom 11. November 1896[2]) nachdrücklich bekämpft. Dieser Vertrag habe auch Einzelheiten enthalten, die Rußland eine sehr große Handlungsfreiheit auf dem Balkan einräumten, und das sei natürlicherweise eine schwere Benachteiligung Österreichs gewesen. Als 1890 der Rücktritt Bismarcks erörtert worden sei, habe der Fürst darauf hingewiesen, mit einem anderen als ihm werde Rußland den Rückversicherungsvertrag nicht verlängern. Hierin habe sich Bismarck getäuscht, denn wenige Monate darauf habe Graf Schuwaloff die Unterhandlungen wieder aufgenommen. Nun aber hätten Caprivi und Marschall den Vertrag nicht verlängern wollen, da sie es nicht für angezeigt hielten, bei dieser Politik mit doppeltem Gesichte zu verharren.

1897

Als im Herbste 1897 der Präsident Faure dem Zaren — Nikolaus II. war 1894 seinem Vater Alexander III. gefolgt — in Peterhof einen Besuch abstattete und beim Abschiedsdiner der Zar in seinem Trinkspruche von den „befreundeten und verbündeten Nationen" sprach, die in gleicher Weise entschlossen seien, mit aller ihrer Kraft zur Erhaltung des Weltfriedens beizutragen, da konnte niemand mehr darüber im Zweifel sein, daß jetzt ein tatsächliches Gegengewicht gegen den Dreibund vorhanden war. Das Brüsseler Ministerium des Äußeren, dessen „Zirkularen" wir von nun ab folgen[3]), hatte darin ein wirksames Mittel erblicken zu dürfen geglaubt, Frankreich an der Erfüllung seiner Revanchepläne zu hindern[4]). So sehr war man in Brüssel damals von dem friedlichen Charakter der russischen Politik überzeugt. Wie wenig man aber von der tatsächlichen Bindung zwischen Rußland und Frankreich wußte, geht aus den weiteren Erörterungen über die vor Jahren getroffenen Abmachungen zwischen den beiden Generalstäben hervor.

Daß diese Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich sich in der Hauptsache auf Vereinbarungen zwischen den Generalstäben der beiden Länder gründeten, das wußte man allerdings innerhalb der euro-

[1]) Berlin, 5. November 1896, Bd. V, S. 45.
[2]) Bd. V, S. 82/83.
[3]) Zur Europäischen Politik 1897—1914. Bd. 1—4. Vgl. S. VIII, Anm. 1.
[4]) Brüssel, 8. September 1897, Bd. I, S. 25/26.

päischen Diplomatie. Man deutete auch ganz richtig den eigentlichen Sinn dieser Abmachungen als eine wechselseitige Unterstützung in dem Falle, daß eines der beiden Länder angegriffen würde. Für diesen Fall habe man im voraus einen gemeinsamen Plan aufgestellt, der aber niemanden zu beunruhigen brauche, da man ja die friedlichen Grundanschauungen der Großmächte Europas kenne. Besonders galt das für den Zaren. Man brauchte daher in seinen an Bord des „Pothuan“ gesprochenen Abschiedsworten keine Bedrohung für irgend jemanden zu sehen, auch der Dreibund nicht, so lange dieser seinem Friedensprogramm treu blieb. Aber das belgische Außenministerium fügt doch auf Grund seiner von Petersburg erhaltenen Nachrichten hinzu: „Es ist nichtsdestoweniger sicher, daß die Begegnung von Peterhof das Vorhandensein eines Gegengewichtes gegen den Dreibund noch mehr bestätigt hat, und daß die erste Folge dieses Einvernehmens die ist, Frankreich an der Verwirklichung seiner Revanchepläne zu hindern.“[1]) Mit dieser Wirkung konnte sich jedermann einverstanden erklären, dem an der Erhaltung des Friedens gelegen war.

In diesem ersten, vom belgischen Außenministerium an die Auslandsvertreter gesandten Rundschreiben, mit dem wir uns beschäftigen, erscheint also der Zweibund fast unmittelbar als eine Verstärkung der auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen des Dreibundes. Wenn Rußland durch die enge Bindung mit Frankreich dieses von der Verfolgung ausschweifender und nur durch die Zerschlagung Deutschlands erreichbarer Ziele abhielt, so diente es dadurch tatsächlich einer Verstärkung der Friedenssicherheit in Europa. Neben wirtschaftlichen Gedankengängen, auf die wir bereits wiederholt hingewiesen haben, und die Rußland möglichst gute Beziehungen zu einem der kreditfähigen Großstaaten Europas zwingend nahelegten, sind es vielleicht wirklich friedliche Gedankengänge gewesen, die den Zaren Alexander III. bewegten, als er — zögernd und vorsichtig — zu der Vereinbarung der Generalstäbe seine Zustimmung gab. Daß aus dieser Militärkonvention nach und nach ein ausgesprochen offensiver Zweibund erwachsen ist, und daß sich ganz besonders aus der Verschließung des deutschen Marktes für die russischen Anleihen ein hohes Maß von Abhängigkeit Rußlands von Frankreich ergab, darauf haben die belgischen Diplomaten, wie wir gesehen haben, immer wieder hingewiesen. Getreu der Absicht, in unserem Werke nur die Berichterstattung und das Urteil der belgischen Diplomaten im Anschlusse an die im Druck vorliegenden fünf Bände „Zur europäischen Politik“ zu Worte kommen zu lassen, wollen wir nun im einzelnen unser Augenmerk darauf richten, wie die Grundlage des Zweibundes im Laufe der Jahre entsprechend der Weiterentwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen den Mächten verschieden beurteilt worden ist. Dabei wird es nicht nötig sein, auf jede einzelne Schwankung hinzuweisen. Worauf es ankommt, ist die Erkenntnis, ob die belgischen Diplomaten im Zweibunde immer nur eine für die

[1]) Bd. I, S. 26.

7*

Aufrechterhaltung des europäischen Friedens nützliche Verbindung gesehen haben. Wir gehen dabei ausdrücklich nicht von der abfälligen Beurteilung des älteren Barons Beyens und des Barons Solvyns vom 30. Oktober und 3. Dezember 1893[1]), sondern von der Feststellung aus, die in dem belgischen Zirkular vom 8. September 1897 enthalten ist, und nach der die erste Folgeerscheinung des Zweibundes war, Frankreich an der Verwirklichung seiner Revanchepläne zu hindern. Hat man ihn belgischerseits amtlich immer so beurteilt?

Da ist denn sehr bezeichnend, daß schon am 20. September[2]) das Brüsseler Außenministerium bei einer Erörterung über die Tragweite der an Bord des „Pothuan" zwischen dem Zaren und dem Präsidenten der französischen Republik gewechselten Worte einen gewissen Umschwung erkennen läßt. Zwar wird auch hier festgestellt, daß die zaristische Regierung fest entschlossen sei, die obere Leitung des Zweibundes beizubehalten und sich nicht durch Frankreich zu einer Politik der Revanche fortreißen zu lassen. Der Streit darum, ob es sich um eine wirkliche Allianz handele oder nicht, scheine müßig gegenüber der Frage, was seine Ziele seien. Damals schon wies ein in Berlin beglaubigter Diplomat einer Großmacht darauf hin, daß man in Berlin offenbar den Zweibund zu optimistisch beurteile. „Es ist sicher", meinte er, „daß die russische Freundschaft in Frankreich nur als ein Revancheversprechen so volkstümlich ist. Der Zar hat allerdings das Gegenteil gesagt und verkündet, daß die beiden Nationen für den Frieden verbündet seien. In Paris aber hat man diese Richtigstellung nicht hören wollen. Faures Besuch nährt also Illusionen, die eine Gefahr für die Erhaltung des Friedens und für die Dauer des französisch-russischen Bündnisses selber bilden. Der Tag wird kommen, an dem Rußland vor die Wahl gestellt sein wird, entweder seinen mäßigenden Einfluß in Paris zu verlieren oder auf ein Bündnis zu verzichten, das ihm das Übergewicht in Europa sichert."

1898

Die weitere diplomatische Berichterstattung der Belgier führt uns durch alle Wechselfälle der europäischen Politik in den kommenden Jahren hindurch und läßt uns erkennen, in wie hohem Grade die Aufrechterhaltung des Friedens immer von den gegenseitigen Beziehungen der im Drei- und Zweibunde zusammengefaßten Mächtegruppen bestimmt gewesen ist. Deutlich heben sich dabei aus der Fülle der Erscheinungen zwei Hauptrichtlinien der deutschen Politik heraus. Einerseits waltet das Bestreben vor, den Dreibund als festes Rückgrat der mitteleuropäischen Politik immer weiter zu kräftigen und jeden ernstlichen Störungsversuch von ihm fernzuhalten. Andererseits bemüht man sich, unbeschadet der Beziehungen zu den Dreibundsmächten Deutschlands Stellung in der Welt durch die Pflege möglichst guter

[1]) Vergl. S. 79/80.
[2]) Brüssel, 20. September 1897, Bd. I, S. 27/28.

Beziehungen zu Rußland, England, aber auch zu Frankreich so weit wie irgend möglich zu sichern. Hierbei zeigt sich immer wieder der tief innerliche Gegensatz in den politischen Bestrebungen Rußlands und Österreich-Ungarns, der nur so lange zu bannen ist, als Rußland sich vorzugsweise mit Verfolgung seiner asiatischen Pläne beschäftigt. Daran aber hat wiederum Frankreich nur ein geringes Interesse, dem im Gegenteil daran gelegen ist, Rußland zu einer aktiven Unterstützung in einem etwaigen Weltkriege heranzuziehen und ihm dafür die möglichst günstigen strategischen Grundbedingungen zu schaffen. Hierfür ist die Behebung der dauernden russischen Finanznot die Vorbedingung, und so sehen wir Rußland von Anleihe zu Anleihe schreiten, immer aber noch bestrebt, sich nicht durch Frankreich in vorzeitige kriegerische Abenteuer hineinziehen zu lassen.

Inzwischen erwächst aus Notwendigkeiten der Weltpolitik heraus ein immer stärkerer Gegensatz des schnell zu hoher wirtschaftlicher Blüte gelangten und sich immer weiter entwickelnden Deutschen Reiches zu England. Unabläßlich ist der deutsche Kaiser bemüht, durch Pflege persönlicher Beziehungen zu den Oberhäuptern der Deutschland umlagernden Staaten Streitpunkte aus der europäischen Politik auszuscheiden. Er arbeitet hierbei — nach dem Urteil der belgischen Diplomaten — mit erheblichem Erfolge, vermag aber den in der inneren Beschaffenheit der Dinge beruhenden Wiederspruch zwischen den politischen Grundzielen der europäischen Mächte nur zeitweise zu beschwören. Als 1898 die deutsche Politik offensichtlich bestrebt ist, möglichst gute Beziehungen sowohl mit Rußland wie mit England zu pflegen, weist man belgischerseits darauf hin, daß diese beiden Ziele infolge der inneren Gegensätzlichkeit Englands und Rußlands nicht gleichzeitig erreicht werden könnten. Die französisch-englische Spannung in der ägyptischen Frage bildet für Deutschland eine Verstärkung der Friedensaussichten, da eine Gefahr des Überfalles von Frankreichs Seite dadurch geringer wird. „Deutschland", so heißt es in dem Zirkular vom 13. Juni 1898, in dem hiervon die Rede ist, „schließt nur Bündnisse für die Aufrechterhaltung des Friedens und dürfte durchaus keine Gelüste verspüren, sich mit England für eine angriffsweise Politik gegen Rußland zu vereinigen"[1]).

Am 24. August 1898 überraschte der Abrüstungsvorschlag des Zaren Nikolaus die Welt. Scharf weist das belgische Außenministerium auf die Schwierigkeiten der Ausführung dieses vom Zaren persönlich ausgegangenen Vorschlages hin[2]). Offenbar habe Rußland gerade gegenwärtig den Frieden durchaus nötig, denn zahlreiche Provinzen litten unter Hungersnot und brauchten Zuschüsse aus den öffentlichen Kassen. Der Wunsch, Rußlands Stellung in China zu befestigen, erfordere weitere große Ausgaben. Daher müsse die Armee zurücktreten und die an sich nötige Umformung der Artillerie aufgeschoben werden. Rußland brauchte

[1]) Bd. I, S. 31ff.
[2]) Brüssel, 10. September 1898, Bd. I, S. 33 ff.

tatsächlich „eine Ära langen Friedens, zugleich aber auch einen Halt in der Entwicklung der militärischen Ausgaben".

Es war also nicht lediglich ein von humanen Grundgedanken eingegebenes Friedenswerk, wenn Nikolaus II. die allgemeine Abrüstung vorschlug, sondern nach dem Urteil der belgischen Diplomaten mehr noch eine Folge der erheblichen eigenen Schwierigkeiten Rußlands. In Deutschland, meinten sie, werde der Kaiser für das Gelingen der Pläne des Zaren nach Möglichkeit eintreten, doch verkenne man dort nicht die großen Schwierigkeiten in der Ausführung; komme es doch nicht allein auf eine Herabsetzung der militärischen Streitkräfte, sondern hauptsächlich auch auf die Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mächte hierbei an. Eine elsaß-lothringische Frage gibt es für Deutschland nicht.

Wichtig war die Haltung Frankreichs zur Abrüstungsfrage. Dort stellte man sich so, als sei man mit dem Vorschlage des Zaren durchaus einverstanden, denn auch das amtliche Frankreich hatte öffentlich niemals von etwas anderem gesprochen als von der Erhaltung des Friedens. In Rom aber vermochten staatsmännisch denkende Männer nicht an die Verwirklichung eines Vorschlages zu glauben, der die Anerkennung der Ereignisse von 1870 zur Voraussetzung hatte. Ein belgisches Rundschreiben vom 12. September 1898 hob denn auch hervor, daß wahrscheinlich Frankreich die Einladung des Zaren zur Konferenz nur unter gleichzeitiger Anmeldung eines Vorbehaltes wegen der 1871 verlorenen Provinzen annehmen würde. In Frankreich hatte tatsächlich der Schritt des Zaren in hohem Maße verstimmt. „Die Franzosen fühlen sich dadurch gedemütigt, daß sie vorher nicht gefragt oder wenigstens verständigt worden sind. Außerdem empfinden sie ein gewisses Unbehagen, weil sie erkennen lassen müssen, daß sie bei dem Bündnisse in erster Linie die Revancheidee im Auge gehabt haben"[1]).

Inzwischen wird verschiedentlich darauf hingewiesen, daß der deutsche Kaiser für die Entspannung der europäischen Beziehungen sorge. So erzielten seine im September 1898 zu Hannover gehaltene Rede und sein Glückwunschtelegramm an den General Kitchener anläßlich der Einnahme von Chartum eine wesentliche Mäßigung der seit dem kaiserlichen Telegramm an Präsident Krüger üblichen englischen Presseangriffe gegen Deutschland[2]). Andererseits finden sich Andeutungen, wonach man in Berlin der inneren Festigkeit des Dreibundes nicht mehr so sicher zu sein glaubte, wie früher. Aus diesem Grunde suche die deutsche Regierung ihre Beziehungen mit Rußland und England zu verbessern, so schwer es auch sei, mit beiden Mächten gleichzeitig befreundet zu sein[3]).

1899

Eine neue Ära in der europäischen Politik kündigte sich an, als im Frühjahre 1899 die Abtretung der Samoa-Inseln mit dem wertvollen

---

[1]) Brüssel, 12. September 1898, Bd. I, S. 35/36.
[2]) Brüssel, 17. September 1898, Bd. I, S. 36/37.
[3]) Brüssel, 7. Dezember 1898; Bd. I, S. 38.

Südseehafen Apia überall erörtert wurde[1]). Trotz aller vorherigen Freundschaftsbezeugungen Deutschlands schien England bereit, Deutschland hier ebenso zu demütigen wie Frankreich in der Faschoda-Affäre. Dabei handelte es sich, wie die belgischen Diplomaten betonten, um eine verhältnismäßig geringe Angelegenheit und um winzige materielle Interessen. Deutschlands Politik wird auch bei dieser Gelegenheit als eine durchaus friedliche gekennzeichnet. „Diese Politik ist in ihrem Ziele, der Erhaltung des europäischen Friedens, immer die gleiche geblieben und ebenso auch in ihrem hauptsächlichen Wirkungsmittel, dem Dreibunde, der immer noch, mag er auch viel von seinem Zusammenhalte und Ansehen eingebüßt haben, die hauptsächlichste Sorge der kaiserlichen Regierung bildet.“

Die große Schwierigkeit einer wirklich deutschen Eigenpolitik inmitten des europäischen Kontinents tritt klar zutage, wenn in dem Rundschreiben vom 26. April 1899[2]) ausgeführt wird, Bismarck habe ursprünglich ein enges Bündnis mit Rußland schaffen wollen, dann, als das nicht gelang, durch Annäherung an Österreich den Dreibund zustande gebracht, dabei aber immer noch die Fühlung mit der Regierung des Zaren aufrecht zu erhalten gesucht. Das beweise der sogenannte Rückversicherungsvertrag, der nun vom Exkanzler bekanntgegeben worden sei, um seinem Nachfolger und seinem Herrscher Schwierigkeiten zu schaffen. Auch hier wieder findet sich die mehrfach erwähnte scharfe Verurteilung der bismarckschen Doppelpolitik zwischen Österreich und Rußland.

Bemerkenswert ist hierbei, daß die auf Caprivi zurückgeführte Annäherung Deutschlands an England als für die Entstehung des Zweibundes fördernd gekennzeichnet wird. Die Verbesserung der deutschen Beziehungen zu England sei durch das bekannte Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger wieder aufgehoben worden, und nun habe Deutschland den Versuch gemacht, die russische Freundschaft wiederzugewinnen. Den Zaren von seinem Bündnisse mit Frankreich wieder abzusprengen, sei aber nicht gelungen. Eine wertvolle Etappe auf dem wiederbetretenen Wege einer deutsch-englischen Annäherung erblickte man in Belgien indes in dem noch geheimgehaltenen deutsch-englischen Abkommen über Süd-Afrika. In Berlin habe man bereits geglaubt, alle Verstimmungen endgültig beseitigt zu haben, und nun schaffe England wegen Samoa dem Deutschen Reiche wieder neue Schwierigkeiten. Es sei lächerlich, meint das belgische Rundschreiben vom 26. April 1899, wenn die Beziehungen zwischen den Großmächten wegen einiger Korallenriffe gestört würden. Trotzdem sei es unwahrscheinlich, daß sie den Charakter von Herzlichkeit wiedergewönnen, den der deutsche Kaiser ihnen gegeben zu haben glaube. „Die Versuche, Freundschaften außerhalb des Dreibundes zu knüpfen, gelingen dem Kaiser nicht.“

Bald schien es, als wenn durch das deutsch-englische Abkommen über Afrika Italiens Stellung zum Dreibunde nachteilig beeinflußt werden

[1]) Brüssel, 26. April 1899; Bd. I, S. 39 ff.
[2]) Bd. I, S. 39 ff.

würde, wie überhaupt von dieser Zeit an die Belgier nicht müde werden, darauf hinzuweisen, Italien habe das größte Interesse daran, gute Beziehungen zu Frankreich und auch zu England zu unterhalten.

In dieser Zeit lief England Gefahr, durch seinen Burenkrieg die Sympathien nicht nur der europäischen Völker, sondern auch ihrer Regierungen zu verlieren. Eine Zeitlang beschäftigten sich die belgischen Zirkulare mit der Erörterung der Möglichkeiten eines Kontinental-Bundes gegen England. Ein solcher Bund wäre vielleicht in der Lage gewesen, der Allmacht Englands in Kolonialfragen ein Ziel zu setzen und Frankreich für die in der Faschoda-Angelegenheit erlittene Demütigung eine gewisse Genugtuung zu schaffen. Belgischerseits aber glaubte man nicht daran, daß sich Deutschland einem wenn auch friedlichen Zusammenschlusse der Mächte gegen England anschließen würde[1]).

Scharf hebt sich aus der belgischen Berichterstattung der Gegensatz heraus, in den Kaiser Wilhelm II. durch sein Bestreben geriet, im Widerspruche zu der durch den Burenkrieg sehr gegen England aufgebrachten öffentlichen Meinung dennoch gute Beziehungen zu England zu pflegen. So diente die Kaiserreise nach England im November 1899 ausgesprochen der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Wir entnehmen einem ausführlichen belgischen Rundschreiben vom 20. November 1899[2]) folgende noch heute für uns wichtige Darlegung hierüber. „Die Beziehungen zwischen Deutschland und England sind nicht immer herzliche gewesen; daran fehlt sogar sehr viel. Sie waren gelegentlich so gespannt, daß 1895 Frankreich den Augenblick gekommen wähnen konnte, England seine Hilfe für den Fall eines Kriegsausbruches anzubieten. Nichtsdestoweniger hat Deutschland zwei sehr ernsthafte Gründe, mit Großbritannien befreundet zu bleiben. Aus einer hauptsächlich Ackerbau treibenden Macht, die es noch vor wenigen Jahren war, ist es ein Industrie- und Handelsvolk erster Ordnung geworden. Seine Bevölkerung hat sich in dem Maße vermehrt, daß der deutsche Boden für ihre Ernährung durchaus unzureichend geworden ist. Es muß daher notwendig durch den Export seiner hergestellten Produkte die Einfuhr ihm unentbehrlicher Stoffe bezahlen. Zur Sicherung seiner kolonialen Entwicklung und seines Handels muß es entweder in guter Harmonie mit England leben, oder sich in dem Maße an Frankreich und Rußland annähern, daß es von diesen beiden Mächten abhängig wird. Diese letztere Möglichkeit ist unzulässig, solange der Friede von Frankfurt nicht als endgültig zu Paris offen angenommen wird. Derselbe Gedankengang hat zu dem Plane geführt, die Flotte zu entwickeln.“ Auch die Sonderinteressen Österreich-Ungarns und Italiens machten gute Beziehungen zwischen London und Berlin erwünscht.

Diesem Gedanken, meint das Zirkular, habe der deutsche Kaiser von seiner Thronbesteigung an immer nachgelebt; diesem Gedanken sei

---

[1]) Brüssel, 2. und 29. August 1899, Bd. I, S. 43/44.
[2]) Bd. I, S. 48 ff.

auch das Teilungsabkommen von 1890 über Afrika entsprungen. Habe Deutschland aber geglaubt, zwar nicht eine englische Allianz, deren es nicht bedurfte, aber doch wenigstens nahe Freundschaftsbeziehungen zu England zu erreichen, so sei das eine Täuschung gewesen, denn die aufeinander folgenden Kabinette hätten auf die Interessen Deutschlands immer nur sehr wenig Rücksicht genommen. Daher mißtraue der deutsche Kaiser jetzt England, gebe aber seine Versuche zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen nicht auf.

Das Jahr 1899 ist nach der belgischen Berichterstattung das Geburtsjahr des aus der deutschen Flottenrüstung erwachsenden neuen englisch-deutschen Gegensatzes. Ein ausführliches Schreiben vom 21. November 1899[1]) legt an der Hand eines Berliner Gesandtschaftsberichtes dar, warum man in Deutschland jetzt zu einer neuen Flottenvorlage schreitet, nachdem erst vor anderthalb Jahren das organische Flottengesetz verabschiedet worden war. Die Vorgänge des amerikanisch-spanischen Krieges, die Demütigung Frankreichs von Faschoda und das Vorgehen Englands gegen die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republiken, gegen das niemand auch nur einen Widerspruch zu erheben vermochte, waren danach die Ausgangspunkte für das neue deutsche Flottengesetz. „Will man aus allen diesen Ereignissen eine Lehre ziehen, so ist es die, daß, wenn der Friede auf dem europäischen Kontinent durch den Dreibund und durch das Gleichgewicht der militärischen Kräfte so ziemlich gesichert ist, er es doch keineswegs in der übrigen Welt ist. Überall sonst herrscht das Gesetz des Stärkeren. Deutschland ist also dem ausgesetzt, sich von einem Tage zum anderen seines mühselig erworbenen Kolonialbesitzes beraubt zu sehen, und was noch schlimmer ist, seinen Außenhandel und seine Kauffahrteiflotte zu verlieren, die unentbehrliche Voraussetzungen seiner Existenz geworden sind. Die Flotte, wie sie nach dem Flottengesetze des letzten Jahres zusammengesetzt sein wird, wird ausreichen, um die Häfen und Küsten des Reiches zu verteidigen; aber sie wird nicht ausreichen für eine Unternehmung in die Ferne, die notwendig werden kann.“ An Mitteln zur Schaffung einer größeren Flotte fehle es Deutschland nicht; seine Einnahmen wüchsen infolge der Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes unaufhörlich. Außerdem sei die öffentliche Meinung dem Flottengesetze günstig.

1900

Kam, wie wir aus der weiteren belgischen Berichterstattung im einzelnen ersehen können, ein Zusammenschluß der Kontinentalmächte mit der Spitze gegen England nicht zustande, da im Grunde keine einzelne der Großmächte daran interessiert war, so konnte besonders für Deutschland ein Bruch mit England gar nicht in Frage kommen. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und England bildete für Deutschland insofern sogar ein beruhigendes Moment, als Frankreich

[1]) Bd. I, S. 50 ff.

dadurch von jeder feindlichen Unternehmung gegen Deutschland abgehalten wurde. „Mit England ganz zu brechen, bevor das Jahr 1870 in Frankreich vergessen ist, und wovon man weit entfernt ist, hieße, auf die Lage als Schiedsrichter zu verzichten, die Deutschland in Europa inne hat, um sich in die Abhängigkeit vom Zweibunde zu begeben"[1]). Soviele Meinungsverschiedenheiten auch zwischen Frankreich und England bestanden, vor allem in der ägyptischen Frage, so war doch die allgemeine Meinung, daß man sich in Paris in Rücksicht auf die Weltausstellung des Jahres 1900 vor deren Beendigung nicht in gefährliche Auseinandersetzungen mit einer fremden Macht einlassen werde. —

Das Jahr 1900 könnte allen denjenigen zum Studium empfohlen werden, die jetzt nach dem Abschlusse des Weltkrieges wähnen, Deutschland allein sei in den vorhergehenden Jahrzehnten an allen Händeln schuld gewesen, die damals die Welt bewegten. Dieses Jahr zeigt uns im Gegenteil das eigenartige Bild, daß, während in Afrika gegen das kleine Volk der Buren von England der ungerechteste aller Kriege geführt wird, Rußland infolge seiner Sorgen um das japanische Vordringen in Korea einzig und allein an seine asiatischen Interessen denken muß und für Frankreich dadurch in seinem Werte als Bundesgenosse sinkt. Überall in Europa, besonders auch in Frankreich, nimmt die Volksmeinung erbittert gegen England und für die Buren Partei. Keine der Zweibundmächte aber darf und will es mit England ganz verderben, Rußland, weil es seine Gegnerschaft in Ostasien fürchtet, Frankreich, weil es durch seine große Pariser Weltausstellung vorwiegend in Anspruch genommen ist und auch Gründe des Mißbehagens über die Haltung seines russischen Bundesgenossen in Rechnung zu stellen hat.

Wieder ist es die Pariser Weltausstellung, die hier eine Rolle spielt. In Paris wünscht man nur allzusehr, daß der Zar persönlich die Ausstellung besuchen möge; französische Blätter hatten ein derartiges Ereignis schon für den Juli angekündigt, und die Regierung der Republik machte die größten Anstrengungen, um den Kaiser Nikolaus zum Kommen zu bewegen. Bereits ließen sich in Frankreich Stimmen hören, die ausführten, das Bündnis mit Rußland habe Frankreich noch recht wenige Vorteile gebracht, und auf die Größe der Anleiheverpflichtungen Rußlands hinwiesen[2]).

In Rußland blieb man fest und fühlte nicht einmal eine Veranlassung, den Besuch des österreichischen Kaisers zu Berlin im Mai 1900 durch eine entsprechende Demonstration zu erwidern. Der belgische Gesandte in St. Petersburg berichtete sogar gerade anläßlich dieses Besuches, die Zarenregierung stehe in ausgezeichneten Beziehungen zu Berlin und Wien. „Solange der Dreibund in einer passiven Rolle verharrt, stört er Rußland nicht, begünstigt vielmehr seine auf eine friedliche Ausdehnung nach dem Osten gerichteten Wünsche. Man sieht sogar in St. Petersburg nicht ohne eine gewisse Genugtuung eine Allianz sich aufs neue befestigen, die zum

[1]) Brüssel, 10. Februar 1900, Bd. I, S. 55 ff.
[2]) Brüssel, 1. März, 8. März, 2. Mai, 17. Mai 1900; Bd. I, S. 57 ff.

Erfolge haben muß, die kriegerischen Gelüste zu beruhigen, zu denen sich der französische Chauvinismus durch den Erfolg der Weltausstellung fortreißen lassen könnte."[1]) In Petersburg fühlte man keinerlei Veranlassung, die Bedeutung des Zweibundes gerade jetzt zu unterstreichen, obwohl der Finanzminister Witte im Hinblick auf eine neue beabsichtigte Anleihe dafür gewesen zu sein scheint.

Die Absage des Zaren wurde in Frankreich um so schmerzlicher empfunden, als auch der französische Botschafter in Petersburg, Marquis de Montebello, die größten Anstrengungen gemacht hatte, den Zarenbesuch durchzusetzen. Der Brüsseler Bericht vom 22. Mai erwähnt, Montebello habe das Versprechen der Zarenreise bei einem Diner zu erlangen gehofft, das ihn nicht weniger als 100 000 Franken gekostet habe, aber seine Hoffnung sei betrogen worden. Offensichtlich habe der Zar den Wunsch, die extremen Parteien Frankreichs weder zu stützen noch zu ermutigen, außerdem hindere ihn ein Gefühl nationaler Würde, sich zum zweiten Male einer politischen Welt zu nähern, die der seinigen so fremdartig gegenüber stehe. Daß verschiedene französische Blätter sich gerade damals, wo Hungersnot in weiten Bezirken des Zarenreiches wütete, in übertriebenen Lobsprüchen der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands ergingen, wurde von der russischen Presse nicht ohne Ironie festgestellt.

Es verdient Beachtung, daß das Brüsseler Außenministerium auf Grund der von den verschiedenen Hauptstädten eingehenden Berichte auch seinerseits den Abschluß der Pariser Weltausstellung mit einer gewissen Sorge herannahen sah. „Wenn keine England feindlich gerichtete Handlung der Großmächte in diesem Augenblicke zustande kommen kann, so wird es doch vielleicht gegen Ende des Sommers anders sein, wenn die französische Regierung ihre Bewegungsfreiheit wiedergefunden haben wird, und man gibt der Befürchtung Ausdruck, daß der Erfolg der Ausstellung die bereits unaufhörlich durch die nationalistische Partei erregten Geister noch mehr aufrühren und eine Bewegung schaffen könnte, die eine für den Frieden Europas gefährliche Lage schaffen könnte"[2]). Auch in England sah man in der Beendigung der Pariser Ausstellung einen gefährlichen Termin und wollte bis zu diesem Tage mit der Armee wenigstens Prätoria erreichen. Sei das nicht möglich, so könnten Verwicklungen entstehen.

Während also im Jahre 1900 überall Konfliktstoff gelagert war, hielt sich Deutschland durchaus zurück. Als im November an Stelle des Fürsten Hohenlohe Bülow die Geschäfte als Reichskanzler übernimmt, versichert man in Brüssel[3]), daß ein Wechsel in der auswärtigen Politik des Reiches, die der Kaiser in ihren großen Linien hauptsächlich selbst bestimme, sich daraus nicht ergeben werde. Wichtig sei der Wechsel aber für Deutschlands Wirtschaftspolitik. Bülow müsse sich entscheiden,

---

[1]) Brüssel, 22. Mai 1900, Bd. I, S. 61ff.
[2]) Brüssel, 8. März 1900, Bd. I, S. 58/59.
[3]) 7. November 1900, Bd. I, S. 63/64.

ob er sich auf die Seite der Schutzzöllner stellen und dadurch die guten Beziehungen Deutschlands zu allen Mächten einschließlich seiner Verbündeten gefährden solle, oder ob er es wagen könne, den Konservativen die Stirn zu bieten, die fast alle agrarische Schutzzöllner seien, und ohne die man weder in Preußen noch im Reiche zu regieren vermöge. Selbst dem Kaiser sei das trotz zweimaliger Versuche in dieser Richtung nicht gelungen.

In der äußeren Politik übte Deutschland nach belgischem Urteil damals eine weitgehende Zurückhaltung. Scharf kam diese darin zum Ausdruck, daß man es in Berlin ablehnte, den zur Anrufung europäischer Hilfe nach dem Kontinent gekommenen Präsidenten Krüger zu empfangen, obwohl fast das ganze deutsche Volk mit seinen Sympathien auf der Seite der Buren stand. Das belgische Urteil über diese Vorgänge ist bemerkenswert. Wir entnehmen es einem Rundschreiben vom 8. Dezember 1900[1]). England hatte deutlich erklärt, es werde jeden Versuch der Einmischung in den südafrikanischen Konflikt als unfreundliche Handlung ansehen. Da nun keine Kontinentalmacht zur See stark genug war, sich gegen England zu erklären, besonders Deutschland nicht, das die ungeheure Entwicklung seines Außenhandels, seiner Kauffahrteiflotte und seiner Kolonialanlagen in hohem Maße verwundbar machte, so mußte schon eine Koalition gegen England geschaffen werden, wenn wirklich etwas ausgerichtet werden sollte. Deutschland konnte sich aber dem Zweibunde nicht anschließen, wenn es gegen England ging; das sei wohl gegen China möglich gewesen, nicht aber in diesem Falle. Denn Deutschland könne es dabei sehr leicht geschehen, daß es sich zwischen zwei Stühle setze und von seinen Eintagsverbündeten verlassen werde, nachdem erst einmal seine Beziehungen zu England unwiderruflich gestört seien. Dann aber könnte Deutschlands Verhalten vielleicht sogar zu einer englisch-französisch-russischen Koalition gegen Deutschland führen. Deutschland habe es vermieden, den schweren politischen Fehler einer Herausforderung Englands jetzt zu begehen. Daher stamme die Mißstimmung in Paris über die Weigerung des Kaisers, den Präsidenten Krüger zu empfangen.

Die Früchte der damaligen Zurückhaltung erntete Deutschland in dem Abschlusse des sogenannten Yangtse-Vertrages mit England vom 16. Oktober 1900, der die unverminderte Erhaltung des chinesischen Besitzstandes aussprach, Rußlands Sonderpolitik im fernen Osten hemmte, die internationale Mission des Grafen Waldersee in China aber erleichterte. Der an den Baron Greindl in Berlin gerichtete belgische Bericht vom 20. Dezember 1900, der sich über das neue deutsch-englische Abkommen ausspricht, vergißt nicht hinzuzufügen, daß man in Paris darüber sehr besorgt sei; auch sei zwischen Paris und Petersburg eine merkliche, in Frankreich schmerzlich empfundene Erkaltung eingetreten[2]).

---

[1]) Bd. I, S. 64/65.
[2]) Bd. I, S. 66.

1901

Eine gewisse Beunruhigung ergab sich im Dezember 1900 aus der Abberufung des deutschen Botschafters, Fürsten Münster, aus Paris. Der Fürst hatte sich dort in amtlichen Kreisen und im diplomatischen Korps der größten Wertschätzung erfreut. Seine Abberufung brachte man damit in Verbindung, daß er es nicht vermocht habe, den Präsidenten Krüger von seiner Reise nach Deutschland abzubringen, und befürchtete von seinem Fortgange eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Am 12. Januar 1901 aber teilte das Brüsseler Außenministerium seinem Gesandten, Baron d'Anethan, in Paris bereits mit, diese Befürchtungen seien unbegründet, und man denke in Berlin nicht an eine Neuorientierung der deutschen Politik gegen Frankreich. „Alles beweist im Gegenteil, daß der Kaiser, dessen Hauptsorge die Erhaltung des europäischen Friedens ist, sich nach wie vor bestreben wird, Reibungen zu vermeiden und mit Frankreich so gute Beziehungen aufrechtzuerhalten, wie die Lage sie ermöglicht"[1]).

Die deutsch-englische Entente richtet sich nicht gegen Frankreich. „Nach den Berichten, die ich erhalte", schreibt der belgische Außenminister in einem weiteren Berichte vom gleichen Tage[2]), „ist das englisch-deutsche Einvernehmen, das in keinem Falle den Charakter eines Bündnisses haben kann, zweifellos wenigstens zum Teil durch die Sorge Deutschlands veranlaßt, sich gegen einen französischen Angriff sichern zu müssen, da der Revanchegedanke noch immer in Frankreich lebendig ist." Der Minister weist auch darauf hin, daß es für Deutschland kaum möglich sei, mit England ein dauerndes Bündnis einzugehen, da seine Außenpolitik nach der Majorität des Parlaments wechsele und deshalb der Stetigkeit entbehre. Durchaus zutreffend zeichnet der erwähnte Bericht die große Machtstellung Englands in der Welt; es vermag, seinen Krieg in Südafrika zu Ende zu führen, und ist der Unmöglichkeit einer ihm feindlichen Koalition sicher.

Ein wichtiger Teil des Dreibundproblems wird gleichfalls in dem erwähnten Berichte erörtert, als davon die Rede ist, ob Deutschland etwa den Wunsch hege, sich auf Kosten Österreichs zu vergrößern. Das Deutsche Reich hat durch den Erwerb weiterer slawischer Bestandteile keinerlei Vorteile zu erhoffen. „Das Reich hat bereits zuviel nichtdeutsche Untertanen, und das ist für Deutschland ein Grund der Schwäche"[3]). — „Deutschland bedarf eines starken mit Ungarn verbündeten Österreichs als Gegengewicht gegen Rußland."

Das Jahr 1901 wird durch die Erneuerung des Dreibundes, durch den Tod der Königin Viktoria von England und die bei dieser Gelegenheit erfolgte weitere Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen, ferner durch die angestrengten Bemühungen Frankreichs bestimmt, dem Zwei-

---

[1]) Bd. I, S. 68.
[2]) Bd. I, S. 68 ff.
[3]) Bd. I, S. 71.

bunde wieder zu größerer Bedeutung zu verhelfen. Wenn die hohe Abhängigkeit Italiens von seiner geographischen Lage, wenn seine weitgestreckten, von einer überlegenen Seemacht leicht verwundbaren Küstengebiete die Pflege guter Beziehungen zu Frankreich, vor allem aber zu England erforderten, so lag gerade in der Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen auch für Italien eine dringende Veranlassung, dem Dreibunde treu zu bleiben, der nach einem Ausspruche des Grafen Nigra für Italien die beste Garantie für den Schutz seiner Interessen im Mittelmeer bedeutete.

Die persönliche Teilnahme des deutschen Kaisers an den Beerdigungsfeierlichkeiten in England und das ganze Verhalten des Monarchen trug wesentlich zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern bei, jedenfalls so weit die öffentliche Meinung in England in Frage kam, während man in Deutschland vielfach mit dem langen Aufenthalte des Kaisers in England wenig zufrieden war. Man wollte hier nicht vergessen, daß England sich allen deutschen Kolonialunternehmungen in den Weg gestellt, und daß es erst der englischen Lähmung durch den Burenkrieg bedurft hatte, um eine zufriedenstellende Lösung der Samoa- und Karolinen-Angelegenheit zu erreichen. In der Verurteilung der englischen Politik in Südafrika war die deutsche öffentliche Meinung einig. In Rußland verstimmte die Annäherung Deutschlands an England gleichfalls. „Das (deutsche) Reich bemüht sich ständig, mit den beiden Großmächten (Rußland und England) in guten Beziehungen zu bleiben, aber infolge des natürlichen Gegensatzes zwischen ihnen ist es unmöglich, gleiche Freundschaftsbeziehungen mit beiden zu unterhalten. Jeder Schritt in einem Sinne bedeutet ebensoviel Verlust an Boden in der anderen Richtung“[1]).

Aber im englischen Volke ist Deutschland keineswegs beliebt, wenn auch die Person des Kaisers in steigendem Maße anerkannt wird. Ein belgischer Bericht vom 22. Februar[2]) macht auf die Gründe dieser Abneigung aufmerksam. „Die Engländer sehen in den Deutschen gefährliche Konkurrenten auf dem Gebiete des Handels und der Industrie, und sie zeigen sich eifersüchtig auf die unaufhörlichen Fortschritte, die diese ebenso in England wie auf den neutralen Märkten machen. Hat der Besuch des Kaisers Wilhelm II. auf die Beziehungen zwischen den beiden Höfen und Regierungen einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, so hat er doch bis jetzt die Empfindungen von Volk zu Volk nicht geändert.“

Die Enttäuschung Frankreichs über das Ausbleiben des Zaren anläßlich der Pariser Ausstellung mußte durch anderweitige Erfolge auf dem Wege der Befestigung des Zweibundes nach Möglichkeit wettgemacht werden. Im Februar 1901 erschien der französische Generalstabschef Pendezec zu einem Besuche in Petersburg, hatte dort „sehr wichtige“ Besprechungen mit den höchsten russischen Militärbehörden und wurde ausgezeichnet aufgenommen. Der Zar sollte seinen Wunsch ausgedrückt

[1]) Brüssel, 13. Februar 1901, Bd. I, S. 73 ff.
[2]) Bd. I, S. 76/77.

haben, alles in den bisherigen Abmachungen aufzuklären, was etwa noch einer verschiedenen Auslegung fähig sei. In Paris versicherte man, es handele sich nicht etwa um die Aufnahme neuer Bestimmungen in die Militärkonvention (von 1892), und der Defensivcharakter der Abmachungen bleibe derselbe[1]).

Bald nachher reiste der französische Außenminister Delcassé nach Petersburg, um, wie es in einem Brüsseler Berichte vom 12. April 1901[2]) heißt, die Bande der Freundschaft, der Intimität und des Vertrauens zwischen den beiden Ländern, die sich letzthin gelockert hätten, wieder fester zu knüpfen. Der Zweibund hatte eben den Hoffnungen Frankreichs bisher in keiner Weise entsprochen. Frankreichs Wünsche erlitten auch jetzt noch manche Enttäuschung, denn der erwähnte Bericht betont ausdrücklich, in Petersburg gelte es für ausgemacht, daß die kaiserliche Regierung sich keiner aggressiven Politik zugesellen, daß sie vielmehr nur für die Erhaltung des status quo und des Friedens eintreten werde. In Paris bemühte man sich, die kurze Aufeinanderfolge der Besuche des Generals Pendezec und Delcassés als eine Bestätigung dafür hinzustellen, daß die Zweibundbeziehungen ihren alten Charakter freundschaftlichen Vertrauens wiedererlangt hätten.

Frankreichs Hoffnungen auf ein greifbares Ergebnis der Reise Delcassés erwiesen sich indes als verfrüht. Rußland zeigte sich nicht geneigt, die Grundlage der Zweibundinteressen zu erweitern. Hinsichtlich der Orientfragen wurde wohl eine gewisse Verständigung erzielt, Rußland gab aber zu erkennen, daß es sich an einer Angriffshandlung gegen England zugunsten Frankreichs oder aus eigenem Interesse heraus nicht beteiligen würde. So blieb denn vor der Welt als Ergebnis der Reise Delcassés nur eine Freundschaftsbezeugung der beiden Mächte übrig, wobei es für den europäischen Frieden als Vorteil gebucht werden mußte, daß Rußland sich an einer Angriffspolitik nicht beteiligen wollte.

In eingehenden Besprechungen mit dem russischen Finanzminister hatte Delcassé auch die Besorgnis Frankreichs wegen der Sicherheit seiner Anleihen zum Ausdruck gebracht[3]). Ein Bericht vom 23. Mai 1901[4]) verschob die Bedeutung des Besuches ganz auf dieses wirtschaftliche Gebiet und berichtete von dem schnellen Zustandekommen einer neuen, von Frankreich angebotenen, russischen Anleihe. Die Börse hatte indes wenig Vertrauen zu der vorgeschützten sanierenden Wirkung dieser Anleihe, so daß eine Erholung der Kurse ausblieb.

Wirtschaftliche Gegensätze zwischen Rußland und Deutschland machten sich kurz darauf um so stärker fühlbar, als Deutschland im Gegensatze zu seinem Ostnachbarn gerade jetzt auf Nachbargebieten Rußlands, so in der Türkei, bedeutende wirtschaftliche Fortschritte erzielte. Die Konzession der mesopotamischen Bahn erregte in Petersburg

---

[1]) Brüssel, 4. März 1901, Bd. I, S. 77/78.
[2]) Bd. I, S. 78 ff.
[3]) Brüssel, 11. Mai 1901, Bd. I, S. 80 ff.
[4]) Bd. I, S. 82/83.

erhebliche Mißstimmung. Die belgische Berichterstattung nimmt hierbei einen für Deutschland durchaus günstigen Standpunkt ein. So heißt es in einem Zirkular vom 5. Juni 1901[1]), Deutschlands Entgegenkommen in der Mandschurei habe Rußland, das eben gerade durch seine neue Anleihe aus den dringendsten Verlegenheiten errettet worden sei, noch nicht genügt. Im Zusammenhange mit der wachsenden russischen Unfreundlichkeit gegen Deutschland wurde es als starke diplomatische Geste nach außen angesehen, daß gerade jetzt in der deutschen offiziösen Presse auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, die deutschen Garnisonen an der russischen Grenze zu verstärken. Besorgt hatte man sich in Berlin gefragt, welche Versprechungen sich wohl Delcassé von Rußland für die ihm geleistete pekuniäre Hilfe habe geben lassen. Die Gefahr des Zweifrontenkrieges trat drohend in die Erscheinung. Wenn, berichtet Greindl, die deutsche Regierung dem nicht ausreichenden Schutze ihrer Ostmark jetzt abzuhelfen gedenke und den Plan hierzu vor seiner Ausführung bekanntgebe, so könne das wohl nicht in der Absicht eines Angriffes gegen Rußland geschehen. „Die pazifistischen Gedankengänge des Kaisers sind zu bekannt, als daß sie eine derartige Annahme rechtfertigen könnten. Man kann daher die Ankündigung dieser Maßregeln nur mit dem Wunsche erklären, auf die Kundgebungen in Rußland zu antworten“[2]).

Sollte der deutsche Kaiser etwa gar beabsichtigen, durch entgegenkommendes Verhalten gegen Frankreich den Zweibund zu sprengen? Das ist die Frage, mit der sich ein Brüsseler Rundschreiben vom 15. Juni 1901 beschäftigt[3]). Bei einem Besuche des Generals Bonnal in Berlin hatte der Kaiser der französischen Armee einen Trinkspruch gewidmet, der großes Aufsehen erregte. In den diplomatischen Kreisen zerbrach man sich den Kopf darüber, was mit dieser Liebenswürdigkeit gegen Frankreich beabsichtigt sein könnte. Wollte der Kaiser damit Rußland einen Wink geben und es erkennen lassen, daß er in der Lage sei, sich jederzeit mit Frankreich zu verständigen und dadurch den Zweibund zu sprengen?

Diese Deutung wurde in Brüssel nicht als zutreffend angesehen. Frankreich und Deutschland könnten sich wohl über einen bestimmten Punkt verständigen, wo sie gemeinsame Interessen besäßen, und hätten das auch bereits mehrmals getan. „Aber eine wirkliche Aussöhnung wird nicht eher möglich sein, ehe nicht der Verlust von Elsaß-Lothringen und vor allem die Demütigung von 1870 in Paris vergessen ist, die für die Franzosen noch schmerzlicher ist als der Verlust an Landgebiet. In Frankreich gibt es keine politischen Parteien und keinen Staatsmann, der es wagen dürfte zu behaupten, daß der Vertrag von Frankfurt endgültig sei. Man weiß das zu St. Petersburg und Berlin und auch der Kaiser

---

[1]) Bd. I, S. 83/84.

[2]) Brüssel, 5. Juni 1901, Bd. I, S. 83/84.

[3]) Bd. I, S. 84/85.

ist darüber zu gut unterrichtet, als daß er an eine Änderung in dieser Hinsicht denken könnte.

„Der Trinkspruch des Kaisers muß daher in anderem Sinne gedeutet werden. Der Kaiser hat eine wirkliche Vorliebe für die Franzosen und hat das mehrmals bewiesen. Die Abneigung, deren Gegenstand die Deutschen in Frankreich bilden, lastet auf ihm nicht nur, weil sie eine dauernde Gefahr für die Erhaltung des Friedens bildet, dem der Kaiser leidenschaftlich ergeben ist. Sein Ehrgeiz ist es, seine Regierung zu enden, ohne das Schwert gezogen zu haben. Deshalb ist er so sorgfältig auf die Entwicklung der militärischen Streitkräfte des Reiches bedacht. Der Kaiser will Deutschland unangreifbar machen, aber er kann sich nicht einbilden, daß etwa liebenswürdige Worte die Gefühle des französischen Volkes ändern würden. Wenn sein Entgegenkommen in Frankreich ein Echo findet, was nicht immer der Fall ist, so ist der Erfolg auf den Tag begrenzt. Alles, was er erwarten kann, ist die Aufrechterhaltung erträglicher, wenn auch nur unsicherer Beziehungen zu seinem westlichen Nachbarn. Das alles scheint offenbar der einzige von Seiner Majestät erstrebte Zweck zu sein. Er weiß, daß die Zeit der Kabinettspolitik vorüber ist. Man schafft nichts Festes und Dauerhaftes mehr ohne die Unterstützung der öffentlichen Meinung, und man wird noch lange warten müssen, ehe sich eine Änderung in Paris vollzieht." Dieser Kennzeichnung gibt der belgische Außenminister noch dadurch ein besonderes Gewicht, daß er sie sich bei der Versendung des Rundschreibens an die anderen Gesandten mit den Worten ganz zu eigen macht: „Diese Betrachtungen schienen mir die Lage auf eine so treffende Art darzustellen, daß ich sie Ihnen nicht vorenthalten durfte." Der Trinkspruch des Kaisers war durch eine Indiskretion in die Presse gelangt und bildete in Berlin die Veranlassung für eine Bestimmung, daß jede Veröffentlichung von Äußerungen des Kaisers in militärischen Kreisen hinfort der vorherigen Genehmigung unterlägen.

Das Jahr 1901 war für die Entwicklung des Zweibundes auch insofern bedeutungsvoll, als der Zar persönlich an den französischen Manövern teilnahm. Nach der Äußerung des belgischen Gesandten in Petersburg[1]) hielt man es doch für geboten, der Regierung und der öffentlichen Meinung Frankreichs diese Genugtuung zu geben, zumal man sich dessen bewußt war, durch das Nichterscheinen des Zaren zur französischen Ausstellung im Vorjahre schwer verstimmt zu haben. Eine neue Anleihe stand vor der Tür; Rußland bedurfte wiederum des französischen Wohlwollens.

Jetzt auf einmal bekommt der Zweibund eine für Deutschland gefährliche Richtung. Als der belgische Außenminister am 20. September 1901[2]) dem Baron Greindl mitteilt, Rücksichten auf eine neue russische Anleihe schienen den Zarenbesuch in Frankreich nötig zu machen, da fügt er hinzu, auch in französischen Kreisen bestätige man diese Auffassung. „Es handelt sich darum, die Regierung der Republik dazu zu

[1]) Brüssel, 9. September 1901, Bd. I, S. 86.
[2]) Bd. I, S. 86/87.

bestimmen, den Abschluß einer Anleihe zu erleichtern, die für die Anlage neuer strategischer Bahnen zur Ermöglichung einer Mobilmachung der russischen Armee an der Westgrenze nötig ist. Bei dem gegenwärtigen Zustande der Verbindungen wären für die Mobilmachung drei Wochen nötig, und Deutschland könnte, da es sich um die Verteidigung seiner Ostgrenze nicht zu bekümmern braucht, den größten Teil seiner Armee gegen Frankreich vereinigen. Delcassé verkannte die Nützlichkeit einer solchen Vermehrung der Eisenbahnen nicht, aber er fürchtete, dafür nicht die Unterstützung der französischen Kapitalisten zu erhalten. Die Ankunft des Zaren in Frankreich wird, wie man glaubt, die französische öffentliche Meinung hinsichtlich dieser für eine befreundete Nation bestimmten Anleihe günstiger stimmen."

In Deutschland nahm man den Zarenbesuch in Frankreich ruhig auf, da der Zar mit dem deutschen Kaiser nach wie vor freundschaftliche Beziehungen unterhielt und die Monarchen sich in Danzig trafen. Selbst der Trinkspruch des Zaren in Vitry erregte keine Beunruhigung. Der Zar hatte gesagt, er freue sich, in der französischen Armee eine mächtige Unterstützung der Grundsätze der Billigkeit zu erblicken, auf denen die allgemeine Ordnung, der Frieden und die Wohlfahrt der Nationen beruhten. Man glaubte, daraus schließen zu dürfen, daß der Zar für eine aggressive Politik nicht zu haben sein würde. Das belgische Zirkular, das hierüber berichtet[1]), fügte hinzu, in Petersburg beobachte man mit Unruhe die Fortschritte des persönlichen Einflusses, den Kaiser Wilhelm auf den Zaren ausübe.

Gegen Ende des Jahres 1901 fand eine neue Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen dadurch statt, daß Chamberlain in Edinburgh in einer Rede die Ereignisse des deutsch-französischen Krieges mit dem südafrikanischen Feldzuge in eine unpassende Beziehung brachte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" trat seinen Äußerungen entgegen, in Paris und Petersburg verfolgte die Presse mit sichtlichem Behagen das erneute Mißverständnis zwischen den beiden angelsächsischen Nationen. Ein belgischer Bericht vom 12. Dezember 1901[2]) führt aus, daß Bülow guten Beziehungen zu England einen sehr hohen Wert beimesse; unaufhörlich aber werde die Politik der Kabinette durch die nicht zu beeinflussende Abneigung der Völker erschwert. „Das englische Volk hat nicht ohne Eifersucht die reißende Entwicklung des deutschen Handels, seiner Industrie und seiner Kauffahrteiflotte beobachtet, die England auch aus solchen Stellungen zu verdrängen droht, die es als endgültig erworben ansah. Trotz der Schwenkung der deutschen Politik hat man noch nicht das an den Präsidenten Krüger anläßlich der Jameson-Expedition gerichtete Sympathie-Telegramm vergessen. Man weiß, daß die deutsche öffentliche Meinung den Buren günstig ist, und daß das englische Urteil über die Berechtigung und die Notwendigkeit des südafrikanischen Krieges in Deutschland durchaus nicht geteilt wird. Auf

[1]) 2. Oktober 1901, Bd. I, S. 87/88.
[2]) Bd. I, S. 89/90.

deutscher Seite erinnert man sich immer dann, wenn ein Zwischenfall eintritt, der Schwierigkeiten, die England der kolonialen Entwicklung Deutschlands bereitet hat; man erinnert sich der Enttäuschung über den ostafrikanischen Teilungsvertrag, der, wie man damals glaubte, die dauerhafte Freundschaft Englands durch das Opfer Sansibars erkauft hatte. Man erinnert sich der Samoa-Affäre, bei der man nur dadurch zu einer zufriedenstellenden Lösung zu gelangen vermochte, daß England durch andere Schwierigkeiten in diesem Augenblicke gelähmt war. Schließlich ist man durch die Aufnahme verletzt, die englische Zeitungen und Journale einer so offensichtlich unmöglichen Idee, wie sie eine englisch-französisch-russische Koalition gegen Deutschland bildet, haben zuteil werden lassen."

„In den diplomatischen Kreisen Berlins zweifelt man nicht daran, daß Deutschland, so hart auch der Versuch ist, alle Anstrengungen macht, um gute Beziehungen mit England aufrecht zu erhalten und die wechselseitige Verstimmung zu zerstreuen. Deutschland hat zu viele Feinde auf dem Kontinent und ist zur See zu schwach, als daß es einen Konflikt wagen könnte. Das Bewußtsein der Gefahren, die es von England bedrohen, ist der Grund für den Ausbau, den es der Kriegsmarine zu geben sich bemüht, und für den Umschlag, der sich in der öffentlichen Meinung Deutschlands in dieser Angelegenheit vollzogen hat. Deutschland hat ohne Zweifel keinen Angriffsgedanken, aber es will in der Lage sein, mit England auf gleichem Fuße verhandeln zu können; bis es den Kampf ohne allzu großen Nachteil aufzunehmen vermag, wird es auf England alle Rücksichten nehmen müssen, die mit seiner Würde vereinbar sind."

1902

Die Schwierigkeit der Lage des Dreibundes infolge der verschiedenartigen Interessen seiner einzelnen Mitglieder bildet den Gegenstand eines ausführlichen Brüsseler Zirkulars vom 24. Januar 1902[1]). Sein friedenserhaltender Charakter wird scharf betont, dabei aber doch anerkannt, daß erhebliche Interessengegensätze in ihm selbst vorhanden seien. Zum ersten Male begegnet man in den belgischen Zirkularen einer Bemerkung über die Treibereien der Alldeutschen, die in Österreich verstimmend wirkten. Die Reden des Reichskanzlers Bülow über den Dreibund in den Sitzungen vom 8. und 11. Januar fielen den ausländischen Diplomaten dadurch auf, daß die Vorteile des Dreibundes für Rom und Wien darin scharf hervorgehoben wurden.

Die durch Chamberlains Bemerkungen über die deutsche Armee von 1870 geschaffene Verstimmung zwischen England und Deutschland fand im deutschen Reichstage lebhaften Widerhall. Ein belgischer Bericht vom 3. Februar 1902[2]) bemerkt hierzu, man befinde sich jetzt in England wie in Deutschland in einem Geisteszustande, der zu einer üblen

[1]) Bd. I, S. 90 ff.
[2]) Bd. I, S. 93 ff.

8*

Ausdeutung selbst der gleichgültigsten Dinge führe. „Diese wechselseitige Gereiztheit, ausgegangen von der kommerziellen und maritimen Nebenbuhlerschaft der beiden Nationen, ist noch dadurch vermehrt worden, daß in der Angelegenheit des südafrikanischen Krieges der Ausgangspunkt auf beiden Seiten falsch gewesen ist.“ In Deutschland stand man immer noch unter dem Eindrucke des Jameson-Raids und wollte im südafrikanischen Kriege nur seine skrupellose Fortsetzung erblicken. In England aber konnte die öffentliche Meinung das vom deutschen Kaiser 1896 an den Präsidenten Krüger gerichtete Telegramm nicht vergessen. Unablässig bemühe sich der Kaiser, die Verstimmung zwischen beiden Völkern zu beseitigen, leider mit wenig Erfolg, denn immer wieder werde sie durch die Parlamentsreden und die Erörterungen der Presse gesteigert. „Es scheint schwierig, gute Beziehungen aufrecht zu erhalten, wenn der Streit ein derartiges Maß angenommen hat.“

Erörterungen über den englisch-japanischen Handelsvertrag, der im Februar 1902 veröffentlicht wurde, lenkten die Aufmerksamkeit in andere Gleise. Dieser Vertrag schien unmittelbar gegen Rußland und mittelbar gegen Frankreich gerichtet. So wurde er jedenfalls in Petersburg empfunden, während die Beurteilung in Paris eine verhältnismäßig ruhige war. Ob es England gelingen würde, den Zutritt der Vereinigten Staaten und Italiens zum englisch-japanischen Abkommen zu erreichen, schien zweifelhaft[1]).

In dieser Zeit fand die vom deutschen Kaiser gewünschte Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika statt. Der Versuch der englischen Regierung, eine Annäherung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten durch Veröffentlichung bloßstellender Schriftstücke über Deutschlands Haltung 1898 anläßlich des spanisch-amerikanischen Krieges zu verhindern, führte zur Bekanntgabe deutscher Dokumente, die Deutschlands völlige Neutralität in der damaligen Zeit erwiesen und klarlegten, daß es niemals versucht hatte, einen Druck auf die Regierung der Vereinigten Staaten auszuüben. Das belgische Zirkular fügt bei diesem Anlasse hinzu, Amerika suche mehr und mehr seine Grenzen für fremde Einfuhr zu schließen; indes begegne es sich mit Deutschland, nachdem die unmittelbaren Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten eingeschränkt seien, als Rivale auf dritten Märkten. Hier zum ersten Male tritt der innere wirtschaftliche Gegensatz Amerikas zu Deutschland, der uns im Weltkriege so verhängnisvoll geworden ist, in der belgischen Berichterstattung zutage[2]).

Das wichtigste politische Ereignis des Jahres 1902 war die am 28. Juni erfolgende Verlängerung des Dreibundes. Bei diesem Anlasse wird belgischerseits wiederum hervorgehoben, der genaue Wortlaut der Verträge sei nicht bekannt. „Was man mit Sicherheit weiß, ist, daß der Dreibund rein defensiv ist und kein anderes Ziel im Auge hat als die Aufrechterhaltung des Friedens.“ Man nahm an, daß der Text des Vertrages

---

[1]) Brüssel, 25. Februar 1902, Bd. I, S. 95 ff.
[2]) Brüssel, 6. März 1902, Bd. I, S. 98 ff.

der inzwischen erfolgten Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland einerseits, Italien und Frankreich andererseits Rechnung trage[1]).

Die im Dezember erfolgende Reise Kaiser Wilhelms II. nach England zeitigte insofern ein für die Beziehungen der beiden Länder ungünstiges Ergebnis, als die englische Presse eine sehr unfreundliche Haltung einnahm. Man habe diesmal, hebt der belgische Bericht hervor[2]), nicht einmal die sonst übliche Höflichkeit befolgt, während der Anwesenheit des Kaisers in England das Kriegsbeil zu begraben. „In Berlin gibt man sich Rechenschaft davon, daß die englische Abneigung in der Weltpolitik wurzelt, die Deutschland zu führen genötigt ist. Es muß, da sein Boden die Einwohner nicht mehr zu ernähren vermag, notgedrungen seine Marine, seinen Handel und seine Industrie nach außen entwickeln. Das kann nur zum Nachteil Englands geschehen, und das englische Volk hat das begriffen. Das erklärt die Gefühle, deren Widerspiel der schlechte Empfang Wilhelms II. durch die britannische Presse gewesen ist." — Auch auf deutscher Seite habe man England mancherlei Vorwürfe zu machen, so die taktlose Rede Chamberlains über die Haltung der preußischen Truppen 1870 und die Weigerung der englischen Regierung, die Entsendung einer deutschen Sanitätsexpedition in die Konzentrationslager von Südafrika zuzulassen. „Es scheint, daß angesichts der gegenwärtigen Einstellung der beiden Völker normale Beziehungen das Höchstmaß dessen bilden, was die Anstrengungen der Kabinette zu erreichen vermögen. Man glaubt nicht an die Möglichkeit einer wirklichen Freundschaft ungeachtet des Interesses, das beide Regierungen an einem besseren gegenseitigen Verständnisse haben würden."

1903

Die im März 1903 im deutschen Reichstage stattfindenden Erörterungen über den Wert des Dreibundes wurden im Auslande mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der Reichskanzler antwortete auf eine Anfrage des Grafen Hertling mit ausführlichen Darlegungen und sprach andeutungsweise von feindlichen Strömungen, die einer Erneuerung des Dreibundes sich entgegenzustellen versucht hätten. „Man muß diese Zurückhaltung des Kanzlers", meint das belgische Zirkular vom 1. April 1903[3]), „als durchaus diplomatisch bezeichnen, denn jedermann weiß, daß der französische Botschafter zu Rom alle Anstrengungen gemacht hat, um die Erneuerung des Dreibundes zu verhindern oder wenigstens Änderungen hineinzubringen, die ihm jeden praktischen Wert genommen haben würden."

Offenbar handelte es sich hier um eine Zusicherung von italienischer Seite, daß Italien unter keinen Umständen Frankreich angreifen würde. Die Ereignisse des Weltkrieges haben gezeigt, daß man in Italien die sich

---

[1]) Brüssel, 15. Juli 1902, Bd. I, S. 100.
[2]) Brüssel, 10. Dezember 1902, Bd. I, S. 100ff.
[3]) Bd. I, S. 102 ff. (Berliner Bericht vom 20. März 1920)

aus dem Dreibunde ergebenden Verpflichtungen tatsächlich dahin ausgelegt hat, daß selbst bei schwerster strategischer Notlage der Mittelmächte ein angriffsweises Vorgehen Deutschlands gegen Frankreich den Dreibundgenossen Italien von der Waffenhilfe entband. Die belgische Berichterstattung läßt jedenfalls keinen Zweifel darüber, daß man mit einer ernsthaften Beteiligung Italiens an Kriegshandlungen in einem Weltkriege schon etwa seit 1903 nicht mehr rechnete. Zu einer Zeit, wo Deutschland auf der Höhe seiner Macht zu stehen schien, war somit ein wesentlicher Teil seiner Sicherung für den Fall eines Weltbrandes schon mehr als zweifelhaft geworden.

Die Frage drängte sich auf und wurde auch in der belgischen Berichterstattung wiederholt erörtert, welche der Mittelmächte an dem Fortbestande des Dreibundes das größte Interesse habe. Bülow hatte sich bereits gelegentlich mit ziemlicher Kühle darüber geäußert[1]). Jetzt, nachdem der Dreibund aufs neue verlängert war, legte er Wert darauf, im Reichstage festzustellen, daß Deutschland weder ein geringeres noch ein größeres Interesse an der Erneuerung habe als seine Verbündeten. Der Dreibund werde sein Schwergewicht für die internationale Politik behalten. „Zweifellos", meint der erwähnte Rundbericht vom 1. April 1903, „ist Deutschland stark genug, sich im Notfalle auch ganz allein zu behaupten; aber das hindert es nicht, seine Bündnisse wertzuschätzen und für deren Wohltaten dankbar zu sein. Sie bedrohen niemanden, aber sie sichern den europäischen Frieden in dem Maße, wie dies möglich ist."

Auch in Frankreich beschäftigte man sich lebhaft mit der Lage Italiens im Dreibunde. In Paris hatte Delcassé auf eine Interpellation über das dreibundfeindliche Verhalten des französischen Botschafters Barrère in Rom geantwortet, in keinem Falle werde Italien zu einem Angriffe auf Frankreich verpflichtet sein. Als Bülow das im deutschen Reichstage erwähnte, fügte er hinzu, Delcassé habe damit wohl auch nur den Defensivcharakter des Dreibundes anerkennen wollen, von dem niemand einen ungerechten Angriff erwarten könne. „Man kann sich nur darüber freuen," äußert bei dieser Gelegenheit der belgische Bericht, „bei Deutschlands Nachbarn und vor allem in Frankreich die Überzeugung von dem friedlichen Charakter des Dreibundes durchdringen zu sehen, der nur der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes Mitteleuropas und des Friedens dient, und der nur ein Bollwerk gegen die Bestrebungen darstellt, die seine Wohltaten gefährden wollen."[2])

Wenn man diese Sätze liest, vermag man mit Sicherheit die Wirkung vorherzusagen, die sie im Auslande bei allen auslösen werden, die Deutschland jetzt — nach dem Weltkriege — feindlich gesinnt sind. Wenn hier als sicher hingestellt wird, Deutschland werde niemals zu einem ungerechten Angriffe schreiten, so wird man erwidern, diese gute Meinung

[1]) Vgl. S. 99; Brüssel, 24. Januar 1902.
[2]) Bd. I, S. 105.

gerade habe Deutschland durch sein Verhalten 1914 Lügen gestraft. Dabei wird man wiederum bewußt oder unbewußt außer acht lassen, daß unsere Kriegserklärungen sowohl wie unser offensives Vorgehen nach Westen gegen Belgien und Frankreich erst erfolgten, nachdem alle Versuche, den Weltkrieg zu vermeiden, ergebnislos geblieben waren. Entbrannte aber der Krieg, so konnte er von Deutschland bei seiner außerordentlich gefährlichen strategischen Lage inmitten seiner Gegner gar nicht anders geführt werden als angriffsweise. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß auch in den uns immer noch feindlich gesinnten Staaten die Erkenntnis einmal aufdämmern wird, daß offensive Kriegführung nicht gleichbedeutend ist mit einer Politik des Angriffes, wie sie hier dem belgischen Gesandten vorschwebte, als er versicherte, niemand könne vom Dreibunde einen „ungerechten Angriff" erwarten.

Das Jahr 1903 stand außenpolitisch für die europäischen Mächte wesentlich unter dem Zeichen einer auffälligen Annäherung Englands an Frankreich. Im Mai besuchte König Eduard VII. die französische Hauptstadt und fand dort einen ungewöhnlich begeisterten Empfang. Eine Reihe belgischer Berichte beschäftigt sich mit den Vorgängen und ihren voraussichtlichen Rückwirkungen auf die große Politik[1]). Überraschend schnell fand sogar die englische Presse den phrasenfrohen Ton Frankreichs, wenn sie hervorhob, die Franzosen seien die Pioniere der Zivilisation, eine Annäherung der beiden Länder eine Wohltat für sie selbst und für die Menschheit; wenn England und Frankreich einig seien, könne sich der Vormarsch der Zivilisation ohne Aufenthalt vollziehen. Im Fluge hatte Eduard VII. die Herzen der Franzosen gewonnen. Wenn auch immer wieder betont wird, daß es sich nicht um ein Bündnis zwischen England und Frankreich handele, und daß die bestehende französisch-russische Freundschaft dadurch in keiner Weise berührt werde, so war die politische Tragweite der englischen Annäherung für Frankreich doch in der Tat sehr groß. Je weniger Frankreich mit der Haltung des Zaren zufrieden war, und je drückender das Gefühl der Vereinsamung in Europa auf ihm gelastet hatte, um so lebhafter wurde jetzt Englands Annäherung begrüßt. Die Franzosen vergaßen Faschoda und benutzten mit Freuden den ihnen gebotenen Anlaß, ihre wahren Gesinnungen gegen Deutschland zu enthüllen. In dem Verhalten des Königs von England, der noch nicht einmal seinen Antrittsbesuch beim Berliner Hofe ausgeführt hatte, erkennt die belgische Diplomatie ein gewisses Übelwollen gegen Deutschland, wenn auch hinzugefügt wird, es werde an der Gruppierung der Mächte nichts Wesentliches ändern; diese hänge von der Macht der Verhältnisse ab und nicht von den Kombinationen der Staatsmänner[2]).

Als der Präsident der französischen Republik Loubet im Juli seinen Gegenbesuch in London macht und dort besser aufgenommen wird als

[1]) London, 4. Mai; Paris, 4. Mai, 7. Mai; Berlin, 17. Mai; London, 7. Juli; Paris, 11. Juli; Berlin, 11. Juli; Paris, 24. Juli; London, 31. Juli; Berlin, 7. August 1903; Bd. I, S. 105—116.

[2]) Berlin, 17. Mai 1903, Bd. I, S. 110.

irgendein Staatsoberhaupt, weist der belgische Gesandte in London wiederum darauf hin, man dürfe die Tragweite des Besuches nicht überschätzen. „Man kann sich nicht verhehlen, daß die Absicht, Deutschland Unbequemlichkeiten zu bereiten, ihren Einfluß mit ausgeübt hat. Die verborgene Feindseligkeit der (englischen) Nation gegen das Deutsche Reich ist sehr ausgeprägt, und man zeigt Berlin recht gern, daß England in guten Beziehungen zu seinem nächsten Nachbarn lebt, mit dem es übrigens die wichtigsten Handelsbeziehungen verbinden."[1])

Als nun auch noch der König von Italien in Paris seinen Besuch abstattete, glaubte der belgische Gesandte in Paris bereits die Umrisse einer englisch-französisch-italienischen Entente zu erkennen, der sich Rußland bald zugesellen werde, denn der Bund mit Rußland bleibe immer die Grundlage der internationalen Politik Frankreichs. Alle Franzosen seien mit der Politik Delcassés in hohem Maße zufrieden: „Was man hier glühend begehrt, ist die Aufrechterhaltung des Friedens: Ägypten und Faschoda ebenso wie Elsaß-Lothringen sind Fragen, die das französische Publikum zu vergessen beginnt."[2])

Das helle Licht dieser optimistischen Beurteilung der französischen Politik wird, wie wir sehen werden, durch die spätere Berichterstattung erheblich verdunkelt. Es war aber nötig, hier nachdrücklich darauf hinzuweisen; wir werden von dieser Grundlage ausgehend nur um so schärfer zu erkennen vermögen, wie es sich in Wahrheit mit der französischen Friedensliebe verhalten hat, und wie weit es richtig geurteilt war, wenn der belgische Gesandte hier davon sprechen zu können glaubte, man fange in Frankreich bereits an, den Verlust von Elsaß-Lothringen zu vergessen.

Daß durch die persönliche Politik König Eduards VII. die Stellung des Dreibundes in Europa an Bedeutung verlor, war unverkennbar und bildete auch einen Grund der Besorgnis für die belgische Diplomatie, die die mannigfachen Risse im Gebäude des Dreibundes nicht verkannte. Dem beobachtenden Auge des Barons Greindl zu Berlin entging es auch nicht, daß die gemeinsame Abneigung gegen das aufstrebende Deutschland im letzten Grunde Frankreich und England zueinander geführt hatte[3]). Wenn in London alsbald eine gewisse Ernüchterung Platz griff, so blieb doch immer der Grundgedanke der neuen Freundschaft der, daß sie alle deutschfeindlichen Bestrebungen in Europa zu ermutigen schien. In Deutschland hat man damals verschiedentlich geglaubt, es werde sich aus dem allen eine weitere Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen ergeben. Wenn man auch noch nicht auf eine Erschütterung des Zweibundes zu hoffen wagte, so hat man doch offenbar das Maß der russisch-französischen Bindung damals unterschätzt und vor allem dabei übersehen, daß Frankreich und Rußland sich bei eintretenden Schwierig-

[1]) London, 7. Juli 1903,Bd. I, S. 110/111.
[2]) Paris, 11. Juli 1903, Bd. I, S. 111.
[3]) Berlin, 11. Juli 1903, Bd. I, S. 112/113.

keiten in der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland jederzeit wieder zusammenfanden.

Während im Hintergrunde der westeuropäischen Politik die Marokkofrage sichtbar zu werden beginnt, lenkt der Besuch des Zaren beim deutschen Kaiser in Wiesbaden im Herbst 1903 aufs neue das Augenmerk der belgischen Diplomatie auf die deutsch-russischen Beziehungen. Allgemein legte man der Kaiserzusammenkunft, an der auch der deutsche Reichskanzler und der russische Außenminister Graf Lamsdorff teilnahmen, in politischen Kreisen große Bedeutung bei, wenn man auch nicht annahm, daß bestimmte Vereinbarungen getroffen worden seien. Im Interesse des europäischen Friedens beklagt das der uns vorliegende im Brüsseler Außenministerium hergestellte Sammelbericht vom 3. Dezember 1903[1]).

„Wenn die Vernunft die menschlichen Handlungen und im besonderen die Politik leitete", heißt es dort, „so wäre niemals der geringste Konflikt zwischen Deutschland und Rußland möglich, und die Beziehungen zwischen den beiden Völkern würden ebenso herzliche sein wie die zwischen ihren Herrschern. Tatsächlich stört Deutschland, das mit der politischen Teilung Europas zufrieden ist und den russischen Ausdehnungsplänen im Orient und im fernsten Osten gleichgültig oder verzichtend gegenübersteht, Rußland in keiner Weise und wird von ihm nicht gestört. Die verschiedenen aufeinanderfolgenden Minister des Äußeren in Petersburg haben übrigens immer gute Beziehungen mit Berlin zu unterhalten gesucht, aber das russische Volk hat eine Abneigung gegen Deutschland. Die Tatsache ist unbestreitbar und wird durch die gewohnheitsmäßige Haltung der russischen und vor allem der Moskauer Presse bezeugt."

„Der Ursprung dieser Abneigung liegt weit zurück. Während der ganzen ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts von der Zeit der napoleonischen Kriegszüge ab war Preußen im Schlepptau Rußlands, das es gerettet und vergrößert hatte. Als es sich freimachte, war man in St. Petersburg unangenehm überrascht. Der Berliner Kongreß, das Werk des Fürsten Bismarck, hat bei dem russischen Volke üble Erinnerungen hinterlassen, das den Fürsten Bismarck anklagte, Rußland um die Früchte des letzten Orientkrieges gebracht zu haben. Kaiser Alexander III. war sein ganzes Leben lang von der Furcht vor einem deutschen Angriffe geplagt, an den der (deutsche) Kaiser niemals gedacht hat. Die bestimmtesten Versicherungen des Friedenswillens haben ihm diesen Gedanken niemals zu nehmen vermocht. Schließlich bildet für die Russen das benachbarte Deutschland den Vergleichspunkt, und die slawische Eigenliebe findet dabei oft Gelegenheit zum Ärger. Selbst eine so absolute Regierung wie die Rußlands vermag nichts gegen den Strom der öffentlichen Meinung, und dieser verhindert es, daß die Beziehungen zu Deutschland so herzlich sind, wie sie es zwischen zwei Reichen

---

[1]) Berlin, 28. Oktober und 7. November 1903; Bd. I, S. 117/118.

sein sollten, die kein gegensätzliches Interesse haben und aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft kein solches haben werden."

1904

Der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges änderte die Beziehungen Rußlands zu England und Amerika nicht nur, sondern auch zu den europäischen Festlandsmächten von Grund auf. In den beiden erstgenannten Ländern nahmen Presse und öffentliche Meinung alsbald eine unverhüllt russenfeindliche Haltung an, während Deutschland dem Zarenreiche Sekundantendienste zu leisten schien, obwohl die deutsche Presse Rußland keineswegs günstig war. Die russischen Beziehungen zu Frankreich wurden durch die Vorgänge in Ostasien weniger berührt. Wenn aber der belgische Gesandte in Petersburg am 16. März 1904[1]) seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, das Einvernehmen zwischen den Kaiserreichen Deutschland und Rußland gewähre dem russischen Nationalgefühle eine Genugtuung, für die es sich erkenntlich erweisen werde, so hat er sich darin, wie das kommende Jahrzehnt und der Weltkrieg erwiesen haben, schwer geirrt. Niemand hat es in Rußland dem deutschen Nachbar Dank gewußt, daß er damals nicht dazu geschritten ist, seine europäische Rechnung mit dem Zweibunde zu begleichen. Hätten die Grundgedanken eines Strebens nach der Weltmacht in der deutschen Politik jemals eine Stätte gefunden, so wäre damals zu ihrer Verwirklichung der richtige Augenblick gewesen. An dieser Erkenntnis hat es sicherlich weder dem Kaiser noch den verantwortlichen Staatsmännern gefehlt. Sie nutzten die Gelegenheit nicht, denn sie wollten den Frieden. Deutschlands Schicksal war es, den Kampf gegen den Zweibund zehn Jahre später unter tausendfach verschlechterten Bedingungen führen zu müssen.

Mehr als zwei Jahre waren bereits seit der Thronbesteigung König Eduards VII. vergangen, als er sich endlich anschickte, in Kiel den immer noch vertagten Gegenbesuch beim deutschen Kaiser abzustatten. In der Tat war dieser Besuch, wie ein Berliner Gesandtschaftsbericht vom 1. Juli 1904[2]) nachdrücklich feststellt, nicht mehr aufzuschieben, nachdem der König bereits in Lissabon, Rom, Paris und Wien gewesen war. Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern konnte sich kaum mehr daraus ergeben. Die Presse begleitete die Vorgänge mit kühlen Erörterungen, und die Trinksprüche der Monarchen gingen über das bei solchen Gelegenheiten übliche Maß nicht hinaus. Die eigentliche Veranlassung des Königsbesuches in Kiel glaubt die belgische Diplomatie in der englischen Absicht erblicken zu müssen, dem englisch-französischen Abkommen die Schärfe gegen Deutschland

[1]) Bd. I, S. 119/120.
[2]) Bd. I, S. 122/123.

zu nehmen und zugleich auch Frankreich gegenüber zu zeigen, daß man in England nicht auf seine Freundschaft allein angewiesen sei, sondern sich auch Deutschland wieder zu nähern vermöge. Die Versicherung des Kaisers in seinem Trinkspruche, daß die deutsche Kriegsmarine niemand bedrohe, sondern nur Deutschland gegen jeden Angriff sichern und ihm ermöglichen solle, über Weltangelegenheiten mit den größten Seemächten ohne allzu großen Abstand zu verhandeln, wurde viel bemerkt. „Der Eindruck, den die Kieler Begegnung hinterläßt, ist der: Deutschland hat aus dem Kriege im äußersten Osten den Nutzen gezogen, seine Beziehungen zu Rußland merklich zu verbessern, und will diese nicht durch allzu große Intimität mit England aufs Spiel setzen. England will seinerseits nicht durch eine Annäherung an Deutschland so weit gehen, daß es Zweifel an der Dauerhaftigkeit der englisch-französischen Entente entstehen läßt."

Das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904, das unter der Bezeichnung „Marokko-Abkommen" bekannt geworden ist, war die hauptsächliche Frucht der Sommerreisen König Eduards, Loubets und Delcassés im Jahre 1903. Es bezog sich in der Hauptsache auf Marokko und Ägypten und regelte noch weitere zwischen beiden Mächten schwebende Kolonialfragen. Schon im Sommer 1904 deuten die belgischen Berichte an, daß man in Frankreich offenbar den Wert dieses Abkommens für Frankreich ein wenig überschätzt habe. Die „friedliche Durchdringung" Marokkos, auf die Frankreich hoffte, schien nicht möglich, statt dessen drohten anscheinend hartnäckige Kämpfe, wenn man in Marokko die Ordnung wiederherstellen und den französischen Einfluß befestigen wollte. Ein bewaffnetes Eingreifen aber wünschte Frankreich nicht[1]).

Durch das französisch-spanische Marokko-Abkommen, das am 6. Oktober 1904 unterzeichnet wurde, traten die marokkanischen Angelegenheiten in den Vordergrund des europäischen Interesses. Die Spanier hatten sich dem französisch-englischen Abkommen angeschlossen und mit den Franzosen über die Festsetzung gewisser Einflußzonen geeinigt. Ein Bericht des belgischen Gesandten aus Madrid vom 10. Dezember 1904[2]) deutet bereits an, daß die Franzosen sich nach und nach an die Stelle der Spanier zu setzen wünschen, und daß Spanien, seinen eigenen Hilfsmitteln überlassen, aus den ihm durch das Abkommen übertragenen Rechten keinen Vorteil zu ziehen wissen werde.

1905

Mit dem Jahre 1905 nimmt auch Deutschland an den Vorgängen in Marokko tätigen Anteil. Zugleich verschärft sich der englisch-deutsche Gegensatz. Wir müssen es uns versagen, hier diese weltgeschichtlichen Spannungen in ihren Einzelheiten pragmatisch darzustellen, beschränken

[1]) Paris, 1. Juli 1904, Bd. I, S. 123/124.
[2]) Bd. I, S. 126/127.

uns vielmehr nach wie vor ausdrücklich darauf, die Streiflichter der belgischen Berichterstattung über die Vorgänge aus der vorliegenden Sammlung von Dokumenten hervorzuheben. Vom Beginne des Jahres 1905 an steht uns hierfür auch die 1915 vom Auswärtigen Amte veranstaltete Sammlung der „belgischen Aktenstücke 1905—1914“ zur Verfügung[1]). Eine zusammenhängende Darstellung der Ereignisse jener Zeit zu versuchen, kann hier um so weniger das Ziel sein, als dafür in den belgischen Berichten die nötigen Unterlagen nicht vorhanden sind. Diese beschränken sich vielmehr entsprechend den belgischen ausgezeichneten Grundsätzen für die diplomatische Berichterstattung ausdrücklich darauf, unter Vernachlässigung der tatsächlichen Neuigkeiten in eigentlichem Sinne „die Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit“ zum Ausdruck zu bringen, da der Friede Europas davon abhänge. Gerade für den Zeitraum von 1905 bis 1914 aber kommt es uns nur auf die Beurteilung der Weltzusammenhänge im großen und auf die Bewertung der deutschen Politik durch die belgische Diplomatie im einzelnen an. Nur bei diesem Verfahren ist es möglich, aus der großen Zahl von Dokumenten und den mitunter sehr ausführlichen Darlegungen das für uns Wichtige, die Beurteilung Deutschlands in seiner politischen Haltung vor dem Weltkriege, herauszuheben. Nur auf diesem Wege vermögen wir zu erkennen, inwieweit die belgische Beurteilung als Entlastung für uns in der Schuldfrage herangezogen werden kann. In höherem Maße noch als bisher wird daher in dem zum Weltkriege hinführenden Jahrzehnt auf das Werturteil der belgischen Diplomaten über die Weltgeschehnisse geachtet werden müssen.

Zunächst ist die Schilderung der Ereignisse, die zu der schweren Marokkokrisis führen, durchaus keine für Deutschland ungünstige. Schon im Januar 1905 betonen die Belgier bei der Schilderung des Dauerzustandes der Unruhe in Marokko, Deutschland habe nicht die gleiche Veranlassung wie England, die französische Tätigkeit im Lande des Maghzen wohlwollend zu betrachten. Hartnäckig sei Delcassé jeder amtlichen Unterhaltung zwischen Paris und Berlin über die Marokkofrage bisher ausgewichen, offenbar aus Sorge, man könne eine französisch-deutsche Einigung über diese Punkte als eine endgültige Besiegelung des Frankfurter Vertrages ansehen[2]). Wir erfahren weiter, daß die Mitglieder der deutschen Kolonie in Tanger sich im Januar um Schutz an Deutschland gewendet hatten, und daß der deutsche Kanzler Hilfe für den Notfall zusagte[3]). Als im März die Reise des deutschen Kaisers nach Tanger dort bekannt wurde, herrschte überall bei den Eingeborenen und Fremden, auch in der französischen Kolonie, unverkennbare Freude über den Besuch. Der Grundsatz, daß die marokkanische Frage für Deutschland eine internationale sei, daß es dort lediglich für den Grundsatz

---

[1]) Vgl. Vorwort, S. VII.
[2]) Tanger, 13. Januar 1905, Bd. II, S. 51.
[3]) Tanger, 5., 6. und 12. Februar 1905, Bd. II, S. 52/53.

der offenen Tür kämpfe, wird ausdrücklich anerkannt und auf den friedlichen Charakter des Dreibundes hingewiesen, den der Kaiser in einem Trinkspruche auf den König von Italien wiederum bekundet hatte[1]).

Als im Juni des Jahres Delcassé von seinem Platze weicht, Rouvier das Ministerium des Äußeren übernimmt und Frankreich sich zur Marokkokonferenz entschließt, hat es den Anschein, als wenn der berichtende belgische Gesandte zu Paris[2]) Deutschlands Haltung Frankreich gegenüber reichlich scharf findet. Der deutsche Botschafter hatte in Paris darauf hingewiesen, Delcassés Rücktritt habe keine Bedeutung, solange man sich nicht dazu entschließe, die deutschfeindliche Politik der letzten sieben Jahre aufzugeben. Deutschland könne mit Recht verlangen, daß die englisch-französische Annäherung keine Drohung für Deutschland bilden dürfe. Vielleicht, meint der Gesandte, habe Deutschland jetzt die Absicht, das Werk Delcassés mit Gewalt zu zerreißen. Aber bald griff eine ruhigere Beurteilung der Dinge Platz[3]), und am 3. Juli berichtete bereits der Pariser Gesandte, man werde sich zwischen Paris und Berlin freundschaftlich verständigen; Frankreich werde sich auf der Konferenz von Tanger vertreten lassen. Der Streit gehe jetzt nur noch um Formsachen[4]).

Damit tritt die Berichterstattung über Marokko in unseren belgischen Dokumenten vorerst in den Hintergrund. Ein anderer Gegenstand war es, der die Aufmerksamkeit der europäischen Diplomatie in Anspruch nahm: die Reisen des englischen Monarchen im Frühjahr 1905.

In London hatte man, wie die „belgischen Aktenstücke"[5]) erweisen, die Entwicklung des Marokkostreites und gleichzeitig den stetig fortschreitenden Ausbau der deutschen Kriegsmarine mit unverhohlenem Mißtrauen verfolgt. „Der chauvinistische Geist verbreitet sich im englischen Publikum", berichtete besorgt Graf Lalaing am 7. Februar aus London[6]). „Die britische Empfindlichkeit Berlin gegenüber besteht seit langem; aber es ist beunruhigend, festzustellen, daß sie zunimmt, anstatt sich zu verringern."[7]) Die Reisen Eduards VII. trugen dazu bei, diese Stimmung zu verschärfen.

Vier Wochen war im Frühjahr 1905 der König aus seinen Staaten abwesend, durchquerte Frankreich zweimal, besuchte Algier und traf mehrmals mit dem Präsidenten der Französischen Republik und Delcassé zusammen. Das französisch-englische Einvernehmen erschien dadurch befestigt, und das englische Publikum, sehr vor Deutschland besorgt, gefiel sich darin, in dem Verhalten des Königs eine Stärkung des Friedens zu sehen. Auf den Krieg war man damals in England wenig vorbereitet, und die unfreundliche Haltung Japans legte England auch im Fernen

---

[1]) Tanger, 24. März; Berlin, 8. April 1905; Bd. II, S. 53 ff.
[2]) 18. Juni 1905, Bd. II, S. 59 ff.
[3]) Paris, 20. Juni 1905, Bd. II, S. 61/62.
[4]) Bd. II, S. 63/64.
[5]) Nr. 1—10, 14, 15, 17.
[6]) Belg. Akt. Nr. 1.
[7]) London, 1. April 1905; Belg. Akt. Nr. 3.

Osten Zurückhaltung auf[1]). Die Sorge vor einem russischen Vorschreiten an den Grenzen Afghanistans beeinflußte ebenfalls das Inselreich, so daß Balfour sich veranlaßt sah, im Parlament feierlich zu erklären, man müsse jeden Versuch Rußlands, Eisenbahnen auf Afghanistan hin vorzuschieben, als einen „Akt unmittelbaren Angriffs" ansehen. Der Zustand des englischen Landheeres löste damals gleichfalls Besorgnisse aus[2]).

Ganz überraschend fand am 24. Juli eine Begegnung der Kaiser von Deutschland und Rußland in den finnischen Gewässern bei Björkö statt. Belgischerseits nahm man an, der deutsche Kaiser habe dieses Zusammentreffen veranlaßt, um so einem Zusammenschlusse Rußlands mit Japan, England und Frankreich entgegenzuwirken und Rußland bei seinem bevorstehenden Friedensschlusse mit Japan zu stützen. Die englische Presse erging sich aufs neue „in Beschuldigungen und Beschimpfungen Deutschlands"[3]). Auch in dem Besuche des russischen Ministers Witte in Berlin und Rominten im Herbste des Jahres wurden Anzeichen einer Annäherung Rußlands an Deutschland und damit einer allgemeinen Entspannung der Lage erblickt[4]).

Eine Besprechung des deutschen Reichskanzlers, Fürsten Bülow, mit dem italienischen Außenminister Tittoni im Oktober zeigte weiterhin, daß man im Lager des Dreibundes auf der Hut war. „Der Dreibund bietet naturgemäß nicht mehr dieselben Sicherheiten wie ehemals", führte der belgische Gesandte zu Berlin am 7. Oktober 1905 aus[5]). „Wenn einerseits die mitteleuropäischen Mächte für eine gewisse Zeit vor einem Kontinentalangriffe auf beiden Fronten durch die Rückschläge Rußlands gesichert sind, so ist die Gefahr nicht beseitigt, sie ist nur zurückgewichen, und wenn sie wiederkommt, wird die Widerstandskraft (des Dreibundes) nicht mehr dieselbe sein." Ungarns Absonderungsneigungen schwächten Deutschlands Hauptverbündeten. „Der Zweibund ist auch erschüttert, er ist in Frankreich anfangs nur deshalb so volkstümlich gewesen, weil die Franzosen von ihm die Revanche erhofften, die er ihnen nicht verschafft hat. In Paris ist der Enthusiasmus seit langem verstummt. Andererseits hat man in Petersburg wenig darüber befriedigt sein können, Frankreich für seine Annäherung an England den Augenblick wählen zu sehen, wo Rußland mit Japan im Kampfe lag. Die alte Konstellation der Mächte ist aus der Ordnung gekommen, und man sucht tastend eine neue zu schaffen. Der dauernde Isolierungsfeldzug gegen Deutschland hat als ersten Akt die englisch-französische Annäherung, als zweiten den Bündnisvertrag zwischen England und Japan gezeitigt. Der dritte Akt ist der Versuch einer englisch-russischen Annäherung, vorbereitet durch die Londoner Presse, die zu erweisen trachtet, daß der englisch-japanische Vertrag nicht gegen Rußland gerichtet ist und

---

[1]) London, 4. Mai 1905, Bd. II, S. 56/57.
[2]) London, 15. Mai 1905, Bd. II, S. 57ff.
[3]) Berlin, 5. August 1905; Belg. Akt. Nr. 6.
[4]) Paris, 24. Juli 1905; Berlin, 29. Juli; Berlin, 28. September 1905; Bd. II, S. 65 ff.
[5]) Bd. II, S. 69ff.

ein Einverständnis zwischen dem Zarenreiche und England durchaus nicht hindert." Deutschland wünsche naturgemäß nicht vereinzelt zu werden; deshalb habe es sich im letzten Kriege Rußland wieder mehr genähert und knüpfe jetzt die herkömmliche Freundschaft mit ihm wieder an.

Ein unparteiisches Urteil über die Entwicklung des kritischen Jahres 1905 entnehmen wir aus einem ausführlichen Berichte des belgischen Gesandten zu Paris vom 14. Oktober 1905[1]). Er knüpft an das am 28. September zwischen Rouvier und dem deutschen Botschafter, Fürsten Radolin, geschlossene Marokko-Abkommen an und hebt die Wichtigkeit dieser Etappe für den europäischen Frieden hervor. Deutschland habe gezeigt, daß es freundschaftliche Beziehungen auch zu Frankreich aufrechterhalten wolle. „Was Frankreich Deutschland vor allem vorwirft, ist, daß dieses ihm, nachdem die deutsche Politik es seit 1871 in der Vereinsamung habe erhalten wollen, ihm nun nach 34 Jahren einer peinlichen Zurückhaltung einen Vorwurf daraus mache, auch seinerseits Freundschaften erworben und versucht zu haben, einen würdigeren Platz im Konzert der Nationen einzunehmen." Daß man die Entwicklung der französischen Beziehungen zu England in Deutschland mit Besorgnis verfolgt habe, sei begreiflich, da sie zur Folge hätten haben können, „Frankreich zum einzigen Vorteile seines Verbündeten zu Ereignissen fortzureißen, die man nicht ohne Besorgnis ins Auge fassen konnte". Zweifellos habe es Delcassé mit seinem Lande gut gemeint; dennoch sei es klug gewesen, ihn auf dem Wege der Ausführung seiner Pläne aufzuhalten, weil er sie zu überstürzt und unüberlegt verfolgte. Er habe eine Hasardpolitik getrieben und sich nicht hinreichend Rechenschaft davon abgelegt, daß die ganze gegenwärtige Politik sich bereits auf dem Gegensatze zwischen Deutschland und England aufbaute. Frankreich dürfte sich nicht in den Bannkreis einer dieser Mächte hineinziehen lassen, wenn es nicht entschlossen und vorbereitet sei, ihr in einen gigantischen Kampf zu folgen. Ferner habe Delcassé auch nicht genügend beachtet, daß das Land solche Abenteuer nicht wollte, daß Armee und Flotte solchen Anforderungen nicht entsprachen, und daß Rußlands Streitkräfte im äußersten Osten festgelegt waren. Jetzt erst werde man sich in Paris der ganzen Gefahr der damaligen Lage bewußt und verurteile nunmehr Delcassé um so schärfer.

In dem erwähnten Berichte tritt klar zutage, wie sehr bei der damaligen Kräfteverteilung die einzelnen Mächtegruppen Europas sich wechselseitig gegeneinander sichern zu müssen glaubten. Eine jede hielt sich für gefährdet und schob der anderen Angriffsabsichten zu. Trotzdem läßt der belgische Gesandte erkennen, daß er Deutschlands Besorgnisse als berechtigt anerkennt. „Wenn Kaiser Wilhelm", so meint er, „alles ins Werk gesetzt hat, um den Zusammenschluß Englands mit dem Zweibunde zu verhindern, so muß er ernste Gründe haben, die Absichten Englands zu beargwöhnen, denn an kriegerische Neigungen in Frankreich

[1]) Bd. II, S. 71ff.

konnte er nicht glauben." Rouvier werde die französische Politik in besonnenere Bahnen leiten. Sein Programm werde sein: Aufrechterhaltung der russischen Allianz und der erworbenen Freundschaften unter Vermeidung von Bindungen, die anderen Mächten gegenüber einen feindlichen Charakter haben könnten.

Trotzdem sieht der Gesandte für die Zukunft Schwierigkeiten voraus. Insbesondere, meint er, müsse man der Eröffnung der Marokko-Konferenz im Januar 1906 mit Sorgen entgegensehen. Die gegenwärtigen Beziehungen der Mächte seien nicht geeignet, das wechselseitige Verständnis auf einem so schwierigen Gelände zu erleichtern. Die Belgier glaubten übrigens nicht daran, daß England sich Frankreich gegenüber zu einer Waffenhilfe verpflichtet habe; es sei aber für Deutschland und für die Ruhe der Welt die höchste Zeit gewesen, den zwischen London und Paris angesponnenen Plänen entgegenzuwirken. Zu derartigen Betrachtungen fühlten sich die belgischen Gesandten zu London und Berlin veranlaßt, als einige Artikel von Lauzanne im „Matin" davon gesprochen hatten, man sei in London bereit gewesen, die Flotte zu mobilisieren, den Kieler Kanal zu besetzen und 100 000 Mann in Schleswig-Holstein zu landen, falls Frankreich durch Deutschland angegriffen würde; Anschauungen, die mit Recht belgischerseits als absurd bezeichnet wurden[1]).

Im Oktober des Jahres hielt Sir Edward Grey bei einer Versammlung seiner Partei eine Wahlrede, über die der belgische Gesandte zu London am 23. Oktober ausführlich berichtete[2]). Als die drei Leitsätze der britischen gegenwärtigen Politik bezeichnete Grey die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, das Bündnis mit Japan und die Entente mit Frankreich. Bessere Beziehungen mit Rußland erklärte er als wünschenswert und auch befriedigendere mit Deutschland, unter der Bedingung, daß sie der französisch-englischen Freundschaft keinen Abbruch tun dürften. Bei dieser Gelegenheit erwähnt der belgische Gesandte, die Verstimmung gegen Rußland habe in England erheblich nachgelassen, seitdem man ein russisches Vorgehen gegen Indien nicht mehr zu befürchten brauche. „Alle Abneigungen des englischen Volkes vereinen sich gegenwärtig auf Deutschland. Die amtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind zufriedenstellend, aber die Londoner und Berliner Presse nähren eine dauernde Gereiztheit, und es gibt nichts Unangenehmes, was die englischen Zeitungen nicht dem Kaiser und seinem Kanzler nachsagen. — Dieser Seelenzustand ist bedauerlich, denn der geringste an sich unwichtige Zwischenfall, der in normalen Zeiten leicht von Behörde zu Behörde zu regeln ist, könnte sogleich beim Entstehen einen gewaltigen Umfang annehmen."

Mit dem Spätherbste des Jahres 1905 münden wir, dem Gedankengange der belgischen Berichterstattung folgend, in die Strömung ein, die uns neun Jahre später in den Strudel des Weltkrieges hineingerissen

---

[1]) London, 12. Oktober; Berlin, 13. Oktober 1905; Bd. II, S. 76 ff.
[2]) Bd. II, S. 79 ff.

hat. Hierbei ist zu beachten, daß die Urteile der belgischen Gesandten immer in gewissem Sinne von ihrem Ursprungsorte abhängig bleiben. Die Gesandten spiegeln in ihrer Berichterstattung in erster Linie die Gedankenwelt der Staatsmänner, der Behörden und des Publikums derjenigen Länder wieder, in denen sie leben. Das ist an sich selbstverständlich, muß aber im Auge behalten werden, wenn wir den Versuch machen wollen, aus der belgischen Beurteilung zu einer richtigen Bewertung der treibenden politischen Kräfte zu gelangen. Nicht jeder Gesandte war in der Lage, sich von der Auffassungswelt seines amtlichen und persönlichen Umkreises so weit freizumachen, daß er über alle nationalen Verstimmungen hinweg ein unparteiisches Urteil zu fällen vermochte. In Paris sah man die Dinge naturgemäß mehr vom französischen, in Berlin mehr vom deutschen Standpunkte. Gewisse Gegensätzlichkeiten sind dabei unvermeidlich. Das Brüsseler Ministerium des Äußeren suchte sie auszugleichen und teilte die wichtigeren eingehenden Berichte den Gesandten in den anderen Hauptstädten mit, um so eine größere Vielseitigkeit und Abklärung des Urteils zu erreichen.

Zwei Berichte aus Paris vom 24. Oktober und aus Berlin vom 27. Oktober zeigen diese gelegentliche Bedingtheit der belgischen Beurteilung auf das deutlichste[1]). Da sie sich mit den grundlegenden Problemen der politischen Entwicklung in dem Jahrzehnt vor dem Weltkriege befassen, müssen wir auf sie genauer eingehen.

Der Pariser Bericht vom 24. Oktober[2]) geht von den Erschütterungen aus, die das europäische Gleichgewicht seit den Frühjahrsereignissen erlitten hatte. Nach einer Periode der Verwirrung in der auswärtigen Politik Frankreichs schien jetzt eine gewisse Sammlung einzutreten. Eben begann man sich von den Erregungen der Delcassé-Zeit zu erholen, aber die Nachwirkungen der Haltung Deutschlands wurzelten tief in den französischen Herzen. „Der nationale Chauvinismus ist wieder erwacht, man streitet sich über die Wirksamkeit der nationalen Verteidigung, und man zeigt sich geneigt, neue Opfer zu bringen, damit Armee und Flotte jeder Möglichkeit gewachsen seien. Man scheint anzunehmen, daß man sich bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge an der Grenze in ebenso ungünstiger Lage befinden würde wie 1870. Man beklagt vor allem den Mangel an Organisation, an Autorität der Führer und an Disziplin in der Armee. Frankreich ist sich dessen bewußt, daß aus der zukünftigen Orientierung seiner auswärtigen Politik oder aus derjenigen, die man ihr beilegen könnte, schwere Verwicklungen zu entstehen vermögen. Die Regierung der Republik, gegen die sich die deutschen Klagen erhoben haben, muß sich Rechenschaft davon ablegen, daß bei einer Fortsetzung der Politik Delcassés Frankreich zur Beute eines Kampfes werden würde, von dem England nur Vorteile hätte.“ Nun scheine aber Deutschland die Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit England immer mehr ins Auge zu fassen, und Frankreich soll sich erklären, auf welche Seite es sich

[1]) Bd. II, S. 81 ff.
[2]) Belg. Akt. Nr. 11. Man beachte die Auslassungen im Zirkular (Bd. II, S. 81 ff.).

dann stellen würde. Angesichts dieser Lage erfordere es das französische Interesse, so lange wie nur irgend möglich neutral zu bleiben. Für Deutschland könne es nicht Partei nehmen. Wenn es sich aber mit England verbünde, so würde sich Deutschland an ihm für die Verluste schadlos halten, die es vielleicht von der britischen Flotte erleide. Rouvier werde daher wahrscheinlich jede Möglichkeit eines europäischen Zusammenstoßes zu vermeiden suchen. Der Konferenz von Algeciras sehe man daher mit Besorgnis entgegen.

Zeigt uns dieser belgische von Leghait erstattete Gesandtschaftsbericht deutlich die Befürchtungen Frankreichs, so läßt uns die schon erwähnte Berliner Darstellung vom 27. Oktober[1]) mit nicht geringerer Klarheit erkennen, daß man auch in Deutschland die europäische Lage mit großer Unruhe betrachtete. Die Veranlassung zu ihm bildete die bekannte Kaiserrede anläßlich der Enthüllung des Moltkedenkmals vor dem Generalstabsgebäude in Berlin. Bei einem Galadiner widmete der Kaiser seinen Trinkspruch der Vergangenheit und der Erinnerung an den größten General Kaiser Wilhelms I. Das zweite Glas widmete er der Gegenwart und der Zukunft. Er bezog sich auf Deutschlands Lage in der Welt und sprach die so bekannt gewordene Mahnung aus, das Pulver trocken, das Schwert scharf zu erhalten, das Ziel zu erkennen, die Kräfte zu spannen und die Schwarzseher zu verbannen, Worte, denen man in der Literatur aller Länder seitdem immer wieder begegnet ist, bis sie in den Kriegsreden Clémenceaus als schärfstes Beweismittel dafür verwendet wurden, daß Deutschland damals schon den Krieg gewollt habe[2]).

Wie aber beurteilte der belgische Gesandte Baron Greindl diese Worte? Ihm erschienen sie lediglich als klarer Ausdruck der Tatsache, daß der Kaiser von tiefstem Argwohn gegen die Politik Englands erfüllt war. Er lebte der festen Überzeugung, daß England in Paris, in Tokio, in St. Petersburg und in Washington nicht etwa nur danach strebe, seine eigenen Beziehungen zu verbessern, worin ja auch nichts Unberechtigtes liegen würde, sondern vor allem Deutschland in der Welt zu vereinsamen. „Es herrscht hier ein unüberwindliches Mißtrauen gegen England. Eine sehr große Anzahl Deutscher ist überzeugt, daß England Bundesgenossen für einen Angriff gegen Deutschland sucht oder daran arbeitet, auf dem Kontinent einen Krieg heraufzubeschwören, an dem es nicht teilzunehmen hätte, und von dem es doch alle Vorteile ernten würde."

„Man sagt, daß viele Engländer von entsprechenden Besorgnissen erfüllt sind und einen Angriff Deutschlands fürchten. Deutschland ist indes durchaus nicht in der Lage, England anzugreifen. Um eine Armee auf dem englischen Boden zu landen, müßte es mindestens für einige Tage das Meer beherrschen, und Deutschland hat keine Aussicht, dazu zu gelangen. Seine an den beiden Ausgängen des Kaiser-Wilhelm-Kanals im Hinterhalt liegende Flotte könnte wohl, da sie in einer Nacht von einem Meere zum anderen gelangen kann, vielleicht für eine Verhinderung der

---

[1]) Vgl. belg. Akt. Nr. 12 und Bd. II, S. 83/84.
[2]) Vgl. meine Ausgabe der Kriegsreden Clémenceaus.

Blockade deutscher Häfen wirksam werden. Sie könnte auch den Moment wählen, der ihr zum Angriff auf eine feindliche Flotte mit ermüdeter Bemannung und abgenutzten Maschinen geeignet erscheint. Die deutsche Flotte ist nur für diesen Zweck gebaut, aber sie wäre außerstande, eine Seeschlacht an den Küsten Englands auf sich zu nehmen. Das Mißverhältnis der Zahl an Kräften ist allzu groß. Was einen Angriff Deutschlands gegen die englischen Kolonien betrifft, so braucht man nicht davon zu sprechen. Es ist klar, daß man daran nicht einmal denken kann." Das Zirkular schließt eindrucksvoll: „Ein Konflikt würde die deutsche Kriegsflotte, seine Kauffahrteischiffe und seinen Auslandshandel vernichten. Wenn England gegen Schläge geschützt ist, so ist Deutschland im Gegenteil sehr verwundbar." Greindls noch wesentlich schärfere Stellungnahme gegen England und die Bemerkung, der englische Haß entspringe „einzig und allein dem Neide auf die Entwicklung der deutschen Marine, des deutschen Handels und der deutschen Industrie"[1]), hatte das Brüsseler Außenministerium von der Weitergabe an die anderen Gesandten ausgeschlossen.

Der ganze Gegensatz zwischen den Mächtegruppen Europas tritt in diesen beiden Auslassungen der belgischen Diplomaten zutage. Der Kontinent ist mit einer Atmosphäre gegenseitigen Argwohns gesättigt. Ein Staat beobachtet den anderen, jeder setzt bei dem anderen die Absicht voraus, in gelegener Stunde zum Angriff zu schreiten. Ein jeder sucht sich durch geeignete Mittel dagegen zu schützen; wo aber solche Mittel nur irgend in Erscheinung treten, werden sie sofort wieder als Kriegstreibereien gedeutet. Das Rüstungsfieber steigt in allen beteiligten Staaten zu beängstigender Höhe. In Deutschland äußert es sich in dem Bestreben, die Flotte so stark und so schnell wie nur irgend möglich auszubauen, ehe der erwartete Zusammenstoß mit England eintritt.

Je größer die über Europa lagernde Kriegsgefahr wurde, um so schwieriger mußte die Lage der Mittelmächte sich gestalten. Alle Berichte der belgischen Diplomaten, die wir an uns haben vorüberziehen lassen, stimmten darin überein, daß im Dreibunde recht widerstrebende Interessen zusammengefügt waren. Hatte auch der Reichskanzler Bülow nach der Erneuerung des Dreibundvertrages in seiner schon erwähnten Reichstagsrede[2]) ausgeführt, daß alle daran beteiligten Mächte in ihm gleichermaßen ihre Rechte fänden, und daß nicht etwa Deutschland allein als Nutznießer des Dreibundes angesehen werden könne, so war es doch immer wieder nur allzu deutlich in die Erscheinung getreten, daß sowohl Österreich-Ungarn wie auch Italien gleichzeitig andere Interessen wahrzunehmen hatten. Ehrliche Unparteiische glaubten zeitweilig, in der Annäherung Italiens an Frankreich und England und in einer Verbesserung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland ein besonders erfreuliches Moment erblicken zu dürfen. Andererseits war es aber unbestreitbar, und die belgischen Diplomaten sind nicht müde ge-

[1]) Vgl. belg. Akt. Nr. 12.
[2]) Vgl. S. 99 und 102.

9*

worden darauf hinzuweisen, daß in den Zersetzungserscheinungen Österreich-Ungarns eine außerordentliche Kraftverminderung für den Dreibund enthalten war. Wie nun sollte Deutschland, falls es in Europa zum Kriege kam, diesen Ausfall an Kraft ersetzen? Dafür gab es einen doppelten Weg, den der neuen Bündnisse und den der eigenen Stärkung. Für ersteren hat der Kaiser, wie wir schon gesehen haben und es noch weiter erkennen werden, unermüdlich zu wirken versucht. Das Bündnissystem Europas war aber bereits zu fest gefügt, als daß es Deutschland noch hätte gelingen können, wertvolle neue Bundesgenossen zu gewinnen. Die Möglichkeit der Rückendeckung durch Rußland schien unwiederbringlich dahin, nachdem es deutscherseits unterlassen worden war, dem russischen Anleihebedürfnis rechtzeitig entgegenzukommen, und zurzeit gewährte nur Rußlands Niederlage im japanischen Kriege dem Dreibunde eine vorübergehende Sicherheit. Alle Versuche aber, mit England in ein näheres Verhältnis zu kommen, scheiterten trotz der persönlichen Bemühungen des Kaisers an dem tatsächlich vorhandenen Interessengegensatze der beiden Hauptbewerber um den Weltmarkt.

Wenn man ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges in Europa noch rechnete — und alle einsichtigen Männer in Europa haben sich damals der Erkenntnis nicht verschließen können, daß ein Krieg möglich und sogar höchst wahrscheinlich sei —, so blieb für Deutschland nur ein Weg, um den Gefahren der Zukunft zu begegnen: die Stärkung der eigenen Kraft. Jeder Schritt auf diesem Wege mußte nun aber wiederum in Europa neue Beunruhigung hervorrufen, zumal wenn man sich dazu entschloß, neben dem Landheere, was immer noch hingenommen wurde, die Kriegsmarine in auffallender Weise zu verstärken. Dadurch wurde England auf den Plan gerufen.

Einstweilen stand die Sache so, daß nur Deutschland inmitten Europas als wirklich kriegsbereit angesehen werden konnte. In London wußten verständige Leute das sehr wohl und hatten, wie es ein Bericht des belgischen Gesandten vom 28. Oktober ausdrückt[1]), die Empfindung, in der Bekundung deutschfeindlicher Gesinnung schon zu weit gegangen zu sein. „Man wünscht den Krieg nicht, das heißt, man ist nicht bereit, ihn zu führen. Frankreich will ihn für den Augenblick auch nicht; sein Alliierter, Rußland, ist nicht in der Lage, ihm zu helfen. Deutschland scheint von allen Nationen Europas augenblicklich allein in der Lage, einen Feldzug zu beginnen. Das gibt zu denken und mahnt zur Klugheit. Der kriegerische Ton des Trinkspruches Kaiser Wilhelms bei der Einweihung des Moltkedenkmals ist sehr bemerkt worden."

Dieser Bericht des belgischen Gesandten zeigt die Lage der Dinge wirklich so, wie sie damals war. Nur Deutschland war damals kriegsbereit. Nur aus diesem Grunde hielten die ihm feindlichen Mächte sich vorläufig zurück. Für die Zukunft kam alles darauf an, daß die an der Aufrechterhaltung des Friedens hauptsächlich interessierten Mächte — und das waren nach übereinstimmendem belgischen Urteil die Dreibundstaaten

[1]) Bd. II, S. 84.

— stark genug blieben, etwaigen kriegerischen Gelüsten ihrer Nachbarn Einhalt zu gebieten.

In der belgischen Berichterstattung gewinnt für uns hinfort alles erhöhte Bedeutung, was das Vorhandensein von kriegerischen Neigungen in Europa überhaupt erweist, und was ferner geeignet ist, die allmähliche Schwächung des Dreibundes durch Absplitterungsgelüste Italiens und durch zunehmende Bündnisunfähigkeit Österreich-Ungarns zu beleuchten. Weiterhin sind alle Bestrebungen wichtig, die auf eine Mattsetzung Deutschlands auf dem Schachbrette der Politik abzielen. Einzelheiten der belgischen Berichterstattung über andere Dinge müssen dagegen zurücktreten, da es nur darauf ankommt, ein möglichst klares Bild der Vorkriegsentwicklung nach belgischem Urteil zu geben.

Daß Deutschland zurzeit wirklich den Bestrebungen Englands fast allein gegenüberstand, betont zunächst ein Bericht aus London vom 30. Oktober 1905[1]), der von den törichten Zeitungsgerüchten spricht, der deutsche Kaiser habe dem Zaren für den Fall einer Revolution in Polen seine Hilfe und bei einer etwaigen Aufteilung Österreich-Ungarns seine guten Dienste angeboten. Vom englischen Standpunkte aus, meint der Gesandte, böten diese Gerüchte insofern ein anziehendes Bild, als sie, da der Zar Deutschlands Anerbietungen zurückgewiesen habe, tatsächlich die Vereinsamung Deutschlands bedeuteten. „Für die Engländer scheint der Dreibund geschwächt, da Italien ziemlich englandfreundlich geworden und Österreich durch seine inneren Schwierigkeiten entkräftet ist. Andererseits sieht man keine Nachteile darin, mit St. Petersburg in besseren Beziehungen zu leben, denn mit der Furcht verschwindet auch die Abneigung. Ein im Osten siegreiches Rußland würde ein gefährlicher Feind gewesen sein und Großbritannien in Indien und Persien bedroht haben. Das gegenwärtige Rußland flößt für den Augenblick keine Furcht ein, und es wäre sogar vorteilhaft, es wenn möglich daran zu hindern, sich in die Arme Deutschlands zu werfen.“ Eine Annäherung zwischen London und Petersburg würde daher auch in Paris nicht übel aufgenommen werden.

Ganz ähnlich betont ein Petersburger Bericht vom 8. November[2]), daß Rußland eigentlich nichts mehr daran liegen könne, wieder zu einem näheren politischen Einvernehmen mit Deutschland zu gelangen.

In Deutschland entschloß man sich zu einer neuen Vermehrung der Flotte. Ein Berliner Bericht vom 18. November[3]) geht davon aus, daß die Kriegsmarine früher in Deutschland sehr unbeliebt gewesen sei. Erst die Vorgänge von Transvaal und Kuba, von der deutschen öffentlichen Meinung als Piratenstreiche angesehen, hätten hierin Wandel geschaffen und den Wunsch erzeugt, das Reich gegen die Gefahr derartiger Unternehmungen sicherzustellen. „Die neue Organisation der britischen Seestreitkräfte hat die Notwendigkeit eines Flottenbesitzes noch stärker

---

[1]) Bd. II, S. 85/86.
[2]) Bd. II, S. 87ff.
[3]) Bd. II, S. 90/91.

hervortreten lassen, nicht zum Zwecke eines Angriffes auf England, woran niemand denkt, und was übrigens unausführbar ist, sondern einzig zur eigenen Verteidigung. Deutschland kann auf dem Kontinente nur durch Frankreich oder Rußland angegriffen werden. Im Falle eines Konfliktes mit ihnen wird sich das Kriegsschicksal durch die Landheere entscheiden, und eine Seeschlacht wird, auf welcher Seite auch der Sieg sei, keinerlei Einfluß auf die Friedensbedingungen ausüben. England allein ist also eine Gefahr für Deutschland und nötigt es, eine Flotte zu unterhalten, deren Größe über die Notwendigkeiten hinausgeht, seine Handelsinteressen in den exotischen Ländern zu schützen. Unglücklicherweise ist die Haltung nicht allein der englischen Presse, sondern auch die der englischen Minister nur dazu angetan, dieses Mißtrauen zu nähren." „Die öffentliche Meinung (in Deutschland)", heißt es in einem späteren Berliner Berichte vom 2. Dezember 1905[1]), „ist tatsächlich recht pessimistisch. Von allen Seiten außerhalb der amtlichen Kreise hört man von einem englischen Angriffe als von einer Sache sprechen, die in einer mehr oder weniger entlegenen Zukunft sicher sei."

Anläßlich der vom Fürsten Bülow im Reichstage anfangs Dezember gehaltenen Rede legt Baron Greindl seine Auffassungen von Deutschlands Stellung zur Kriegsfrage ausführlich dar[2]). „Die ungeheuere Mehrheit der Nation würde einen Krieg nur annehmen, wenn sie durch einen Angriff dazu gezwungen würde. Sie ist mit der politischen Teilung Europas zufrieden, strebt nicht nach Erwerb neuen Gebietes und wünscht nicht, durch Abenteuer aufs Spiel zu setzen, was sie schon besitzt. Man könnte sogar sagen, daß dies die Ansichten aller Deutschen ohne Ausnahme sind. Die geringfügige Gruppe der Alldeutschen ohne Ansehen und Einfluß braucht man wirklich nicht zu rechnen. Sie macht nur durch ihre Broschüren und Zeitungen einen gewissen Eindruck im Auslande; letztere geben ihr den Anschein einer Bedeutung, die sie nicht besitzt." Nur Bebel hatte in seiner großen Rede gegen die Vermehrung der Flotte gesprochen, die England herausfordere und Deutschlands Sicherheit vermindere, statt sie zu stärken.

1906

Das bei so bewölktem politischen Himmel beginnende Jahr 1906 mit der Algeciras-Konferenz zeigt überall in der großen Politik die gespannteste Tätigkeit. Rüstungen und Mißtrauen überall. „Aber", bemerkt der belgische Gesandte zu Paris am 16. Januar 1906[3]), indem er eine leichte Entspannung feststellen zu können glaubt, „es scheint nicht, daß Deutschland, wenn der Grundgedanke seines Denkens der Krieg gewesen wäre, bis heute gewartet haben würde, um aus der Schwäche Frankreichs Nutzen zu ziehen, dem die Zeit für den Ausbau seiner Ver-

[1]) Bd. II, S. 92ff.
[2]) Berlin, 11. Dezember 1905, Bd. II, S. 94/95.
[3]) Bd. II, S. 101ff.

teidigung dienlich ist." Der Wechsel in der inneren Politik Englands — wo das liberale Kabinett Campbell-Bannerman an Balfours Stelle getreten war — vermindere Englands Kampfneigung und übe dadurch einen beruhigenden Einfluß auf den Kontinent aus. Treffe jetzt Deutschland weitere militärische Vorbereitungen, so könnte das als Kriegsabsicht gedeutet werden, da es einen Angriff von Frankreich nicht zu besorgen braucht, und die Beunruhigungen, die es einen Augenblick hinsichtlich Englands hat hegen können, ausgeglichen sein müssen. In Frankreich habe man an der ganzen Grenze Verteidigungsmaßnahmen gegen Deutschland getroffen, 270 Millionen hierfür aufgewendet und das Gold nach und nach aus dem Verkehr gezogen, um einen Kriegsschatz zu bilden.

Ein Londoner Bericht vom 23. Januar 1906[1]) atmet merkliche Beruhigung. In England will man den Frieden, hauptsächlich die zu großem Einflusse gelangte Arbeiterpartei, mit der die Regierung rechnen muß. England wird Frankreich nicht zu einer unnachgiebigen Haltung in Algeciras veranlassen, um nicht an einem etwa ausbrechenden Kriege mit teilnehmen zu müssen. Bei dieser Gelegenheit teilt der belgische Gesandte den „machiavellistischen", Balfour zugeschriebenen Plan mit, Frankreich unter der Hand zum Kriege mit Deutschland zu ermutigen, damit letzteres zum Vorteile Englands geschwächt werde. Daß solche Gerüchte damals umzugehen vermochten und in der ernsthaften diplomatischen Berichterstattung Erwähnung fanden, ist ein sprechender Beweis für die damalige Spannung der politischen Atmosphäre. Bald sollte sie noch mehr beunruhigt werden. König Eduard trat persönlich wiederum in den Vordergrund der Ereignisse.

Erinnern wir uns dessen, daß in dieser Zeit die Besprechungen des englischen Oberstleutnants Barnardiston mit dem belgischen Generalstabschef Ducarne über die Möglichkeiten eines militärischen Zusammenwirkens beider Mächte im Falle der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland stattfanden[2]).

Gerade während der gefährlichsten Spannung der Algeciras-Konferenz kam König Eduard VII. nach Paris und stieg in der englischen Botschaft ab. Er besuchte den Präsidenten der französischen Republik und empfing beim Frühstück auch Delcassé. Der hierüber berichtende Gesandte Leghait[3]) sah darin einen bedenklichen Schritt und einen Gegenschlag gegen die Reise des deutschen Kaisers nach Tanger. „In den diplomatischen Kreisen sieht man diese Kundgebung als unnütz und in diesem Augenblick sehr gefährlich an... Im ganzen fürchtet man hierin einen Ausdruck des englischen Wunsches sehen zu müssen, die Lage so weit zu verschlimmern, daß der Krieg unvermeidlich wird." Dieses Urteil wird noch dadurch verschärft, daß der Gesandte hinzufügt: „In den amtlichen Kreisen und vor allem im Ministerium der auswärtigen An-

---

[1]) Bd. II, S. 104/105.

[2]) Vgl. hierzu meine ausführlichen Darlegungen in: „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität", Berlin, Hans Robert Engelmann, 1919.

[3]) Paris, 6. März 1906, Bd. II, S. 105/106 und belg. Akt. Nr. 16.

gelegenheiten gibt man sich den Anschein[1]), die Sache sehr ruhig aufzunehmen." Die französische Presse schwieg wie auf Kommando.

Zwei Tage später berichtete der Pariser Gesandte[2]) über den Sturz des Kabinetts Rouvier, für den er die Schuld „der Demonstration des Königs von England für Delcassé" zuschob. Der Minister hatte das Vertrauen des Landes verloren, da er die seinen Vorgänger Delcassé wieder in den Vordergrund schiebende Kundgebung nicht zu verhindern verstanden hatte. Von Rouviers Nachfolger Bourgeois glaubte man, daß er den Versuch machen werde, sich etwas mehr von englischem Einflusse zu befreien[3]).

Baron Greindl hatte den Bericht seines Pariser Kollegen Leghait vom 6. März zur Kenntnis erhalten. Sein Mißtrauen gegen König Eduard, der seiner Meinung nach die auswärtige Politik Englands selbst leitete, stieg aufs höchste. „Es besteht kein Zweifel mehr, daß es der König von England gewesen ist, der unabhängig von seiner Regierung Herrn Delcassé in eine kriegerische Politik hineingetrieben und ihm das übrigens nicht ausführbare Versprechen gegeben hatte, 100 000 englische Soldaten in Holstein zu landen. Die Einladung des Königs an Herrn Delcassé während seines Aufenthaltes in Paris kann nur als Herausforderung ausgelegt werden. Könnte darüber noch irgendein Zweifel bestehen, so würde ihn der sonderbare Schritt des Obersten Barnardiston beim General Ducarne zerstreut haben. Es gibt tatsächlich in England eine Hofpolitik, die neben derjenigen des verantwortlichen Ministeriums und unabhängig von ihr verfolgt wird." Immerhin, fügte Greindl hinzu, sei trotz dieser Umtriebe der Frieden glücklicherweise erhalten geblieben, aber Deutschland stehe allein, Italiens Haltung sei fragwürdig und das durch seine Verlegenheiten im Inneren gelähmte Österreich-Ungarn nicht imstande, seinem Verbündeten zu Hilfe zu kommen. Deutschland allein vermöge seine Gegner in Respekt zu erhalten, und diese Erkenntnis sei vielleicht der greifbarste Vorteil, den Deutschland aus der Marokkoaffäre gezogen habe[4]).

Deutschlands Vereinsamung in der Welt wurde durch die offensichtliche Abkehr Rußlands noch unterstrichen. Die deutsche Politik erntete nun den Dank dafür, daß sie dem Zarenreiche durch ihre Neutralität während des japanischen Krieges einen so ungeheuren Dienst geleistet hatte. „Kaum war der Friede geschlossen, da wurden auch schon die russischen Zeitungen gegen Deutschland ebenso feindlich wie zuvor"[5]). An der großen neuen russischen Anleihe nahm Deutschland nicht teil, dafür aber ermahnte in London der Minister des Äußeren halbamtlich die Hochfinanz der Hauptstadt zur Beteiligung, „in der politischen

---

[1]) „on affecte."
[2]) Bd. II, S. 107.
[3]) Paris, 15. März 1906, Bd. II, S. 108.
[4]) Berlin, 5. April 1906, Belg. Akt. 1905–1914, Nr. 17.
[5]) Berlin, 11. April 1906, Bd. II, S. 110 ff.

Absicht, die Beziehungen zu Rußland zu verbessern. Die englisch-russische Entente liegt in der Luft"[1]).

In den stürmischen Maitagen vor den französischen Wahlen erschien der englische König plötzlich wieder für fünf Tage in der französischen Hauptstadt. Diese Tatsache machte dort einen gewaltigen Eindruck. Eduard VII. habe, meint der am 7. Mai darüber berichtende Pariser Gesandte[2]), die von ihm erstrebte Entente als ein Friedenswerk ohne jeden Angriffsgedanken gegen Deutschland hinstellen wollen. Aber in Paris gehe man weiter. „Man gefällt sich darin, der Anwesenheit des englischen Königs zu Paris noch eine andere Absicht unterzulegen, und man scheint Gründe für die Annahme zu haben, daß er danach strebt, durch die Zwischenschaltung Frankreichs eine ernsthafte Annäherung zwischen Großbritannien und Rußland herbeizuführen. Dieser neue Dreibund, befestigt durch die englisch-japanische Allianz und durch die Freundschaft, die Italien mehr und mehr Frankreich und England erweist, wird bereits von denjenigen ins Auge gefaßt, die gern in der Zukunft ein bald sich vollendendes Ereignis erblicken möchten, das für eine neue und lange Zeitspanne den europäischen Frieden sichert, weil Deutschland trotz seiner Verstimmung über die Vorgänge sich dem Zuge der Ideen nicht wirksam entgegenzustellen vermag, der tatsächlich auf diese neue politische Verbindung hinführt. Wenn diese als sicheres Friedensunterpfand angesehen wird, so sehen andere in ihr eine gar zu deutliche Betonung des Willens nach Vereinzelung Deutschlands, als daß dieses nicht suchen sollte, sich mit allen möglichen Mitteln von dem Eisenringe zu befreien, in den man es einzwängen will. Das hieße in der Tat, ihm — wenn auch mit Sicherheiten oder sogar ernsthaften pazifistischen Ideen — eine Lage aufzwingen, gegen deren erste Anzeichen es bereits seit mehr als einem Jahre so energisch Einspruch erhoben hat."

Den Zusammenschluß der Deutschland abgeneigten Mächte, Frankreich, England und Rußland, bespricht auch ein Berliner Bericht vom 10. Mai 1906[3]), der aber hinsichtlich Rußlands gewisse Vorbehalte macht.

Ein Besuch des deutschen Kaisers in Schönbrunn veranlaßt am 16. Mai den Baron Greindl, zu der Lage Deutschlands ausführlich Stellung zu nehmen[4]). Er geht davon aus, daß die ungarische Presse letzthin eine auffallend unfreundliche Haltung gegen Deutschland eingenommen habe. „Unter den Mitteln, die der Isolierung Deutschlands dienen sollen, ist eines der am meisten verwendeten und eines der wirksamsten der Feldzug der Presse. Seit Jahren unterstellt man Deutschland planmäßig machiavellistische Machenschaften, die ihm fernliegen, und ehrgeizige Pläne, an die es niemals gedacht hat. Durch Wiederholung dieser Falschheiten hat man es fertiggebracht, in der deutschen Politik eine Bedrohung der europäischen Ruhe zu sehen und vergißt, daß sie uns 35 Jahre des

---

[1]) London, 28. April 1906, Bd. II, S. 112.
[2]) Bd. II, S. 112 ff.
[3]) Bd. II, S. 114/115.
[4]) Bd. II, S. 115 ff.

Friedens verschafft hat, und daß die Gefahr nicht von Deutschland kommt das mit seinem Besitze zufrieden ist, sondern von den Mächten, die bestrebt sind, die europäische Karte zu ändern... Der Dreibund hat während langer Zeit den Frieden in Europa garantiert. Es ist zweifelhaft, ob die neue Gruppierung der Mächte, die man zustande zu bringen sucht, dieselbe Sicherheit bietet." Darüber herrschte auch bei dem Londoner Gesandten kein Zweifel, daß es bei allen Maßnahmen der englischen Politik jetzt hauptsächlich auf eine Isolierung Deutschlands abgesehen sei[1]).

Eindringlicher noch betont das wiederum Greindl in einem Berichte vom 8. Juni 1906, der einer zusammenfassenden Besprechung des Kaiserbesuches in Österreich gewidmet war[2]). „Der Wunsch des deutschen Kaisers, das Vorhandensein des Dreibundes zu unterstreichen, ist um so mehr verständlich, als die nicht an ihm beteiligten Mächte ihn dauernd in Bresche zu schießen versuchen, und die Treue Italiens mindestens zweifelhaft geworden ist... Die Politik des Herrn Delcassé hat den Sturz des alten französischen Ministers des Äußeren überlebt. Sie hat zu Algeciras triumphiert und findet in den Pariser beeinflußten Blättern ihre Fortsetzung. Trotz der freundschaftlichen Reden englischer Staatsmänner anläßlich des Besuches der deutschen Bürgermeister und trotz der Besserung der amtlichen Beziehungen scheint die Haltung der britischen Regierung sich seit dem Eintritt des liberalen Ministeriums nicht geändert zu haben. Sir E. Grey versichert, es bestehe keine Vereinbarung zwischen England und Rußland, aber offenbar bereitet man eine Annäherung vor, und diese ist bereits wenigstens bis zur Hälfte vollendet. Was sollte sonst der angekündigte wechselseitige russische und englische Flottenbesuch bedeuten?

„Hat man wegen der Festigkeit des russischen Kredites den bisher für russische Anleihen verschlossenen englischen Markt ihnen soeben geöffnet? Was kann England von einem Lande fürchten oder hoffen, das für lange Jahre durch militärische Zusammenbrüche und durch eine Revolution gelähmt ist, deren Ausgang niemand voraussehen kann? Wie man mit Recht gesagt hat: der beherrschende Gedanke der einer Annäherung an Rußland geneigten englischen Staatsmänner scheint hauptsächlich der zu sein, die Isolierung Deutschlands zu vervollständigen und aufrechtzuerhalten." Diesen letzten Satz hatte Greindl wörtlich aus dem Berichte seines Londoner Kollegen vom 22. Mai entnommen[3]).

Wie stand es bei der schwierigen Lage des Dreibundes mit Italien? Zweimal war letzthin Italien außenpolitisch eigene Wege gewandelt, einmal während der Konferenz von Algeciras, sodann in der Frage der deutsch-englischen Spannung. „Die Spannung der Beziehungen zwischen Deutschland und England", so äußert sich der belgische Gesandte zu Rom am 20. Juni 1906[4]), „ist kein Geheimnis; zurzeit ist sie glücklicher-

---

[1]) London, 22. Mai 1906, Bd. II, S. 117/118.
[2]) Bd. II, S. 119ff.
[3]) Bd. II, S. 118; s. o.
[4]) Bd. II, S. 122ff.

weise gemildert, und man kann erraten warum. Diesen Streitpunkt hat Italien nicht mit übernehmen können und wollen, und mehr noch, es hat gerade in dem Augenblicke seine Herzlichkeitsbeweise gegen England vermehrt, wo das Londoner Kabinett die Entente cordiale mit der französischen Regierung knüpfte. Seitdem war es sicher, daß der Dreibund die Italiener ihrer Meinung nach nicht dazu verpflichtete, Deutschland bei seinem anti-englischen Feldzuge Gefolgschaft zu leisten."

Zwischen England und Deutschland nahmen inzwischen private Bestrebungen zur Herbeiführung besserer Beziehungen ihren Fortgang. Fünfzig deutsche Journalisten reisten im Juni nach London und wurden mit Zuvorkommenheit aufgenommen. Einen tatsächlichen Erfolg hat die Journalistenreise nach der Ansicht des belgischen Gesandten zu London aber ebensowenig gehabt, wie die Reise einer großen Zahl deutscher Bürgermeister nach England. „Der Standpunkt der öffentlichen Meinung ist festgelegt. Die englische Presse hat sich in Angriffen gegen den Kaiser, seine Regierung und sein Volk derart ausgelebt, daß das Publikum mißtrauisch bleibt. Deutschland ist der große Nebenbuhler auf dem Weltmarkte, als Militär- und in Zukunft vielleicht auch als Seemacht. Aus diesem Grunde fühlt sich jeder gute Bürger verpflichtet, es zu verabscheuen, weil er sich sagt, daß dies für den Augenblick die einzige Nation ist, von der er, seit der Schwächung Rußlands und der Entente mit Frankreich, etwas zu fürchten hat"[1]). Diese sehr scharfen Äußerungen hat das belgische Außenministerium ungemildert zur Weitergabe übernommen[2]), was zu beachten ist.

Auf die zahlreichen Hinweise der belgischen Berichterstattung jener Zeit in bezug auf russische Bemühungen zur Verdächtigung der deutschen Politik soll hier nur hingewiesen werden[3]).

Als gerade im Herbste eine friedlichere Stimmung in Europa Platz zu greifen beginnt, erregt ein neuer Kabinettswechsel in Frankreich am 22. Oktober neue Besorgnisse. Bourgeois, der stets mit Deutschland gute Beziehungen aufrechtzuerhalten bestrebt gewesen war, mußte vom Platze weichen; Clémenceaus Auftreten bedeutete für den belgischen Gesandten in Berlin eine Gefahr für den Frieden Europas, denn er kannte seine Todfeindschaft gegen Deutschland[4]). „Ich höre die Hoffnung aussprechen", meint Greindl, „das Gefühl der Verantwortlichkeit werde Clémenceau beruhigen und ihn davon abhalten, die von ihm selbst verurteilte Politik Delcassés wiederaufzunehmen." „Aber", fügte er hinzu, „trotzdem bedeutet das Erscheinen des neuen französischen Ministeriums eine Verringerung der Sicherheit für alle Welt." Clémenceaus Hervortreten stimmte den Baron Greindl um so nachdenklicher, als er noch am gleichen Tage auf gewisse Zersetzungserscheinungen innerhalb der Donau-

---

[1]) London, 23. Juni 1906, belg. Akt. Nr. 18.

[2]) Vgl. Bd. II, S. 124/125.

[3]) Bd. II, S. 126ff.

[4]) Berlin, 25. Oktober 1906, Bd. II, S. 131.

monarchie und auf die Gefahren des Panslawismus hinzuweisen in einem anderen Berichte Gelegenheit hatte[1]).

Die Reise des russischen Außenministers Iswolski im Oktober 1906 nach Paris gewann in diesem Zusammenhange eine erhebliche Bedeutung, da sie mindestens die Wirksamkeit des Zweibundes unterstrich[2]). Im übrigen verlief das Jahr ruhiger, als es bei seinem Beginn jemand zu prophezeien gewagt haben würde.

1907

Erst der überraschende abermalige Besuch König Eduards VII. und seiner Gemahlin zu Paris im Februar 1907 brachte einen neuen Ton in das Bild. Dieser neue Freundschaftsbeweis an die Adresse Frankreichs, dem Eduard VII. dadurch jede politische Bedeutung zu nehmen suchte, daß er den Wunsch der Königin, Paris einmal wiederzusehen, in den Vordergrund schob, wirkte in der ganzen Welt verblüffend. Der belgische Gesandte zu Paris berichtete sofort[3]), die Reise müsse doch wohl einen wichtigen politischen Zweck verfolgen, den zu erkennen nur noch nicht möglich sei. Vielleicht wünsche Eduard VII., den Einfluß auf Frankreich wieder zu befestigen, den er fürchte sich entschlüpfen zu sehen. Ein zwei Tage später erstatteter Bericht endet mit der bezeichnenden Frage: „Wird es Eduard VII. gelingen, alle zu überzeugen, daß der von ihm mit soviel Nachdruck bei der Werbung um die Freundschaft eines starken Frankreichs verfolgte Zweck völlig uneigennützig ist und nichts weiter im Auge hat, als die Schaffung eines zur Aufrechterhaltung des Friedens fähigen europäischen Gleichgewichtes?“[4])

Gegenüber der politischen Tragweite des englischen Königsbesuches trat das für die deutschen Sozialisten ungünstige Ergebnis der Reichstagswahlen und die damit verbundene Stärkung des kaiserlichen Ansehens in Deutschland zurück, verfehlte aber nicht, in England peinliches Aufsehen zu machen. „Die öffentliche Meinung scheint von dem Wahlergebnis enttäuscht, und die durch Furcht und Eifersucht hervorgerufene antideutsche Stimmung hat noch nichts von ihrer Stärke eingebüßt“[5]).

Als am 9. Februar die englischen Majestäten Paris wieder verlassen hatten und der Gesandte Belgiens, A. Leghait, tags darauf nach Brüssel berichtete[6]), da stand es ihm bereits fest, daß die trotz aller Friedensversicherungen von Eduard VII. verfolgte Taktik eine Friedensgefahr bedeute. „Man wird sich nicht verhehlen dürfen, daß diese Taktik, die äußerlich den Zweck verfolgt, den Krieg zu vermeiden, leicht in Berlin ein beträchtliches Unbehagen hervorrufen und den Wunsch erzeugen kann, alles zu versuchen, um aus der Umklammerung wieder

[1]) Bd. II, S. 132/133.
[2]) Petersburg, 20. Oktober 1906, Bd. II, S. 129 ff.
[3]) Paris, 4. Februar 1907, Belg. Akt. Nr. 21, und Bd. II, S. 140/141.
[4]) Paris, 6. Februar 1907, Bd. II, S. 143.
[5]) London, 8. Februar; Berlin, 9. Februar 1906, belg. Akt. Nr. 22 und 23.
[6]) Belg. Akt. Nr. 24 und Bd. II, S. 144/145.

herauszukommen, mit der die englische Politik Deutschland einengt.“ Frankreich wünsche zurzeit aufrichtig die Erhaltung des Friedens und eine Besserung seiner Beziehungen zu Deutschland. „Es wird große diplomatische Anstrengungen machen müssen, um in Berlin zu beweisen, daß die Entente cordiale Deutschland nicht zu beunruhigen braucht und nicht abgeschlossen wurde, um es in seiner Expansion zu behindern.“

In der nächsten Zeit wird die Aufmerksamkeit der belgischen Berichterstatter der merklichen Annäherung zwischen den Kabinetten von St. James und St. Petersburg zugewendet. Unzweifelhaft findet eine solche Annäherung wirklich statt. Am 28. März 1907 berichtet der belgische Geschäftsträger E. de Cartier aus London[1]: „Wenn man gewissen Anzeichen trauen darf, so scheint uns die englische Diplomatie, deren ganze Kraft auf die Isolierung Deutschlands gerichtet ist, für eine nahe Zukunft das Schauspiel einer englisch-russischen Entente vorbehalten zu wollen.“ Rußland beobachtete zunächst noch eine gewisse Zurückhaltung[2]).

Die in Marokko infolge der Ermordung des französischen Arztes Mauchamp zu Marrakesch[3]) sich ergebende Zuspitzung der Lage löst in Paris sofort neue Erregungen aus. „Die französische Anmaßung“, berichtet Baron Greindl am 28. März 1907[4]), „wird wieder, was sie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreiches war, und die Entente cordiale ist dafür die Veranlassung. Sie ist sogar noch um einen Grad gestiegen, seitdem die Verhandlungen zwischen London und St. Petersburg, denen Frankreich zweifellos nicht ferngestanden hat, zu einer Entente zu führen scheinen. . . Die englische Presse setzt ihren Verleumdungsfeldzug mit größerer Erbitterung denn je fort. Sie sieht die Hand Deutschlands überall, wo irgend etwas für England Unangenehmes sich ereignet. Nach Bedarf erfindet sie ganze Geschichten, wie den angeblichen Plan einer Schließung der Ostsee.“

Als Baron Greindl am 8. April[5]) über die weitere Entwicklung der Dinge in Marokko berichtet und bei dieser Gelegenheit von Frankreichs Stellung zur Frage einer deutschen Bagdadbahn spricht, steht sein Urteil dahin fest, daß Frankreich durch seine Beziehungen zu England seine bisherige Zurückhaltung ganz aufgegeben habe. Er sagt wörtlich: „Wie Sie sehen, Herr Baron[6]), maßt sich Frankreich ebenso wie vor 1870 ein Recht zur Einmischung in Angelegenheiten an, die es ganz und gar nichts angehen, und bildet sich ein, ein Einspruchsrecht gegen Abmachungen zu besitzen, die zwischen unabhängigen Mächten getroffen worden sind. Wir mußten soeben erst wieder auf unsere Kosten erfahren, was die Rückkehr zu den Traditionen des zweiten Kaiserreiches oder vielmehr zu denen der allgemeinen französischen Politik bedeutet. Jedesmal wenn Frank-

---

[1]) Belg. Akt. Nr. 25 und Bd. II, S. 150/151.
[2]) Petersburg, 7. und 13. März 1907, Bd. II, S. 145 ff.
[3]) Tanger, 24. und 29. März 1907, Bd. II, S. 148/149.
[4]) Belg. Akt. Nr. 26.
[5]) Belg. Akt. Nr. 27.
[6]) Baron Favereau, Minister des Äußeren in Brüssel.

reich sich im Laufe der Geschichte stark genug dazu fühlte, hat es den Versuch gemacht, sich die Vorherrschaft über die ganze Welt anzumaßen. Jetzt gibt ihm die Entente cordiale mit England den Mut dazu."

In England gewöhnte sich das Volk mehr und mehr daran, die internationalen Fragen „als ausschließliche Domäne König Eduards zu betrachten, dessen tiefen politischen Sinn und erfolgreiche Staatskunst es mit Recht bewunderte". Die von ihm herbeigeführte Monarchenbegegnung in Cartagena am 8. April diente nach belgischem Urteil dem Zwecke, „den deutschen Einfluß in Madrid möglichst zu schwächen"[1]). Befürchtete auch das konservative Kabinett in Spanien, durch den Besuch des englischen Königs in der marokkanischen Angelegenheit weiter festgelegt zu werden, als ihm lieb sei, so wurde doch Englands Vorteil hierbei wiederum aufs beste gewahrt. „Niemand könnte darüber erstaunen, den König Eduard mit Schaffung einer Allianz der iberischen Länder beschäftigt zu sehen, die doch eine Verlängerung des befreundeten Frankreichs bilden", heißt es in einem Madrider Bericht vom 8. April 1907[2]).

Der Auffassung, als sei der englische Königsbesuch ein reiner Höflichkeitsakt gewesen, widerspricht ein Madrider Bericht vom 16. April energisch[3]): „Diese Behauptung stimmt schlecht mit der Aufeinanderfolge der Tatsachen überein. Gestern war es die Schaffung eines Oberbefehls der britischen Streitkräfte im Mittelmeer, der dem Herzoge von Connaught, dem Bruder des Königs übertragen wurde, morgen wird es die Begegnung von Gaëta sein. Schließlich zeigt sich auf englischer Seite allzu deutlich eine gewisse Genugtuung, als daß diese Begegnung von Cartagena nicht den in sie gesetzten Hoffnungen entsprochen haben sollte." Greindl aber meint am 18. April[4]): „Wie der Bündnisvertrag mit Japan, die Entente cordiale mit Frankreich, die mit Rußland schwebenden Verhandlungen, so ist der Besuch des Königs von England beim Könige von Spanien ein Manöver in dem von Seiner Majestät Eduard VII. persönlich mit ebensoviel Ausdauer wie Erfolg geleiteten Feldzuge zur Isolierung Deutschlands. . . Dieser Eifer, Mächte, die niemand bedroht, angeblich zu Verteidigungszwecken zu einigen, kann mit vollem Rechte verdächtig erscheinen. Man kann in Berlin das vom Könige von England Herrn Delcassé gemachte Angebot von 100 000 Mann nicht vergessen. Wir selbst haben die seltsamen Eröffnungen des Obersten Barnardiston an General Ducarne zu verzeichnen, und wer weiß, ob es nicht noch andere ähnliche Intrigen gegeben hat, die nicht zu unserer Kenntnis gekommen sind."

Als Baron Greindl diese Zeilen schrieb, stand er unter dem Eindrucke der gerade eben — am 10. April — erfolgten Zusammenkunft des Königs Eduard mit dem Könige Victor Emanuel zu Gaëta. Greindl versteht es, daß Italien trotz seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde mit England und

---

[1]) London, 12. April 1907, belg. Akt. Nr. 28.

[2]) Bd. II, S. 151 ff.

[3]) Bd. II, S. 153/154.

[4]) Belg. Akt. Nr. 29.

Frankreich in gutem Einvernehmen zu leben wünscht. „Wie sollte Italien im Falle eines Konfliktes seine ungeheuer ausgedehnten Küsten gegen die vereinigten Flotten Englands und Frankreichs verteidigen können? Und was könnten seine deutschen und österreichisch-ungarischen Verbündeten zu seinem Schutze tun?" Aber auch der belgische Gesandte zu Rom weist darauf hin, daß nach allgemeiner Ansicht der italienischen Presse der König von England durch seinen Besuch der deutschen Politik habe einen Streich spielen wollen; ob das wirklich stimme, könne man allerdings nicht wissen[1]).

Ein Jahr später war jeder Zweifel über die wahren Absichten König Eduards bei der belgischen Diplomatie geschwunden, denn in einem Gesandtschaftsberichte aus Rom vom 31. März 1908, den das Brüsseler Außenministerium zu einem Rundschreiben an die anderen Gesandtschaften verwendete[2]), heißt es ausdrücklich: „Im vorigen Jahre hat der König von England seine Mittelmeerfahrt zu dem Versuche ausgenutzt — mindestens hatte es den Anschein —, Italien, wenn nicht vom Dreibunde abzusprengen, so doch wenigstens der englisch-französischen Freundschaft zu nähern. . . Der Dreibund ist nicht unpopulär in Italien, denn er hat dem Lande denselben Dienst geleistet wie der französisch-russische Zweibund Frankreich. Der Dreibund hat während langer Zeit Italien vor jeder Gefahr beschützt; er hat ihm das Selbstvertrauen zurückgegeben und ihm erlaubt, sich ganz seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu widmen"[3]).

1907 war das Jahr der Bündnisse. „Internationale Abmachungen sind jetzt an der Mode", meint Baron Greindl, als er am 13. Mai ausführlich über den Eindruck des französisch-japanischen Vertrages in Deutschland berichtet[4]). „Sie vollziehen sich alle unter Ausschluß von Deutschland und zwischen Mächten, die aus dem einen oder dem anderen Grunde Deutschland feindlich gesinnt sind: England-Japan, England-Frankreich, England-Rußland, Frankreich-Japan." Greindl erläßt uns bei dieser Gelegenheit nicht einen scharfen Tadel wegen unserer Politik gegen Japan. Vor zwölf Jahren habe Deutschland an der Seite von Rußland und Frankreich Japan um die Früchte seines Sieges über China gebracht und sich dabei noch eingebildet, auf dem Wege der Annäherung an den Zweibund ein Meisterwerk vollbracht zu haben. In Wirklichkeit hätten weder Frankreich noch Rußland Deutschland für seine Mitwirkung Dank gewußt, und Japan sei aufs tiefste dadurch verletzt worden. Dieses Gefühl dauere in Japan noch an; die wohlwollende Neutralität Deutschlands gegen Rußland im letzten Kriege habe dieses Gefühl weiter verstärkt. Und wiederum erscheint im Hintergrunde der Weltpolitik König Eduard VII., wenn Greindl ausführt: „Die Erregung der deutschen Presse ist vielleicht übertrieben, aber begreiflich. Französische und englische

---

[1]) Rom, 19. und 21. April 1907, Bd. II, S. 155 ff.
[2]) Brüssel, 24. April 1903, Bd. II, S. 200/201.
[3]) Vgl. auch Bd. III, S. 76 ff
[4]) Bd. II, S. 159 ff.; vgl. auch Paris, 8. Juni 1907, Bd. II, S. 163/164.

Zeitungen haben sich bemüht, die französisch-japanische Übereinkunft als einen neuen Erfolg des vom Könige von England persönlich zur Isolierung Deutschlands geführten Feldzuges hinzustellen. Seit Jahren sprechen die führenden englischen Blätter unaufhörlich von den Angriffsabsichten Deutschlands. Diese These muß wohl ihren Lesern gefallen, da sie sie trotz ihrer Unwahrscheinlichkeit immer wieder entwickeln. In Wirklichkeit wird die ganze innere und äußere Politik des Reiches durch die Furcht vor einem Angriffe beherrscht."

Will man in Greindls Äußerungen hier — wie es die Entente wiederholt getan hat, um die Tragweite der ihr äußerst unbequemen belgischen Diplomatenberichte abzuschwächen — von einer unbegreiflichen Voreingenommenheit des Barons Greindl für Deutschland sprechen, so dürfte ein vom Grafen Lalaing in London am 24. Mai 1907 erstatteter Bericht[1]) jeden Zweifel darüber beseitigen, wer an der Vergiftung der englisch-deutschen Beziehungen in der geschilderten Zeitspanne die Schuld trug. „Es ist klar," berichtet Graf Lalaing, „daß das amtliche England im stillen eine deutschlandfeindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielt, und daß König Eduard es nicht verschmäht hat, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen; aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse tut, von der hier die Rede ist."

Als das Brüsseler Außenministerium diesen auf den Ton schärfster Kritik gestimmten Bericht am 6. Juni in einem Rundschreiben an die anderen Gesandten weitergab[2]), ließ es das ganz persönlich auf König Eduard zugeschnittene Urteil stehen, daß er es nicht verschmäht habe, seinen großen eigenen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen. Es milderte nur den scharfen Satz: „Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine deutschlandfeindliche Politik befolgt," in die Fassung: „Die Sympathien des amtlichen Englands neigen zu einer Politik, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielt."

Keiner dialektischen Kunst kann es gelingen, dieses unzweideutige Zeugnis nicht eines einzelnen belgischen Diplomaten, sondern des belgischen Außenministeriums selbst, in seiner Deutschland entlastenden Bedeutung zu erschüttern.

In Deutschland blieb kaum ein Mittel unversucht, den Beziehungen zu England die Schärfe zu nehmen, wenn man sich auch nicht dazu entschloß, auf den Ausbau der deutschen Flotte zu verzichten. In Erwiderung des deutschen Journalistenbesuches in England kam im Mai 1907 eine Abordnung englischer Journalisten nach Deutschland und wurde in Bremen, Hamburg und Berlin auf das herzlichste empfangen. Greindl geht bei diesem Anlasse in einem Berichte vom 30. Mai[3]) ausführlich auf die

---

[1]) Belg. Akt. Nr. 30.

[2]) Bd. II, S. 161/162.

[3]) Belg. Akt. Nr. 31.

inneren Gründe des englischen Gegensatzes zu Deutschland ein. „England sieht mit scheelen Blicken auf die wunderbaren Fortschritte Deutschlands auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und der Handelsmarine. Gewohnt, ohne Nebenbuhler dazustehen, erscheint ihm jede Konkurrenz als ein Eingriff in seine Rechte. Angesichts der Entwicklung der Kriegsmarine des Deutschen Reiches heuchelt England Besorgnisse, deren Aufrichtigkeit ich aber für mehr als zweifelhaft halte. Es muß doch wissen, daß ein deutscher Angriff, selbst in einer recht fernen Zukunft, tatsächlich unmöglich ist. Im Gegenteil, Deutschland hat alles zu fürchten. Seit Jahrhunderten ließ England es sich angelegen sein, die Seestreitkräfte fremder Nationen zu vernichten, sobald sie eine gewisse Bedeutung erlangt hatten. Nach Holland hat Frankreich dies erfahren müssen. Dann ist die Reihe an Dänemark gekommen, dessen Schiffe ohne den geringsten Vorwand vom Admiral Nelson vernichtet wurden, nachdem er als Freund in den Hafen von Kopenhagen eingelaufen war[1]). Das deutsche Mißtrauen hat den Ausbau der Flotte des Reiches volkstümlich gemacht; sie ist im besten Falle stark genug, eine defensive Rolle zu spielen; die Mehrheit des Volkes wollte von ihrem Ausbau so lange nichts hören, als man auf die Freundschaft oder wenigstens die Neutralität Englands rechnen zu können glaubte. Dieses Mißtrauen wird noch durch die persönlichen Bemühungen des Königs von England genährt, mit der ganzen Welt Ententen abzuschließen, außer mit Deutschland, dem gegenüber er doch keinerlei Grund zur Klage hat. Die Presse tut das ihrige dazu, indem sie jeden Erfolg der äußeren Politik Englands als auf das Endziel gerichtet hinstellt, Deutschland zu isolieren. Wer wollte wagen zu behaupten, daß sie sich in diesem Punkte irrt? Weit davon entfernt, eine Spannung in den Beziehungen zu England herbeiführen zu wollen, leidet Deutschland unter diesem Zustande, wie die wiederholten Versuche einer Annäherung beweisen, zu denen der erste Schritt immer von Berlin ausgegangen ist. Eine der Ursachen ihres Mißerfolges ist vielleicht die Überschwänglichkeit, mit der sie erfolgten. Die lauten Freundschaftsbezeigungen, die weder den wirklichen Tatsachen, noch den Gefühlen der beiden Völker entsprachen, riefen jedesmal in England wie in Deutschland eine Gegenwirkung hervor, die vermieden worden wäre, wenn man sich lediglich vorgenommen hätte, korrekte und normale Beziehungen zu pflegen... Die Spannung in den deutsch-englischen Beziehungen kann wohl kleinlichen und kurzsichtigen politischen Bestrebungen dienlich sein, aber sie gefährdet das höhere Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, den das deutsche Übergewicht uns seit 36 Jahren gewährleistet hat. Sie ermutigt die mit dem status quo unzufriedenen Staatsmänner in ihren Plänen." — Es ist unnötig, diesen Äußerungen noch etwas hinzuzufügen.

---

[1]) Englands von aller Welt verurteiltes Verfahren gegen Dänemark 1807 hätte Greindl hier mit anführen können. Vgl. die ausführliche Darstellung dieses Beutezuges in meiner „Geschichte der Königlich Deutschen Legion", Hannover, Hahn'sche Buchhandlung, 1897.

Eine neue und erfreulich scheinende Phase der deutsch-englischen Beziehungen wurde im Sommer 1907 durch eine herzliche Einladung des deutschen Kaisers nach England eingeleitet. Darin, daß Kaiser und Kanzler in Kiel noch darüber berieten, was daraufhin zu geschehen habe, erblickte Greindl nach allem, was vorangegangen war, die Absicht deutscherseits, vielleicht in London zu zeigen, daß man keine Annäherung um jeden Preis wünsche, und daß man sich nicht bemühe, „auf den ersten Ruf des Königs von England gelaufen zu kommen, der persönlich in der ganzen Welt eine Politik leitet, als deren Endziel die Isolierung Deutschlands erscheint"[1]). Die Machenschaften König Eduards mit ihren überall in der Welt getroffenen Vereinbarungen schienen ihm nach wie vor äußerst gefährlich. Er berichtete am gleichen Tage[2]): „Diese gegen eingebildete Gefahren ergriffenen Vorsichtsmaßregeln sind geeignet, bei den Völkern die Idee zu wecken und zu nähren, daß Deutschland die angriffslustige Macht sei, gegen deren Unternehmungen die anderen Mächte sich zusammenschließen müßten. Der Schaden wäre ja nicht so groß, wenn diese Verträge nur überflüssig wären; aber sie schaden der Sache des Friedens, der sie zu dienen vorgeben, weil sie in den deutschfeindlichen Kreisen die Überzeugung wecken, daß der Augenblick für die Verwirklichung ihrer Pläne herannaht."

Wiederum war es durchaus nicht nur der Berliner Gesandte, der diese Auffassungen vertrat, sondern in gleichem Maße auch sein Pariser Kollege Leghait. „England bereitet sein Gelände in bewunderungswürdiger Weise vor," schreibt er am 17. Juni 1907[3]). „Aber hat Frankreich, das sich seiner Politik anschließt, alle nötigen Sicherheiten dafür, daß es nicht eines Tages ihr Opfer wird? . . . Um sich augenblicklich vielleicht nur gegen eingebildete Gefahren zu sichern oder die Stellung der Lenker seiner inneren Politik zu befestigen, lädt Frankreich eine Dankesschuld auf sich, die ihm an dem Tage schwer erscheinen wird, wo England enthüllen wird, zu welchem Zwecke es die um sich gruppierten Kräfte benutzen will."

Dem Brüsseler Außenministerium erschien es offenbar zu heikel, diese England schwer belastenden Ausführungen des Pariser Gesandten unverkürzt weiterzugeben. Es nahm einige Streichungen vor, ließ aber doch die Bemerkung stehen, daß man sich fragen müsse, welches die Drohungen seien, die so große Abwehrmittel erforderten, und es fehle nicht an Leuten, die befürchteten, daß man durch derartige Friedenssicherungen den Krieg heraufbeschwöre; man müsse an ein viel engeres Band als eine Entente cordiale zwischen Frankreich und England glauben, das geheim bleiben werde, bis die Umstände zur Bekanntgabe der Abmachungen nötigten[4]).

---

[1]) Berlin, 22. Juni 1907, Bd. II, S. 164.

[2]) Berlin, 22. Juni 1907; belg. Akt. Nr. 35 und Bd. II, S. 167/168.

[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 33.

[4]) Bd. II, S. 168/169.

Als im Juni des Jahres die Königspaare von Dänemark und Norwegen in Paris eintrafen und mit dem größten Pomp empfangen wurden, gibt Leghait der Ansicht Ausdruck, daß diese Reise vielleicht gleichfalls vom Könige von England veranlaßt worden sei. „Sicher ist, daß König Eduard nichts versäumt hat, um das Ansehen Frankreichs zu erhöhen und ihm Freundschaften bei den fremden Regierungen und Höfen zu sichern. Er wünscht, daß diese Bindungen jetzt mit einem gewissen Geräusch in die Erscheinung treten, und zweifellos will er zeigen, daß die nordischen Höfe der deutschen Politik keine Gefolgschaft leisten. Das ist eine der Phasen der Entwicklung, die er mit bewunderungswürdigem Geschick leitet, um nach und nach zum Vorteil der neuen Gruppierung, deren Mittelpunkt er ist, alles abzusprengen, was vielleicht noch unter deutschem Einfluß stehen könnte"[1]).

Demgegenüber vermochte der Versuch des deutschen Kaisers, durch freundliche Aufnahme des Vizepräsidenten der französischen Kammer, Etienne, in Kiel auf eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen hinzuwirken, einen Erfolg nicht zu erringen. „Korrekte Beziehungen zwischen Berlin und Paris sind das Höchstmaß des Erreichbaren," heißt es in einem Berliner Berichte vom 1. Juli 1907[2]). „Eine wahre und dauerhafte Annäherung würde die Ausschaltung des Revanchegedankens zur Voraussetzung haben, und es gibt längst keinen Franzosen mehr, der nicht die Hoffnung darauf in der Tiefe seines Herzens bewahrte." In dieser Fassung gab das Brüsseler Außenministerium Greindls Auffassung weiter, der sogar gesagt hatte, es gebe selbst unter den vernünftigsten und friedfertigsten Franzosen niemanden, der nicht im Grunde seines Herzens die Hoffnung auf Revanche bewahrte.

Im übrigen ist unverkennbar, daß im Sommer 1907 von Frankreichs Seite Deutschland gegenüber ein wenig eingelenkt wird[3]). Alle Vorteile davon hat allerdings England geerntet, seine Besitzungen im Mittelmeer befestigt und die Möglichkeit gewonnen, seine bisher dort unterhaltenen Seestreitkräfte im Notfalle in der Nordsee zu versammeln. „Indem es solcher Art Freundschaften schloß und sozusagen eine Liga zur friedlichen Verhinderung der deutschen Machterweiterung schuf, konnte sich Großbritannien nicht verhehlen, daß es einen furchtbaren Ausbruch des Mißvergnügens beim deutschen Volke und seiner Regierung heraufbeschwor." Der Besuch des deutschen Kaisers sollte nun die Reihe der englischen Triumphe abschließen, die schließlich noch dadurch erweitert wurden, daß König Eduard VII. durch einen Besuch des Kaisers Franz Joseph in Ischl auch die Beziehungen zu Österreich-Ungarn verbesserte[4]).

Eine Begegnung des deutschen Kaisers mit dem Zaren vor Swinemünde und des französischen Botschafters zu Berlin mit dem deutschen Reichskanzler in Norderney zeigen eine weitere Entspannung, die auch

---

[1]) Paris, 18. Juni 1907, Bd. II, S. 169/170.

[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 36 und Bd. II, S. 171/172.

[3]) Paris, 2. Juli 1907, Bd. II, S. 172ff.

[4]) Wien, 30. September 1907, Bd. II, S. 184/185.

Baron Greindl in einem Berichte vom 30. August mit Genugtuung feststellt[1]. Der Wiener Besuch des Herzogs von Connaught, des Bruders des englischen Königs, im Oktober 1907 wirkte in ähnlichem Sinne[2]. Der Eindruck der Veröffentlichung des englisch-russischen Abkommens wurde dadurch wesentlich abgeschwächt[3].

Der bevorstehende Besuch des deutschen Kaiserpaares in London warf seine Schatten voraus. Angesichts der Haltung der englischen Presse war im günstigsten Falle eine Entspannung zu erhoffen; allzu eifrig bemühte man sich in der englischen Presse, die Festigkeit der von Eduard VII. überall angeknüpften Beziehungen bei diesem Anlasse laut zu betonen[4]. In einer gerade damals unternommenen Reise des spanischen Königspaares über Paris nach London sah der belgische Gesandte in Paris die Absicht, an der „Festigkeit der von der britischen Diplomatie so geschickt geschmiedeten Freundschaftskette" keinen Zweifel aufkommen zu lassen[5].

Tatsächlich bedeutete der im November 1907 stattfindende Besuch des deutschen Kaiserpaares in London für die Beziehungen Englands zu Deutschland nur eine vorübergehende Waffenruhe. Unmittelbar nach der Abreise nahm die englische Presse ihren Feldzug gegen Deutschland wieder auf[6]. Trotz des herzlichen Tones in der Begrüßungsrede des Königs Eduard und in den Trinksprüchen der Monarchen hielt es Greindl für angezeigt zu betonen, Deutschland habe gute Gründe, kein Übermaß von Sicherheit zu erwecken, das die Lage nicht bestätige. Die in den Tischreden zu Windsor ausgesprochenen Friedenswünsche seien von deutscher Seite zweifellos aufrichtig gemeint gewesen. „Der Kaiser hat es während einer Regierungszeit von 19 Jahren bewiesen; es steht zu wünschen, daß der König von England von denselben Gefühlen bewegt wird." Am gleichen Tage — 19. November 1907 — berichtet Greindl über die neue deutsche Flottenvorlage, die nicht etwa Angriffsplänen gegen England ihre Entstehung verdanke. Man müsse aber wohl die Notwendigkeit größerer Ausgaben für die Flotte sehr stark empfinden, da Deutschlands Gesamtlage Sparsamkeit erheische[7].

Als durch das Erscheinen des französischen Gelbbuches im November 1907 die Möglichkeit geboten wird, die einzelnen Phasen der „für Frankreich schwierigen und peinlichen" Zeit nach der Konferenz von Algeciras besser zu übersehen, hebt der Pariser belgische Gesandte hervor, das Gelbbuch sei etwas reichlich auf die Entschuldigung des französischen Handelns zugeschnitten[8]. „Man beschwört die Entente cordiale, aber

---

[1] Bd. II, S. 181/182.

[2] Wien, 30. September, Bd. II, S. 184/185.

[3] Berlin, 29. September 1907, Bd. II, S. 185/186.

[4] London, 11. Oktober 1907; Berlin, 28. Oktober 1907. Belg. Aktenstücke, Nr. 38 und Bd. II, S. 187/188, 191/192.

[5] Paris, 31. Oktober 1907, Bd. II, S. 189/190.

[6] London, 12. und 14. November 1907; Berlin, 18. November 1907. Bd. II, S. [illegible].

[7] Bd. II, S. 195/196.

[8] Paris, 18. November 1907, Bd. II, S. 196 ff.

man vergißt, daß diese Entente nicht das Werk Frankreichs ist, und daß letzteres, das man mit offenen Armen aufnahm, nur das Werkzeug Englands und einen Hauptbestandteil des Räderwerkes seiner Politik bildet."

Die Berichterstattung der Belgier über das Jahr 1907 klingt somit nochmals in der Bestätigung der Tatsache aus, daß England die Führung der europäischen Politik übernommen hatte. Ob von Deutschlands Seite Gefahren den europäischen Frieden bedrohten oder nicht, darüber bestand bei den Belgiern kein Zweifel. Ihnen allen, nicht etwa nur dem „deutschfreundlichen" Baron Greindl, erscheint der deutsche Kaiser nach wie vor als starker Hort des Friedens. Wo er kann, sucht er das Ansehen des Dreibundes zu heben, aber überall begegnet er der zielbewußten, unermüdlichen Tätigkeit des englischen Königs, der in seinem auf Einkreisung Deutschlands gerichteten Streben nicht ermattet. Nur die starke Kriegsbereitschaft Deutschlands scheint vorläufig noch den Frieden Europas zu verbürgen. Der Kaiserbesuch in London hat eine augenblickliche Entspannung herbeigeführt und insofern alles geleistet, was man billigerweise von ihm erhoffen konnte, die Anschauungen der Staatsmänner und die Politik der Kabinette aber nicht verändert. Alle, die sich dem Kaiser näherten, standen unter dem Zauber seiner Persönlichkeit. Aber man glaubte doch auch gelegentlich an ehrgeizige Pläne des „Admirals des Atlantischen Ozeans"[1]). — Der Kaiser hat in den kommenden Friedensjahren noch hinlänglich zu erweisen vermocht, daß es ihm nur auf die Aufrechterhaltung des Friedens ankam, wenn er Deutschlands zweifellos vorhandene Machtstellung gelegentlich in tönenden Worten unterstrich.

1908

Orientfragen beginnen 1908 die Weltlage zu bestimmen. Durch den unglücklichen Ausgang des japanischen Feldzuges hatte Rußland einsehen gelernt, daß seine ostasiatische Politik „um 50 Jahre verfrüht" war, und daß es zunächst der Verwirklichung seines geschichtlichen Programms auf dem Balkan zustreben mußte. Jede russische Vergrößerungsabsicht im äußersten Osten konnte einen neuen Krieg heraufbeschwören[2]). Eine Reise des ehemaligen russischen Finanzministers Schipoff nach Japan wirkte im Sinne eines russisch-japanischen Ausgleiches. In Tokio glaubte man schon zu Anfang des Jahres 1908, von Rußland für längere Zeit nichts mehr befürchten zu müssen.

In Rußland war man entschlossen, sich dem Balkan wieder zuzuwenden[3]). Hier mußten sich alsbald die Linien der russischen und deutschen Politik gefährlich berühren, denn auch Deutschland hatte großes Interesse daran, seine dortigen Beziehungen weiter auszugestalten. Für England bot sich eine neue Gelegenheit, Deutschland entgegenzutreten. Daß es auch in der Marokko-Angelegenheit dauernd den fran-

---

[1]) London, 13. Dezember 1907, Bd. III, S. 55/56.
[2]) Bukarest, 2. April 1911, Bd. III, S. 228/229.
[3]) Tokio, 7. Dezember 1907, Bd. III, S. 56/57.

zösischen Standpunkt gestützt und dadurch dessen Bestreben zur Ausgestaltung des ihm zu Algeciras gegebenen Mandats in beunruhigender Weise ermutigt hat, läßt die belgische Berichterstattung unzweideutig erkennen[1]). Immer neue Privilegien weiß Frankreich zwischen den Maschen der Algeciras-Akte ohne allzu große Mühe durchschlüpfen zu lassen[2]).

Als im Januar 1908 Jaurès, der Führer der französischen Sozialisten, die Politik der französischen Regierung in Marokko scharf angreift, völlige Zurückhaltung fordert und dadurch Delcassé zu einer außenpolitisch bedenklichen Rechtfertigung seiner Politik von 1905 veranlaßt, verurteilt der belgische Gesandte in Paris seine Haltung und auch die der englischen Staatslenker, indem er darauf hinweist, England sei der eigentliche Drahtzieher der französischen Marokkopolitik gewesen[3]). „Wenn Delcassé die Freundschaften historisch entwickelte, die sich während seiner Amtszeit um Frankreich gruppiert haben, so hat er sich das ganze Verdienst an einer Lage zugesprochen, die nach seiner Meinung den Krieg mit Deutschland unmöglich machen soll. Der chauvinistische Franzose hat sich dieser Behauptung begeistert angeschlossen, ohne sich zu fragen, 1. ob die neue Gruppierung der Mächte nicht das Ergebnis eines umfassenden, in London wunderbar erdachten Programms ist, bei dessen Verwirklichung Delcassé viel mehr das Instrument als der Erfinder gewesen ist; 2. ob seine Behauptung begründet ist, der Widerstand gegen Deutschlands Forderungen 1905 und die Weigerung, nach Algeciras zu gehen, würden den Krieg herbeigeführt haben. Diese Ansicht kann der Exminister heute leicht vorbringen, um bei solchen Leuten, die unter der Demütigung von 1905 gelitten haben, zu seinen Gunsten patriotische Empfindungen zu erwecken.“ 1905 habe man über die Ergebnisse der Politik Delcassés in Frankreich ganz anders gedacht.

Baron Greindl weist Delcassés Rede gleichfalls energisch zurück[4]). „Die Rede hat mir einen peinlichen Eindruck gemacht, aber nicht etwa deshalb, weil Delcassé nach dreijährigem Schweigen seine eigene Politik lobte (worauf man gefaßt sein mußte), sondern wegen des großen Beifalls, den er dabei fand, und wegen der Art, wie die Presse, besonders die Londoner, die Rede aufgenommen hat. Die Rede wimmelt von Anspielungen, die für Deutschland verletzend sein müssen. Es wird darin gesagt, da die kaiserliche Regierung keinen Vorwand zu einer Intervention in der Marokko-Angelegenheit gehabt habe, so müsse sie jedenfalls ihre Absichten dabei gehabt haben. Europa sei eben damals einer Art von Hegemonie entgangen, und in dem befreiten Europa hätten sich alle die Völker, denen Europas Unabhängigkeit am Herzen liege, und die diese Unabhängigkeit festigen wollten, um Frankreich geschart.“

---

[1]) Tanger, 18. Januar 1908, Bd. III, S. 57/58; Wien, 14. Januar 1908, Bd. III, S. 61/62.

[2]) Tanger, 30. November 1908, Bd. III, S. 103.

[3]) Paris, 27. Januar 1908, Bd. III, S. 59/60 und Belgische Aktenstücke, Nr. 40.

[4]) Berlin, 27. Januar 1908, Belgische Aktenstücke, Nr. 39.

Greindl verwirft diesen Gedankengang aufs schärfste. „Wo hat Herr Delcassé je gesehen," führt er aus, „daß Deutschland den anderen europäischen Völkern seine Vorherrschaft aufzwingen wollte? Wir sind seine nächsten Nachbarn, und seit zwanzig Jahren habe ich bei der kaiserlichen Regierung nicht die geringste Neigung entdecken können, ihre Stärke und unsere Schwäche zu mißbrauchen. Ich wünschte nur, daß alle anderen Großmächte sich der gleichen Rücksicht gegen uns befleißigt hätten."

„Herr Delcassé sagt, daß Deutschland niemals die Absicht gehabt habe, Marokkos wegen Krieg zu führen. Das ist allerdings wahr; aber anstatt diese Mäßigung der friedlichen Gesinnung des Kaisers zuzuschreiben, sieht er ihren Grund darin, daß Frankreich die Mehrzahl der Großmächte, die öffentliche Meinung der ganzen Welt, mächtige Freundschaften, einen treuen Verbündeten und vor allem sein eigenes Selbstvertrauen auf seiner Seite hatte. Mit anderen Worten, Herr Delcassé rühmt sich, dank seiner im Vereine mit dem König von England gegen Deutschland geführten Einkreisungspolitik den Weltfrieden erhalten zu haben."

„Herr Delcassé sagt, man dürfe eine auswärtige Politik (nämlich die seine), die schon zweimal Europa den Frieden bewahrt habe, nicht entstellen lassen. Unter welchen Umständen aber war das? Wann ist denn die Ruhe Europas bedroht gewesen, außer durch den französischen Revanche-Gedanken?..."

„Die Rede Delcassés ist nichts anderes als eine Aufforderung, seine Politik wieder aufzunehmen, von der die Politik seines Nachfolgers sich ohnehin nur unmerklich in der Form unterscheidet, und ihm die Leitung dieser Politik aufs neue zu übertragen. Die Abgeordneten, die ihm jetzt Beifall gespendet haben, sind dieselben, die ihn vor drei Jahren fallen ließen, weil sie ihn für unbesonnen hielten. Bilden sie sich etwa ein, daß sich irgend etwas in Deutschland geändert hat? Glauben sie, daß Rußland sich schon genügend erholt hat, so daß es ihnen wirksam helfen könnte? Rechnen sie auf die Schwäche der Regierungsmehrheit im Reichstage, auf den schlechten Stand der Finanzen im Reiche und in Preußen, auf das durch die Finanzkrise und die Lebensmittelteuerung hervorgerufene Unbehagen, rechnen sie etwa noch auf die Beschwerden gegen Preußen, die in der Presse und manchmal auch in den Parlamenten der süddeutschen Staaten, besonders in Bayern, zutage treten?"

„Wenn das der Fall ist, so geben sie sich den gefährlichsten Illusionen hin. Ich war in Bayern im Jahre 1870. Die feindselige Stimmung gegen Preußen war damals dort, wo man noch ganz unter dem Eindrucke der Niederlage von 1866 stand, ungleich heftiger als heute. Aber alles war an dem Tage vergessen, wo es galt, sich dem gemeinsamen Feinde entgegenzustellen. Heute würde dies in erhöhtem Maße der Fall sein. *Der Partikularismus ist noch immer recht lebhaft und wird es bleiben; aber es gibt keinen einzigen Deutschen mehr, der noch einmal zu der Vereinze-*

lung und der Ohnmacht von ehedem zurückkehren möchte"[1]).

„Zum Schlusse möchte ich noch darauf hinweisen, daß das Herrn Delcassé von den englischen Blättern gespendete Lob deutlich zeigt, was man von der jüngst erfolgten Annäherung zwischen Deutschland und England zu halten hat. Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Vorwande führt, Europa vor einer eingebildeten deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die für uns in erster Linie bedrohlich ist."

Greindls weitere Berichterstattung[2]) zeigt eindringlich, mit welchen Besorgnissen nicht nur ihn Delcassés abermaliges Hervortreten erfüllt hatte. Als er am 2. Februar mitteilt, der Gesetzentwurf über die herabgesetzte Dienstzeitdauer der Kriegsschiffe sei im Reichstage nahezu einstimmig angenommen worden, da sieht er auch hierin nur eine Folge-Erscheinung des englischen Verhaltens. „Diese Einstimmigkeit ... zeigt besser als alle Fürstenzusammenkünfte und alle amtlichen Reden, wie es in Wirklichkeit um die Beziehungen zwischen Deutschland und England bestellt ist. Kein Mensch hat hier jemals den sinnlosen und unausführbaren Gedanken eines Angriffs gegen England gehegt; aber alle Welt fürchtet einen englischen Angriff. Hierin liegt der Grund dafür, daß der Reichstag, ohne mit der Wimper zu zucken, für eine ungeheuere Erhöhung der Marineausgaben gestimmt hat, obwohl das Budget des Reiches einen Fehlbetrag aufweist, von dem man noch nicht weiß, wie man ihn ausgleichen soll, und obwohl es mit den preußischen Finanzen ebenso schlecht bestellt ist"[3]).

Das Frühjahr 1908 war durch eine vorübergehende Trübung der russisch-französischen Beziehungen, sodann durch Erörterungen über Bahnbauten auf dem Balkan, über die Wirren in Mazedonien und über die immer mehr anschwellende serbische Propaganda in Bosnien und Österreich-Ungarn ausgefüllt, über die alle beteiligten belgischen Diplomaten eingehend berichten[4]).

Wiederholt erscheint im Hintergrunde der Weltvorgänge die alles zu Deutschlands Ungunsten verknüpfende englische Politik, die um Rußland wirbt, um mit desto größeren Aussichten in der Türkei gegen den deutschen und den österreichisch-ungarischen Einfluß anzukämpfen[5]), und die in ihrem Einkreisungsbestreben nicht erlahmt. Demgegenüber betont der deutsche Kaiser durch seine Zusammenkunft mit dem italienischen Herrscher in Venedig im März die Festigkeit des Dreibundes; Italien ist seinen Verpflichtungen trotz der persönlichen, auf Loslösung des Halb-

---

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 41, 42 und 43; Berlin, 29. Januar, 2. Februar und 28. März 1908.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 42.
[4]) Bd. III, S. 64 ff.
[5]) Petersburg, 24. Februar 1908, Bd. III, S. 70 ff.

inselreiches von seinen Verbündeten gerichteten Versuche König Eduards im Vorjahre[1]) treu geblieben[2]).

Erneute Schwierigkeiten in Marokko und die Reise der marokkanischen Abgesandten nach Berlin führten im Mai zu einer neuen Gefährdung des europäischen Friedens. Nur Deutschlands Zurückhaltung, das den Krieg nicht will, rettet nach Ansicht des Baron Greindls den Frieden. „Deutschland läßt es geschehen," berichtet er am 6. Mai 1908[3]). „Es kann nicht anders handeln. Die Zeit der diplomatischen Verhandlungen ist vorüber. Es kann nur noch zwischen absichtlichem Totschweigen und dem Kriege wählen, den der Kaiser nicht will, und den die deutsche öffentliche Meinung verurteilen würde. Das Interesse Deutschlands ist zu gering, als daß es die Gefahr eines europäischen Zusammenstoßes rechtfertigen könnte. Viele erachten es sogar gleich Null. Das marokkanische Abenteuer wird Frankreich viel Blut und viel Geld kosten. Wozu sollte man es von einem Unternehmen ablenken, das es für lange Zeit an der Vogesenfront lahmlegen wird." Wieder betont Greindl die Tätigkeit des englischen Königs, in der er eine Ermutigung der Franzosen und eine Verminderung der Sicherheit Europas erblickt; „brutal" verletzt Frankreich den Vertrag von Algeciras, es will keine gleichen Rechte für alle[4]).

Als der Präsident der Französischen Republik, Fallières, im Mai von seinem Londoner Besuche sehr befriedigt zurückkehrte, läßt Greindl jede Zurückhaltung in der Einschätzung der Deutschland feindlichen Mächte schwinden und erklärt frei heraus[5]): „Mag man es Allianz, Entente nennen, oder wie man will, die vom Könige von England persönlich eingeleitete Gruppierung der Mächte besteht, und wenn sie auch nicht eine unmittelbare und baldige Kriegsgefahr für Deutschland bedeutet (was zuviel gesagt wäre), so liegt in ihr nichtsdestoweniger eine Verringerung der Sicherheit. Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen, die zweifellos auch in Reval wiederholt werden dürften, bedeuten recht wenig bei drei Mächten, die eben erst, wie Rußland und England, mit verschiedenem Erfolge, nur in dem Bestreben, sich zu vergrößern, ja ohne annehmbaren Vorwand die Eroberungskriege in der Mandschurei und in Transvaal geführt haben, oder die, wie Frankreich, gerade jetzt zur Eroberung Marokkos schreiten unter Nichtachtung feierlicher Versprechungen und ohne anderen Rechtstitel als die Übertragung von Rechten Englands, die dieses selbst nicht besaß. Es sind dies dieselben Mächte, die in Gesellschaft der Vereinigten Staaten unmittelbar nach deren Raubkriege gegen Spanien im Haag als Ultrapazifisten aufgetreten sind. Der Dreibund hat während 30 Jahren den Weltfrieden gesichert, weil er unter der Führung Deutschlands stand,

[1]) Vgl. S. 127.
[2]) Rom, 23. und 31. März 1908, Bd. III, S. 74 ff.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 44.
[4]) Berlin, 10. und 13. Mai 1908; Belgische Aktenstücke, Nr. 45 und 46.
[5]) Berlin, 30. Mai 1908; Belgische Aktenstücke, Nr. 47.

das mit der politischen Teilung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Revision des Status quo anstreben, und zwar in so hohem Grade, daß sie Gefühle jahrhundertelangen Hasses zum Schweigen gebracht haben, um diesen Wunsch verwirklichen zu können"[1]).

Die Revaler Zusammenkunft des Zaren mit dem Könige von England im Juni erschien dem gewiegten Diplomaten keineswegs als so sehr zur Festigung des Weltfriedens geeignet, wie es die offiziöse Presse glauben machen wollte. „Die wahren Gedanken der Mächte, die England so gruppiert hat, daß Deutschland allein steht, finden sich weder in den Reden der Herrscher, noch in den Artikeln der halbamtlichen oder beeinflußten Zeitungen. Ihre wirklichen Absichten sind von der Sprache, die sie führen, so weit entfernt, daß sie es nicht vermeiden können, sie durch Unvorsichtigkeiten zu verraten. Will man sie kennen lernen, so braucht man nur die Ermahnung zu lesen, die der „Temps" an den König von Schweden gerichtet hat. Das Pariser Blatt betrachtet die freundschaftlichen Gefühle, die Seine Majestät für Deutschland geäußert hat, als eine auf Frankreich zurückwirkende Beleidigung für Rußland. Es wäre vermessen, wollte man aus dem zwischen Frankreich, England und Rußland bestehenden Mißtrauen schließen, daß der neue Dreibund sich nicht verwirklichen wird. Die drei Mächte werden durch den gemeinsamen Haß gegen Deutschland geeint und können (darin) wirkliche oder eingebildete Bürgschaften gegen die Gefahr finden, für fremde Interessen in einen Krieg verwickelt zu werden"[2]).

Etwas später besichtigte der deutsche Kaiser in Döberitz die Garde-Kavallerie-Division und betonte in einem auf die Einkreisung Deutschlands hinweisenden Trinkspruche, niemals habe sich der Deutsche besser geschlagen, als wenn er sich nach allen Seiten habe wehren müssen. Greindl weist auch bei diesem Anlasse auf den ruhigen, abwartenden Grundzug der deutschen Politik hin[3]). Die Reise des französischen Präsidenten Fallières nach Dänemark, Schweden, Norwegen und Rußland löst dagegen belgischerseits in Paris die Erwägung aus, offenbar wolle man die nordischen Staaten dem deutschen Einflusse entziehen; noch könne man vielleicht nicht von einem neuen Dreibunde Frankreich, Rußland, England sprechen, auch sei wohl Frankreichs Politik noch von friedlichen Gedankengängen erfüllt: aber man müsse sich doch fragen, ob Frankreich im Schlepptau Englands immer die Ereignisse werde meistern können[4]).

Der Besuch Eduards VII. beim deutschen Kaiser in Kronberg im August schafft eine vorübergehende Besserung der internationalen Beziehungen, an die auch Greindl zunächst glaubt[5]); der Wiener Gesandte

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Berlin, 12. Juni 1908; Belgische Aktenstücke, Nr. 48.
[3]) Berlin, 16. Juni 1908, Bd. III, S. 80/81.
[4]) Paris, 20. Juli 1908, Bd. III, S. 88/89 und Belgische Aktenstücke, Nr. 51.
[5]) Berlin, 14. August 1908, Bd. III, S. 90/91.

hat aber von Clémenceau, dem Todfeinde Deutschlands, gehört, Kaiser Wilhelm habe sich dem Abrüstungs-Vorschlage des englischen Königs gegenüber schroff ablehnend verhalten[1]).

Die Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Franz Joseph in Ischl hatte keine bemerkenswerten Erfolge. Wohl aber glaubte man in Berlin, die Abberufung des deutschfreundlichen englischen Botschafters Sir Frank Lascelles ungünstig deuten zu müssen. „Der Eifer, den er entwickelt hat, um Mißverständnisse zu beseitigen, die er für töricht und für beiden Ländern in hohem Maße nachteilig hält, entspricht nicht den politischen Ansichten seines Herrschers," meint Greindl am 18. Juli 1908[2]).

Konfliktstoff lagerte also überall und war durch die zahlreichen Besuche der Staatsoberhäupter eher vermehrt als beseitigt, als am 5. Oktober 1908 die staatsrechtliche Eingliederung Bosniens und der Herzegowina in die Donaumonarchie erfolgte. Deutschland war nach belgischer Berichterstattung nicht vorher verständigt worden, wohl aber sollte es Graf Aehrenthal gelungen sein, Rußland durch Eröffnung von Aussichten auf ein Entgegenkommen in der Dardanellenfrage für die folgenschwere Absicht des österreichischen Staatsmannes günstig zu stimmen[3]). Jedenfalls hatte Aehrenthal den Zeitpunkt für die Ausführung seines Vorhabens günstig gewählt; er hatte „den Berliner Vertrag durch sein Vorgehen zerrissen"[4]).

Die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" vom 28. Oktober 1908 und die den deutschen Kaiser schwer bloßstellenden Vorgänge im Reichstage dienen der belgischen Berichterstattung nur dazu, mit Bedauern die Verminderung des Ansehens festzustellen, die Deutschland dadurch erleide. „Deutschlands Bedeutung in den internationalen Angelegenheiten wird dadurch vermindert. Das ist ein europäisches Unglück. Unbestreitbar verdanken wir Deutschland und den im tiefsten Grunde friedlichen Absichten des Kaisers die 37 Jahre der Ruhe, deren wir uns erfreut haben"[5]). Auch in Japan herrschte Verstimmung wegen der Worte des Kaisers über die Zukunftsaussichten der deutschen Flotte in einem neuen ostasiatischen Kriege; der Kaiser brachte dadurch seine Japan letzthin erwiesenen Aufmerksamkeiten um einen Teil ihrer Wirkung[6]).

Die Selbständigkeitserklärung Bulgariens, eine Folge der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina, steigert die Erregung der Serben um so mehr, als Rußland sie nun zu stützen scheint. Serbische Staatsmänner bereisen die europäischen Höfe: drohend wächst die Gefahr eines serbisch-österreichischen Konflikts empor. Rußland, als Vormacht des Panslawismus, leiht dem kleinen Volke seine heimliche Unterstützung, wenn die Regierung auch gelegentlich zur Besonnenheit

[1]) Wien, 30. August und 3. September 1908, Bd. III, S. 92/93.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 50.
[3]) Bd. III, S. 6ff.
[4]) Paris, 5. April 1909, Bd. III, S. 145/146.
[5]) Berlin, 14. November 1908, Bd. III, S. 98/99.
[6]) Tokio, 10. November 1908, Bd. III, S. 102/103.

mahnt. „Darüber hinaus aber haben die belgischen Gesandten an den verschiedenen Höfen geradezu den Eindruck, daß die serbische Politik in Rußland gemacht werde und nicht ohne Weisungen von dorther zu arbeiten wagen würde“[1]).

In Belgrad mahnen die Mächte zur Ruhe[2]). Der Gedanke einer Unvermeidlichkeit des Krieges mit Österreich-Ungarn gewinnt aber in Serbien immer weiteren Boden. Die Intellektuellen erblicken in ihm das einzige Mittel, der Aufsaugung durch Österreich-Ungarn zu entgehen und das „größere Serbien“ zu verwirklichen; mittlere Schichten und das eigentliche Volk haben kriegerische Neigungen[3]). Die Regierung rüstet, kauft Kriegsmaterial und bildet Reserven aus.

Die große Reichstagsrede des Fürsten Bülow am 10. Dezember 1908 über die auswärtige Politik trägt der Gefahr der Lage durchaus Rechnung. Die verwegene Politik Aehrenthals hat zwar in Berlin Verstimmung erregt, aber der Kanzler sieht nur in einer scharfen Betonung der Solidarität Deutschlands mit der Donaumonarchie das Mittel, die Kriegsgefahr zu beschwören. Denn Deutschland will den Frieden[4]).

In Italien ist eine erhebliche Verstimmung darüber emporgewachsen, daß Österreich-Ungarn für die Zustimmung Italiens zur Annexion Bosniens und der Herzegowina sich nicht bereit gefunden hat, dem Wunsche Italiens nach Abtretung Triests und des Trentino entgegenzukommen. Alle Hoffnungen in dieser Richtung glaubt man in Rom für immer begraben zu müssen[5]). In Italien faßt man hinfort die Dreibundverpflichtungen immer mehr in dem Sinne auf, daß sie die freie Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich, England und Rußland in keiner Weise schmälern dürfen. Bei weiteren Übergriffen der Donaumonarchie wird es in Balkanfragen mit Rußland gemeinsame Sache machen[6]).

Zwei Berichte aus Paris vom 26. Dezember und aus Berlin vom 28. Dezember 1908[7]) beleuchten die ganze Größe der Kriegsgefahr, die Österreichs Balkanpolitik heraufbeschworen hatte, und die nur durch Deutschlands feste Haltung damals abgewendet wurde, da niemand den Krieg wollte oder für ihn fertig war.

1909

Als schließlich nach monatelangen Verhandlungen über eine Konferenz, der die ganze Angelegenheit unterbreitet werden sollte, Österreich-Ungarn sich mit der Türkei einigte, Serbien seine Sache in die Hände der Großmächte legte, griff Fürst Bülow ein und veranlaßte durch sein

[1]) A. Doren. 1908—1911. „Bosnische Krise, Agadir, Albanien.“ Bd. III, S. 13. Siehe dort auch alle Belegstellen.
[2]) Belgrad, 19. November 1908, Bd. III, S. 99/100.
[3]) Belgrad, 27. November 1908, Bd. III, S. 100 ff.
[4]) Berlin, 11. Dezember 1908, Bd. III, S. 104 ff.
[5]) Rom, 4. Dezember 1908, Bd. III, S. 106 ff.
[6]) Rom, 27. Dezember 1908, Bd. III, S. 108 ff.
[7]) Bd. III, S. 110 ff.

energisches Eintreten für Österreich-Ungarn die Beseitigung der bosnischen Krisis.

Die belgische Berichterstattung ermöglicht es uns, das ganze Hin und Her der Verhandlungen zu verfolgen[1]), Deutschlands überragenden Einfluß dabei, aber auch das Maß des Mißwollens, wenn nicht des Hasses festzustellen, das Deutschland hierdurch gegen sich heraufbeschwor. Weder der Besuch des englischen Königspaares während der kritischen Februartage 1909 in Berlin[2]), noch die zur Festigung des Dreibundes im April unternommene Begegnung des Fürsten Bülow mit Tittoni zu Venedig ändern etwas an der Tatsache, daß die bosnische Kraftprobe Deutschland und Österreich-Ungarn nicht nur in der Welt vereinsamt, sondern auch den inneren Zusammenhalt des Dreibundes gelockert hat. Niemand rechnet ernstlich mehr mit Italien[3]).

Am 14. Mai besucht der deutsche Kaiser seinen Verbündeten in Wien. Greindl stellt bei diesem Anlasse die abgelaufene Zeitspanne in das Licht einer zusammenfassenden Betrachtung[4]). Ausgehend von der Feststellung, daß die Monarchenbesuche der letzten Zeit durch ihre Häufung banal geworden seien, spricht er der Wiener Begegnung große Bedeutung zu. Sie bezeichne die Tragweite des Dienstes, den Berlin der Donaumonarchie geleistet habe. In Berlin habe man von dem abenteuerlichen Schritte Aehrenthals nichts vorher gewußt, aber man habe sich entschlossen auf Österreich-Ungarns Seite gestellt, da es kein anderes Mittel

---

[1]) Bd. III, S. 113ff.

[2]) Vgl. die Stellungnahme des Barons Greindl in seinem Berichte vom 13. Februar 1909 (Belgische Aktenstücke, Nr. 54). Er schildert den viertägigen Besuch des englischen Königspaares in Berlin und betont, es sei nichts unterlassen worden, um den Empfang so großartig und herzlich wie möglich zu gestalten. Schon längst wäre eine Annäherung zwischen Deutschland und England bewirkt worden, wenn dies lediglich vom Kaiser, der kaiserlichen Regierung oder dem deutschen Volke abhinge. Jetzt schöpfe man Hoffnung, daß der König von England gewillt sein könnte, „die von ihm persönlich geleitete, durchaus deutschfeindliche Politik zu mildern". Man verhalte sich aber abwartend, da man bereits zuviel Enttäuschungen erlebt habe. „Der König von England versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bestrebungen gewesen sei; das hat er seit Beginn des diplomatischen Feldzuges immer gesagt, den er erfolgreich durchgeführt hat, um Deutschland zu isolieren; aber man muß doch bemerken, daß der Weltfriede niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England sich damit befaßt, ihn zu festigen. Die Haltung Englands in der Balkanfrage lief daraus hinaus, die Lösung des Konflikts zum mindesten zu verzögern, der Deutschland in die denkbar peinlichste und heikelste Lage versetzt. Sie hat starke Ähnlichkeit mit der, die die britische Regierung in der Kongofrage eingenommen hat, dessen Angliederung an Belgien sie lebhaft zu wünschen vorgab, während sie gleichzeitig eine diplomatische Aktion einleitete, die sie beinahe zum Scheitern gebracht hat. Ist das nur Ungeschicklichkeit? Der Besuch des Königs von England fällt mit einer erheblichen Vergrößerung des Marinebudgets zusammen, mit dem Bau neuer Panzer vom Dreadnoughttyp und mit der Bildung des stärksten Geschwaders, das es je gegeben hat, und dessen Heimatshafen der Punkt in der Nordsee ist, der den deutschen Küsten räumlich am nächsten gelegen ist. Geschieht dies lediglich zum Schutze gegen einen etwaigen Angriff, den Deutschland gar nicht in der Lage ist zu unternehmen?... Diese Überlegungen springen in die Augen und erklären das Zögern der Deutschen, die Entspannung als eine vollzogene Tatsache anzusehen." Vgl. Greindls weitere Berichte vom 17. Februar, 22. und 31. März, 1. April 1909 (Belgische Aktenstücke, Nr. 55—58).

[3]) Berlin, 17. April 1909; Belgische Aktenstücke, Nr. 59.

[4]) Berlin, 16. Mai 1909, Bd. III, S. 160ff.

gegeben habe, der von Eduard VII. angestrebten völligen Vereinsamung Deutschlands entgegenzuwirken. „Ein Verteidigungsbund," führt Greindl aus, — „hat keine Gelegenheit, strahlende Triumphe davonzutragen. Die Gefahren, die er beseitigt, bleiben der großen Masse des Publikums unbekannt, und man schließt daraus, daß sie überhaupt nie dagewesen seien. Das österreichisch-deutsche Bündnis hat soeben seine Probe bestanden und beiden Völkern gezeigt, wie sehr es vonnöten ist. Der Ausgang des österreichisch-serbischen Konfliktes hat die Treue Italiens gefestigt, das zwischen seinen Verbündeten und seinen Freunden schwankte und im Innern entschlossen war, sich im entscheidenden Augenblick auf die Seite des Stärkeren zu schlagen. Er haf andererseits den grundlegenden Fehler des Dreiverbandes klar an den Tag gelegt, der nicht auf gemeinsamen Interessen, sondern auf dem negativen Grunde des Hasses gegen Deutschland beruht, und dessen Glieder, sei es aus Mangel an Kraft, sei es mehr aus Mangel an wechselseitigem Vertrauen, sich unfähig erwiesen haben, dem geeinten Mitteleuropa gemeinsam die Stirn zu bieten". Dank der starken Haltung der Mittelmächte blieben der Sturz Abdul Hamids und die jungtürkischen Unruhen örtlich begrenzt. Aber prophetisch meint Greindl: „Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Türkei noch viele Erschütterungen erleiden, und vielleicht nähern wir uns derEndkatastrophe".

England ist inzwischen weiter tätig gewesen, seinen Einfluß innerhalb und außerhalb Europas zu erweitern. In Dänemark hatte es nur geringen Erfolg[1]), aber in Marokko unterstützt es wieder insgeheim Frankreich gegen Spanien[2]). Angesichts der unbestreitbaren Erfolge des Dreibundes in der bosnischen Krise entschließt man sich in England, an die Notwendigkeit neuer großer Opfer für die Flotte zu glauben, „für deren Anwachsen kein finanzielles Opfer zu schwer sein dürfte"[3]).

Waren die den Mittelmächten feindlich gesinnten Mächte vor der entschlossenen Haltung Deutschlands in der bosnischen Frage zurückgewichen, da niemand sich zum Kriege fertig fühlte, so blieb schließlich auch die Entthronung Abdul Hamids und die Befestigung des jungtürkischen Regiments am Bosporus, über die belgischerseits wie über alle Balkanfragen eingehend berichtet wurde[4]), ohne größeren Einfluß auf die gegenseitige Haltung der Mächte. „Mit Rußland und Frankreich hinter sich bereitet England sich vor, an Deutschland, dessen Einfluß nach der jungtürkischen Revolution angeblich unbestritten am Bosporus herrscht, bei erster Gelegenheit eine diplomatische Rache zu nehmen"[5]). Andere Berichte glauben an eine Abnahme des deutschen Einflusses am goldenen Horn. In Serbien lebt alsbald die Hetze gegen Österreich-Ungarn wieder auf, andererseits verstärkt sich Serbiens Einfluß durch eine unzweifel-

---

[1]) Kopenhagen, 19. Februar 1909, Bd. III, S. 119/120.
[2]) Madrid, 15. Mai 1909, Bd. III, S. 163/164.
[3]) London, 17. Mai 1909, Bd. III, S. 164/165.
[4]) Konstantinopel, 21. Mai 1909; Belgrad, 8. Juni 1909; Bd. III, S. 166 ff.
[5]) Doren, w. o., S. 25.

hafte Annäherung an Bulgarien und die Türkei[1]); ein Zusammenspiel der serbischen Propaganda mit der tschechischen bahnt sich an.

Im Sommer 1909 ziehen wieder die Monarchenreisen die politische Aufmerksamkeit auf sich. Die im Juni unter besonders herzlichen Formen stattfindende Begegnung des deutschen und russischen Kaisers in den finnischen Schären löst in konservativen Kreisen Rußlands ein Bedauern darüber aus, in den Beziehungen zu Frankreich zu weit gegangen zu sein[2]). Die halbamtliche Presse beider Länder verkündet zwar sofort, „das Zusammentreffen der beiden Kaiser sei auf keiner Seite dem Wunsche entsprungen, irgend etwas an der gegenwärtigen Gruppierung der Mächte zu ändern"[3]). Offenbar fühlte man sich aber in Petersburg zur Zeit durch die Triple-Entente nicht genügend gesichert und kam deshalb Deutschland entgegen. Die Begegnung des Zaren mit dem Präsidenten der Französischen Republik in Cherbourg am 31. Juli verlief denn auch auffallend kühl, da man in Frankreich über die geringe militärische Leistungsfähigkeit Rußlands im japanischen Kriege allzu schmerzlich enttäuscht gewesen war und neue Anleihen fürchtete[4]), während russische Kreise sich von der Begegnung befriedigt zeigten. Die Zusammenkunft von Cowes zwischen dem Zaren und dem englischen Könige aber wurde in Petersburg zum Teil als für Rußland demütigend empfunden[5]). Etwa gleichzeitig macht das belgische Außenministerium seine Gesandten auf die Gefahr der indischen Zustände für England aufmerksam; komme es einmal in Europa zum Kriege, so könnten in Indien die schwersten Gefahren für die englische Herrschaft entstehen. Daher herrsche in Indien allgemeine Furcht vor Deutschland[6]).

Eine Folge der Monarchenbegegnung von Cowes war der Versuch Iswolskis, in London persönlich für die Öffnung der Dardanellen zu wirken. Er erzielte aber bei Sir Edward Grey nur hinhaltende Ausflüchte. Die russische Presse betonte darauf die Bedeutungslosigkeit der Meerengenfrage für Rußland[7]). Ein geplanter Zarenbesuch in Konstantinopel fand, wahrscheinlich infolge religiöser Bedenken, im Oktober 1909 nicht statt; in dem damaligen Liebeswerben der russischen Politik um die Türkei erkannte man dort die Absicht, die Türkei von Deutschland zu trennen, und war auf der Hut. „Man vergißt hier nicht die Lehren der Vergangenheit," meldet der belgische Gesandte in Konstantinopel am 15. Oktober 1909[8]) „und wie mehr als einmal die ernstesten Schwierigkeiten unmittelbar auf die freundschaftlichsten Kundgebungen gefolgt sind"; in jeder Hinsicht widerstreite die Entwicklung der Türkei den Interessen des moskowitischen Ehrgeizes.

---

[1]) Belgrad, 8. Juni 1909; Sofia, 28. Juni 1909; Belgrad, 11. Juli 1909; Bd. III, S. 167/168, 173 ff.
[2]) Petersburg, 25. Juni 1909, Bd. III, S. 168 ff.
[3]) Berlin, 21. Juni 1909; Belgische Aktenstücke, Nr. 60.
[4]) Paris, 3. August 1909, Bd. III, S. 175/176 und Belgische Aktenstücke, Nr. 61.
[5]) Petersburg, 9. August 1909, Bd. III, S. 178 ff.
[6]) Calcutta, 14. Juli 1909, Bd. III, S. 176 ff.
[7]) Petersburg, 20. August 1909, Bd. III, S. 180 ff.
[8]) Bd. III, S. 184 ff.

Dieser betätigte sich gerade eben mit großem Erfolge in der Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem Könige von Italien in Racconigi am 24. Oktober. Der Zar hatte erhebliche persönliche Unbequemlichkeiten in den Kauf genommen, um von Livadia, wo eine türkische Mission ihn begrüßte, dorthin zu gelangen. Im Gegensatze zu der unbesorgten Haltung der halbamtlichen deutschen Presse stellt Greindl fest[1]), daß offensichtlich Rußland sich jetzt mit Italien in dem Wunsche begegne, der weiteren Entwicklung Österreich-Ungarns auf dem Balkan Einhalt zu gebieten, wo Rußland — im äußersten Orient geschlagen — nun von neuem seinen Einfluß als Beschützer der kleinen slawischen Christenstaaten wieder aufnehmen wolle, und wo auch Italien Gelüste hege, die es mitunter deutlich zeige. Beide wollen Österreich-Ungarn nicht weiter auf Saloniki vorlassen. „Schon zu Algeciras war es klar", berichtet Greindl, „daß Italien mehr zur Triple-Entente als zum Dreibunde neigte, zu dem es gehörte; im österreichisch-serbischen Konflikt schwankte es und stellte sich erst auf die Seite Österreich-Ungarns und Deutschlands, als die Niederlage der vom Könige von England gebildeten Koalition nicht mehr zweifelhaft war. Bereits sagen italienische Blätter, Italien müsse beim Erlöschen der gegenwärtigen Verträge den Dreibund unter anderen Bedingungen erneuern. Die Begegnung von Racconigi beendet die Spannung der Beziehungen zwischen Rußland und Italien, ist also ein Erfolg für die Politik des Königs von England und seiner Gefolgsmächte und hat dabei, ohne doch zu ungebührlichem Alarm Anlaß zu geben, in Berlin keinen angenehmen Eindruck machen können."

1910

Das Jahr 1910 wird entscheidend durch die von England begünstigten, vielleicht sogar veranlaßten Versuche bestimmt, nach der schweren Gefährdung der Beziehungen Österreichs zu Rußland durch die bosnische Krisis eine Annäherung zwischen den beiden am Balkan hauptsächlich interessierten Großmächten zu bewirken. In Petersburg arbeitet der englische Botschafter, Sir Artur Nicholson, in diesem Sinne; in Berlin und Wien scheint man dem Vorhaben geneigt; in Serbien, wo der neue russische Gesandte v. Hartwig bald einen maßgebenden Einfluß erlangt, ist man nicht ohne Besorgnis, die Zeche dieser Annäherung bezahlen zu müssen. An die Stelle dieser für den Frieden Europas so wichtigen Entspannung treten aber bald Bestrebungen, einen neuen Balkanbund unter russischer Führung und unter wohlwollender Mitwirkung Italiens zustandezubringen. Trotz aller Bemühungen Frankreichs, einen beherrschenden Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Türkei zu gewinnen, gelingt es nicht, die Türkei von Deutschland abzusprengen. Als aber am 28. August das kleine Montenegro zum Königreich erhoben worden und mit der Bezeichnung „Fürstentum" die letzte Erinnerung an die

---

[1]) Berlin, 26. Oktober 1909, Bd. III, S. 182 ff.

ehemalige Vasallen-Abhängigkeit slawischer Völker von der Hohen Pforte geschwunden ist, da scheint bereits ein Balkanbund gesichert, der „früher oder später der Krone Habsburg die slawischen Provinzen wird entreißen können, die es nur mit dem Rechte des Stärkeren festhält“[1]).

In Konstantinopel herrscht aber in steigendem Maße der deutsche Einfluß, den Italien dort nicht gern sieht, da es darin eine Zunahme der seiner eigenen Ausdehnung hinderlichen deutsch-österreichischen Interessen auf dem Balkan erkennt[2]). Die sehr geschickte diplomatische Vertretung Deutschlands durch den Baron Marschall und die taktvolle Beschränkung der Anleihefrage auf das rein wirtschaftliche Gebiet haben Deutschlands Ansehen in der Türkei gestärkt und die Haltung der deutschen Politik in der bosnischen Krise fast vergessen gemacht. Man ist dort jetzt davon überzeugt, daß Deutschland damals Österreich-Ungarn nicht habe im Stiche lassen können[3]).

Ein von Darmstadt aus im November unternommener Besuch des Zaren in Potsdam scheint eine endgültige Besserung der internationalen Beziehungen anzukündigen und zu besiegeln, da auch Iswolski, Aehrenthals scharfer Gegner in der bosnischen Krisis, zurückgetreten ist, ohne daß Aehrenthal seinen Posten zu verlassen brauchte[4]). In Berlin jedenfalls konnte man von dieser Monarchenbegegnung nur günstige Wirkungen erhoffen, wenn auch Greindl in seinem ausführlichen Berichte vom 7. November[5]) die Überzeugung ausspricht, die Gruppierung der europäischen Großmächte werde sich nicht ändern, und die Empfindungen des russischen Volkes für Deutschland würden sich nicht herzlicher gestalten. Aber er führt doch aus: „Während der ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts war der Bund Rußlands und Preußens ein feststehender und sicherer Faktor der europäischen Politik. Er beruhte nicht nur auf den gemeinsamen Interessen der beiden Nationen, sondern auch auf der durch verwandtschaftliche Bande gefestigten engen Freundschaft der beiden regierenden Häuser. So war es besonders zur Zeit des Kaisers Nikolaus I. Diese Beziehungen erfuhren zum erstenmale eine Beeinträchtigung durch den Berliner Kongreß, wo Fürst Bismarck versucht hat, Rußland und England einander zu nähern, und wo er das gewöhnliche Schicksal aller Vermittler geteilt hat, von beiden Gegnern der Parteilichkeit für den anderen beschuldigt zu werden. In dem russischen Volke, das sich von Deutschland um die Früchte seiner Siege gebracht glaubte, hat sich ein Haß gegen seinen westlichen Nachbarn entwickelt, der noch durch den Neid gesteigert worden ist, den die schnelle Entwicklung der deutschen Macht hervorgerufen hat. In dem Bunde zwischen Rußland und Preußen spielte ersteres eine etwas untergeordnete Rolle. Man empfand es unlieb-

[1]) Petersburg, 30. August 1910, Bd. III, S. 202/203. Die gesamten hier kurz skizzierten Gedankengänge finden sich in der belgischen Berichterstattung des Frühjahrs und Sommers 1910. Bd. III, S. 186 ff.

[2]) Rom, 19. September 1910, Bd. III, S. 203 ff.

[3]) Berlin, 9. November 1910, Bd. III, S. 208/209.

[4]) Wien, 30. Dezember 1910, Bd. III, S. 210.

[5]) Bd. III, S. 205 ff. und Belgische Aktenstücke, Nr. 62.

sam in St. Petersburg und besonders in Moskau, als Berlin das Hauptzentrum der europäischen Politik wurde. Die Stufen der fortschreitenden Abkühlung in den Beziehungen beider Länder bildeten: das Bündnis Rußlands mit Frankreich, die Gründung der Triple-Entente und schließlich das Eingreifen Deutschlands in der Frage der bosnischen Annexion."

„Man wehrt sich hier (in Berlin) dagegen, einen Druck ausgeübt zu haben. Das ist ein Spiel mit Worten. Ohne die Erklärung des Fürsten Bülow über die Solidarität Deutschlands und Österreich-Ungarns und ohne die Warnung des Grafen Pourtalès in Petersburg hätte Rußland nicht plötzlich seine Agitation gegen Österreich-Ungarn in den kleinen slawischen Staaten, besonders in Belgrad, aufgegeben. Die Lösung der bosnischen Frage war für Rußland eine Demütigung und zugleich eine Enttäuschung. Sein Ansehen mußte leiden, indem es auf eine Aufforderung des Auslandes hin den Schutz aufgab, den es den serbischen Begehrlichkeiten angedeihen ließ. Die Erfahrung hat ihm die Wirkungslosigkeit der von dem verstorbenen Könige von England gebildeten Koalition beim ersten Male gezeigt, wo sie auf die Probe gestellt wurde. ...Die Gruppierungen der europäischen Großmächte werden so bleiben, wie sie vorher waren, und die Gefühle des russischen Volkes für Deutschland werden deshalb nicht herzlicher werden. Die Sprache der russischen Zeitungen beweist es bereits."

So schließt das Jahr 1910, in dem König Eduard VII. am 6. Mai die Augen geschlossen hatte, in der belgischen Berichterstattung mit der Überzeugung, daß seine gegen Deutschland gebildete Koalition in der Stunde der Erprobung versagt habe.

1911

Das Jahr 1911 war eines der bewegtesten von allen, die dem Weltkriege vorangingen. Auf dem Balkan zeigte sich neue Erregung Serbiens über die Unruhen in Mazedonien[1]; argwöhnisch beobachten sich die einzelnen Balkanstaaten, während serbisch-italienische Beziehungen gesponnen werden, bis Ende März der Aufstand der Malissoren in Albanien erfolgt, die im weiteren Verlaufe der stürmischen kommenden Monate unverhüllt von Montenegro unterstützt werden. Hinter Montenegro steht Rußland, das zwar nicht den Krieg will, aber die Schwächung der Türkei durch die Vorgänge in Albanien als vorteilhaft empfindet. Schließlich reinigt ein Abkommen zwischen den Malissoren und der Türkei den politischen Horizont. Montenegro hat wiederum an Einfluß gewonnen. Die Türkei aber muß sich im Herbste des italienischen Angriffs erwehren: der tripolitanische Krieg nimmt seinen Anfang. Deutschland, ehrlich bemüht, zwischen dem Dreibundgenossen und der befreundeten Türkei zu vermitteln, läuft dabei Gefahr, Italien noch mehr in die

---

[1]) Belgrad, 4. Februar 1911, Bd. III, S. 213 ff.

Arme Rußlands zu treiben. Von allen Seiten erwachsen der Türkei neue Gefahren. Das Ende des Jahres 1911 aber zeigt die Hauptkrisis überwunden: der kranke Mann am Bosporus scheint noch einmal gerettet.

Die verwirrende Fülle der Einzelheiten kann hier, zumal Deutschland nicht unmittelbar beteiligt ist, nur in diesen kurzen Strichen angedeutet werden. Die belgische Berichterstattung enthält über alle Einzelheiten der Wechselfälle auf dem Balkan ein reichhaltiges Material[1]). Deutschland befleißigt sich — nach dem Urteile der Belgier — der denkbar größten Zurückhaltung und hat immer die Wahrung des Friedens im Auge. Dieses allgemeine Urteil gilt nach belgischer Ansicht auch für sein Verhalten in der Marokkofrage, das am 30. Juni in dem „Panthersprunge nach Agadir" gipfelt.

Im März 1911 ist Delcassé als Marineminister auf die politische Bühne Frankreichs zurückgekehrt; Anzeichen einer tätigeren Politik werden alsbald beobachtet, und zumal in Marokko strebt Frankreich zu immer größerer Machtentfaltung. Gegenüber den hinhaltenden Versicherungen Frankreichs erhebt schließlich Deutschland durch die Entsendung des „Panther" Protest, da es nicht gewillt ist, weitere Überschreitungen der Algecirasakte durch Frankreich zuzulassen.

Von dem Bestreben geleitet, Deutschlands Haltung 1911 in den Zeiten der höchsten Spannung lediglich in der Beurteilung der neutralen belgischen Berichterstattung zu zeigen, darf ich den Versuch machen, hier ein Bild der Vorgänge nur durch die Aneinanderreihung der einschlägigen Stellen entstehen zu lassen. Gerade für 1911 kommt der Stellungnahme der Belgier große Bedeutung zu, denn ihr Land war an der Aufrechterhaltung des Friedens in erster Linie mit interessiert.

Als Baron Greindl am 3. März 1911[2]) die Übernahme des französischen Marineministeriums durch Delcassé verhältnismäßig ruhig besprach, da er nicht mehr König Eduard VII. zur Seite habe, „für dessen Mitarbeiter er sich hielt und dessen Werkzeug er war", äußert er bereits seine Zweifel daran, ob es der Triple-Entente wirklich um die Aufrechterhaltung des Friedens zu tun sei. „Da in der Gruppierung der Mächte keine Änderung eingetreten ist, so müßte man eine Annäherung freudig begrüßen, die die deutsch-russischen Beziehungen verbessert; aber in Paris und London wünscht man gerade, daß sie schlecht sind". — „Die französischen Zeitungen finden täglich irgend einen Grund, Deutschland etwas vorzuwerfen. Daran ist man gewöhnt; aber neuerdings hat dies Bestreben an Stärke erheblich zugenommen." Dabei findet, wie Baron Guillaume am 4. März 1911 aus Paris meldet[3]), längs der französischen Grenze dauernd eine regelrechte Propaganda statt, die für den Eintritt fahnenflüchtiger deutscher Soldaten in die Fremdenlegion Stimmung macht.

[1]) Bd. III, S. 211 ff.
[2]) Berlin, 3. März 1911, Bd. III, S. 217 ff. und Belgische Aktenstücke, Nr. 63.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 64.

Als Greindl am 20. März[1]) seiner freudigen Zuversicht Ausdruck gibt, eine Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen scheine sich anzubahnen, da fügt er gleich hinzu, daß er darin eine große Bürgschaft auch für Belgiens Sicherheit erblicke. Sicherlich dachte er damals nicht daran, kaum einen Monat später von einer erheblichen Verschärfung der Lage berichten zu müssen.

Frankreichs Verhalten in Marokko beunruhigt nicht nur ihn, sondern auch die belgischen Diplomaten an den anderen Hauptplätzen. „Frankreich hat die Algecirasakte in der festen Absicht unterzeichnet, sie niemals zu beobachten", das ist Greindls Urteil am 21. April[2]). „England, das Frankreich in den marokkanischen Sumpf gestoßen hat, betrachtet sein Werk mit Wohlgefallen", schreibt Baron Guillaume am 29. April[3]) aus Paris. „Die auswärtige Politik Marokkos wird von Paris diktiert", meint Greindl am 1. Mai[4]) unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den belgischen Geschäftsträger in Tanger; „was bleibt da noch zu retten übrig? Es würde eines Krieges bedürfen, um dem Sultan die Stellung eines unabhängigen Herrschers wiederzugeben. Das wäre unverhältnismäßig mehr, als Marokko wert ist".

Im Mai 1911 weilte das deutsche Kaiserpaar mit der Prinzessin Viktoria Luise in London. Unverkennbar trug die herzlich-einfache Art, wie dieser Besuch sich vollzog, zu einer Verbesserung der Beziehungen bei. „Der Tod König Eduards scheint eine leichte Entspannung in den deutsch-englischen Beziehungen herbeigeführt zu haben", berichtet Graf Lalaing am 22. Mai aus London[5]). „Es scheint, daß zur Zeit der „Ententen", auf die der verstorbene Herrscher so erpicht war, das Volk selbst sich des Bestrebens bewußt war, Deutschland einzukreisen, eines Bestrebens, das vom Londoner Kabinett offen begünstigt wurde, und das notwendigerweise das Berliner Kabinett verstimmen mußte. Man fürchtete sich ein wenig vor den möglichen Folgen, und von der Furcht zum Hasse ist nur ein Schritt; die deutschfeindliche Presse verfehlte nicht, dafür zu sorgen, daß er getan wurde". — Den Kaiserbesuch begrüßt Lalaing und fügt hinzu: „Der Enkel der Königin Viktoria braucht den Schritt nicht zu bedauern, den er unter günstigen Umständen getan hat."

Die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir wird von den Belgiern mit Ernst, aber von keinem in einem Deutschland verurteilenden Sinne betrachtet. Guillaume berichtet am 2. Juli aus Paris darüber[6]) und meint: „Heute ist es unbestreitbar, daß durch die Haltung der französischen Regierung die Landung der Spanier in Larasch und die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir herbeigeführt oder ermöglicht worden ist." Aus London wird die Beunruhigung der öffentlichen Meinung ohne irgendwelche Schärfe für Deutschland fest-

[1]) Bd. III, S. 223ff. und Belgische Aktenstücke, Nr. 65.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 66.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 67.
[4]) Belgische Aktenstücke, Nr. 68.
[5]) Bd. III, S. 245/246 und Belgische Aktenstücke, Nr. 71.
[6]) Belgische Aktenstücke, Nr. 73.

gestellt[1]). Die Rede des damaligen englischen Schatzkanzlers Lloyd George vom 21. Juli zeigte das Hervortreten Englands; sie verschärfte die Lage, denn augenscheinlich ermangelte der „impulsive" Minister nicht der Zustimmung seiner Kollegen, als er den Wunsch Englands, in der schwebenden Angelegenheit mitgehört zu werden, in deutlichster Form betonte[2]). „Wie ich es vom ersten Tage ab annahm", berichtet Baron Guillaume aus Paris, „befindet sich der Schwerpunkt der Lage in London. Nur dort kann sie ernst werden. Die Franzosen werden in allen Punkten nachgeben, um den Frieden zu erhalten. Nicht so die Engländer, die sich über gewisse Grundsätze und Forderungen nicht vergleichen werden[3])."

Als schließlich nach mühsamen Verhandlungen der deutsch-französische Marokkovertrag unter Dach und Fach gebracht war, ohne daß der von allen Seiten gefürchtete Weltbrand entstand, da bestätigt der belgische Gesandte in London am 30. November[4]) im Anschluß an die Erörterungen im Oberhause über die große Unterhausrede Sir Edward Greys vom 27. November, man wolle im englischen Parlament die Wahrheit nicht gern hören, daß die englische Politik die Isolierung Deutschlands im Auge gehabt habe; blinde Nachgiebigkeit gegenüber den französischen Absichten habe die bedauerliche Spannung mit Deutschland herbeigeführt.

Zusammenfassend entwickelt Greindl bei Besprechung der gleichen Rede, England wolle die von Eduard VII. eingeleitete Politik der „Entente cordiale" fortsetzen[5]). Wörtlich fährt er fort: „Sir Edward Grey erklärte, daß zwischen England und Frankreich außer dem veröffentlichten Vertrage kein Geheimvertrag bestehe. Ich ziehe seine Aufrichtigkeit nicht in Zweifel; aber es ist nichtsdestoweniger wahr, daß mit oder ohne schriftliche oder mündliche Verpflichtung jedermann in England oder in Frankreich die Entente cordiale als ein Defensiv- oder Offensivbündnis gegen Deutschland ansieht. Dies entspricht genau dem Charakter, den der verstorbene König von England ihr hat geben wollen. Die Entente cordiale ist nicht auf der positiven Grundlage der Verteidigung gemeinsamer Interessen begründet worden, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich[6]). Wenn sie in Paris anders aufgefaßt worden wäre, so würde sie dort nicht als ein so hervorragender diplomatischer Erfolg aufgenommen worden sein, daß dadurch sogar die Demütigung von Faschoda ausgelöscht worden ist. Die Entente cordiale hat in Frankreich den Gedanken an die Revanche, der schlummerte, zu neuem Leben erweckt. Ihr entstammt auch der Zustand der Unruhe und des Unbehagens, in dem Europa sich seit sieben Jahren befindet.'

---

[1]) London, 5. und 8. Juli 1911; Belgische Aktenstücke, Nr. 74 und 76.
[2]) Paris, 24. Juli; London, 24. Juli; Belgische Aktenstücke, Nr. 77 und 78.
[3]) Paris, 28. Juli 1911; Belgische Aktenstücke, Nr. 79.
[4]) Belgische Aktenstücke, Nr. 84.
[5]) Berlin, 6. Dezember 1911; Belgische Aktenstücke, Nr. 85.
[6]) Vom Verfasser hervorgehoben.

„Sir Edward Grey hat diese Überlieferung ohne Vorbehalt[1]) übernommen. Sie steht, wie er meint, im Einklange mit den englischen Interessen. Er hält das alte System der „splendid isolation“ nicht mehr für möglich, und die große Mehrzahl des englischen Volkes stimmt ihm hierin bei. Die konservativen Zeitungen billigen seine Haltung ebenso wie die liberalen. Nur die Arbeiterpartei und die Radikalen kritisieren sie; aber sie sind nicht zahlreich genug, um auf die Ereignisse einen Einfluß auszuüben. Man konnte auf eine Neuorientierung der englischen Politik um so weniger rechnen, als die auswärtige Politik Englands sich seit dem Amtsantritte des liberalen Ministeriums und vor allem während der letzten Monate von den Ideen hat leiten lassen, die ihr von König Eduard VII. eingegeben worden waren.“

„Sir Edward Grey bezeichnete die Alarmnachrichten, die auf dem Kontinent verbreitet worden sind, als politischen Alkoholismus, und hat versucht, mit einem Witzworte über die Verlegenheit hinweg zu gleiten, die ihm die Enthüllungen des Kapitäns Faber bereiteten. Aber er bestritt nicht ihre Richtigkeit, was er zweifellos getan hätte, wenn es möglich gewesen wäre. Sein Schweigen kommt einer Bestätigung gleich. Bis auf weiteres muß man demnach als feststehend ansehen, daß man sich in London mit dem Plane befaßt hat, Frankreich in einem Kriege mit Deutschland durch die Landung eines Korps von 150 000 Engländern zu Hilfe zu kommen. Hierin liegt nichts Überraschendes. Es ist nur die Fortsetzung der eigenartigen Vorschläge, die dem General Ducarne vor einigen Jahren von dem Obersten Barnardiston gemacht worden sind[2]), ebenso wie die Fortsetzung der Vlissinger Intrigue.“

„Sir Edward Grey ist es ebensowenig gelungen nachzuweisen, daß die Rede des Herrn Lloyd George im Mansion House keine Herausforderung und keine Drohung gewesen ist. Wenn er beabsichtigt hätte, das Gegenteil zu beweisen, so hätte er sich nicht anders äußern können, als er es getan hat. Herr von Bethmann Hollweg hatte ihm in seiner Rede vom 9. November die Aufgabe erleichtert, als er von dieser Rede als von einer Tischrede sprach, die eine Bedeutung erst durch die Kommentare der englischen und französischen Presse erhalten habe. Sir Edward Grey hat es für richtig gefunden, wissen zu lassen, daß der Toast weder eine impulsive Improvisation gewesen sei, noch die persönliche Ansicht des Schatzkanzlers zum Ausdruck gebracht habe, vielmehr sei der Text zwischen dem Ministerpräsidenten, Herrn Lloyd George, und ihm besprochen und vereinbart worden.“

„Konnte die Verständigung wirklich dadurch erleichtert werden, daß England in eine Verhandlung über Marokko eingriff, wo es auf politische Ansprüche verzichtet hatte, oder war es ein Versuch, zugunsten Frankreichs einzuschreiten? Hieß es nicht etwa, sich ein Einspruchsrecht gegen Deutschlands Unternehmungen anmaßen, als man Feuer und Flammen spie, weil ein deutscher Kreuzer auf der Reede von Agadir

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Die sogenannten „Conventions anglo-belges“. Vgl. S. VIII und S. 119.

Anker warf, während England, ohne mit der Wimper zu zucken, die fortschreitende Eroberung marokkanischen Gebietes durch Frankreich und Spanien unter Vernichtung der Unabhängigkeit des Sultans mit angesehen hatte? England konnte nicht anders handeln. Es war durch seinen Geheimvertrag mit Frankreich gebunden. Die Erklärung ist sehr einfach, aber keineswegs geeignet, die Erregung in Deutschland zu besänftigen. Es geht klar daraus hervor, daß in dem Augenblicke der Unterzeichnung der Algecirasakte wenigstens drei der daran beteiligten Mächte Verpflichtungen unter einander eingegangen sind, die mit den Versprechungen unvereinbar waren, die sie öffentlich gemacht hatten."

Die Beziehungen zwischen Deutschland und England waren erheblich verschlechtert, das war das Gesamtergebnis der Marokko-Krisis des Jahres 1911. „Zwischen den Völkern besteht ebensowenig Einvernehmen wie zwischen den Regierungen", schreibt Greindl am 9. Dezember 1911[1]). „Die Engländer fahren fort, die Ausdehnung Deutschlands mit scheelen Augen zu betrachten. Die Deutschen waren noch vor 6 Monaten keineswegs englandfeindlich. Jetzt sind sie es geworden. Die Beziehungen sind also noch nicht auf dem Punkte kühler Korrektheit angelangt, auf dem sie vor der Krise waren. Sie haben sich verschlimmert, und wie ich fürchte, auf lange Zeit."

Die neutralen belgischen Diplomaten gelangen also in der Frage, ob Deutschland wegen seiner Politik 1911 der Gefährdung des Weltfriedens geziehen werden kann, zu einem völligen Freispruche Deutschlands. War es wirklich Deutschlands Absicht, den Frieden zu erhalten, so konnte das nur durch eine Annäherung an England, als die für die Aufrechterhaltung des Friedens entscheidende Macht, erreicht werden. Tatsächlich hat Deutschland diesen Weg eingeschlagen.

Wir münden nun in die Jahre ein, die nach Abschluß der Marokkokrisis in zusammenhängender Entwicklung bis unmittelbar in den Weltkrieg hineinführen. Diese Zeitspanne hatte ich bei der Herausgabe der belgischen Zirkulare als die der „K r i e g s t r e i b e r e i e n u n d K r i e g s r ü s t u n g e n" bezeichnet. Wir verfolgen sie wiederum in geschichtlicher Aufeinanderfolge, weil trotz der verschiedenen Gebiete, um die es sich handelt, nun alles unter scharfer Zuspitzung auf Deutschland gesehen werden muß, und dabei doch der geschichtliche Faden nicht außer acht bleiben darf.

1912

Die Entwicklung der Dinge in dem Wetterwinkel des Balkans nimmt 1912 zunächst die Aufmerksamkeit der belgischen Berichterstatter vor-

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 86. Dr. Grelling beanstandet auf S. 58 ff seiner „belgischen Aktenstücke" (vergl. Nachschrift S. 212 ff), daß Greindls Bericht vom 23. Dezember 1911 in den vom Auswärtigen Amte 1915 herausgegebenen „belgischen Aktenstücken" nicht abgedruckt sei. Da auch ich ihn hier nicht erwähne, verweise ich auf meine genauen Darlegungen darüber auf S. 51—58 meines Buches „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität", Berlin 1919.

wiegend in Anspruch. Mit angespanntestem Interesse werden alle Regungen des einen oder anderen Balkanstaates, ihre Einigungsbestrebungen ebenso wie ihre Gegensätze verfolgt. Deutschland steht wenig beteiligt im Hintergrunde, wünscht nur seine Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden und an Österreichs Seite zu bleiben. Als der belgische Gesandte zu Bukarest am 4. Januar 1912 besorgt über die Verwicklungen im Orient berichtet[1]), da beginnt er doch seine Darlegungen mit der Wiedergabe der Friedenszuversicht, die dort die maßgebenden Staatsmänner bekunden. „Nach ihrem Urteil hat Deutschland keinerlei kriegerische Neigung: es braucht Frieden, um seine Finanzen zu bessern und sein Flottenprogramm auszuführen. Übrigens hat es hinreichend nichtdeutsche Bevölkerung, als daß es noch mehr davon wünschen sollte. Seine Beziehungen zu England werden sich bald bessern, und Frankreich wird keinen Waffengang wagen, da es weiß, daß es auf Rußland in einem Angriffskriege nicht rechnen kann."

Treffend wird Deutschlands Lage hier gekennzeichnet. Es hat vom Kriege nichts zu erhoffen, muß den Frieden wünschen. Unverhüllt hatte sich 1911 die Gefahr eines Krieges zwischen England und Deutschland gezeigt. Wenn jetzt Deutschland tatsächlich die Annäherung an England, mindestens die Beseitigung der trennenden Mißverständnisse anstrebte, so erbrachte es damit den Beweis, daß ihm an einer friedlichen Weiterentwicklung der Dinge gelegen war.

Viel zu wenig wird in den heutigen Erörterungen über den Weltkrieg die Frage aufgeworfen: Cui bono? Wer hatte ein Interesse daran, daß Friede herrschte; wer vermochte seine Ziele nur durch Krieg zu erreichen? Wer wünschte, den europäischen Besitzstand unverändert zu erhalten, den „status quo" zu behaupten, wer, ihn gewaltsam zu ändern? Das ist die Kardinalfrage in dem ganzen Streite um die Schuld am Ausbruche des Weltkrieges, und wir Deutschen haben das allergrößte Interesse daran, daß die belgischen Kronzeugen in ihrer vollen Sachlichkeit mit ihrem Urteile zu Worte kommen, daß sie vor allem auch gehört werden. Allzulange schon haben sich vaterländisch gesinnte Männer Deutschlands auf dem Gebiete innerer Fehden mit Deutschen gemessen, von denen sie vielleicht nur belanglose Verschiedenheiten des Urteils trennten: Schließen wir uns zusammen und zeigen wir dem Auslande, wie Deutschland und seine Politik vor dem Kriege überall gesehen worden sind. Dann wird auch mancher innere Gegensatz sich mildern.

Soviel ergeben bisher übereinstimmend alle Berichte der belgischen Diplomaten, daß die Ziele der Entente nur durch Kampf zu verwirklichen waren, daß Deutschland hingegen einen Krieg fürchten mußte.

Auf dem Balkan herrschte bis zum tatsächlichen Ausbruche des großen gemeinsamen Krieges der früheren türkischen Vasallenstaaten gegen die Türkei ein schwer zu durchschauendes Spiel verschiedenster

---

[1]) Bd. IV, S. 41ff.

Neigungen und Strömungen. Handelte es sich um einen neuen Balkanbund unter russischer Führung nach dem Herzen des ehrgeizigen und unermüdlichen russischen Gesandten in Belgrad[1])? War eine Wiederaufnahme der traditionellen russischen Politik in Konstantinopel[2]), waren neue Vergrößerungsabsichten Österreich-Ungarns zu befürchten? Was bedeuteten die Rüstungen Serbiens, die von Bulgarien genährten Unruhen in Mazedonien, die von Montenegro unterstützten Wirren in Albanien, die Spuren der Annäherung zwischen Serbien und Bulgarien[3]), zwischen Rumänien und der Türkei, der Freundschaft zwischen Bulgarien und Rumänien[4])? Wie paßte dazu die nach dem Tode Aehrenthals sich scheinbar anbahnende Annäherung der beiden auf dem Balkan interessierten östlichen Kaiserreiche[5])? Wie weit beeinflußte der immer noch weitergehende Krieg zwischen der Türkei und Italien, der sorgfältig von einem Übergreifen auf außerafrikanische Gebiete behütet blieb, die Dinge auf dem Balkan?

Über alle diese Dinge berichten die belgischen Gesandten mit der größten Sorgfalt und lassen erkennen, daß niemand damals von Deutschland irgend eine Gefährdung des Friedens erwartete. Wohl scheint ihnen die Haltung Österreich-Ungarns seit der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina nicht immer unbedenklich, aber das größere Maß der Besorgnis erwächst von der Seite der Balkanstaaten. Im Hintergrunde aller Machenschaften gegen den Bestand der Donaumonarchie erscheint deren gefährlichster Gegenspieler, der von Petersburg und Moskau mehr oder weniger deutlich geförderte oder doch wenigstens ermutigte Panslawismus. Der kranke Mann am Bosporus kann nicht sterben, gesundet aber auch nicht. Anzeichen einer als Friedenssicherung gedeuteten Annäherung Österreichs an Rußland, vom belgischen Gesandten in Belgrad zuversichtlich und optimistisch begrüßt, verwirklichen sich nicht. Von Deutschland ist in diesem Zusammenhange nur bei Erwähnung des englisch-russischen Abkommens über Persien[6]) die Rede, wo nach belgischer Auffassung Rußland durch dieses Abkommen allen Einfluß verloren habe, während Deutschland es verstand, für sich die Bagdadbahn und wirtschaftliche Vorteile herauszuschlagen. Der tiefere Sinn des englischen Vorgehens gegenüber Rußland sei gewesen, es von Deutschland zu trennen[7]).

Der allgemeinen Nervosität gegenüber, die für das Frühjahr 1912 einen großen Zusammenstoß auf dem Balkan erwartet, erscheint es als verheißungsvolles Zeichen, daß nach Aehrenthals Tode Graf Berchtold die Beziehungen zu Rußland zu verbessern sucht, doch glaubt niemand daran, daß Rußland Österreich-Ungarn zuliebe seine bevorzugte Stellung

---

[1]) Brüssel, 29. Januar 1912, Bd. IV, S. 43/44.
[2]) Bukarest, 4. Januar 1912, Bd. IV, S. 41/42.
[3]) Belgrad, 11. April 1912, Bd. IV, S. 56 ff.
[4]) Bukarest, 3. Februar 1912, Bd. IV, S. 46/47.
[5]) Belgrad, 25. Februar 1912, Bd. IV, S. 47 ff.
[6]) Vgl. S. 127, u. a. a. O.
[7]) Petersburg, 28. Februar 1912, Bd. IV, S. 49/50.

in Serbien aufgeben wird. Eine österreichisch-russische Entente würde am besten die Ruhe auf dem Balkan gewährleisten, da die dortigen kleinen Staaten auf den Gegensatz der Großmächte rechnen[1]).

Inzwischen geht der italienisch-türkische Krieg weiter. Italien vermag keine rechten Erfolge zu erringen; der belgische Gesandte in Bukarest befürchtet von seiner Niederlage in Tripolis den Ruin des europäischen Einflusses am Bosporus. „England und die Vereinigten Staaten haben keine Veranlassung gehabt, sich über die Zulassung der Niederlage Rußlands durch Japan zu freuen, denn von dem Vertrage von Washington datiert der Ansehensverlust (effacement) der weißen Rasse im äußersten Osten"[2]). Weder Italien noch die Türkei ist entscheidend geschlagen, keiner will einlenken. Wien hat zu verhandeln gesucht, aber nach einer in Konstantinopel verbreiteten Meinung „würde man es in Rußland, obwohl es vor vier Monaten selbst Friedensversprechungen einzuleiten versuchte, nicht ungern sehen, wenn die Feindseligkeiten weitergingen und die Türkei erschöpften"[3]). Dabei bereiten der Türkei die Aufstände in Albanien ernste Schwierigkeiten[4]), und Rußlands Haltung wird nach der Abberufung des türkenfreundlichen Botschafters Tscharykoff zusehends unfreundlicher[5]).

Die Berufung des deutschen Botschafters v. Marschall vom Bosporus nach London im Mai 1912 lenkt unser Augenmerk auf die deutsch-englischen Beziehungen. Die Belgier erkennen in diesem Wechsel die ausgesprochene Absicht Deutschlands, seine Beziehungen zu England zu verbessern, bestätigen also dadurch wiederum, daß die Grundrichtung der deutschen Politik eine friedliebende war[6]). In der Türkei sieht man ihn höchst ungern scheiden.

In London hatte die Ministerkrisis in Frankreich, der Abgang von Caillaux, den schlechtesten Eindruck auf alle die Kreise gemacht, denen an einem Zusammengehen mit Frankreich gelegen war. Aber auch die Freunde einer Annäherung an Deutschland waren tief beunruhigt[7]). Die englische Arbeiterkonferenz zu Birmingham protestierte im Januar energisch gegen die antideutsche Politik Sir Edward Greys[8]).

Die Sendung des Kriegsministers Haldane nach Deutschland im Februar 1912 wurde belgischerseits als ernstliche Absicht einer Annäherung an Deutschland aufgefaßt. „England ist geneigt, Deutschland in den weniger wichtigen Fragen nicht mehr entgegenzuarbeiten, aber seine Seeherrschaft darf man ihm nicht streitig machen"[9]). Das war in der Tat nach belgischem Urteil wohl die Vorbedingung für eine Annäherung an

---

[1]) Belgrad, 25. Februar 1912, Bd. IV, S. 47 ff.
[2]) Bukarest, 19. März 1912, Bd. IV, S. 51 ff.
[3]) Konstantinopel, 20. Juni 1912, Bd. IV, S. 64 ff.
[4]) Brüssel, 5. Juli 1912, Bd. IV, S. 67 ff.
[5]) Konstantinopel, 15. Mai 1912, Bd. IV, S. 61/62.
[6]) London, 13. Mai 1912, Bd. IV, S. 60/61.
[7]) London, 15. Januar 1912; Belgische Aktenstücke, Nr. 87
[8]) London, 27. Januar 1912, Bd. IV, S. 45.
[9]) London, 9. Februar 1912; Belgische Aktenstücke, Nr. 88.

England, und Haldanes Besuch wurde denn auch in dem Sinne gedeutet, daß die Grundlage für eine Verständigung gesucht werden sollte.

„Beide Regierungen", berichtet Graf Lalaing am 16. Februar 1912[1]), „haben den aufrichtigen Wunsch, zu einem besseren Einvernehmen zu gelangen, und das Berliner Kabinett hat in London zu verstehen gegeben, daß dieses gemeinsame Ziel vielleicht eher erreicht werden würde, wenn ein englischer Minister nach Deutschland käme. Dies ist vielleicht gegen die diplomatischen Gebräuche, aber es hat glückliche und offene Aussprachen gezeitigt, die die Annahme zerstört haben, als hätten die beteiligten Regierungen Angriffsabsichten. Herr Asquith glaubt, daß die Besprechungen, die sein Kollege in Berlin hatte, in Zukunft noch weitere glückliche Ergebnisse haben könnten, über die er sich nicht weiter aussprach. Der Premierminister hat ausdrücklich hinzugefügt, daß es sich, wenn auch die beiden Völker den Wunsch hätten, herzlichere Beziehungen untereinander entstehen zu sehen, doch in keiner Weise darum handele, das besondere Verhältnis Deutschlands und Großbritanniens gegenüber anderen Mächten zu ändern; aber beide Staaten prüfen zur Zeit, was geschehen könne."

„Herr Asquith hat die Flottenfrage nicht berührt, aber Sie werden bemerkt haben, daß während des Aufenthaltes des Kriegsministers in Berlin der Marineminister Herr Winston Churchill in Glasgow wiederum den Entschluß Englands betont hat, seine Seeherrschaft um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Er hat dabei sogar eine recht unglückliche Wendung gebraucht, die in Deutschland schlechten Eindruck gemacht hat, indem er sagte, daß eine starke Marine für England eine Notwendigkeit und für das Deutsche Reich nur ein Luxus sei. — Wo wäre die Basis für eine Verständigung? Auf dem Wege der Ausschaltung des Unpraktischen kommt man schließlich auf eine Abgrenzung politischer und wirtschaftlicher Interessensphären. Hoffentlich wird sie nicht auf Kosten dritter Staaten erfolgen, die zu schwach sind, sich zu widersetzen."

Von einer derartigen Sorge um das Schicksal Belgiens inmitten der widerstreitenden Interessen Deutschlands und Englands ist auch wohl Baron Greindl nicht frei gewesen, als er in seinem letzten deutscherseits veröffentlichten Berichte vom 26. April 1912[2]) die Annahme der Heeres- und Flottenverstärkung im deutschen Reichstage nach Brüssel meldet. Die Regierung hatte sich bemüht darzutun, daß ihrem Vorgehen weder Angriffsgedanken noch eine Herausforderung nach irgendeiner Seite zugrunde lägen; alle Redner waren dem Beispiele des Herrn v. Bethmann Hollweg gefolgt. „Sie haben an dem Gegenstande vorbeigeredet und den wahren Grund kaum genannt, der Deutschland zwingt, seine riesigen militärischen Vorbereitungen noch zu vermehren, nämlich den beängstigenden Stand der Beziehungen zwischen den Großmächten infolge der Mißgunst der Völker untereinander, infolge des törichten und unüber-

---

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 90.

[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 91.

legten Streiches Italiens[1]) und infolge der Gärung unter den Balkan staaten."

Im Frühsommer 1912 wird Greindl durch Baron Beyens, den Sohn des langjährigen belgischen Vertreters in Paris, ersetzt. Die ganze Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. hatte Greindl in Berlin miterlebt und in seinen ausführlichen Berichten eine diplomatische Geschichte dieser Epoche geschaffen, wie sie eindringlicher kaum gedacht werden kann. Es wäre politisch und historisch für Deutschland von der größten Bedeutung gewesen, den zusammenhängenden Verlauf der Ereignisse in dieser trotz aller Vorliebe für deutsches Wesen doch streng neutralen Berichterstattung geschildert zu sehen. Leider ist es mir nicht gelungen, die Erkenntnis dafür bei den maßgebenden Stellen Deutschlands zu einer Zeit zu erwecken, wo uns die belgischen Archive noch uneingeschränkt zur Verfügung standen. An immer erneuten Versuchen in dieser Richtung hat es meinerseits nicht gefehlt. In Deutschlands Interesse und vom wissenschaftlichen Standpunkte aus beklage ich diese Unterlassungssünde aufs tiefste. Unser Vaterland ist dadurch eines seiner besten Fürsprecher beraubt. Leider glaubten damals maßgebende Persönlichkeiten, solange noch Deutschlands Heere ihre weit vorgeschobenen Stellungen eben noch mühsam zu behaupten vermochten, einer derartigen Unterstützung niemals bedürftig zu werden. Heute stehen wir, unserer Waffen beraubt, im Kampfe gegen die Vergewaltigung von Versailles in der ganzen Welt fast allein.

Baron Beyens, der vom Juni 1912 die belgische Berichterstattung aus Berlin übernimmt, hat sich während des Weltkrieges und besonders durch sein Buch: „L'Allemagne avant la guerre" als erbittertester Feind Deutschlands erwiesen. Von ihm stammt die Angabe an der Spitze des feindlichen Dokuments über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, der deutsche Kaiser habe schon viele Monate vor Kriegsausbruch aufgehört, den Frieden zu schirmen, und die Berufung auf ein Gespräch Moltkes mit dem Könige der Belgier[2]). Hat Beyens diese Überzeugung vom Kriegswillen Deutschlands von vornherein besessen? Oder ist sie ihm allmählich erwachsen, nachdem er sich in Berlin eingelebt hatte? Glücklicherweise geben uns seine nach Brüssel erstatteten Berichte die Möglichkeit, hierüber an der Hand seiner eigenen früheren Gedankengänge zu urteilen.

Da ist es denn sehr wichtig, daß Beyens gleich in seinem ersten der von uns 1915 herausgegebenen Berichte am 28. Juni 1912[3]) dem deutschen Kaiser das Zeugnis ausstellt, er suche mit allen Mitteln eine Annäherung zwischen England und Deutschland herbeizuführen und lasse sich durch die Enttäuschungen nicht entmutigen, die ihm seine britischen Freunde

[1]) Gemeint ist der Tripolis-Krieg.
[2]) Vgl. S. 209 ff. und mein Buch: „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität", Berlin 1919, S. 11/12.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 92.

verursachten. „Als er nach dem Tode Eduards VII. mit dem Kronprinzen aus England zurückkehrte, wo man sie sehr entgegenkommend aufgenommen hatte, waren beide, wie man hier sagte, überzeugt, daß eine herzliche Intimität zwischen den beiden Höfen den kühlen Beziehungen der vorhergegangenen Jahre Platz machen werde, und daß die Ursachen der Mißhelligkeiten zwischen den beiden Völkern zugleich mit der Vergangenheit verschwinden würden. Er muß daher schmerzlich überrascht gewesen sein, als er sah, wie das Londoner Kabinett im vergangenen Jahre sich so entschieden auf Frankreichs Seite stellte. Doch der Kaiser ist zähe und hat nicht darauf verzichtet, die Sympathie der Engländer wieder zu erobern, wie es ihm gelungen ist, sich bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen des Zaren zu erwerben, es zu gewinnen durch den Zauber seiner persönlichen Liebenswürdigkeit. Da er nicht selbst in London handeln konnte, so betraute er den fähigsten deutschen Diplomaten mit dieser undankbaren Aufgabe."

„Der englische Botschafter schien mir hinsichtlich des Erfolges dieser Mission ziemlich skeptisch zu sein. Was die Wiederherstellung des früheren guten Einvernehmens so schwierig macht, meinte Sir Edward Goschen, ist der Umstand, daß zwischen den beiden Völkern kein wirklicher Grund zur Gereiztheit oder Entfremdung besteht. Mit Deutschland hatten wir keinen peinlichen Zwischenfall zu regeln, wie den von Faschoda. Die Mißverständnisse stammen aus der Zeit des Krüger-Telegrammes des Kaisers. Das war für uns wie ein Aufleuchten, das uns den Abgrund zeigte, der sich in aller Stille, und ohne daß wir es merkten, zwischen uns und dem deutschen Volke aufgetan hatte. *Die Frage der Beschränkung der deutschen Kriegsflotte ist unlösbar. Wir haben keinerlei Recht, eine solche der kaiserlichen Regierung aufzudrängen. Wir müssen ihr eben auf dem zum Ruin führenden Wege folgen, den sie betreten hat, denn Englands Heil hängt von seiner Überlegenheit zur See ab*[1]). Der Botschafter glaubt ebenso wie Mr. Winston Churchill, daß die deutsche Flotte, eine persönliche Schöpfung des Kaisers, für ihn eine Liebhaberei sei, daß es ihm Spaß mache, sie zu vermehren, und daß er nicht darauf verzichten werde, sie stärker zu machen, als es der Schutz des deutschen Handels erfordere."

„*Eine andere, vielleicht tiefer liegende Ursache für die Abneigung des englischen Volkes gegen das deutsche hat Sir Edward Goschen mit Stillschweigen übergangen: nämlich die Nebenbuhlerschaft auf dem Gebiete der Industrie und des Handels. Mit wohlverständlichem Neide sieht England, wie ein europäisches Volk im Kampfe auf dem Weltmarkte jedes Jahr an Boden gewinnt und so auch in dieser Hinsicht die Vor-*

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.

machtstellung bedroht, die es sich gesichert hatte"[1]). — In der Berufung Marschalls von Konstantinopel, wo er ausgezeichnet für Deutschland gewirkt hatte, nach London sieht auch Beyens einen ernsten Beweis für die Absicht des Kaisers, zu besseren Beziehungen mit England zu gelangen. Marschall schätzt auch er sehr hoch ein. Aber der Erfolg seiner Mission scheint ihm zweifelhaft: „In London wird er zweifellos in aller Ruhe den Ursachen nachspüren, die auf moralischem und ökonomischem Gebiete zu den Mißverständnissen zwischen den beiden Regierungen und Völkern geführt haben. Ob er die Grundlage für eine politische Verständigung finden wird, scheint mehr als zweifelhaft; aber eine vorübergehende Entspannung ist nicht unmöglich. Auf jeden Fall ist das Werk in guten Händen, und der Meister wird den Erfolg nicht dadurch in Frage stellen, daß er mit zuviel Übereilung und Selbstvertrauen vorgeht." Halten wir es fest, daß Beyens in der Berufung Marschalls nach London die ernste Absicht der deutschen Politik anerkennt, mit England zu besseren Beziehungen zu gelangen, also für den Frieden zu wirken.

Die Kaiserzusammenkunft in Baltischport im Juli 1912 beurteilt Beyens als eine Fortsetzung der Bemühungen des deutschen Kaisers, die Beziehungen auch zu Rußland zu verbessern. Deutschland hat Rußland in Persien völlig freie Hand gelassen, Rußland in der Frage der Bagdadbahn Deutschland unterstützt. Baltischport ist nur die Fortsetzung der Entrevue von Potsdam 1910[2]), die zuerst eine Annäherung der beiden Regierungen und vor allem der Höfe ankündigte. Kaiser Wilhelm wollte England von Frankreich absprengen. Jetzt versucht er das Gleiche mit Rußland. „Der Feindschaft, die trennend zwischen der slawischen und deutschen Rasse steht, die Einigung der Höfe entgegenzustellen, die Erfolge der französisch-russischen Allianz durch eine Politik der Annäherung der beiden Souveräne aufzuheben, das könnte sehr wahrscheinlich der Traum Wilhelms II. sein. Die Verwirklichung des Planes hat bereits begonnen, und die zwischen Rußland und Frankreich geschmiedeten Bande lockern sich augenscheinlich. Gelingt es dem Kaiser eines Tages, vom Zaren das Versprechen zu erhalten, daß die russischen Armeen bei einem europäischen Konflikte nicht eingreifen, so darf man sich darüber nicht allzusehr wundern"[3]).

Sehr bald zeigt die brutale Offenheit der Unterhausrede Churchills vom 22. Juli, daß Englands Politik hauptsächlich gegen Deutschland gerichtet ist. „Indem Churchill, wie er es getan hat, Deutschland als den einzigen Feind Englands bezeichnet, steigert er den Revanchewunsch der Franzosen auf den Siedepunkt und zum Paroxysmus. Er liefert selbst Stoff zu dem Brande, auf den man sich von beiden Seiten vorbereitet"[4]). England will gleichzeitig seine Flotte in der Nordsee und im Mittelmeere

---

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Vgl. S. 145.
[3]) Berlin, 4. Juli 1912, Bd. IV, S. 69 ff.
[4]) Berlin, 25. Juli 1912, Bd. IV, S. 72/73.

verstärken und rechnet auf die Mitwirkung Frankreichs. Beyens sieht in den deutschen Flottenverstärkungen den Hauptgrund dieser unfreundlichen Haltung Englands. Aber er beschuldigt doch auch Frankreich mit großer Deutlichkeit, den Frieden Europas zu gefährden. „Die Deutschen ... geben nicht zu, daß die fortgesetzte Vermehrung ihrer Flottenstreitkräfte die erste Ursache für die Verteidigungsmaßregeln und Kampfvorbereitungen Englands ist. Wenn Frankreich seine marokkanischen Gelüste auf dem Gewissen hat, deren Verwirklichung den Frieden Europas bedroht hat und noch bedroht, so hat auch Deutschland, indem es zur See mit England wetteifern wollte, daran gearbeitet, einen Zusammenstoß unabwendbar zu machen[1]). Darin liegt die ganze Erklärung für Churchills Rede, aber gerade das will man in Berlin nicht anerkennen."

Den gleichen Standpunkt macht sich auch Graf Lalaing in London zu eigen, wenn er am 3. August 1912[2]) die unbedingte Notwendigkeit für England hervorhebt, seine Oberherrschaft zur See aufrechtzuerhalten. Verliere es diese, so sei es um seine Macht und sein Ansehen für immer geschehen. Er beruft sich auf Haldanes Wort: „Wir hängen von unserer Seebeherrschung ab und wir wollen sie aufrechterhalten," und fügt hinzu: „Das ist der Angelpunkt der englischen Politik, und das scheint man in Berlin nicht zu begreifen". „Die englischen Seerüstungen bedrohen niemanden", fügt er unter nachdrücklicher Betonung seines persönlichen Standpunktes hinzu. In der soeben abgeschlossenen russisch-französischen Marinekonvention sieht er eine wesentliche Entlastung für England und eine Antwort auf die Monarchenbegegnung von Baltischport. Der Zweibund scheint ihm dadurch neu gefestigt.

In ähnlichem Sinne war Poincaré im August des Jahres tätig, als er in seiner Eigenschaft als französischer Ministerpräsident in Petersburg persönlich für Verstärkung der Rüstungen eintrat. Der Zweck seiner Reise wurde anfangs sorgfältig geheimgehalten[3]); ein fast zwei Jahre später erstatteter Pariser Bericht — vom 24. Juni 1914 — aber läßt darüber keinen Zweifel[4]). Der Zweibund schloß sich fester.

In die Dämmerzustände der politischen, auf dem europäischen Kontinent lastenden Unklarheiten leuchtete wie ein greller Blitz am letzten September 1912 die Nachricht, daß Bulgarien seine Armee mobil gemacht habe, ein Beispiel, dem Serbien, Griechenland und Montenegro tags darauf folgten[5]). Der Balkankrieg begann. Noch Ende August hatte der belgische Gesandte zu Paris an die Fortdauer des Friedens auf

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Bd. IV, S. 74 ff.
[3]) Paris, 28. und 29. August 1912, Bd. IV, S. 82/83.
[4]) Bd. IV, S. 205/206.
[5]) Brüssel, 3. Oktober 1912, Bd. IV, S. 81/82.

dem Balkan geglaubt[1]); niemand hatte gedacht, daß die Militärkonvention der Balkanstaaten gegen die Türkei so bald zu einer kriegerischen Auseinandersetzung drängen würde. Das Brüsseler Außenministerium schärfte seinen Gesandten ein, auf jedes Zeichen einer Ausbreitung des Balkanbrandes zu achten. „Diese Gefahr könnte uns nicht gleichgültig lassen, und man kann sogar verschiedene Verwicklungen ins Auge fassen, die den Schauplatz der Feindseligkeiten unserem Landgebiete nähern könnten"[2]).

Über die verschiedenen Phasen des Balkankrieges gibt die belgische Berichterstattung genaue Auskunft. Wir brauchen hier nicht näher darauf einzugehen, da nirgends von einem Wunsche Deutschlands die Rede ist, die Balkanlage zur Entzündung eines Weltkrieges oder auch nur zu einer Abrechnung mit dem Zweibunde zu benutzen. Im Gegenteil, das Brüsseler Außenministerium gibt in dem schon erwähnten Rundschreiben vom 3. Oktober seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß die Regierungen der Großmächte sich bestreben würden, den Balkankonflikt örtlich zu begrenzen In Petersburg befürchtet man allerdings von vornherein, daß er sich zu einem Weltkriege auswachsen könnte. Panik an der Börse bezeichnet diese Stimmung, über die der belgische Gesandte in Petersburg am 3. Oktober mit besonderer Hervorhebung der gefährlichen Macht des Panslawismus berichtet[3]). Von Deutschland erhofft man dort, daß der Kaiser Österreich-Ungarn von Unbesonnenheiten abhalten wird. Diplomatische Kreise der russischen Hauptstadt sind aber wegen der Haltung der panslawistischen Presse sehr besorgt. Die Ermutigung, die sie der Schilderhebung ihrer Balkanbrüder gegen den Halbmond zuteil werden läßt, überwiegt den Einfluß der von amtlicher russischer Seite gegebenen Ratschläge zur Mäßigung.

Als Beyens, dieser argwöhnische Beurteiler der deutschen Politik, am gleichen Tage über die Lage berichtet[4]), hat er nur zu bemängeln, daß die kaiserlich deutsche Regierung das Vorgehen der Großmächte nicht energisch genug unterstütze; immerhin ziehe sie sich von der Türkei offensichtlich zurück und suche sich ihrem Dreibundgenossen Italien mehr zu nähern. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Großmächte liege nicht in Deutschland: Österreich-Ungarn und Rußland bestimmten die Lage.

Die große Gefahr des Gegensatzes dieser beiden Kaiserreiche unterstreicht Beyens dann noch in einem Berichte vom 14. Oktober[5]), in dem er nicht umhin kann, der deutschen Regierung ihre große Zurückhaltung zu bestätigen. Im gegebenen Augenblick würde sie ja vielleicht hervortreten. So habe sie auch 1909, als die Schwierigkeiten wegen der Annexion Bosniens und der Herzegowina kaum mehr lösbar schienen, durch ihre energische Haltung allen Schwierigkeiten ein Ende bereitet.

[1]) 28. und 29. August 1912, Bd. IV, S. 82/83.
[2]) w. o., Bd. IV, S. 81/82. Brüssel, 3. Oktober 1912.
[3]) Petersburg, 3. Oktober 1912, Bd. IV, S. 83/84.
[4]) Bd. IV, S. 84/85.
[5]) Bd. IV, S. 86/87.

Eine unmittelbare Folge des Balkankonfliktes ist der Abschluß des Friedens zwischen Italien und der Türkei, der von den belgischen Berichterstattern mit Freude begrüßt wird. Nur fürchtet man in Italien, daß Österreich davon Vorteile auf dem Balkan haben könnte; dies will man in Rom durchaus nicht zulassen[1]).

Immer deutlicher hebt sich aus der belgischen Berichterstattung der Gegensatz Österreichs und Rußlands auf dem Balkan heraus. Auch glaubt man, daß ein etwaiger Sieg der Türkei Rußland auf den Plan rufen wird. Bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina hatte Österreich-Ungarn seine Truppen aus dem Sandschak zurückgezogen. Jetzt drohte die Gefahr, daß die Serben und Montenegriner — aufeinander zustrebend — gerade den Sandschak von Novibazar besetzen würden. Da es Österreich-Ungarn nicht gleichgültig sein konnte, ob Kämpfe an seiner unmittelbaren Grenze stattfanden, so konnte es vielleicht geneigt sein, den Sandschak seinerseits zu besetzen. Das aber wieder konnte Rußland auf den Plan rufen. Besorgt fügte der belgische Gesandte zu Wien seinen Erörterungen vom 12. Oktober[2]) hinzu, daß die Regierung des Zaren unter dem Drucke der öffentlichen Meinung in Rußland „die slawischen Brüder“ nicht im Stiche lassen könne. „Man muß daher befürchten, daß der kommende Krieg, weit davon entfernt, die geschehene Annäherung zwischen Rußland und Österreich zu unterstreichen, einen ganz entgegengesetzten Erfolg zeitigen wird.“

Wuchs so auf dem Balkan der immer nur zeitweise überbrückte Interessengegensatz der beiden östlichen Kaiserreiche beängstigend empor, so verschlechterten sich eben jetzt nach dem Urteil der belgischen Gesandten auch die für die Erhaltung des Weltkrieges in erster Linie wertvollen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. „Wiedererwachen des französischen Nationalismus“ überschreibt das Brüsseler Außenministerium einen sehr ernst gehaltenen, den französisch-deutschen Beziehungen gewidmeten Rundbericht vom 28. Oktober[3]). Diese Darlegung, auf den Inhalt eines Pariser Gesandtenberichts vom 1. Oktober gestützt, in Deutschland leider noch nahezu unbekannt, ist für die Erkenntnis der wahren Weltkriegsursachen so wichtig, daß sie hier in ihren Hauptteilen wiedergegeben werden muß.

„Während der langen und schweren Krisis von 1911, die auf den Zwischenfall von Agadir folgte, konnte man zu der Aufrechterhaltung des französisch-deutschen Friedens trotz der beunruhigenden Gerüchte von allen Seiten ein gewisses Zutrauen bewahren. Tatsächlich waren die friedlichen Gesinnungen Wilhelms II. bekannt, und der Augenblick, sich in einen großen Krieg zu stürzen, war für Deutschland vor der Vollendung seines Schiffbau-Programms wenig günstig. Andererseits empfand die Regierung der Republik sehr wohl, daß sie trotz lärmender Kundgebungen allen Forderungen Deutschlands hatte nachgeben müssen. Aber die bri-

---

[1]) Paris, 16. Oktober 1912, Bd. IV, S. 88/89.
[2]) Bd. IV, S. 89ff.
[3]) Bd. IV, S. 91/92.

tische Regierung sprach ihr „quos ego", und in der französischen öffentlichen Meinung stellte sich ein Umschwung jener Art ein, wie er nur bei einem so leicht zu beeinflussenden Volke wie dem französischen möglich ist."

„Diese Umformung in der Einstellung der öffentlichen Meinung ist auffallend. Wenn man sagen wollte, daß die französische Nation in ihrer Gesamtheit kriegslustig geworden sei, so hieße das vielleicht zu weit gehen. Der Landmann, der Bürger, der Kaufmann, der Industrielle und der Geschäftsmann wissen, was ein Zusammenstoß sie kosten würde; bei der allgemeinen Wehrpflicht muß jeder für die Seinigen zittern. Gleichwohl ist man dahin gelangt, dem Lande das Vertrauen in den Erfolg zu geben; man muß ferner mit der stürmischen Jugend, den militärischen Kreisen und den Leuten rechnen, die nichts zu verlieren haben."

„Es gibt freilich an der Spitze der französischen Armee einige Führer, die sich der Schwierigkeiten bewußt sind, die ein Feldzug gegen das mächtige Deutschland bieten würde; unglücklicherweise schweigen sie, wie es allzuoft die ruhigen und überlegten Leute tun, während die anderen so lange reden, bis sie endlich von den Massen gehört werden. Die Männer, die an der Spitze der französischen Regierung stehen, sind aufrichtig friedliebend und haben kein anderes Ziel, als ihrem Lande im europäischen Konzert den Platz wiederzuverschaffen, den es vor 1870 innehatte; es ist gut, der Nation ein gewisses Maß von Würde zurückzugeben; es ist gefährlich, ihren Chauvinismus zu steigern. Angefangen hat man mit militärischen Paraden und wöchentlichen Retraiten in den Straßen von Paris. Bald hat sich das Feld erweitert; die patriotischen Feierlichkeiten hören nicht mehr auf. Der außergewöhnliche Prunk, mit dem man Poincarés Besuch in Rußland ausgestattet hat, und die neuerliche Reise des Großfürsten Nikolaus nach Frankreich dienten nur dazu, den Nationalismus des Landes zu erregen. Herr Millerand, der vor einigen Wochen die Truppen und die Befestigungen der Ostgrenze sorgfältig besichtigt hatte, hat soeben diese Besichtigung eindringlich zu wiederholen begonnen und zwar in Begleitung des Großfürsten Nikolaus, während die Großfürstin sich an die Grenzen des französischen Gebietes führen ließ, um die eroberten Provinzen zu grüßen. Diese Reise hat mit einer Parade zu Nancy ihren Abschluß gefunden, bei der die Presse sich bemüht hat, einen solchen Lärm zu machen, daß sie zum Vorwande einer wirklichen Kundgebung gegen die Annexion Elsaß-Lothringens wurde. Zu Toulon hat nach einer großen Zahl patriotischer Flottenkundgebungen Herr Delcassé soeben am Stapellaufe eines neuen Panzerschiffes von ungeheurer Stärke teilgenommen."

„Alles dies erregt die öffentliche Meinung, die von der militärischen Überlegenheit und einem zukünftigen französischen Siege um so mehr überzeugt ist, als die Regierung unaufhörlich militärische Flugzeuge in Bestellung gibt."

„Abgesehen von den Balkanwirren ist sicherlich keine Wolke am Himmel, die in naher Zukunft einen französisch-deutschen Konflikt

befürchten lassen könnte, aber Zwischenfälle können unerwartet eintreten. Die öffentliche Meinung, die 1870 Napoleon III. die Hand geführt hat, und die wiederum nervös und reizbar geworden ist, wird eines Tages unter diesem Gesichtspunkte ‚die Geschichte revidieren'[1]) und die beiden Regierungen jählings vor eine Lage stellen können, aus der es keinen anderen Ausweg gibt als den Appell an die Waffen."

In diesem Berichte ist die Lage treffend gekennzeichnet. Bestätigen wir es uns noch einmal aus der früheren belgischen Berichterstattung, daß Deutschland von einem Kriege nichts zu erhoffen hatte, daß es mit der Teilung Europas zufrieden war und nur wünschen konnte, in ruhigen Friedensjahren die Früchte seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu ernten. Allein auf seiten des Zweibundes lag nach belgischem Urteil ein Interesse vor, den bestehenden Zustand zu ändern: Rußland konnte durch Begünstigung der panslawistischen Bestrebungen auf dem Balkan vorwärtszukommen, Frankreich wieder in den Besitz Elsaß-Lothringens zu gelangen hoffen. Nur die Überzeugung von der militärischen Überlegenheit Deutschlands sicherte einstweilen noch den Frieden, und es ist daher ein grundfalscher, zugleich ungeschichtlicher und unlogischer Vorwurf, aus dem weiteren Ausbau der deutschen Wehrkraft jetzt nachträglich friedensgefährdende Bestrebungen Deutschlands herauslesen zu wollen, wenn auch unbestreitbar die deutschen Flottenbestrebungen England auf den Plan gerufen haben. Selbst nach belgischem Urteile aber ist es unbestreitbar, daß das Gefühl der militärischen Überlegenheit Frankreichs, wie es besonders durch die Ausgestaltung des militärischen Flugwesens erzeugt wurde, eine große Friedensgefahr bildete[2]).

Auch in London beobachtete man die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan mit besorgter Miene und fürchtete ein weiteres Emporwachsen des österreichisch-russischen Gegensatzes, da das Einvernehmen (entente) zwischen den beiden Regierungen nicht als hinreichend angesehen wurde. Fürchteten die Untertanen des Kaisers Franz Joseph serbische Gelüste auf den Sandschak, so begeisterten sich die Russen für die slawische Sache und wünschten, ihren orthodoxen Religionsgenossen im Kampfe gegen den Islam beizustehen.[3])

Trotz aller Störungen der französisch-deutschen Beziehungen durch Vorkommnisse verschiedener Art, über die belgischerseits genau berichtet wird, brachte der Balkankrieg im ganzen zeitweise eine gewisse Annäherung zwischen den beiden Mächten zuwege. Auch Beyens kann sich dieser Feststellung nicht entziehen. „In gleicher Weise von dem Willen beseelt," berichtet er am 18. Oktober 1912[4]), „den Konflikt auf

---

[1]) „recommencer l'histoire."

[2]) In welchem Maße vor dem Weltkriege tatsächlich das allgemeine Augenmerk Frankreichs auf die Entwicklung des militärischen Flugwesens gerichtet und geneigt war, die sich daraus für einen zukünftigen Krieg ergebenden Siegesaussichten zu übertreiben, davon habe ich mich selbst gelegentlich einer Reise durch Südfrankreich während der Flugsportwoche von Bordeaux 1910 persönlich überzeugen können.

[3]) London, 23. Oktober 1912, Bd. IV, S. 93/94.

[4]) Belgische Aktenstücke, Nr. 93, und Bd. IV, S. 95/96.

der Balkanhalbinsel örtlich zu begrenzen und einen europäischen Krieg zu vermeiden, verständigten sie sich, um in demselben Sinne auf ihre wechselseitigen Verbündeten, Rußland und Österreich, einzuwirken." — „Es war nicht die Schuld der kaiserlichen Regierung, daß die durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina hervorgerufene Krisis 1909 keine bessere Lösung erfahren hatte. Deutschland hatte dem Pariser Kabinett anbieten lassen, gemeinsam in Petersburg vorzugehen, um Rußland zu einer Änderung seiner Haltung zu veranlassen. Erst nachdem Herr Pichon dieses Zusammengehen abgelehnt hatte, entschloß sich das Berliner Kabinett zu dem bekannten Schritt. Ich halte es für nützlich, die Wahrheit über diese geschichtliche Tatsache wiederherzustellen. Ich habe sie kürzlich auf der französischen Botschaft erfahren"[1]).

Daß in den kritischen Spätherbsttagen des Jahres 1912 selbst Beyens die Hauptgefahr in den Machenschaften der Panslawisten erblickte, ersehen wir eindringlich aus seinem Berichte vom 24. Oktober 1912[2]), in dem es u. a. heißt: „Man denkt wirklich mit Recht, daß die panslawistischen Gefühle des russischen Volkes nicht noch gesteigert zu werden brauchen." Und etwas später: „Der französische Botschafter, der besondere Gründe haben muß, so zu sprechen, hat mir wiederholt gesagt, daß die größte Gefahr für die Erhaltung des europäischen Friedens in der Undiszipliniertheit und der persönlichen Politik der russischen Vertreter im Auslande bestehe. Sie sind fast alle glühende Panslawisten, und ihnen muß man zum großen Teile die Verantwortung für die augenblicklichen Ereignisse aufbürden[3]). Sie werden ohne Zweifel heimlich ihr Land zu einer Intervention im Balkankonflikt aufhetzen........ Wenn man den geringen persönlichen Vorteil, den Rußland aus einer Intervention ziehen würde, mit dem Risiko vergleicht, das es laufen würde, so müßte man zu dem gesunden Menschenverstande seiner Staatsmänner Vertrauen haben und der nächsten Zukunft ziemlich ruhig entgegensehen können, wenn nicht die panslawistischen Gefühle wären und diejenigen, die sie schüren"[3]).

Trotz des überall geschichteten Konfliktstoffes gelang es dennoch der Politik der Großmächte, den Balkanbrand örtlich zu begrenzen. Allen Einzelheiten der dortigen Vorgänge in der belgischen Berichterstattung hierbei zu folgen, erübrigt sich, da Deutschland ganz im Hintergrunde blieb.

Österreichs Politik erfährt seitens der belgischen Gesandten wiederholt eine herbe Kritik. Man sagt ihr Unnachgiebigkeit nach, stellt aber auch fest, daß man in Berlin nicht geneigt ist, durch dick und dünn mit Öster-

---

[1]) Diese ganze für uns sehr wichtige Darlegung von „Es war nicht die Schuld" ab fehlt in dem am 8. November 1912 vom Brüsseler Außenministerium an die Gesandten versendeten Zirkular. Vgl. Bd. IV, S. 95/96.

[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 94.

[3]) Vom Verfasser hervorgehoben.

reich zu gehen. Nicht ohne Gereiztheit klagten deutsche Geschäftsleute, die Interessen des Dreibundes schienen zurzeit denen Österreich-Ungarns untergeordnet[1]). Andere Stimmen nehmen auch wieder die österreichische Politik in Schutz, so, wenn der belgische Gesandte zu Wien am 22. November anläßlich der Verschärfung der Lage durch den Zwischenfall von Prizrend meldet[2]), die serbischen Anmaßungen gefährdeten die Lage. Offenbar habe in Belgrad der militärische Erfolg die Ansprüche übersteigert; man rechne dort auf die Unterstützung Rußlands. Überall entfalteten panslawistische Komitees eine umfangreiche Tätigkeit, Sendlinge und Spione suchten die Polen und Ruthenen gegen Österreich aufzubringen, indem sie ihnen die lockende Aussicht auf ein unabhängiges Polen eröffneten. „Es ist nicht die Regierung des Zaren, die, wie man sagt, diese Agitation hervorruft.... Nicht in St. Petersburg, sondern in Paris müßte man den Urheber dieser Intrigen suchen. Herr Iswolski, der den ihm vom Grafen Aehrenthal mit der Annexion von Bosnien und der Herzegowina zugefügten Schlag nicht vergessen kann, sei unaufhörlich beschäftigt, sich dafür zu rächen.“

Alle Gerüchte, daß der Erzherzog-Thronfolger zum Kriege dränge, bezeichnet der Wiener Gesandte noch am 22. November als eine alte, durch nichts gerechtfertigte Legende. In diesem Urteile erschüttert ihn auch nicht der unvermutete Besuch des Erzherzogs beim Kaiser, über den er zwei Tage später berichtet[3]), indem er zugleich die Mobilmachung von neun österreichischen Armeekorps — fünf an der galizischen Grenze, vier im Süden der Monarchie — mitteilt. Die Rücksprache des österreichischen Generalstabschefs mit seinem deutschen Kollegen, die gleichzeitig mit dem Besuche des Thronfolgers stattfand, machte damals großes Aufsehen. Auch der Wiener Gesandte legte ihr ernste Bedeutung bei. In Österreich nahm man damals bestimmt an, Rußland werde sich in den Krieg einmischen. „Es scheint, daß die Regierung des Zaren im Begriffe steht, sich von der öffentlichen Meinung überflügelt zu fühlen, und daß sie sich verpflichtet glaubt, gewisse vorbeugende Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Man hört auch schon die Äußerung, daß die serbische Frage in den Hintergrund getreten sei, und daß die Agitation der panslawistischen Komitees einen unmittelbaren Angriff auf Österreich-Ungarn zum Ziele habe.“

Auch ein Pariser Bericht vom 24. November weist auf die sich verschärfende Kriegsgefahr hin[4]). Prophetisch erklingt es, ein Kampf zwischen Österreich und Serbien werde wahrscheinlich einen allgemeinen Krieg heraufbeschwören: hinter Österreich stehe Deutschland, und die öffentliche Meinung Rußlands werde die Regierung des Zaren mit solcher Kraft vorwärts drängen, daß sie den Kriegstreibereien nicht mehr zu widerstehen vermöge. Aber ist es Deutschlands Absicht, den Fehde-

---

[1]) Berlin, 12. November 1912, Bd. IV, S. 96 ff.
[2]) Bd. IV, S. 98 ff.
[3]) Wien, 24. November 1912, Bd. IV, S. 100 ff.
[4]) Bd. IV, S. 102/103.

handschuh jetzt aufzunehmen? Nein, denn ausdrücklich hebt der belgische Gesandte hervor, Kaiser Wilhelm habe unzweifelhaft den österreichischen Thronfolger verpflichtet, „sich entgegenkommend und so friedliebend zu verhalten wie möglich".

Ein Belgrader Bericht vom 26. November[1]) zeichnet die Haltung der Großmächte zu den Balkanfragen und beleuchtet dabei treffend das unnatürliche Gebilde eines selbständigen Albaniens, von dem nur weitere Schwierigkeiten zu befürchten seien. Vielleicht könne Serbien seinen Prozeß noch gewinnen, wenn es nur gelinge, eine mit der Würde Österreichs vereinbare Lösung zu finden.

Als Baron Beyens am 30. November 1912[2]) zusammenfassend über den Besuch des Erzherzog-Thronfolgers in Berlin berichtet, kann auch er nicht umhin, ausdrücklich zu bestätigen, daß der Kaiser und seine Ratgeber es an Ratschlägen zur Mäßigung nicht hätten fehlen lassen. „Als Kaiser Wilhelm II. seinen Gast zum Bahnhofe brachte, hat er diese in der ihm eigentümlichen familiären Ausdrucksweise in folgende ausdrucksvollen Worte zusammengefaßt: ‚Vor allem keine Dummheiten!' Ich kann Ihnen auf das Zeugnis von Botschaftern hin, die es mir wiedererzählt haben, die Glaubwürdigkeit dieses Ratschlages gewährleisten, der den Indiskretionen der Zeitungen entgangen ist." Und weiter sagt er: „*Es besteht kein Zweifel, daß der Kaiser, der Kanzler und der Staatssekretär des Äußeren leidenschaftliche Anhänger des Friedens sind*[3])... *Welches auch die Pläne sein mögen, die Herr v. Kiderlen-Wächter, der sich mit großen Gedanken trägt, im Sinne hat, um seinem Lande die Sympathien der jungen Balkanmächte zu gewinnen, eines ist ganz sicher, nämlich daß er fest entschlossen ist, einen europäischen Brand zu vermeiden. In diesem Punkte berührt sich die deutsche Politik mit der englischen und französischen, die beide entschieden friedliebend sind*"[4]).

Damit stimmt es überein, wenn Beyens hervorhebt, die Beziehungen zwischen der deutschen und englischen Regierung seien jetzt besser als seit langem, und auch zwischen den Kabinetten von Berlin und Paris gehe eine der Erhaltung des Friedens sehr günstige Entspannung vor sich. „Österreich dazu zu bringen, sich versöhnlicher zu zeigen, was, wie man hier glaubt, der kaiserlichen Regierung gelungen ist, würde allein nicht genügen, um den Konflikt zu verhindern. Es muß auch noch der hartnäckige Widerstand gebrochen werden, den Serbien der Verminderung seiner Ansprüche entgegensetzt. Ende der vorigen Woche lief in den Kanzleien Europas das Gerücht um, *daß Herr Sazonoff den*

---

[1]) Bd. IV, S. 103 ff.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 96 und Bd. IV, S. 105ff.
[3]) „ne soient passionnément pacifiques."
[4]) Vom Verfasser hervorgehoben.

Kampf gegen die Hofpartei aufgegeben habe, die Rußland in einen Krieg treiben will[1]), wiewohl der Boden des russischen Reiches durch die Revolution unterwühlt ist und seine militärischen Vorbereitungen noch ungenügend sind." Jetzt scheine auch hier eine leichte Entspannung eingetreten. Aber, fragt Beyens, „wird unter dem Einflusse der russischen Ratschläge die serbische Unnachgiebigkeit[2]) sich zu einem Kompromiß in der Frage des Adriahafens verstehen"? In Berlin sei man der Einberufung einer Botschafterkonferenz, wie sie Sir Edward Grey vorgeschlagen hatte, geneigt. Zweckmäßig würde sie in London stattfinden. Die Wahl von Paris für diese diplomatische Versammlung hält Baron Beyens nicht für eine glückliche. — Das für uns Entscheidende in seinem Berichte ist, daß er nur in Rußland eine Gefahr für die Erhaltung des Friedens sieht.

Das Hervortreten Rumäniens brachte auf dem Balkan eine neue Wendung. Seine anfängliche Zurückhaltung schien sich jetzt zu lohnen; Rußland war geneigt, Rumänien in seinen Forderungen nach Kompensationen zu unterstützen[3]).

Wird es gelingen, den Balkanbrand örtlich zu begrenzen? Diese Frage mußte sich anfangs Dezember 1912 von neuem aufdrängen, wenn man die umfangreichen militärischen Maßregeln Rußlands mit Aufmerksamkeit verfolgte. So berichtet denn auch der belgische Gesandte in der russischen Hauptstadt am 6. Dezember[4]), daß diese militärischen Maßregeln Rußlands sich mit ebensoviel Lebhaftigkeit wie Geheimhaltung vollzögen; man müsse sich auf alle Möglichkeiten vorbereiten, selbst wenn man glühend den Frieden wünsche und sogar an ihn glaube. „Dieser Wunsch und diese Zuversicht sind in der Auffassung der russischen Regierung gleichermaßen aufrichtig und zwar aus verschiedenen Gründen. Der Minister des Innern hat kürzlich erklärt, wenn der Krieg ausbräche, könne er für die Ereignisse nicht einstehen. Andererseits hat Herr v. Bethmann Hollweg den Entschluß Deutschlands bekundet, Österreich zu helfen, wenn es angegriffen würde. Die russische Regierung, die unlängst noch glaubte, Deutschland würde sich um des Balkans willen nicht in einen Krieg stürzen, hat sich davon überzeugen müssen. Schließlich haben viele Offiziere und unter ihnen mehrere der ernsthaftesten die Meinung, daß das Kriegsmaterial sich nicht auf der Höhe der Umstände befindet.... Die Armee indessen wünscht den Krieg. Sie sieht darin die Gelegenheit, den russisch-japanischen Krieg wieder gutzumachen. Der Einsatz bei diesem letzten Kriege ließ das russische Volk gleichgültig: die feindliche Gesinnung gegen Österreich einigt alle Klassen der Nation. Dieser

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.

[2]) In den „belgischen Aktenstücken", Nr. 96, die leider viele Übersetzungs-Ungenauigkeiten enthalten, ist „l'intransigeance serbe" mit „das unversöhnliche Serbien" verdeutscht.

[3]) Bukarest, 4. November 1912, Bd. IV, S. 107 ff.

[4]) Bd. IV, S. 110.

Groll geht bis auf den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück, bis zur Besetzung des von Kaiser Alexander geräumten Cattaro durch die österreichischen Truppen; für die große Menge bis auf den Kongreß von Berlin, der Österreich mehr Gebietsvorteile brachte als Rußland, und bis auf die Zeiten der österreichisch-russischen Nebenbuhlerschaft auf dem Balkan. Man spricht weniger von dem Wunsche, Serbien zu unterstützen, als ‚seine Rechnung zu begleichen'."[1]) Auch hier also erscheint Rußland als Hauptgefahr für den Frieden Europas.

Als es im Dezember auf dem Balkan zu Friedensverhandlungen kommt, bestätigt ein Berliner Bericht — Beyens! — vom 16. Dezember[2]) wiederum Deutschland seine friedliebende Haltung. Herr v. Kiderlen dämpft die kriegerischen Neigungen der Türkei. „Deutschland wünscht dringend die Erhaltung des europäischen Friedens, und die erste Vorbedingung hierfür ist die Wiederherstellung des Friedens auf dem Balkan"[3]). Deutschland werde also alles in diesem Sinne tun, während Österreich wohl geneigt sein könnte, Serbien auf wirtschaftlichem Gebiete weit entgegenzukommen, ohne ihm aber einen Adriahafen zuzugestehen.

Die albanische Frage gewinnt hinfort erhöhte Bedeutung. In einem autonomen Albanien erblickt der belgische Gesandte zu Wien[4]) eine gewisse Gefahr für die Balkanstaaten, während er zugleich eine Verschlechterung der Beziehungen Österreichs zu Serbien feststellt. Nach seinem Urteile ist man in Wien Serbien gegenüber nicht entgegenkommend genug. Man könne dort offenbar die militärischen Erfolge des kleinen Landes nicht gut ertragen. Die starken Rüstungen Österreichs gegenüber den friedlichen Versicherungen Rußlands scheinen ihm übertrieben. Aber er deutet doch bereits an, daß Österreichs Haltung offenbar ein Verlegenheitsmittel darstellt, um zugleich der Militärpartei Genüge zu tun und doch, wenn möglich, vor den Gefahren eines kriegerischen Zusammenstoßes bewahrt zu bleiben.

Diese für Österreichs Politik nicht eben günstige Auffassung wird durch einen Pariser Bericht vom 29. Dezember[5]) wesentlich abgeschwächt. Hier wird die Donaumonarchie als „der große Besiegte" der Balkankrise bezeichnet. Österreich müsse auf einen wesentlichen Teil seines fünfzigjährigen Programms verzichten. Seine Ausbreitung nach Osten sei gehindert, Saloniki entgehe ihm, und das Anwachsen des Slawentums auf dem Balkan besitze eine gefährliche Anziehungskraft für seine östlichen Provinzen. Anfangs habe Österreich ernstlich an eine Mobilmachung Rußlands glauben können; wenn es jetzt immer noch nicht abrüste, so sei augenscheinlich die Militärpartei daran schuld. Wie aber

---

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Bd. IV, S. 111/112.
[3]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[4]) Wien, 16. Dezember 1912, Bd. IV, S. 112 ff.
[5]) Bd. IV, S. 114/115.

steht es mit dem europäischen Frieden? „Was uns an die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens glauben läßt, das ist die Haltung der Mächte. Alle wollen aufrichtig den Frieden, und Kaiser Wilhelm zeichnet sich ganz besonders durch seine friedliebenden Absichten aus. Man hat das Vertrauen, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Österreich und Serbien Rußland neutral bleiben und folglich Deutschland keine Veranlassung zum Eingreifen haben würde[1]). Aber man fragt sich, ob das Petersburger Kabinett, von den Panslawisten getrieben, noch lange die österreichischen Truppenzusammenziehungen an seinen Grenzen wird ertragen können."

Dieser Bericht beschäftigt sich mit einer Lage, die mit der Anfangslage des Weltkrieges übereinstimmt. Ein Konflikt zwischen Österreich und Serbien: wie verhält sich dazu die von den Panslawisten dauernd in Atem gehaltene russische Regierung? Wie aber steht Deutschland zu dieser schweren, aus seiner Bundesgenossenschaft mit der Donaumonarchie sich ergebenden Gefahr? Der Pariser Bericht bleibt uns die Antwort nicht schuldig: in Österreichs starken, immer noch aufrecht erhaltenen Truppenaufstellungen liegt eine gewisse Gefahr; Rußland unterliegt dem Panslawismus, Deutschland aber will den Frieden. Dieses von Paris am 29. Dezember 1912 ausgegangene Urteil sollte heute nicht vergessen werden.

Von größter Bedeutung war damals wie zu Anfang des Weltkrieges die Frage nach der Haltung Englands. Die „Daily News" veröffentlichten zahlreiche Artikel des Inhalts, daß England an der orientalischen Krise kein Interesse habe, und daß, wenn die Großmächte sich zum Kriege fortreißen ließen, England ihnen nicht folgen würde. Die Partei des Friedens um jeden Preis zählte in der äußersten Linken zahlreiche Anhänger; sie trat für eine freundschaftliche Annäherung an Deutschland ein und kritisierte beständig das herzliche Einvernehmen mit Frankreich, da es geeignet sei, Großbritannien in Abenteuer zu stürzen. Asquith und Sir Edward Grey hingegen betonten die Treue Englands zu seinen Freundschaften und eingegangenen Verpflichtungen, und das Auswärtige Amt lehnte alle Verantwortung für die Äußerungen der Presse in dem geschilderten Sinne ab. Als ein Diplomat Sir Edward Grey gerade daraufhin ansprach, ob England sich bei einem europäischen Konflikte mit Frankreich und Rußland solidarisch betrachten würde, antwortete dieser nur, das würde von den Umständen abhängen und verweigerte eine weitere Erklärung. „In englischen politischen Kreisen bemerkt man eine große Abneigung gegen den Gedanken, England an einem europäischen Kriege teilnehmen zu sehen; diese wird durch zwei Erwägungen gemildert: durch den Gedanken, die Republik nicht im Stiche zu lassen, falls sie ungerecht von Deutschland angegriffen würde, und vor allem durch die Erwägung,

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.

daß, wenn Frankreich jemals durch die kaiserlichen Streitkräfte vernichtet würde, die Reihe dann sofort an England kommen müßte"[1]). Nicht nur der deutschen Beobachtung konnte es somit damals so erscheinen, als wenn England in einem zukünftigen Kriege starke Gründe für seine eigene Zurückhaltung zu beobachten haben würde.

1913

Die weiteren Auseinandersetzungen auf dem Balkan drehten sich zu Anfang des Jahres 1913 hauptsächlich um Gebietsfragen. In der Angelegenheit des serbischen Hafens zeigte sich Österreich nach belgischem Urteil nach wie vor unnachgiebig; auch über die Abgrenzung von Albanien konnte nur langsam eine Übereinstimmung erzielt werden[2]). Bemerkenswert ist hierbei, daß Österreich hinsichtlich seiner Rüstungen loyale Erklärungen in Petersburg abgab, daß Rußland aber dennoch seine Truppenstärken nicht herabsetzte. Im ganzen zeigt die belgische Berichterstattung im Januar 1913 einen zunehmenden Pessimismus, da man keine Möglichkeit sieht, die auf die Spaltung der Mächte rechnende Türkei zur Übernahme der ihr zugemuteten Opfer zu nötigen[3]). Auch die Erfüllung der rumänischen Ansprüche schafft neue Schwierigkeiten. Schließlich aber macht doch gegen Ende Januar eine zuversichtlichere Betrachtung der Dinge Fortschritte, und aus Paris meldet am 27. Januar der belgische Gesandte[4]), die Zukunft sei zwar ungewiß, und Verwicklungen seien möglich, aber bislang herrsche noch eine völlige Übereinstimmung der Großmächte. „Es bleibt wahr, daß keine Macht den Krieg will. Man glaubt auch nicht, daß Österreich davon eine Ausnahme macht, und man scheint immer geneigt zu glauben, daß die Verstärkung der Armee der Doppelmonarchie mehr auf den inneren als auf den äußeren Feind abzielt; man befürchtet stets in Wien Unruhen der slawischen Bevölkerungen." Die Behauptungen der Berliner und Wiener Presse, Frankreich und Rußland würden jetzt gern die Gelegenheit benutzen, um zu einer Teilung der asiatischen Türkei zu schreiten, weist der belgische Berichterstatter scharf zurück: in Frankreich gebe man sich im Gegenteil die größte Mühe, ein Anschneiden der Frage der asiatischen Türkei zu verhindern.

Im Februar 1913 versetzt uns die belgische Berichterstattung wieder auf den Tummelplatz der westeuropäischen Diplomatie. Der englisch-deutsche Gegensatz in der Flottenfrage, die französischen Rüstungen und das Wiedererwachen des Chauvinismus in Frankreich erregen die Aufmerksamkeit der neutralen Berichterstattung.

Zunächst waren es die Erklärungen des Admirals v. Tirpitz in der Budgetkommission des deutschen Reichstages, die in der ganzen Welt

---

[1]) London, 19. Dezember 1912, Bd. IV, S. 115/116.
[2]) Petersburg, 7. Januar; Paris, 8. Januar 1913; Bd. IV, S. 116 ff.
[3]) Paris und Petersburg, 13. Januar 1913, Bd. IV, S. 118 ff.
[4]) Bd. IV, S. 121/122.

großes Aufsehen machten. Baron Beyens bemerkt dazu in einem Berichte vom 11. Februar 1913[1]), der von diesen Erklärungen ausgelöste Sturm gehe zweifellos über die Erwartung und den Wunsch der kaiserlichen Regierung hinaus. Es handelte sich damals um die Feststellung der Verhältniszahl von 10 : 16 zwischen den Kriegsschiffen der beiden Nationen. Beyens findet, daß die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht von einer Übereinkunft abhänge, die ihre maritimen Rüstungen begrenze. Die Aufrechterhaltung eines vernünftigen Verhältnisses beim Bau von Kampfeinheiten müsse sich im Gegenteil als Folge der verbesserten Beziehungen zwischen den beiden Völkern einstellen. Diese Auffassung hatte ein Artikel der „Kölnischen Zeitung"[2]) vom 10. Februar 1913 enthalten, und Beyens, der sie wiedergibt, sieht in der amtlich gestatteten Veröffentlichung der Tirpitzschen Erklärungen in der Budgetkommission den deutschen Wunsch, „den Engländern einen Beweis des guten Willens zu geben und auf dem Wege der Annäherung einen beträchtlichen Schritt zu tun. . . Weder Herr v. Bülow noch Herr v. Schoen, noch Herr v. Tirpitz selbst haben früher, wenn sie vor dem Reichstage über die Begrenzung der Marine-Neubauten sprachen, der englischen Regierung ein so großes Zugeständnis gemacht. Die Annahme einer Verhältniszahl bei den Dreadnoughts bildet daher eine Grundlage, auf der man zu einer freundschaftlichen Übereinstimmung zwecks Lösung aller möglichen Probleme gelangen kann." Selbst der deutschfeindliche Beyens kann also nicht umhin, hier in Deutschlands Haltung England gegenüber ein weites Entgegenkommen zu finden.

Die Wahl des Lothringers Poincaré zum Präsidenten der Französischen Republik wurde in Frankreich überall mit der größten Genugtuung aufgenommen. Der belgische Gesandte, Baron Guillaume, der am 14. Februar 1913 darüber berichtet[3]), hält es für nötig, darauf hinzuweisen, daß man in den zahlreichen Sympathiekundgebungen für Poincaré in erster Linie eine Kundgebung jenes alten französischen Chauvinismus erblicken müsse, der lange Jahre hindurch ganz zurückgetreten war, aber seit den Zwischenfällen von Agadir wieder an Kraft gewonnen habe. „Herr Poincaré ist Lothringer und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, daran zu erinnern; er war der Mitarbeiter und der Anstifter der militaristischen Politik des Herrn Millerand. Das erste Wort schließlich, das er in dem Augenblick aussprach, wo er seine Wahl zum Präsidenten der Republik erfuhr, war das Versprechen, über die Erhaltung aller Mittel der nationalen Verteidigung wachen zu wollen."

Als Guillaume fünf Tage später[4]) über die Haltung Frankreichs gegenüber der beabsichtigten Heeresverstärkung Deutschlands berichtet,

---

[1]) Bd. IV, S. 122/123.
[2]) Nr. 156.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 97.
[4]) Belgische Aktenstücke, Nr. 98.

schiebt er unter Berufung auf den französischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Deutschland in dieser wichtigen Frage nur insofern die Vorhand zu, als er den Vorteil des ständigen deutschen Bevölkerungszuwachses hervorhebt. Der Ansicht des französischen Außenministers, Frankreich müsse sein Möglichstes tun, um diesen Vorsprung durch eine bessere Organisation seiner Kräfte auszugleichen, schließt er sich an, aber er fügt noch hinzu — und dieses Urteil ist für uns von ungewöhnlichem Wert — : „die Zeitungen — und vor allem der ‚Temps' — haben übrigens unrecht, wenn sie bei Besprechung der Pläne der französischen Regierung diese als Antwort auf die deutscherseits ergriffenen Maßnahmen darstellen; viele sind nur das Ergebnis seit langer Zeit unternommener Studien"[1]). Über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich sind endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen. „Der Minister betrachtet die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen nicht als feindlichen Akt, sondern als Vorsichtsmaßregel für die Zukunft. Deutschland fürchtet, sich eines Tages mit Rußland und Frankreich gleichzeitig im Kampfe zu befinden und vielleicht auch mit England, während die Unterstützung, die Österreich ihm leihen könnte, dadurch sehr beeinträchtigt sein würde, daß die Doppelmonarchie der Gruppe der Balkanstaaten entgegenzutreten haben würde." Ein so weitgehendes Verständnis für die schwere strategische Notlage Deutschlands in einem Zukunftskriege brachte man damals sogar in Frankreich auf.

Die Balkangefahr war inzwischen noch keineswegs beseitigt. Der rumänisch-bulgarische Gegensatz drohte die gegnerischen Kaiserstaaten auf den Plan zu rufen. „Eine ausgesprochene Intervention der russischen Regierung, zu der Herr Sazonoff zugunsten Bulgariens fortgerissen zu werden fürchtet, würde logischerweise eine solche Österreichs für Rumänien herbeiführen. Der Ton der großen Presse ist beunruhigend," berichtet der Petersburger Gesandte am 17. Februar[2]). Ein Begrüßungstelegramm, das die Teilnehmer eines slawischen Festmahles an den Zaren geschickt hatten, und für das dieser lebhaft dankte, zeigte aufs neue die in der lauten Betätigung des Panslawismus liegende Gefahr.

Aber auch der Nationalismus in Frankreich begann eben jetzt wieder sich stärker zu regen. „Die Nachricht von der bevorstehenden Berufung des Herrn Delcassé auf den Petersburger Botschafterposten hat gestern nachmittag wie eine Bombe eingeschlagen," berichtet Baron Guillaume am 21. Februar aus Paris[3]). Viele Politiker in Frankreich mißbilligten Delcassés Wahl aus der Besorgnis heraus, sie könnte als deutschfeindliche Kundgebung aufgefaßt werden. „Man braucht nicht notwendig der Wahl des neuen Botschafters in Petersburg diese Deutung zu geben," meint Guillaume. „Indessen hat es zweifellos Herrn Poincaré, dem Lothringer,

---

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Bd. IV, S. 124.
[3]) Bd. IV, S. 125/126 und Belgische Aktenstücke, Nr. 99.

nicht mißfallen, vom ersten Tage seines hohen Amtes an sein Bestreben zu bekunden, sich fest zu zeigen und die Fahne des Vaterlandes hoch zu halten. In den bewegten Zeiten, in denen sich Europa befindet, liegt hier die Hauptgefahr der Anwesenheit des Herrn Poincaré im Elysée. Unter seinem Ministerium sind die militaristischen und etwas chauvinistischen Instinkte — das belgische Zirkular vom 5. März[1]) hatte schonend hieraus gemacht: ‚die militärischen Empfindungen' — des französischen Volkes wieder erwacht. Seine Hand hat man in diesem Umschwunge erkannt; man muß hoffen, daß sein politischer, praktischer und kühler Sinn ihn vor jeder Übertreibung in dieser Richtung bewahren wird. Die beträchtliche Verstärkung der Rüstungen Deutschlands in dem Augenblick, wo Herr Poincaré ins Elysée einzieht, wird die Gefahr einer allzu nationalistischen Orientierung der französischen Politik steigern."

In England beobachtete man das deutsch-französische Wettrüsten mit angespanntester Aufmerksamkeit. Der dortige belgische Gesandte aber — und diese Feststellung ist für uns wiederum besonders wichtig — belastet keineswegs Deutschland einseitig mit der Schuld am Wettrüsten. „Die englische Presse will natürlich Deutschland die Verantwortung für die neue Spannung aufbürden, die aus seinen Plänen entsteht und Europa Anlaß zu neuer Beunruhigung geben kann," berichtet Graf v. Lalaing am 24. Februar 1913[2]). „Viele Zeitungen sind der Ansicht, die französische Regierung habe, indem sie sich zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit bereit erklärte und Herrn Delcassé nach Petersburg schickte, die einzige Haltung eingenommen, die der großen Republik angesichts einer deutschen Herausforderung würdig sei. Im Foreign Office habe ich eine gerechtere und ruhigere Auffassung der Lage vorgefunden. *Man erblickt in der Verstärkung der deutschen Armee weniger eine Herausforderung als das Eingeständnis einer durch die Ereignisse verschlechterten militärischen Lage, die man verbessern müsse*[3]). Die Berliner Regierung muß eingestehen, daß sie nicht mehr wie früher auf die Unterstützung durch alle Kräfte ihres österreichischen Verbündeten rechnen kann, seitdem im Südosten Europas in Gestalt des Balkanbundes, gerade in der Flanke der Doppelmonarchie, eine neue Macht in Erscheinung getreten ist. Weit davon entfernt, im Notfalle auf die volle Unterstützung der Wiener Regierung rechnen zu können, wird Deutschland wahrscheinlich gezwungen sein, ihr seine Hilfe zu leihen. Im Falle eines europäischen Krieges würde es seinen Feinden auf zwei Fronten, der russischen und der französischen, Stand halten und vielleicht seine eigenen Truppen schwächen müssen, um der österreichischen Armee Hilfe zu leisten. *Unter diesen Bedingungen findet man es durchaus nicht erstaunlich, daß das Deutsche Reich das Bedürfnis fühlt,*

---

[1]) Bd. IV, S. 125/126.
[2]) Bd. IV, S. 126/127 und Belgische Aktenstücke, Nr. 100.
[3]) Vom Verfasser hervorgehoben.

die Zahl seiner Armeekorps zu vermehren[1]). Im Foreign Office hat man hinzugefügt, die Berliner Regierung habe dem Pariser Kabinett die erwähnten Gründe für ihr Vorgehen sehr offen dargelegt."

Geradezu prophetisch hat hier Graf Lalaing die aus Österreich-Ungarns Schwäche sich ergebende Notlage Deutschlands vorausgesehen. Die Ereignisse des Weltkrieges ergeben in der Tat den schlüssigen Beweis dafür, daß Deutschland im Frühjahre 1913 zu seiner Heeresvorlage durchaus genötigt gewesen ist. Eine kriegerische Absicht daraus folgern zu wollen, ist damals keinem unparteiischen Beurteiler eingefallen.

Das kommt auch in einem Berichte des Barons Guillaume aus Paris vom 3. März[2]) klar zum Ausdruck. Guillaume geht von einem Gespräche mit dem deutschen Botschafter v. Schoen aus, in dem Schoen darauf hingewiesen hatte, sowohl die französische wie die deutsche Regierung hätten sich während der ganzen eben überwundenen Krisis gegenseitig darin unterstützt, die Entstehung von Konflikten zu vermeiden; die Folgen der immerwährenden deutsch-französischen Mißverständnisse seien für beide Staaten verderblich. „Wird sich denn niemand mit genügend gutem Willen und Ansehen finden, um alle Welt wieder zur Vernunft zu bringen?" Hierzu bemerkt Guillaume: „Baron v. Schoen hat vollkommen recht. Von meiner Stelle aus kann ich die öffentliche Meinung Deutschlands schwer ergründen; aber ich stelle alle Tage fest, wie die öffentliche Meinung in Frankreich alle Tage mißtrauischer und chauvinistischer wird. Man begegnet nur Leuten, die versichern, daß ein baldiger Krieg mit Deutschland gewiß, ja unvermeidlich ist. Man bedauert es, aber man schickt sich darein. Man verlangt die sofortige und fast einhellige Annahme jeder Maßnahme, die geeignet ist, die Verteidigungskraft Frankreichs zu steigern. Die vernünftigsten Leute behaupten, man müsse sich bis an die Zähne bewaffnen, um den Gegner zu schrecken und den Krieg zu verhindern... Gestern abend begegnete ich Herrn Pichon[3]), der mir dieselben Worte wiederholte: man müsse die Rüstungen immer mehr steigern, um den Krieg zu verhindern."

Auch ein Londoner Bericht vom 4. März 1913 nimmt zu der gleichen Frage lebhaft Stellung[4]). In London beunruhigt man sich über die französischen, deutschen und russischen Rüstungen. Wenn die drei Großmächte die notwendigen Geldopfer für die neuen Rüstungen gebracht haben würden, meint man, würde sich ihre gegenseitige Lage kaum verändert haben. Die Gefahr liege darin, daß man sich in den vom Rüstungsfieber ergriffenen Völkern zu dem Gedanken bewegen lasse, der Krieg sei eine Notwendigkeit geworden, und es habe keinen Zweck mehr, sich damit zu gedulden. In England will die Opposition trotz der unvermeidlich damit verbundenen Opfer die Armee verstärken und sogar im Notfalle ein Bündnis mit Frankreich eingehen. „Wenn wir die Vernichtung

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 101.
[3]) Der frühere Minister des Äußeren.
[4]) London, 4. März 1913, Bd. IV, S. 127/128.

Frankreichs zulassen," sagt die konservative Presse, „kommt die Reihe alsbald an uns." Die Regierung aber hält die englische Marine für allen Möglichkeiten gewachsen und zieht eine Entente einem Bündnisse vor, da sie ihm mehr Spielraum lasse. „Sicherlich würde das Londoner Kabinett unter gewissen Umständen der Republik Truppen zur Hilfe senden müssen, z. B. wenn diese ungerecht angegriffen würde oder auf dem Punkte stehe, von Deutschland vernichtet zu werden. Wenn aber andererseits Frankreich der herausfordernde Teil sei, wenn das Wiedererwachen des Chauvinismus, das man feststellt, in Paris einiges Mißtrauen gegen das Deutsche Reich bewirkte, so würde die englische Regierung glücklich sein, sagen zu können: ‚Ein Bündnis ist nicht vorhanden, die Entente nötigt uns nicht, in allen Fällen das Schwert zu ziehen, und hier ist Frankreich im Unrecht'."

Der Londoner Bericht erwähnt in diesem Zusammenhange einen Leitartikel der „Times", der die Gefahren des französischen Chauvinismus aufweist, an die Hysterie der Pariser Menge von 1870 erinnert, und rund heraus sagt, man spreche augenblicklich zu viel von Elsaß-Lothringen; England würde einen Revanchekrieg nicht billigen; die Triple-Entente habe den Frieden zum Zweck und das europäische Gleichgewicht und den Status quo zur Grundlage. Der belgische Gesandte fügt hinzu: „Dieser Artikel gibt zweifellos die Ansichten des britischen Kabinetts wieder und bildet eine aufrichtige Warnung für die Regierung der Republik." Augenscheinlich hat für diese Haltung des britischen Kabinetts damals die Erwägung den Ausschlag gegeben, daß allein Deutschland damals zum Kriege wirklich bereit war.

Für die Beurteilung der Festigkeit des Dreibundes wichtig sind die Betrachtungen des Berliner Gesandten, Barons Beyens, vom 8. März gelegentlich der bevorstehenden Abberufung des italienischen Botschafters Pansa von Berlin, der durch Bollati ersetzt wurde. Pansa war es im Herbste 1912 noch gelungen, bei der vorzeitigen Erneuerung des Dreibundes entscheidend mitzuwirken. Jetzt sprach man davon, daß Italien innerhalb des Dreibundes eine wichtigere Rolle zu spielen haben werde[1]). Beyens meint, die Berliner Regierung denke daran, in einem Zukunftskriege einen Teil der französischen Armee durch italienische Truppen binden zu lassen. Er folgert hieraus, daß man die Möglichkeit eines Konfliktes mit Frankreich in Berlin als eine denkbare und selbst nahe bevorstehende Sache dauernd ins Auge fasse. An den Mißverständnissen zwischen beiden Ländern sei hauptsächlich die Presse schuld. So habe z. B. eben noch Schiemann in der „Kreuz-Zeitung" geschrieben, der französisch-russische Zweibund richte zweifellos seine Angriffsspitze gegen Deutschland. Dann fährt Beyens wörtlich fort: „Was die kriegerischen Pläne betrifft, die man Deutschland zuschreibt, so genügt es, jeden Morgen eine Pariser Zeitung zu öffnen, um sich darüber klar zu werden. Derartige Pläne stimmen schlecht zu dem im tiefsten Sinne religiösen und

[1]) Bd. IV, S. 128 ff.

friedliebenden Charakter des Kaisers, dessen Mystizismus sich mehr und mehr in den zahlreichen Reden zu verstärken scheint, die Seine Majestät in diesem Jahre zu halten Gelegenheit hat[1]. Die glorreichen Erinnerungen an die Zeit vor hundert Jahren, als Deutschland siegreich kämpfte, um seine Unabhängigkeit wieder zu gewinnen, und auf den Schlachtfeldern die Grundpfeiler seiner nationalen Einheit errichtete, werden natürlich darin angerufen. Aber der Kaiser sieht immer in diesen Zusammenhängen den Finger Gottes, der das deutsche Volk für seinen religiösen Glauben belohnte, indem er es von dem fremden Joche befreite. Das ist nicht die Sprache eines Mannes, der Kriegs- und Eroberungspläne im Sinne hat"[1].

Spricht so Beyens der friedliebenden Gesinnung des deutschen Kaisers das denkbar stärkste Zeugnis aus, so glaubt er andererseits dem Geiste der führenden Klassen Deutschlands eine gewisse Schuld an der Spannung der Beziehungen zu Frankreich zuschreiben zu müssen. „Der Geist der führenden Klassen ist im Gegensatze dazu", meint er, „weit davon entfernt, ebenso friedliebend zu sein. Der Haß gegen Frankreich ist ihnen in der Schule gleichzeitig mit dem Gefühle der Größe Deutschlands eingeimpft worden, das bestimmt sei, Europa zu beherrschen Diese Feindseligkeit und dieser Nationalstolz lassen sie einen Krieg mit ihrem westlichen Nachbarn als ein notwendiges, unvermeidliches Übel ansehen, wenn es gilt, die deutsche Vorherrschaft zu sichern und alle Hindernisse zu zertrümmern, die von der Diplomatie der Republik der Entwicklung ihres Landes in den Weg gelegt werden. Wenn einmal das Reich sich auf die riesenhafteste aktive Armee, die man jemals gesehen hat, stützen wird, kann man sich fragen, ob die friedliebenden Gedanken des Staatsoberhauptes nicht einen unzureichenden Damm bilden werden, um die Erregung und die kriegerische Hitze der oberen Klassen der Nation im Zaume zu halten."

In dem Kaiser also sieht Beyens den besten Schutz für die Aufrechterhaltung des Friedens, mißtraut aber einem Teile der deutschen Bevölkerung. Wir müssen uns dabei vor Augen halten, daß umgekehrt der Vertreter Belgiens in Paris seinerseits über die kriegerischen Neigungen eines Teiles der französischen Nation immer wieder klagen zu müssen glaubt. Kriegerische Spannungen waren nach dem Urteile der belgischen Diplomatie diesseits und jenseits der Vogesen vorhanden. Nichts aber berechtigt zu dem Schlusse von Versailles, daß Deutschland allein für diese Spannung verantwortlich zu machen sei.

Sehr auffallend ist es auch, daß sogar die Ereignisse des Balkankrieges zur Schürung des französischen Nationalismus beitrugen. Aus

---

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.

Sofia berichtete der belgische Gesandte am 14. März 1913[1]) von der Macht der französischen Legende, die in den Erfolgen der Bulgaren französische Siege und eine Niederlage für die deutsche Kriegsmethode und Kriegsbewaffnung erblicken wollte. Er hebt hervor, daß diese Legende gleich bei Ausbruch des Krieges in Frankreich verbreitet worden sei. Dabei war die Grundauffassung gar nicht einmal zutreffend, denn die bulgarischen Offiziere hatten nicht, wie die Pariser Presse es behauptete, ihre Studien in Frankreich gemacht. Die Mehrzahl war in Rußland, einige in Italien und ein nicht geringer Teil in Belgien an der Kriegsschule ausgebildet worden. Zwar stammte das Geschützmaterial der bulgarischen Artillerie von Creusot, da der König für Frankreich eingenommen war, und Frankreich die Aufnahme einer bulgarischen Anleihe geschickt mit der Frage der Waffenbestellung verquickt hatte Nichts berechtigte aber nach dem Urteil des belgischen Gesandten zu der Annahme, daß die von Krupp gelieferten Kanonen ballistisch gegen Creusot zurückständen; ebensowenig könne man aus den Niederlagen der Türken auf die minderwertige Ausbildung durch die deutschen Instrukteure unter der Führung des Feldmarschalls v. der Goltz schließen. Vor vier Jahren, kurz nach der türkischen Revolution, habe er die Reorganisation begonnen; in vier Jahren könne man nicht eine Armee, die dieses Namens würdig sei, bilden. Aus den Erfolgen der Bulgaren über die Türken dürfe man daher keine falschen Schlüsse ziehen. Die türkische Armee habe auf dem Gebiete ihrer gesamten inneren Ausrüstung eine große Überlegenheit gegenüber ihren Gegnern besessen. „Sie ist zugrunde gegangen durch die Politik, und selbst wenn sie durch französische Offiziere ausgebildet gewesen wäre, war ihre Niederlage unvermeidlich."

Es ist doch sehr bezeichnend, daß der belgische Gesandte zu Sofia hier die Rückwirkung der Vorgänge des Balkankrieges, besonders des bevorstehenden Bombardements von Adrianopel aus Creusot-Geschützen, auf den französischen Nationalismus hervorzuheben und zurückzuweisen für nötig erachtete. In der Tat lag eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens darin, wenn Frankreich auf irgendeinem Gebiete seiner militärischen Rüstungen Deutschland überlegen geworden zu sein glaubte. Das haben wir bereits bei der Entwicklung der französischen Flugtechnik gesehen[2]). Die scheinbare Überlegenheit des bulgarischen Artilleriematerials gegenüber der Türkei war insofern für Deutschland bedenklich.

Balkanfragen beherrschen während des März und April 1913 die belgische Berichterstattung in hervorragendem Maße. Die mit der Erörterung eines Vorfriedens in London beschäftigte Botschafterkonferenz vermochte zunächst nichts Entscheidendes auszurichten, da keiner der anwesenden Botschafter über hinreichende Vollmachten verfügte. So blieb es dabei, daß die Balkanstaaten im Vertrauen auf die Uneinigkeit der Großmächte keinerlei Neigung an den Tag legten, auf ihre hochge-

---

[1]) Bd. IV, S. 131/132.
[2]) Vgl. S. 163.

spannten Forderungen zu verzichten. „Sie werden hierin auch durch die zweideutige Haltung Rußlands ermutigt. Die Vertreter der Balkanstaaten in Berlin“, so berichtete Baron Beyens am 18. März[1]), „machen heute kein Hehl mehr aus den engen Banden, die ihre Regierungen dauernd mit dem Kabinett von Petersburg verknüpfen. Dieses allein war von ihrem Bunde unterrichtet, und erst mit seiner Zustimmung haben sie losgeschlagen. Die russische Diplomatie hält die der Verbündeten sozusagen an der Leine. Letztere empfängt von dieser ihre Weisungen und läßt sich von ihr die Parole geben. Aber die russische Diplomatie hat seit Beginn der Feindseligkeiten selbst erheblich geschwankt. In einem mitteilsamen Moment hat mir der französische Botschafter in Berlin nicht verhehlt, wie schwer es sei, auf die hochbegabten, aber wankelmütigen Politiker, die das mit Frankreich verbündete Kaiserreich leiten, zu zählen. Denn sie spielen auch mit ihm ein doppeltes Spiel. Herr Cambon hat sich insbesondere wiederholt über den Einfluß beklagt, den Herr Iswolski behalten hat. Dieser will sich persönlich an Österreich-Ungarn rächen und bemüht sich, die Karten durcheinander zu werfen, wenn jenes das Spiel zu gewinnen scheint.“ Beyens gibt bei diesem Anlasse seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Fall Adrianopels bald eintreten möge, um die Türkei zu schnellerem Einlenken zu veranlassen.

Für die Beantwortung der Frage nach der Schuld am Weltkriege ist es wichtig, hier aus dem Munde des deutschfeindlichen Beyens bestätigt zu finden, daß Rußland in Wahrheit die Politik der Balkanstaaten entscheidend beeinflußte. Auch ist es bedeutsam, daß der belgische Außenminister trotz der bedeutsamen Änderungen im Zirkular vom 27. März[2]) den bösen Satz hat stehen lassen, in dem von dem berechtigten Mißtrauen der Franzosen gegen die russischen Staatsmänner die Rede ist.

Als der belgische Gesandte in Konstantinopel am 28. März 1913 über den Fall von Adrianopel berichtet[3]), gibt er bereits der Vermutung Ausdruck, daß Rußland das weitere Vordringen der Bulgaren gegen die Tschataldschalinie begünstige. Vor wenigen Wochen noch schien das Petersburger Kabinett ernstlich die Wiederherstellung des Friedens auf der Balkanhalbinsel zu wünschen. Jetzt glaubt man, daß es unter der Hand die Bulgaren zur Fortsetzung des Kampfes ermutigt; offenbar wünsche es die Meerengenfrage aufzuwerfen.

Ganz ebenso berichtet der belgische Gesandte aus Petersburg am 31. März[4]): „Die Einnahme von Adrianopel und die Möglichkeit eines Marsches auf Konstantinopel geben dem Enthusiasmus der russischen

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 102; Bd. IV, S. 133/134.
[2]) Bd. IV, S. 133/134.
[3]) Bd. IV, S. 135.
[4]) Bd. IV, S. 136/137.

Panslawisten einen neuen Auftrieb." In Petersburg wurde der bulgarische General Dimitrieff begeistert begrüßt, und die russische Polizei fürchtete bereits Kundgebungen vor der österreichischen Botschaft. Ein einflußreicher Teil der russischen Presse forderte die Balkanverbündeten zur Fortsetzung ihres siegreichen Vormarsches nach Konstantinopel auf. „Die einen sehen bereits die ottomanische Hauptstadt in den Händen Rußlands, die anderen überlassen sie den Bulgaren und begnügen sich mit dem ‚Schlüssel für das Schwarze Meer' für die russische Flotte. Die ‚Novoje Vremja' sagt indessen voraus, daß dieses Mal noch die russische Diplomatie vor England zurückschrecken würde, das der Ansicht ist, alle Meerengen der Welt seien durch Gott Großbritannien zugesprochen." Andere Blätter, so der „Rjetsch", vertraten einen gemäßigteren Standpunkt und bezeichneten den endgültigen Besitz Konstantinopels durch die Slawen als eine Utopie.

Anfangs April brachte Montenegros unnachgiebige Haltung gegenüber Österreich-Ungarn in der Frage der Belagerung von Skutari den europäischen Frieden erneut in ernste Gefahr. Baron Beyens berichtet darüber am 4. April[1]) mit dem Ausdrucke der Sorge, ob es gelingen werde, den Frieden zu erhalten. Er gibt zu, daß Österreich-Ungarn „ohne sich zu diskreditieren, Skutari, die künftige Hauptstadt des künftigen albanischen Staates, nicht in den Händen Montenegros lassen" könne. Die unnachgiebige Haltung Montenegros scheint ihm verständlich, da die Mißerfolge des Königs seine Krone gefährden; er darf nicht zum Opfer der Wiener Politik werden.

Ganz anders stand es mit Serbien, ohne dessen Hilfe der König von Montenegro die Belagerung von Skutari nicht fortzusetzen vermochte. „Der serbische Geschäftsträger sagte hier kürzlich," berichtet Beyens, „daß seine Regierung nicht sechs Monate lang sich weiter vorgewagt hätte, ohne sich um die österreichischen Drohungen zu kümmern, wenn sie nicht durch den russischen Gesandten, Herrn v. Hartwig, einen Diplomaten aus der Schule des Herrn Iswolski, dazu ermutigt worden wäre. Man muß zugeben, daß die Ereignisse bis jetzt der dreisten Kühnheit des Belgrader Kabinetts recht gegeben haben. Die russische Politik zeigt ein Zögern, das die europäische Lage ganz besonders erschwert. Herr Sazonoff ist im Herzen mit seinen Kollegen, die die Politik der Großmächte leiten, einig, aber er fühlt, daß sein Einfluß auf den Zaren durch die Hofpartei und die Panslawisten untergraben wird. Daher die Widersprüche in seinem Verhalten. In London stimmt er durch den russischen Botschafter dem Konzert der Mächte zu, die entschlossen sind, Montenegro zur Vernunft zu bringen, zögert jedoch, Frankreich offiziell das Mandat zu übertragen, den russischen Verbündeten bei der Blockade der montenegrinischen Küste zu vertreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man in Paris dieser Winkelzüge müde ist, aber man erträgt eben — wenn auch unter Verwünschungen — die Folgen des Bündnisses

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 103; Bd. IV, S. 137 ff.

13*

und läßt sich auf eine Bahn drängen, die zu einem allgemeinen Kriege führen kann."[1])

Fünf Tage später nahm Baron Beyens anläßlich der Rede des deutschen Kanzlers über die neue Wehrvorlage eingehend Stellung zur Weltlage[2]). Nachdrücklich stellt er die „klare, abgemessene, aller rhetorischen Floskeln entbehrende" Sprache des Kanzlers der des Fürsten Bülow entgegen, um dann schließlich aber doch die von Bethmann Hollweg geltend gemachten Gründe für die neue, „ein enormes Opfer" heischende Wehrvorlage als Hypothesen zu bezeichnen. Hypothese sei der Ersatz der Türkei durch einen jungen, kräftigen Balkanbund: dieser Bund werde sich mit der Teilung der Beute auflösen. Hypothese sei der Zukunftskampf zwischen Slawismus und Germanismus: wo ende der eine, und wo beginne der andere? Hypothese endlich sei der zu fürchtende Einfluß panslawistischer und chauvinistischer Strömungen und die Sorge, daß kriegerisch gesinnte Minoritäten über die friedlichen Majoritäten die Oberhand gewinnen könnten. In Rußland wisse der Zar sehr wohl, daß der Boden durch geheime Gesellschaften unterwühlt sei, und daß ein unglücklicher Krieg den Romanows die Krone kosten würde. Die aus dieser Erwägung sich ergebende Vorsicht des Zaren sei eine der besten gegenwärtigen Garantien für die Erhaltung des Friedens.

Auch die Ausführungen des Kanzlers über die deutsch-französischen Beziehungen bekämpft Beyens. Er gibt zwar zu, daß der Nationalismus der Franzosen durch die Affäre Dreyfus wieder erweckt und auf ihren Gipfelpunkt gesteigert worden ist, meint aber, die zwecklosen Grobheiten[3]) der deutschen Politik in der Marokko-Angelegenheit dafür verantwortlich machen zu dürfen, daß man sich in Frankreich nicht schneller wieder beruhigt habe. Der französische Nationalismus finde seinen Gegenspieler in der alldeutschen Presse, die ihm allerdings in weniger heftigem Tone antworte. Beyens meint, man müsse zwischen den Zeilen der Bethmannschen Rede trotz seiner höflichen Anerkennung für die französische Armee herauslesen, daß für Deutschland der eigentliche Gegner, gegen den sich die neue Wehrvorlage richte, Frankreich sei und bleibe.

Das Entgegenkommen Bethmanns gegenüber der englischen Politik tadelt Beyens als zu weitgehend. Offenbar wolle die kaiserliche Regierung aller Welt zu verstehen geben, daß die Flottenrivalität beendet sei, und daß infolgedessen niemand mit einer Unterstützung Rußlands und Frankreichs im Kriegsfalle durch England rechnen dürfe. „Es scheint," fügt Beyens hinzu, „daß dies nicht das geschickteste Mittel ist, um das Herz der Engländer zu gewinnen." Im ganzen will er in der Wehrvorlage mehr eine neue Gefahr als eine Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens erblicken. Für die Wahl des Zeitpunktes dieser neuen deutschen Heeresvorlage bezieht Beyens sich auf eine Auslassung in der

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Berlin, 9. April 1913; Bd. IV, S. 139 ff.
[3]) „brusqueries inutiles."

„Frankfurter Zeitung", die er sich zu eigen macht. Danach habe man deutscherseits die günstige Gelegenheit der Jahrhundertfeiern und den frischen Eindruck des Balkankrieges nicht ungenutzt lassen wollen.

Es wird sich später noch Gelegenheit bieten, im Zusammenhange auf die Stellungnahme des Barons Beyens in dieser Frage zurückzukommen. Hier genüge der Hinweis darauf, daß Beyens, erst seit einem Jahre in Berlin, die Zusammenhänge doch gar zu sehr außer acht läßt, die für die Gesamtlage bei Einbringung der deutschen großen Wehrvorlage des Jahres 1913 die Voraussetzung bilden. Seine Beurteilung der deutschen Politik ist daher schärfer als die aller seiner Kollegen von den anderen Hauptplätzen; sie unterscheidet sich besonders auch von der des Barons Guillaume in Paris, der doch durchaus in der Lage war, über die wahre Bedeutung des französischen Nationalismus und der sich daraus für den europäischen Frieden ergebenden Gefahren ein zuverlässiges Urteil zu gewinnen.

Bedauerlicherweise brachte ein an sich untergeordneter Vorfall, die Abenteuer dreier deutscher reisenden Kaufleute in Nancy, eine neue Beunruhigung in die deutsch-französischen Beziehungen. Deutscherseits wurden sofort amtliche Schritte eingeleitet. Die Presse beider Länder nahm einen äußerst heftigen Ton an. Die belgische Berichterstattung darüber[1]) zeigt, mit welcher Besorgnis man belgischerseits die Gereiztheit in beiden Lagern beobachtete. Nach Guillaumes Auffassung wurde die öffentliche Meinung in Frankreich mehr und mehr chauvinistisch und unbesonnen. „Man sollte Maßregeln ergreifen," meint er, „um diese von der Regierung seit den Zwischenfällen von Agadir und seit der Bildung des Ministeriums Poincaré-Millerand-Delcassé wahrhaft ermutigte Strömung einzudämmen"[2]). Der französische Minister des Äußeren Pichon gab dem Baron Guillaume gegenüber ohne weiteres zu, daß man den bedauerlichen, sich immer weiter entwickelnden Chauvinismus bekämpfen und die Aufführung nationalistischer und chauvinistischer Theaterstücke eigentlich verhindern müsse; er beklagte bei dieser Gelegenheit auch „das Schauspiel von chauvinistischer Empfindlichkeit", das die deutsche Presse biete[3]). Auf schärferen Ton ist der Bericht des Barons Beyens vom 17. April[4]) gestimmt, der es insonderheit beklagt, daß sich der Reichstag mit einer so untergeordneten Angelegenheit beschäftige. Leider häuften sich derartige Vorfälle jetzt gar zu sehr. Die übergroße Nervosität der deutschen öffentlichen Meinung finde nunmehr auch im Reichstage ihre Vertretung; darin liege das bedrohlichste Symptom für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens.

Wieder übersieht hier Beyens die vorhergehende Entwicklung, aus der heraus die damals in Deutschland in die Erscheinung tretende nationale

[1]) Paris, 16. und 17. April 1913; Belgische Aktenstücke, Nr. 104/105 und Berlin, 17. April 1913; Bd. IV, S. 142 ff.

[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 105.

[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 104.

[4]) Bd. IV, S. 142 ff.

Empfindlichkeit überhaupt erst verständlich ist. Die Vorgänge bei der nicht gewollten Landung eines Zeppelin-Luftschiffes in Lunéville bekundeten aufs neue die zunehmende deutsch-französische Spannung. Beyens gibt zu, daß die deutsche öffentliche Meinung durch die Wehrvorlage und die sich daraus ergebenden finanziellen Forderungen sehr nervös geworden sei. Er schließt seinen Bericht über die Vorgänge von Lunéville[1]) mit den ernsten Worten: „Man muß hoffen, daß neue Zwischenfälle seitens Frankreichs während dieser kritischen Periode sich nicht ereignen werden, denn es ist unmöglich vorauszusehen, zu welchem Ende sie führen."

Auf dem Balkan fesselt der sich verschärfende Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Montenegro die Aufmerksamkeit der Großmächte in hohem Maße. Der König von Montenegro ist nach dem Falle von Skutari nicht geneigt, ohne weiteres zu verzichten. Sein Verhalten ruft aber die Eigenliebe Österreichs auf den Plan. Man glaubt zwar sowohl in Petersburg[2]) wie in Paris[3]), daß Österreich seine Mäßigung bewahren wird, fürchtet aber doch weitere Verwicklungen. Deutschland wird bei dieser Gelegenheit wiederum das beste Zeugnis ausgestellt. „Man zweifelt nicht an den friedlichen Absichten Deutschlands," heißt es in dem Pariser Berichte vom 30. April, und weiterhin: „Man hat das Vertrauen, daß das Berliner Kabinett alle Anstrengungen macht, um seinen Verbündeten zur Klugheit zu verpflichten, und man hat den Eindruck, daß die Armeen des Kaisers Wilhelm nur im Falle eines österreichisch-russischen Krieges eingreifen würden." Die Schwierigkeiten der österreichischen Lage werden unparteiisch gewürdigt.

Nach allem, was wir über die zunehmende Spannung der deutsch-französischen Beziehungen aus der belgischen Berichterstattung erfahren haben, ist es wichtig, daß der belgische Gesandte in Paris am 5. Mai 1913 aufs neue über das „Erwachen des Nationalismus in Frankreich" mit eindringlichen Worten berichtete. „Man hat seit einem Jahre", heißt es dort[4]), „zu verschiedenen Malen auf das Wiedererwachen eines gewissen Chauvinismus in Frankreich hingewiesen, der schwere Gefahren heraufbeschwören könnte. Einige Zeitungen haben in dieser Hinsicht eine ungesunde Tendenz; zahlreiche Theater geben Stücke, die geeignet sind, die Geister zu überhitzen und eine bereits allzu gespannte Lage noch zu verschärfen. Es gibt keine „Revue" und keine Vorführung in einem Kaffeekonzert mehr, die sich nicht in diesem Sinne auszeichnet, und die am stärksten chauvinistisch gehaltenen Stellen lösen frenetischen Beifall aus. Gestern hat man das Fest der Jungfrau von Orleans mit besonderem Nachdrucke gefeiert; die Zahl der beflaggten Häuser war groß, und die vaterländischen Kundgebungen zahlreich. Diese Tendenz ist gefährlich, weil sie Zwischenfälle schaffen kann, deren Wirkungen schwer zu be-

---

[1]) Berlin, 22. April 1913; Bd. IV, S. 144ff.
[2]) 28. April 1913; Bd. IV, S. 146/147.
[3]) 30. April 1913; Bd. IV, S. 147/148.
[4]) Bd. IV, S. 148/149.

schwören sind." Der Gesandte fügt hinzu, das eigentliche französische Volk sei im Grunde friedliebend und fürchte, was man auch davon sagen möge, die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland. Amtlich aber steuerte man einen anderen Kurs. In zahlreichen Ministerreden wurde bereits für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich geworben.

Ende Mai fand zu Berlin ein Ereignis statt, das Deutschland in gewissem Sinne auf dem Gipfel seiner Macht und das deutsche Kaiserpaar auf der Höhe seines Glückes zeigte. Im alten Kaiserschlosse zu Berlin vermählte sich die einzige Tochter des Kaiserpaares, die Prinzessin Viktoria Luise, mit dem Herzoge von Braunschweig. Aller Hader der äußeren Politik schien für einige Zeit haltzumachen vor dieser in bestem Sinne edlen Familienfeier.

Auch Baron Beyens vermag sich der tiefen Wirkung dieses Familienfestes nicht zu entziehen. Er erkennt es an, daß selten eine fürstliche Hochzeit so volkstümlich gewesen sei wie diese[1]). Auch er teilt offenbar die Befriedigung darüber, daß „der wie ein schweres Vermächtnis auf der glänzenden Laufbahn des neuen Deutschen Reiches lastende alte Streit zwischen Welfen und Hohenzollern in so ritterlicher Weise beendet" wurde. Er kann auch nicht umhin anzuerkennen, daß diese rein persönliche Lösung der Welfenfrage durch Kaiser Wilhelm II. in London und St. Petersburg mit aufrichtiger Freude begrüßt worden ist. Die persönliche Teilnahme des englischen Herrscherpaares und des Zaren an den Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin war der äußere Ausdruck dafür. Eine gewisse außenpolitische Tragweite glaubt Beyens dem Ereignis nicht absprechen zu dürfen. „Man kann", führt er aus, „— ohne Gefahr des Irrtums — mindestens sagen, daß der Besuch des englischen Königspaares in Berlin in den Augen Europas als Bestätigung und Weihe der Annäherung erscheint, die sich ganz unbestreitbar während des Balkankrieges, wo die beiden Staaten zur Erhaltung des Friedens zusammengearbeitet haben, zwischen Deutschland und England vollzogen hat. F r a n k r e i c h t ä t e g u t d a r a n , d i e s e W a r n u n g z u b e h e r z i g e n , g e r a d e j e t z t , w o e s s i c h i n A n s t r e n g u n g e n v e r z e h r t , d a s G l e i c h g e w i c h t d e r K r ä f t e z w i s c h e n s i c h u n d D e u t s c h l a n d w i e d e r h e r z u s t e l l e n , A n s t r e n g u n g e n , d i e v i e l l e i c h t u n n ü t z , j e d e n f a l l s a b e r g e e i g n e t s i n d , d e m A u s l a n d e d e n Z u s t a n d i n n e r e r Z e r s e t z u n g d e s f r a n z ö s i s c h e n H e e r e s k u n d z u t u n"[2]). Das belgische Außenministerium hielt es für angezeigt, diese für Frankreich wenig günstige Kennzeichnung in dem für die Gesandten bestimmten Rundberichte auszulassen[3]).

Auch die Zarenreise nach Berlin scheint dem belgischen Berichterstatter bedeutungsvoll. Sie gilt ihm als neuer Beweis für die zwischen

---

[1]) Berlin, 26. Mai 1913; Belgische Aktenstücke, Nr. 106 und Bd. IV, S. 149 ff.
[2]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[3]) Vgl. Bd. IV, S. 151.

den kaiserlichen Familien und den Regierungen bestehenden guten Beziehungen, die bei der Zusammenkunft von Potsdam wieder angebahnt und in Baltischport befestigt wurden. „Der Balkankrieg hat hieran nichts geändert. Klarblickende französische Diplomaten beschuldigen Rußland, daß es gegenüber seinem Verbündeten zugunsten Deutschlands ein falsches Spiel treibe. Das ist nicht unwahrscheinlich und wäre für Frankreich ein Grund mehr, darauf zu verzichten, der militärischen Überlegenheit Deutschlands das Gleichgewicht halten zu wollen, und dem Traumbilde einer Revanche zu entsagen." Den ganzen letzten für Frankreich ungünstigen Satz hat das belgische Rundschreiben in die kurzen Worte zusammengezogen: „Das ist nicht unmöglich." Damit macht sich das Brüsseler Außenministerium in seinem Zirkular vom 5. Juni 1913[1]) die Auffassung zu eigen, daß Rußland seinem Verbündeten Frankreich gegenüber zugunsten Deutschlands vielleicht ein falsches Spiel treibe. Den Schlußabsatz, worin Beyens sich über die aus einer deutsch-englischen Annäherung zu befürchtende Gefahr der Aufteilung des belgischen Kongos ausspricht, hat das erwähnte Zirkular gleichfalls gestrichen.

Faßt man den Hauptinhalt des Berichtes über die Hochzeit im Kaiserhause zu Berlin zusammen, so ergibt sich, daß man in ihr einen nicht unerheblichen und sympathischen Erfolg der deutschen Politik sah. Überhaupt ist gerade in der belgischen Berichterstattung die persönliche Betätigung des deutschen Kaisers sehr oft als außenpolitisch wirksam und friedensfördernd gekennzeichnet worden. Ähnlich, wie es einst Eduard VII. gelang, neben dem für die Außenpolitik verantwortlichen Minister einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der äußeren Politik des Inselreiches zu gewinnen, hat auch Kaiser Wilhelm II. auf seine Weise durch Aufrechterhaltung der persönlichen Beziehungen zwischen den Herrscherfamilien im Sinne der deutschen Außenpolitik und stets für die Erhaltung des Friedens zu wirken gesucht. Das ist, wie wir noch an anderer Stelle sehen werden, sogar das Urteil des der deutschen Sache so wenig günstigen Barons Beyens.

Kaum waren in Berlin die Hochzeitsfeierlichkeiten verklungen, als der Balkankrieg von neuem seine Schatten zu werfen begann. Überraschend trat anfangs Juni plötzlich der Zar mit einer sehr scharf gehaltenen, an die Höfe von Sofia und Belgrad gerichteten Note hervor. In Berlin machten die Tatsache sowohl wie der Ton tiefen Eindruck. Beyens berichtet darüber am 12. und am 16. Juni 1913[2]). Der Zar trat den Königen von Bulgarien und Serbien gegenüber als der Herr auf, der sich an seine Lehnsleute wendet. Zum ersten Male stellte er sich offiziell als Vertreter der slawischen Sache hin. An eine Unterwerfung Bulgariens unter den russischen Schiedsspruch glaubte man trotzdem nicht. Noch weniger war auf ein Einlenken Serbiens zu rechnen. Die große Gefahr

[1]) Bd. IV, S. 151.
[2]) Bd. IV, S. 151 ff. und 154/155.

für den europäischen Frieden lag darin, daß im Falle eines für die Serben siegreichen Ausganges des um die Teilung der türkischen Beute entbrennenden neuen Balkankrieges unbedingt mit einem Einschreiten Österreich-Ungarns gerechnet werden mußte.

Beyens' Bericht vom 12. Juni[1]) zeigt deutlich, daß auch er die Unnachgiebigkeit Serbiens auf den Rückhalt zurückführt, den das dem Meere zustrebende kleine Königreich dauernd an Rußland zu haben glaubt. Wieder tritt die bedeutsame Rolle des russischen Gesandten, v. Hartwig, in Belgrad hervor. Serbien hofft im Falle eines neuen Krieges auf den Sieg, es zählt auf Unterstützung durch die russische Politik. Die Sprache des serbischen Geschäftsträgers in Berlin beweist nach Beyens' Ansicht die Doppelzüngigkeit der russischen Politik: Sazonoff sei aufrichtig dem Frieden ergeben, die russischen Agenten auf dem Balkan aber suchten im Sinne einer ganz anderen Politik zu wirken. Für sie, die Panslawisten und gewisse Mitglieder der Zarenfamilie, sei das Wesentlichste, „*um jeden Preis eine Annäherung Serbiens an Österreich-Ungarn zu verhindern und Serbien so stark zu machen, daß es eines Tages die von der Doppelmonarchie in Besitz genommenen serbischen Provinzen zurückzunehmen vermag*“[2]). Die große Schwierigkeit einer Befriedigung der serbischen Ansprüche erkennt Beyens an: an der Adria kann es keinen Hafen gewinnen, und der Zugang zum Ägäischen Meere bleibt ihm verschlossen, solange die Bulgaren den Weg auf Saloniki versperren. Während Serbien und Bulgarien anscheinend vor einem neuen Kriege stehen, wartet Rumänien im Hintergrunde, um seine Kompensationsforderungen im möglichst günstigen Zeitpunkte durchzusetzen. Auch hierin liegt eine neue Gefährdung der Lage. Rußland bedient sich Rumäniens als eines Druckmittels, um auf Bulgarien zu wirken. In Berlin, meint Beyens, steht man den Balkanwirren verhältnismäßig gleichgültig gegenüber. „Mögen sie sich erdrosseln, das geht uns nichts an.“ Auch in Frankreich würde man wohl ähnlich denken, hätte nicht Rußland in diesem Handel soviel an Ansehen zu verlieren und bestände nicht ein so großes Interesse französischen Kapitals an serbischen und bulgarischen Papieren.

In Paris wurde gerade eben die Last der öffentlichen Ausgaben durch *das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit* noch weiter gesteigert. Im Juni teilten die französischen Zeitungen mit, daß das neue Militärgesetz noch vor den Parlamentsferien durchberaten werden solle. „Es steht also nunmehr fest,“ berichtet Baron Guillaume am 12. Juni aus Paris[3]), „daß in die französische Gesetzgebung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das Land wahrscheinlich nicht lange ertragen kann. *Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben,*

---

[1]) Bd. IV, S. 151 ff.
[2]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 107 und Bd. IV, S. 153/154.

die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald Einspruch erheben wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. Die Verantwortlichkeit derer, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird schwer sein[1]). Man folgt ihnen in einer Art von Kopflosigkeit, von interessantem, aber beklagenswertem Wahnsinn. Wenn man nicht für einen Hochverräter gelten will, ist es heute verboten, auch nur einen einfachen Zweifel an der Notwendigkeit der Annahme der dreijährigen Dienstzeit zu äußern. Jedermann ist sich darüber klar, daß die Gesamtheit der Nation weit davon entfernt ist, der vorbereiteten Neuerung günstig gegenüberzustehen, und begreift die Gefahr, die der Zukunft droht; aber man schließt die Augen und marschiert weiter. Die Propaganda zugunsten des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit, durch die ein Wiedererstehen des Chauvinismus herbeigeführt werden soll, war ausgezeichnet vorbereitet und durchgeführt; sie diente anfangs als Sprungbrett für die Wahl des Herrn Poincaré zum Präsidenten der Republik; sie setzt heute ihr Werk fort, ohne sich um die Gefahren zu kümmern, die sie hervorruft; das Unbehagen im Lande ist groß."

Während am Balkan neue Kämpfe emporzulodern drohen, Frankreich durch die Annahme der dreijährigen Dienstzeit den Konfliktstoff Europas aufs neue vermehrt, feiert in Berlin Kaiser Wilhelm II. sein fünfundzwanzigjähriges Regierungsjubiläum. Nach dem Ausgange, den der Weltkrieg für uns genommen, und nach den ungeheuren Beschuldigungen, die man in der ganzen Welt — zum Teil leider einschließlich Deutschlands — auf den Träger der deutschen Kaiserkrone gehäuft hat, ist es für uns von der größten Wichtigkeit, zu wissen, wie der belgische Gesandte in Berlin, der kritische und sicherlich über den Verdacht der Deutschfreundlichkeit erhabene Baron Beyens, damals unter dem frischen Eindrucke der Geschehnisse über die Gesamttätigkeit des deutschen Kaisers geurteilt hat. War doch der Anlaß zu kritischen Überblicken so geeignet wie kaum ein anderer. Seine damaligen Ausführungen sollten nicht nur für uns, sondern für alle objektiv Denkenden eine Veranlassung bilden, die Tätigkeit des deutschen Kaisers inmitten der Weltwirren des Jahres 1914 nicht losgelöst von seiner fünfundzwanzigjährigen vorhergehenden Tätigkeit zu betrachten.

Beyens stellt zunächst in seinem ausführlichen Berichte vom 24. Juni 1913[2]) ausdrücklich die wirkliche Popularität fest, deren sich der Kaiser nach einer so langen Regierungszeit bei seinen Untertanen erfreue. Ausdrücklich bezieht er sich auf die allgemeine Verurteilung, die fünf Jahre vorher aus Anlaß der Veröffentlichungen im „Daily Telegraph" dem Kaiser

---

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Bd. IV, S. 155ff. Auch dieser Bericht ist in Deutschland noch fast unbekannt.

von allen Seiten zuteil geworden sei[1]). Wie sei nun der Umschwung in der Beurteilung zu erklären? Beyens tritt der Auffassung des Reichstagspräsidenten bei, der in seiner anläßlich des Jubiläums gehaltenen Rede gesagt habe, das deutsche Volk sei dem Kaiser für die Wohltaten dankbar, die ihm fünfundzwanzig Jahre einer friedlichen Regierung verschafft hatten. „Es weiß ihm Dank dafür, daß er bei der Besteigung des Thrones die kriegerischen Neigungen und die Träume militärischen Ruhmes bemeistert hatte, die den Geist eines Mannes seines Alters beeinflussen mußten, der zum Oberhaupte der ersten Armee der Welt geworden war, um sich nun ausschließlich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zu widmen. Angesichts des großartigen erreichten Ergebnisses erkennt das deutsche Volk den Anteil an, der dafür dem Kaiser zukommt, der die Mühsal seiner Untertanen teilte und ermutigte, sie zum Erschließen neuer Absatzwege anreizte und ihnen den zu verfolgenden Weg durch prophetische Worte anzeigte wie diese: „Unsere Zukunft ist auf der See!"[2]) Die deutsche Nation bewundert andererseits die häuslichen Tugenden, deren Vorbild der Kaiser gegeben hat, und ihre Sentimentalität fühlt sich gerührt darüber, daß der Kaiser die Neigung seiner Tochter ermutigte und seine väterliche Zustimmung dazu gab, eine Neigungsheirat zu schließen, die zugleich eine äußerst glückliche, politische Einigung bedeutete. Die Presse aller Richtungen hat dem Pazifismus Wilhelms II. und der Übereinstimmung der Gefühle hierüber zwischen ihm und seinem Volke Anerkennung gezollt. Selbst der „Vorwärts" hat aus Anlaß des am 15. Juni gefeierten Gedenktages in gemäßigten Ausdrücken von dem Feinde der Sozialdemokratie gesprochen. Er schien zu bedauern, daß der Kaiser trotz seiner liberalen Neigungen infolge seiner tatsächlichen Stellung und ererbter Traditionen der Gefangene der reaktionären Parteien geblieben sei. Das sozialistische Blatt hat nicht in Zweifel gezogen, daß Wilhelm II. aufrichtig den Frieden will, und daß er auch guten Glaubens sei, wenn er annähme, das beste Mittel zur Vermeidung des Krieges sei die Verstärkung seiner Armee. Aber diese übermäßigen Rüstungen bedeuten gerade in den Augen des ‚Vorwärts' die größte Gefahr für die Ruhe Europas." —

Beyens zieht hiermit die Summe der bisherigen Bestrebungen des Kaisers, um sich nun der Zukunft zuzuwenden. „Wird Wilhelm II. sein ganzes Leben lang ‚der Friedenskaiser' sein, dieser schöne Titel, den Herr Hanotaux in einem kürzlich erschienenen Artikel des ‚Figaro' ihn mit etwas zuviel Eindringlichkeit anzunehmen bat? Selbst wenn man nicht von dem Konflikte sprechen will, in den Deutschland durch seine Dreibundgenossen hineingezogen werden kann, muß man sich fragen, ob der persönliche Widerstand des Kaisers, etwa selbst das Signal eines Europa erschütternden Krieges zu geben, eine hinreichende Hemmung bilden würde, um die kriegerischen Neigungen seiner Untertanen zurückzuhalten. Der Tag kann kommen, wo die führenden Klassen Deutschlands, nicht

[1]) Vgl. S. 139.
[2]) So zitiert.

allein die Alldeutschen, sondern selbst die Liberalen, im Bewußtsein der Macht Deutschlands und eifersüchtig bestrebt, seine Vorherrschaft weit auszudehnen, das Staatsoberhaupt werden zwingen wollen, die von ihnen geschmiedete und ihm in die Hand gelegte gewaltige Waffe zum Brechen der Widerstände zu benutzen, die sich der kolonialen und wirtschaftlichen Ausdehnung ihres Landes entgegenstellen könnten. An diesem Tage würde sich Wilhelm II. voraussichtlich den Wünschen der öffentlichen Meinung anpassen, wie er es bis jetzt getan hat, indem er der Wächter des Friedens[1]) war."

Ich habe den größten Teil dieses Berichtes im Wortlaut hierher gesetzt, da er schlagend beweist, daß der deutsche Kaiser selbst nach dem Urteile dieses äußerst kritischen und deutscher Wesensart beinahe feindlich gegenüberstehenden Beobachters allen seinen Einfluß in den Dienst der Erhaltung des Friedens gestellt hat. Für uns, die wir den Weltkrieg erlebt haben, klingen die Worte des belgischen Gesandten wie eine merkwürdige Voraussage des kommenden Unheils. Überall sind Kräfte am Werke, die den Frieden Europas bedrohen. Wird der deutsche Kaiser in der Lage sein, sie auch weiterhin zu beschwören, wie er es fünfundzwanzig Jahre hindurch vermocht hat, ohne jemals sein wunderbares Heer, „das erste der Welt", wie es Beyens nennt, in die Wagschale der Weltentscheidung zu werfen? Da ist es für uns von der größten Bedeutung, daß Beyens den persönlichen Widerstand[2]) des Monarchen scharf hervorhebt, der nicht zu einem Europa erschütternden Kriege das Signal geben wolle. Beyens spricht bei dieser Gelegenheit von den kriegerischen Neigungen der deutschen Untertanen und besonders der führenden Klassen, nicht nur der Alldeutschen. Aber vergessen wir es doch ja nicht, daß gerade nach belgischem Urteile in allen Ländern Kräfte vorhanden waren, die zur kriegerischen Entscheidung neigten. Die kritische Durchsicht der weiteren uns bis zum Ausbruche des Weltkrieges vorliegenden Berichte wird eindringlich zeigen, daß das größere Maß kriegerischer Neigungen — wieder nach belgischem Urteile — auf der Seite unserer Gegner zu finden gewesen ist. Im Lichte dieser Berichterstattung erscheint der Schuldspruch von Versailles, wonach Deutschland an der Entfesselung des Weltkrieges gemeinsam mit Österreich-Ungarn allein die Schuld tragen soll, als völlig unhaltbar.

Das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers bildet auch in der Berichterstattung der belgischen Diplomatie, wenn wir sie historisch rückblickend überschauen, eine Weltenwende. Bis hierher ist es gelungen, den Frieden zu bewahren, von nun an treibt alles der blutigen Entladung entgegen.

Zunächst flammte der Widerstand der Interessen auf dem Balkan aufs neue empor. In Berlin betrachtete man die Vorgänge auf der Bukarester Konferenz mit Gleichgültigkeit. Man fand, daß der Balkan-

---

[1]) „le guardien de la paix." Vgl. hierzu Schlußwort, S. 210.
[2]) „répugnance personelle."

krieg schon zu lange gedauert habe. Die Zeitungen berichteten darüber nicht mehr an erster Stelle, und die öffentliche Meinung maß den Dingen keine wesentliche Bedeutung mehr bei, nachdem der Kaiser seine gewohnte Nordlandsreise angetreten, der Reichskanzler und der Staatssekretär v. Jagow Berlin mit Urlaub verlassen hatten. „Die gleichzeitige Abwesenheit der drei für die äußere Politik Deutschlands verantwortlichen Personen beweist, daß sie eine Störung des europäischen Friedens durch die Ereignisse auf dem Balkan nicht mehr fürchten," berichtet Beyens am 6. August 1913[1]).

Beyens glaubt aus dem Gegenspiele der Großmächte das eine mit Sicherheit entnehmen zu dürfen, daß Europa nicht kämpfen wolle. „Keiner der Großstaaten wünscht einen allgemeinen Krieg, jeder scheint ihn augenblicklich zu fürchten. Das ist eine Feststellung, über die sich die kleinen Länder freuen müssen." Das Wesentliche hierbei ist, daß Beyens die Abneigung der Großmächte gegen den Krieg nur für den gegenwärtigen Augenblick[2]) feststellt. Ferner ist für uns wichtig, daß er anläßlich des Bukarester Friedens der Haltung der österreichischen Diplomatie volle Gerechtigkeit widerfahren läßt. „Anstatt böswillig die von der österreichischen Diplomatie während der ganzen Dauer des Balkankonfliktes gespielte Rolle zu kritisieren, wo sie, ausgenommen von dem, was das zukünftige Albanien betrifft, nur Mißerfolge erlitten hat, sollte man Österreich-Ungarn für sein Zögern und sein Zurückweichen dankbar sein. Hätte es, als diejenige unter den Großmächten, die an dem an der Balkangrenze sich abwickelnden Spiele am meisten interessiert war, sich zum Einschreiten entschlossen, so wäre ein europäischer Krieg die Folge gewesen. Der Unentschiedenheit des Grafen Berchtold und zweifellos auch der friedliebenden Gesinnung seines ehrwürdigen Souveräns verdanken wir es, einem allgemeinen Zusammenstoße entgangen zu sein."

Als im Oktober Serbien mit der Räumung des albanischen Gebietes im Rückstande zu bleiben drohte, bezeugt es der belgische Gesandte zu Bukarest ausdrücklich, daß man nach rumänischer Auffassung bei Österreich kein feindseliges Gefühl gegenüber Serbien voraussetzt. In dem gleichen Berichte[3]) wird auch darauf hingewiesen, daß der deutsche Kaiser der Kandidatur des Prinzen von Wied für den Thron von Albanien sehr zurückhaltend gegenüberstehe.

Ein Berliner Bericht vom 25. Oktober 1913[4]) zeigt uns deutlich, wie sich nach dem Urteile des Barons Beyens Deutschlands Schicksal mit der Haltung Österreich-Ungarns gegenüber Serbien verquickte. Als Serbien trotz aller Vorstellungen Österreichs sich immer noch nicht anschickte, seine Truppen aus den strittigen Gebieten Albaniens zurückzuziehen, sandte die österreichische Regierung ein Ultimatum. Serbien wich vor der Drohung zurück. Jetzt erstanden ihm seine wärmsten Ver-

[1]) Bd. IV, S. 157 ff.
[2]) „chacun semble en avoir peur en ce moment."
[3]) Bukarest, 22. Oktober 1913; Bd. IV, S. 160/161.
[4]) Bd. IV, S. 161 ff.

teidiger in der französischen Presse. Besonders der „Temps“ führte eine sehr heftige Sprache gegen die Politik der Donaumonarchie, während die russische Regierung weit davon entfernt war, den Serben in allem recht zu geben. In russischen diplomatischen Kreisen war man der Ansicht, daß Serbien die Pflicht gehabt habe, mit offenen Karten zu spielen und von vornherein zu erklären, die Besetzung einiger wichtiger strategischer Punkte in Albanien sei nur eine vorläufige und solle lediglich der Wiederkehr gefährlicher Zwischenfälle vorbeugen.

Österreichs Vorgehen wurde in denselben Kreisen scharf verurteilt. Man nahm an, daß dort die Militärpartei zu einem Konflikt mit den Serben unter Mißachtung der wirklichen Interessen Österreichs dränge. „Das beste Mittel, um die während der letzten Monate begangenen Fehler wieder gutzumachen“, meint Beyens, „wäre, sich den Slawen auf dem Balkan zu nähern und so den Wünschen der in Österreich wie in Ungarn sehr zahlreichen slawischen Bevölkerung entgegenzukommen“[1]).

Von größter Bedeutung ist für uns das bei diesem Anlasse ausgesprochene Urteil über die angebliche Abhängigkeit der deutschen Politik von den österreichischen Interessen. Diese Frage führt uns unmittelbar in die Ereignisse des Weltkrieges hinein, denn auch bei Abwägung der Verantwortlichkeit am Ausbruche des Weltkrieges spielt ja die Feststellung eine große Rolle, inwieweit Deutschland sich im Schlepptau Österreich-Ungarns befunden habe. Immer wieder wird von deutschfeindlicher Seite betont, es sei doch ganz unmöglich, daß Deutschland das scharfe österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 nicht gekannt haben solle. Man will nicht daran glauben, daß der schwächere Verbündete innerhalb des Dreibundes sich solche gefährliche Extratouren hat erlauben dürfen. Da ist es wichtig zu hören, was Beyens neun Monate vor den weltgeschichtlichen Ereignissen über die gegenseitigen Beziehungen zwischen den politischen Leitungen der führenden Mächte des Dreibundes zu sagen weiß.

„Es scheint nicht,“ meint er, „daß die gefährlichen, vom Wiener Kabinett ohne Befragung Berlins unternommenen Schritte nach dem Geschmacke des Berliner Kabinetts sind. Es folgt nur mürrisch seinem Verbündeten, der es allzu eilig hat zu handeln, aber es erspart ihm auf seinem Wege nicht gute Ratschläge und Vorwürfe. Diese Unstimmigkeiten zwischen den Leitern der Politik der beiden verbündeten Kaiserreiche verleihen der Anwesenheit des Kaisers Wilhelm beim Erzherzog-Thronfolger in Konopischt, wo er am letzten Donnerstag angekommen ist, ein besonderes Interesse. Es ist nicht unzulässig[2]) anzunehmen, daß Wilhelm II. mit seiner bekannten Freimütigkeit seinem Gaste seine und seiner Regierung Meinung über das Verhalten der österreichischen Diplomatie, ihre Ungeschicklichkeiten, ihre Zusammenhanglosigkeiten und die

[1]) Bd. IV, S. 162.
[2]) „Interdit.“

Gefahren ausgedrückt haben wird, in die diese den europäischen Frieden bringt. Das Bündnis und die Freundschaft der beiden Kaiserreiche haben noch keinen Schlag erlitten, aber es wäre nicht nötig, daß die österreichische Ungeschicklichkeit die deutsche Geduld allzu häufig auf die Probe stellt"[1]). Dieses Urteiles wird man sich erinnern dürfen, wenn die Entente es anzweifelt, daß Österreich-Ungarn sein verhängnisvolles Ultimatum an Serbien ohne vorherige Verabredung des Hauptinhaltes oder gar des Wortlautes mit Deutschland auf eigene Rechnung abgesandt hat. — Mit einem Hinweise auf den immer noch nicht völlig behobenen Gegensatz der Türkei und Griechenlands wegen der Kleinasien vorgelagerten Inseln schließt der bedeutungsvolle Bericht des Barons Beyens vom 25. Oktober.

Als am 22. November Beyens in einem ausführlichen Schreiben[2]) anläßlich der französisch-deutschen Verhandlungen über die Bagdad-Bahn die Beziehungen der beiden Länder aufs neue erörterte, glaubte er dem übermäßigen Optimismus entgegentreten zu müssen, als wenn ein befriedigender Verlauf der Verhandlungen eine Annäherung der Länder zur Folge haben könnte. „Zwischen Franzosen und Deutschen", meint er, „wird bei entgegengesetzten Interessen eine Entente irgendwelcher Art niemals leicht zu verwirklichen sein... Die Deutschen beschuldigen die Franzosen, hartnäckig Revanchepläne zu nähren und für ihre Ausführung nur eine günstige Gelegenheit zu erwarten. Diese in einer großen Zahl von Köpfen dieses Landes herrschende Überzeugung hat sich in den oberen Klassen der Bevölkerung nach der Annahme der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich verallgemeinert. Durch ihre Zeitungen schlecht unterrichtet, hat die deutsche öffentliche Meinung in diesem Entschlusse nicht eine Deckungs- und Verteidigungsmaßregel gegen einen etwaigen Angriff Deutschlands gesehen, das ja auch seine Friedensarmee beträchtlich vermehrt hat, sondern die Vorbereitung auf einen Offensivkrieg, einen Revanchekrieg und sogar eine Art von Herausforderung. In dieser Meinung ist sie, man muß das sagen, durch den aggressiven Ton der für die dreijährige Dienstzeit eintretenden französischen Blätter während der ganzen parlamentarischen Erörterung des Gesetzentwurfes bestärkt worden. Es war wohl nötig, wenn man das in Frankreich einer Verlängerung des Militärdienstes abgeneigte Nationalgefühl erhitzen und über den Widerstand der radikalen und sozialistischen Presse triumphieren wollte, Alarm zu schlagen und auf die kriegerischen Absichten der Nationalisten jenseits des Rheins hinzuweisen; aber gewisse Pariser Organe, wie u. a. der ‚Temps', der ‚Matin', das ‚Echo de Paris', die in Deutschland viel gelesen und besprochen werden, haben sich dieser Aufgabe mit einer

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Bd. IV, S. 163ff. Auch dieser wichtige Bericht ist in Deutschland noch kaum bekannt geworden.

Meisterschaft entledigt, die wirklich über das Maß hinausging. Die Atmosphäre von Haß und Mißtrauen, die auf den französisch-deutschen Beziehungen lastet, ist daher nur noch schwerer und dichter geworden... Die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland bleibt von der Willkür eines Zwischenfalles abhängig"[1]. In diesem Zusammenhange erwähnt Beyens auch die Vorgänge in Zabern, aus denen er, ohne ihnen an sich große Bedeutung beizumessen, nur herauslesen will, welcher Geist in der deutschen Armee und in einem großen Teile der Bevölkerung hinsichtlich Frankreichs herrsche. Diesen Geist wolle man höheren Orts nicht bloßstellen.

Inzwischen schien es zeitweise, als wenn eine Annäherung Rußlands an Österreich-Ungarn von Petersburg aus erstrebt würde. Der tatkräftige Gesandte Schebeko, der Rußland erst seit 1912 in Bukarest vertrat, wurde zum Botschafter in Wien ernannt. Da er ein erklärter Günstling des Großfürsten Nikolaus Michaelowitsch war, dieser aber für eine Annäherung an Österreich-Ungarn eintrat, so war Schebekos Berufung nach Wien scheinbar das Zeichen einer gewissen Entspannung. Vielleicht konnte es ihm gelingen — diese Meinung äußert wenigstens der belgische Gesandte in Bukarest am 27. November 1913[2] —, die guten Beziehungen wieder herzustellen, die zwischen beiden Kaiserreichen bestanden hätten, „bevor Baron Aehrenthal in der bosnisch-herzegowinischen Frage den Theatercoup verübte, über den die Erregung und der Groll sich noch heute in St. Petersburg nicht gelegt haben, und der seine Wirkungen durch alle Balkanereignisse hindurch fühlbar gemacht hat".

Wie groß übrigens das Mißtrauen der am Kriege beteiligt gewesenen Balkanstaaten gegen Österreich war, zeigte schlagend die zwischen Serbien und Bulgarien geschlossene Konvention, deren Veröffentlichung durch den Pariser „Matin" im November 1913 in Wien das peinlichste Aufsehen erregte. Mit Bestürzung stellte man dort fest, daß Bulgarien bereit gewesen war, im Falle eines österreichischen Angriffes auf Serbien diesem 200 000 Mann zur Verfügung zu stellen[3].

Immer mehr verschob sich das Schwergewicht der europäischen Politik nach dem Balkan. Um so mehr fiel es auf, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seiner Reichstagsrede am 9. Dezember auf keine der schwebenden Balkanfragen besonders einging. Baron Beyens hebt mit scharfem Nachdruck hervor[4], daß der deutsche Kanzler von den „korrekten" Beziehungen zu Frankreich und von den guten Beziehungen zu England sprach. Er mache dadurch offen England den Hof; unzweifelhaft sei es die Absicht der deutschen Diplomatie, auf diesem

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Bd. IV, S. 165/166.
[3]) Wien, 27. November 1913; Bd. IV, S. 167/168.
[4]) Berlin, 13. Dezember 1913; Bd. IV, S. 168 ff.

Wege zu einer Sprengung der Triple-Entente zu gelangen; in England gehe man anscheinend darauf ein (semble se prêter à ce jeu), sei im übrigen auch dort mit inneren Schwierigkeiten allzusehr beschäftigt.

In dem gleichen Berichte bespricht Baron Beyens die folgenschwere Entsendung des Generals Liman v. Sanders nach Konstantinopel. Er erblickt in ihr den Wunsch der kaiserlichen Regierung, in Konstantinopel den Einfluß zurückzugewinnen, den Deutschland vor dem Balkankriege besaß, und die Stellung der Jungtürken zu befestigen. Nach dem Urteile des Belgiers wurden durch diese Entsendung Deutschlands Beziehungen zu Rußland ernstlich getrübt. Die russische Regierung forderte sofort von der Türkei Kompensationen und verlangte die Entsendung russischer Instruktionsoffiziere zu den türkischen Armeekorps von Erzerum oder Trapezunt. In Berlin glaube man nicht, meint Beyens, daß die Türkei auf diese Forderungen eingehen werde; allzusehr habe man sich bereits seit Jahren an die Seitensprünge der russischen Politik gewöhnt, als daß man sich über die Gereiztheit des Kabinetts und der Presse von St. Petersburg wegen der Militärmission aufregen sollte. Französischerseits beschränkte man sich darauf, von der Türkei Erklärungen über die den deutschen Offizieren eingeräumte Vorzugsstellung zu erbitten.

Auch der belgische Gesandte zu Paris erkannte in der Entsendung der deutschen Militärmission nach der Türkei einen folgenschweren Schritt[1]). Er berichtet von einer Unterredung des russischen Ministerpräsidenten Kokowzow mit dem deutschen Kaiser, der den Russen über die deutschen Pläne in der Türkei vollständig beruhigt habe. Der Kaiser habe einige Zeit später nach Petersburg mitgeteilt, für die Entsendung der Militärmission sei der Wunsch der Türkei maßgebend gewesen. Hierüber war man in Rußland sehr betreten und suchte, durch einen Schritt in Konstantinopel die Entsendung rückgängig zu machen. Die Türkei zog sich darauf zurück, daß General Liman v. Sanders nur die Aufgabe eines Instrukteurs habe, daß ihn aber die Frage der Meerengen und ihrer Befestigung nichts angehe.

Für uns ist in diesem Zusammenhange die Feststellung wichtig, daß die Regierungen Frankreichs, Englands und Rußlands in dieser Frage einmütig zusammen arbeiteten[2]). „Man erkennt an, daß Rußland in der Frage am meisten interessiert ist... In London wie in Paris hat man Petersburg eine zweifelsfreie Unterstützung versprochen, aber man will nicht gefährliche Initiativschritte unternehmen... (In Paris) hofft man fortdauernd auf eine zufriedenstellende Lösung der Krise, deren Ernst man nicht verkennt; stellt man sich auf den rein nationalistischen Standpunkt, so ist man von dem Gedanken nicht weit entfernt, daß die Schwierigkeiten des Tages den Vorteil haben, zwischen Rußland und Deutschland eine Kluft sich auftun zu sehen, die auszufüllen ein langes und schwieriges Werk sein wird. Man kannte seit langer Zeit die besonders

---

[1]) Paris, 20. Dezember 1913; Bd. IV, S. 170 ff.
[2]) Bd. IV, S. 171.

freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen von Deutschland und Rußland; man glaubt, daß die gegenwärtige Krisis diesen Stand der Dinge ernst und dauerhaft verändern wird."

Wiederum erschien also Englands Einfluß im Hintergrunde der gegen Deutschlands Bestrebungen gerichteten Politik. In Newcastle hatte Sir Edward Grey anfangs November 1913 eine Rede über die Pflichten eines englischen Ministers des Äußeren gehalten und darin als Ziele der englischen Außenpolitik bezeichnet, alle politischen Veränderungen zu verhindern, die Englands Sicherheit gefährlich werden könnten; Englands Territorialbestand nicht noch weiter zu vermehren, aber in jedem Sinne zu schützen; den britischen Handel durch Vermeidung des Krieges zu fördern, und schließlich, den britischen Einfluß für die humanitären Bestrebungen in der Welt einzusetzen. Damals schon wies der belgische Gesandte Graf von Lalaing darauf hin[1]), daß der englische Minister tatsächlich also die Triple-Entente aufrechtzuerhalten wünsche. Anderen Völkern gegenüber — vor allem wahrscheinlich gegenüber den schwachen Staaten, meint nicht ohne einen gewissen Sarkasmus Graf Lalaing — verzichtet Großbritannien nicht darauf, seinen Einfluß zur Förderung humanitärer Bestrebungen zu benutzen. Aber er deutet doch bereits die beunruhigende Dehnbarkeit dieses Wunsches an, indem er sagt, „diese gefährlich elastische Formel ist dazu bestimmt, der in diesem Lande so mächtigen philantropischen Partei zu gefallen, und schafft die Möglichkeit für Interventionen, die oft ungerechtfertigt sind und Erbitterung hervorrufen".

Graf Lalaing berührt hier einen Grundzug der englischen Politik, die niemals darauf verzichtet, ihre Handlungen, selbst wenn sie lediglich vom Interesse des eigenen Landes eingegeben sind, mit einem moralischen Mäntelchen zu bekleiden. An sich stimmte das französisch-deutsche Wettrüsten mit dem von dem englischen Träger der Außenpolitik verkündeten Wunsche, Kriege vermieden zu sehen, wenig überein. Trotzdem stellte man, wie Graf Lalaing am 13. Dezember 1913 aus London berichtet[2]), „mit einer gewissen Betrübnis fest, daß die dreijährige Dienstzeit (in Frankreich) tatsächlich unpopulärer ist, als man glaubte". Man war eben in London durchaus daran interessiert, die von Eduard VII. geschaffene Einkreisung Deutschlands nirgends gelockert zu sehen.

1914

Wir stehen an der Schwelle des unglückseligen Jahres 1914. Überall in Europa liegt Zündstoff geschichtet, argwöhnisch beobachten die Staaten sich gegenseitig, ein Zwischenfall — das ist die übereinstimmende Ansicht der belgischen Diplomatie —, und der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland kann entbrennen. Hauptsächlich von diesen beiden Staaten und der zwischen ihnen schwebenden Kriegsgefahr ist die Rede, während

[1]) London, 7. November 1913; Belgische Aktenstücke, Nr. 108.
[2]) Belgische Aktenstücke, S. 109.

gerade um die Jahreswende zwischen den beiden Kaiserreichen des Ostens eine leichte Entspannung wahrnehmbar wird. Von größter Bedeutung ist für uns in diesem letzten Halbjahre, das dem Ausbruche des Weltkrieges vorangeht, die Feststellung, welcher der europäischen Mächte die belgischen Gesandten nunmehr die Schuld für die sich allmählich immer mehr verschärfende Lage zuschieben.

Zunächst glaubt anfangs Januar 1914 der belgische Gesandte in Paris verhältnismäßig zuversichtliche Äußerungen eines „im allgemeinen gut unterrichteten“ Diplomaten über die Gesamtlage nach Brüssel weitergeben zu sollen[1]). Frankreich und Deutschland seien im Begriff, sich über die kleinasiatischen Fragen zu verständigen; die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien würden alle Tage besser, und auch zwischen Deutschland und St. Petersburg herrsche über viele Punkte Übereinstimmung. Die Angelegenheit des Generals Liman v. Sanders in Konstantinopel werde sich regeln lassen, zumal sich am Bosporus ein englischer General befinde, dessen Tätigkeit eines Tages viel wichtiger werden könnte als die des Generals Liman v. Sanders. Rußland sei durch seine inneren Reformen in Anspruch genommen. Auf die Wohltaten des Zweibundes wolle es nicht verzichten, aber „seien Sie überzeugt,“ meint der Diplomat, dessen Äußerungen Guillaume nach Brüssel berichtet, „am Tage der Gefahr wird die Tätigkeit des Kaiserreiches des Nordens weniger wirksam sein, als man in Paris annimmt“.

Einen ganz anderen Ton aber zeigt bereits der aus den „Belgischen Aktenstücken“ bekannte Bericht des Barons Guillaume vom 16. Januar 1914, den das Brüsseler Außenministerium zu einem Zirkular vom 23. Januar[2]) verwendete, in dem es sich die Ansichten des Gesandten in vollem Umfange zu eigen machte. Ausgegangen wird von einer Kennzeichnung der in Frankreich entstandenen neuen politischen Gruppierung, die Briand mit Barthou, Pichon und anderen zusammengebracht hatte, und die sich zum Ziele setzte, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit zu stützen und dauernd zu sichern. Guillaume, der seine persönliche Sympathie zu dieser Gruppe ausspricht, fügt aber gleich hinzu, daß man vom belgischen Standpunkte aus eher Veranlassung habe, der Politik der Radikalen und radikalen Sozialisten Erfolg zu wünschen. In der Fassung des Zirkulars vom 23. Januar lautet das Urteil der Belgier über die neue Gruppe wie folgt: „Es sind in der Tat die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir feststellten. Nun bildet diese Politik eine Gefahr für Europa und für Belgien. Man kann sogar darin die größte Gefahr sehen, die heute den Frieden Europas bedroht, nicht als ob die französische Regierung geneigt wäre,

[1]) Paris, 5. Januar 1914; Bd. IV, S. 172/173.
[2]) Bd IV, S. 173ff. Vgl. belgische Aktenstücke, Nr. 110.

14*

vorsätzlich den Frieden zu stören — das Gegenteil scheint sicher —, sondern weil die Haltung des Kabinetts Barthou die bestimmende Ursache für ein Anschwellen militaristischer Strömungen in Deutschland gewesen ist. Die kriegerischen Torheiten der Türkei und das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit scheinen die einzigen Gefahren zu bilden, die den Frieden Europas bedrohen.“ Er führt dann weiter aus, Frankreich könne, durch den Geburtenrückgang geschwächt, die dreijährige Dienstzeit nicht lange ertragen.

Steht mit diesem Urteile das Verdikt von Versailles im Einklange?

In den skandinavischen Ländern war man im Frühjahr 1914 in schwerer Sorge vor kriegerischen Gelüsten Rußlands. Ein Stockholmer Bericht vom 29. Januar[1]) hebt die große Unruhe hervor, die durch die starke russische Spionage, auffallende Vorkehrungen in Finnland, den Ausbau auf Schweden zusammenlaufender Straßen dort hervorgerufen wurde. „Die Meinung der meisten Schweden ist, daß die russische Gefahr tatsächlich vorhanden, und daß sie unmittelbar bedrohend ist.“ Der belgische Gesandte fügt zwar hinzu, daß er diese Befürchtungen für etwas übertrieben halte, da Rußland genötigt sei, sein Augenmerk anderswohin zu richten und sich von den Wunden des japanischen Krieges zu erholen. Die öffentliche Meinung in Schweden trat mit großem Nachdruck für eine Verstärkung der Armee ein, in der sie die einzige Rettung vor der russischen Gefahr erblickte. In Rußland aber schob man die schwedischen Rüstungen zu Unrecht deutscher Beeinflussung zu.

Auf dem Balkan machte allmählich eine gewisse Beruhigung Fortschritte. Aus den ausführlichen hierüber vorliegenden belgischen Berichten aus London vom 8. Februar und aus Wien vom 16. Februar 1914[2]) ist hier nur hervorzuheben, daß man an kriegerische Absichten Serbiens gegen Österreich zurzeit nicht glaubte; über dem großen Landgewinne aus dem Balkankriege, den es erst zu verdauen galt, hatte man dort nach Ansicht des belgischen Gesandten zu Wien sogar die Frage Bosniens und der Herzegowina auf unbestimmte Zeit vertagt. Allerdings mußte für das Frühjahr mit dem Aufflammen von Bandenkämpfen an der bulgarischen Grenze gerechnet werden.

Zu gleicher Zeit deutete das Gelingen des deutsch-französischen Abkommens über Kleinasien auf eine Entspannung zwischen den beiden Mächten. Baron Beyens erkannte es in einem Berichte vom 20. Februar[3]) ausdrücklich an, daß der Abschluß dieses Abkommens Frankreich eine beträchtliche Betätigungs- und Einflußsphäre in Syrien sichere und dem persönlichen Eingreifen des Kanzlers v. Bethmann Hollweg zu verdanken sei. Freilich sei Frankreich für alle Zeiten von dem großen Unternehmen der Bagdadbahn ausgeschlossen, aber hierfür liege der Fehler an der

[1]) Bd. IV, S. 176 ff.
[2]) Bd. IV, S. 179/180 und S. 180 ff.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 111.

„kurzsichtigen Diplomatie des Quai d'Orsay, die eine Beteiligung der Banque Ottomane an dem Riesenwerke unmöglich machte". Mit Schärfe weist Beyens bei dieser Gelegenheit auf die unberechtigte, abfällige Kritik des Abkommens durch Tardieu, den politischen Redakteur des „Temps", hin, der „keine Gelegenheit versäume, die deutsche Politik und diejenigen anzugreifen, die es versuchen, auf wirtschaftlichem Gebiete eine Annäherung zwischen den beiden benachbarten Ländern herbeizuführen".

Beyens hatte den französischen Botschafter in Berlin, Cambon, gefragt, ob seiner Meinung nach das vom deutschen Kaiser stark geförderte Einvernehmen der beiden Staaten in Kleinasien wohl zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen beitragen werde. Darauf antwortete Cambon: „Ich glaube nicht, daß dieses Abkommen auf die Gefühle des großen Publikums beiderseits der Vogesen von Einfluß sein wird. *Die Sprache der französischen Presse den Deutschen gegenüber wird dadurch leider keine Änderung erfahren. Wir haben seit der Dreyfus-Affäre auch in Frankreich eine militaristische und nationalistische Partei, die um keinen Preis etwas von einer Annäherung an Deutschland wissen will, und die einen großen Teil der Zeitungen in ihrem aggressiven Tone bestärkt. Die Regierung müßte mit ihnen und der Partei, deren Sprachrohr sie sind, rechnen, falls sich wiederum ein ernster Zwischenfall zwischen den beiden Völkern ereignen sollte. Unbestreitbar wünscht die Mehrzahl der Deutschen und Franzosen, in Frieden zu leben. Aber in beiden Ländern träumt eine mächtige Minorität nur von Schlachten und Eroberungs- oder Revanchekämpfen. Darin liegt die Gefahr, neben der man wie neben einem Pulverfasse leben muß, dessen Explosion durch eine Unvorsichtigkeit hervorgerufen werden könnte*"[1]). Die hier dargelegten Äußerungen des letzten französischen Botschafters in Deutschland vor dem Kriege sollten eigentlich für jeden, der sich bemüht, vorurteilslos zu denken, schon zur Beantwortung der Frage genügen, ob man wirklich Deutschland mit der alleinigen Schuld am Ausbruche des Weltkrieges belasten darf.

Als mit Beginn der guten Jahreszeit Poincaré seine Rundreisen durch die verschiedenen Provinzen Frankreichs wieder aufnahm und den „Zauber seiner Persönlichkeit" mehr oder minder zur Entfachung des Chauvinismus benutzte, meldete Baron Guillaume aus Paris[2]), daß Poincaré schon seit dem Tage, an dem er als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung gestellt worden sei, systematisch eine militärische und nationalistische

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Paris, 10. März 1914; Belgische Aktenstücke, Nr. 112.

Politik betrieben habe. „Zusammen mit den Herren Delcassé, Millerand und einigen anderen predigte er unablässig die politische und militärische Wiederaufrichtung Frankreichs im Verein mit der Schaffung engerer und vertrauensvollerer Beziehungen zu Rußland. Er ging als Ministerpräsident nach Petersburg; in einigen Monaten wird er als Präsident der Republik dorthin zurückkehren. Er schickte kürzlich Herrn Delcassé dorthin, den er mit der Mission beauftragt hatte, mit allen Mitteln die Wohltaten des französisch-russischen Bundes zu unterstreichen und das große Kaiserreich zu einer Verstärkung seiner militärischen Vorbereitungen zu veranlassen"[1]).

Bedenklich war es für Deutschland, daß im März 1914 die persönlichen Beziehungen des Kaisers zum Zaren eine vorübergehende Trübung erfuhren. Baron Beyens berichtet am 14. März darüber nach Brüssel[2]), der Kaiser habe durch Kokowzow dem Zaren einige Ratschläge übermittelt, zu denen ihn seine längere Regierungserfahrung berechtigte; seine guten Absichten seien aber übel aufgenommen worden. Der Kaiser habe sich daraufhin bei einem Regimentsfeste zu einer zornigen Bemerkung gegen Rußland hinreißen lassen. Aber diese Wolke scheine zerstoben. Bei diesem Anlasse weist Beyens auch auf die kriegerischen Neigungen der deutschen Militärpartei, der Jugend und der Intellektuellen hin; der überraschende Erfolg der Wehrsteuer habe ihnen Nahrung gegeben. „Deutschland wußte gar nicht, daß es so reich sei."

So war es in der Tat. Deutschland wußte es nicht. —

Im März tauchte plötzlich in der „Nowoje Vremja" das Gerücht einer Bündnismöglichkeit zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich und England auf. Der „Temps" dementierte es sofort, und der belgische Gesandte in Petersburg fügt hinzu, es stimme schlecht mit den Anschauungen des russischen Auswärtigen Amtes überein; dieses sei Deutschland wenig geneigt[3]).

In Wirklichkeit zeigte gerade im Frühjahre 1914 der tatsächliche Gang der Ereignisse eine ganz andere Entwicklung. Die russische Armee wurde im tiefsten Geheimnis immer weiter verstärkt. Nach einem Berichte des Petersburger Gesandten vom 27. März[4]) bestätigte sich die Schaffung nicht nur eines vierten, sondern sogar eines fünften neuen russischen Armeekorps, nachdem im Vorjahre drei neue Korps aufgestellt worden waren. Zwanzig, vielleicht sogar fünfundzwanzig neue Kavallerie-Regimenter seien in der Bildung begriffen; für jedes Armeekorps komme eine neue Reserve-Division hinzu, und die Artillerie sei in die Lage gesetzt, die Zahl ihrer Brigaden im Kriegsfalle ohne weiteres zu verdoppeln. Bis jetzt habe man jährlich in Rußland über 1 200 000 Rekruten verfügt, aber nur etwa 450 000 eingestellt; jetzt werde diese

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Bd. IV, S. 183 ff.
[3]) Petersburg, 24. März 1914; Bd. IV, S. 185/186.
[4]) Bd. IV, S. 187.

Zahl auf 600 000 erhöht. So besitze Rußland im Kriegsfalle über fünf Millionen ausgebildeter Leute, eine Zahl, die sich in den nächsten Jahren noch erheblich steigern würde.

Bald darauf wußte Baron Beyens von einem erheblichen Anwachsen der kriegerischen Neigungen Rußlands zu berichten. Am 4. April machte er die schon erwähnte Betrachtung der „Novoje Vremja“ über die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen der Triple-Entente und Deutschland zum Gegenstande äußerst bemerkenswerter Ausführungen[1]). Niemand in Berlin, weder in der Presse noch in der diplomatischen Welt, habe an eine solche Möglichkeit geglaubt. Nach wie vor sei das Bündnis mit Österreich der feste und unerschütterliche Grundpfeiler der deutschen Politik seit Bismarck. Zu den tatsächlichen Gründen, diesem Bündnisse treu zu bleiben, habe Kaiser Wilhelm noch Gefühlsmomente gesellt, seine rücksichtsvolle Freundschaft, seine beinahe der Sohnesliebe ähnelnde Verehrung für den Kaiser Franz Joseph und seine Kameradschaft mit dem Erzherzog-Thronfolger. Eben jetzt hatte der deutsche Kaiser in Wien einen Besuch abgestattet und auf seiner Reise nach Korfu auch den Erzherzog in Miramar aufgesucht. Die Bemerkungen des belgischen Gesandten hierüber sind für uns zu wichtig, als daß sie hier nicht im Wortlaute folgen sollten. „Man braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen, um zu erfahren, was die beiden Monarchen und der Thronfolger sich bei diesen Begegnungen zu sagen gehabt haben. Die guten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland liegen so klar zutage und beruhen auf solchen politischen Notwendigkeiten, daß die Unterhaltungen zwischen ihren Souveränen keines Kommentars bedürfen. Das Zusammentreffen des Kaisers mit dem Könige von Italien war die natürliche Folge seines Aufenthaltes in Wien. Vielleicht ist die Annahme erlaubt, daß Wilhelm II. diese Gelegenheit benutzt hat, um Schwierigkeiten zu beseitigen oder Wolken zu zerstreuen, die sich aus den entgegengesetzten Interessen Österreich-Ungarns und Italiens in der Adria und in Albanien ergeben. Es ist die Pflicht[2]) Deutschlands, die Elastizität des herkömmlichen Bandes zu erhalten, das die Mitglieder des Dreibundes zusammenhält. Wilhelm II. hat sich selbst und immer mit Erfolg bei verschiedenen Anlässen dafür eingesetzt“[3]).

Mit lebhafter Besorgnis erfüllt den Berliner Gesandten die zunehmende Deutschfeindlichkeit in der russischen Armee. Er berichtet von der Ankunft der japanischen Militärmission in Deutschland. Diese hatte sich ganz betroffen über die feindlichen Gesinnungen der russischen Offiziere gegen Deutschland geäußert. „In den Regimentsmessen hatten die japanischen Offiziere ganz offen von

[1]) Bd. IV, S. 188/189. Auch dieser Bericht ist in Deutschland bisher kaum beachtet worden.

[2]) „le devoir“.

[3]) Vom Verfasser hervorgehoben.

einem nahe bevorstehenden Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland reden hören. Man sagte dabei, daß die Armee bereit sei, ins Feld zu rücken, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen[1]). Diese Feindseligkeit der russischen Offiziere gegen ihre deutschen Nachbarn[2]), mit denen sie seit 150 Jahren in Frieden leben, und diese Ausbrüche kriegerischer Gesinnungen haben bei den Japanern den Eindruck hinterlassen, daß ihre Gastfreunde jetzt, wo sie sich stark und kampfbereit fühlen, ihren wahren Seelenzustand erkennen lassen, und daß man darin den Haß gegen Deutschland liest."

„Zweifellos hat die Regierung des Zaren immer mit großer Sorgfalt darauf geachtet, das Deutsche Reich zu schonen und mit ihm in guten Beziehungen zu leben, und sie läßt sich auch ihre Politik nicht durch das militärische oder nationalistische Element vorschreiben; aber es ist doch gut, sich an die heute recht gut bekannten Ursprünge des japanischen Krieges zu erinnern. Es ist der Kreis des Großfürsten Wladimir und der an den koreanischen Unternehmungen interessierten Finanzleute, dem es gelang, den Zaren wider Willen zu diesem Abenteuer fortzureißen. Die in Rußland sich jetzt zeigende Feindseligkeit gegen Deutschland könnte daher der Aufrechterhaltung des Friedens gefährlich werden, wenn sie einen einflußreichen Dolmetscher in der Umgebung des Zaren fände"[3]).

Mit diesem Berichte vom 4. April 1914 halte man objektiv und leidenschaftslos zusammen, was wir über die Entstehung des russischen Mobilmachungsbefehls aus zuverlässigen Feststellungen inzwischen erfahren haben. Wo bleibt dann die deutsche alleinige Schuld am Ausbruche des Weltkrieges?

Bestrebungen, Rumänien in den Bannkreis der russischen Politik zu ziehen, über die Beyens am 7. April 1914 berichtete[4]), verstärkten noch die russische Gefahr für Deutschland. Er schiebt es Fehlern der österreichisch-ungarischen Diplomatie zu, daß in Rumänien tatsächlich seit dem Balkankriege eine gewisse Abneigung gegen die Mittelmächte zutage getreten war. Einflußreiche rumänische Politiker zeigten offen ihre Hinneigung zu Frankreich. In der von Rumänien gewünschten Aufrechterhaltung des Friedens von Bukarest und des Gleichgewichtes auf dem Balkan stimmten indes Deutschlands politische Ziele mit den rumänischen, wie Beyens ausdrücklich hervorhebt, durchaus überein.

---

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.

[2]) Die Festhaltung der deutschen Luftschiffer in Rußland, die im April versehentlich dort gelandet waren, trug dazu bei, die Spannung zwischen Deutschland und Rußland zu verschärfen. (Petersburg, 22. April 1914; Bd. IV, S. 192/193.)

[3]) Vom Verfasser hervorgehoben.

[4]) Bd. IV, S. 190 ff.

Der Frühjahrsbesuch des englischen Herrscherpaares in Paris gab am 24. April Beyens Veranlassung, sich mit den deutsch-französischen Beziehungen aufs neue zu beschäftigen. Er verurteilt die taktlosen Bemühungen gewisser französischer Publizisten, auf eine Umwandlung der französisch-britischen Entente cordiale in ein wirkliches Bündnis hinzuwirken. Ernest Lavisse hatte in einem Briefe an die „Times" die elsaß-lothringische Frage eine europäische und eine Weltfrage genannt. „Für die Deutschen", sagt Beyens[1]), „gibt es keine elsaß-lothringische Frage, wenigstens nicht in dem Sinne, wie es die Franzosen meinen, seitdem das Waffenglück diese alten germanischen Provinzen[2]) endgültig mit dem Deutschen Reiche wieder vereinigt hat. Bei ihnen gibt es nur Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Art und Weise, wie Elsaß-Lothringen zu verwalten ist, das nicht leicht zu regieren ist. Die einen sind für die starke Hand, die anderen für Milde. Die Deutschen sind überzeugt, daß England niemals zu den Waffen greifen wird, um Frankreich zur Wiedereroberung der verlorenen Provinzen zu verhelfen. Herr Cambon sieht wieder die Hand des Herrn Iswolski in diesem zwecklosen Feldzuge der russischen und französischen Zeitungen... Der französische Botschafter in Berlin hofft daher, daß der intrigante Diplomat bald den Zaren in London vertreten wird. Er wird sich dort davon überzeugen können, daß die öffentliche Meinung nichts dafür übrig hat, England seine Aktionsfreiheit durch einen förmlichen Vertrag einbüßen zu sehen, der sein Schicksal an das Rußlands und Frankreichs fesseln würde." Überhaupt bestehe bei der englischen radikalen Partei ein großer Widerwille gegen ein Bündnis mit Frankreich; ihre Sympathien gehörten vornehmlich Deutschland.

Unmittelbar in das Problem des Weltkrieges versetzt uns dann die Bemerkung des belgischen Gesandten über die voraussichtliche Haltung Englands im Kriege. „Für uns ist die interessanteste Frage, ... ob die britische Regierung heute ebenso wie vor drei Jahren geneigt wäre, im Falle eines Konfliktes Frankreichs mit Deutschland an dessen Seite zu treten. Wir hatten den Beweis dafür, daß die Mitwirkung der englischen Armee und die Entsendung eines Expeditionskorps auf den Kontinent von den Militärbehörden beider Länder ins Auge gefaßt worden war. Würde es heute noch ebenso sein, und müßten wir noch immer befürchten, daß englische Soldaten in Belgien einmarschieren, um uns in der Verteidigung unserer Neutralität dadurch beizustehen, daß sie sie von vornherein bloßstellen?" Vom deutschen Standpunkte aus, meint Beyens, — und das sei der einzige, den er einnehmen könne — müsse man diese Frage verneinen. In Berlin habe man den Eindruck, als sei vielleicht die Spitze der „Verteidigungswaffe" der Entente cordiale nicht mehr ausschließlich gegen Deutschland gerichtet, wie sie es zur Zeit des Königs Eduard war. Aber Beyens selbst äußert sogleich Zweifel, ob diese Auffassung auch wohl die richtige sei, und wünscht seine in Berlin gewonnenen

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 113.

[2]) „ces anciennes provinces germaniques."

Anschauungen mit denen seiner Londoner und Pariser Kollegen zu vergleichen.

Ein Pariser Bericht vom 25. April 1914[1]), der den glänzenden und herzlichen Empfang des englischen Königspaares durch die Stadt Paris lebhaft schildert, hebt denn auch hervor, daß die warmen Sympathiekundgebungen Frankreichs hauptsächlich dem Grundsatze der Entente cordiale gegolten und eine besondere Nahrung in dem Nationalismus, um nicht zu sagen Chauvinismus, gefunden hätten, „den die Leiter der Nation entfacht haben, um den Grundsatz des schwer drückenden Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit mit allen seinen persönlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen durchzusetzen". England wird sich nicht durch ein formelles Abkommen binden, das ist auch Guillaumes Überzeugung, ihm genügen die Abmachungen mit Frankreich in der tatsächlich bestehenden losen Form.

Am 8. Mai 1914 hält es indes Baron Guillaume für nötig, seinen Bericht über die Festlichkeiten anläßlich des englischen Königsbesuches in Paris, an denen er — Guillaume — infolge eines Trauerfalles nicht hatte teilnehmen können, durch die Äußerungen eines über die internationalen Zusammenhänge sehr gut unterrichteten Parisers zu ergänzen. Dieser Gewährsmann hob hervor, daß Frankreich auf England nicht unbedingt rechnen dürfe, zumal letzteres nicht aufhöre, mit Deutschland zu kokettieren. Ihn beunruhigte die dreijährige Dienstzeit in Frankreich; innerhalb von zwei Jahren werde man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen. Das bedrohlichste Moment aber sah er in dem Anwachsen des französischen Chauvinismus. „Unstreitig ist die französische Nation", heißt es in Guillaumes Berichte vom 8. Mai[2]), „in diesen letzten Monaten chauvinistischer und selbstbewußter geworden. Dieselben berufenen und sachverständigen Leute, die vor zwei Jahren sehr lebhafte Befürchtungen schon bei der Erwähnung von möglichen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, haben heute den Ton gewechselt; sie behaupten, des Sieges sicher zu sein, machen viel Aufhebens von den übrigens wirklich vorhandenen Fortschritten der Armee der Republik und behaupten gewiß zu sein, das deutsche Heer zum mindesten lange genug in Schach halten zu können, um Rußland Zeit zu gewähren, mobilzumachen, Truppen zusammenzuziehen und sich auf seinen westlichen Nachbar zu stürzen."

Die Reichstagsrede des Staatssekretärs v. Jagow vom 14. Mai 1914 über die auswärtige Politik findet bei Beyens eine verhältnismäßig gute Aufnahme[3]). Er erkennt an, daß die Rede in Frankreich einen guten Eindruck gemacht hat, findet aber Jagows Sprache gegen die russische Presse zu hart. Keine ausländische Regierung habe in Deutschland eine schlechtere Presse als die des Zaren, und an jedem Mittwoch behandle Dr. Schiemann in der „Kreuz-Zeitung" die russische Presse mit großer Schärfe.

---

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 114.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 115 und Bd. IV, S. 193 ff.
[3]) Berlin, 16. Mai 1914; Bd. IV, S. 197 ff.

Beyens nimmt an, daß Jagow mit seinen Worten gegen die russische Presse Rußland warnen will. Bei dieser Gelegenheit nimmt er ausgesprochen für Rußland Partei, wenn er sagt: „Heute beunruhigt man sich hier über die militärischen Vorbereitungen Rußlands, findet diese Verstärkungen übertrieben, ahnt weder ihre Absicht, noch ihren Zweck. Daher kommen diese Alternativen, die uns in der Sprache der Staatsmänner Deutschlands Rußland gegenüber erstaunen machen. Bald schont man es, um es zu der ehemaligen Freundschaft zurückzuführen; bald erhebt man den Ton, als wenn man es das Klirren des deutschen Säbels hören lassen will.“ Dieser Bericht stimmt weder mit Beyens eigenen früheren Auslassungen[1]), noch mit denen seiner Kollegen an anderen Höfen überein. Hier bereits kommt seine ausgesprochen unfreundliche Gesinnung gegenüber Deutschland zu unverkennbarem Ausdruck.

Während Ende Mai durch die Abreise des Prinzen von Wied aus Albanien erhebliche Schwierigkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Italien entstehen, welch letzteres für Essad Pascha Partei nimmt[2]), erregt in Paris anfangs Juni eine neue Ministerkrisis die Aufmerksamkeit der Diplomatie. Poincaré sucht durch Ribot ein neues Kabinett bilden zu lassen und wirkt mit allen Mitteln für die Annahme der dreijährigen Dienstzeit. „Ist es wahr,“ fragt Baron Guillaume in seinem Pariser Berichte vom 9. Juni[3]) besorgt, „daß das Petersburger Kabinett das Land zur Annahme des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit gedrängt hat und heute seine Aufrechterhaltung mit all seinem Gewichte verlangt? Es ist mir nicht gelungen, über diesen heiklen Punkt Aufklärungen zu erhalten, aber er wäre von um so ernsterer Bedeutung, als die Männer, die die Geschicke des Zarenreiches lenken, wissen müssen, daß die dem französischen Volke zugemutete Anstrengung zu groß ist und nicht lange andauern kann. Sollte sich daher vielleicht die Haltung des Petersburger Kabinetts auf die Überzeugung gründen, daß die Ereignisse nahe genug bevorstehen, um sich des Werkzeugs bedienen zu können, das es seinen Verbündeten in die Hand geben will?“[4])

Als dann am 11. Juni Graf Lalaing aus London über den Abschluß der Kabinettsbildung durch Ribot berichtet[5]), vermag er mitzuteilen, daß man sie in London mit großer Genugtuung aufgenommen habe, „denn man ist der Ansicht, daß nur die Anwendung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit die

[1]) Vgl. besonders den Bericht vom 4. April 1914, S. 199.
[2]) Wien, 27. Mai 1914; Bd. IV, S. 200 ff.
[3]) Belgische Aktenstücke, Nr. 116.
[4]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[5]) Belgische Aktenstücke, Nr. 117.

Republik in die Lage versetzen kann, den Verpflichtungen zu genügen, die sie an ihren Verbündeten, Rußland, oder an ihren Freund, England, binden"[1]).

Am 12. Juni widmet Baron Beyens der französischen Ministerkrisis einen ausführlichen Bericht[2]). Er meint darin anfangs, man überschätze in Deutschland die Tragweite des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich; deutscherseits wolle man darin den offenkundigen Beweis für Angriffsabsichten sehen. Wie aber beurteilt Beyens selbst diese für die Entscheidung der Schuld am Weltkriege wichtige Frage? Wir müssen das genau prüfen. Er sagt:

„Angesichts des Schauspieles, das uns Frankreich bietet, scheint es heute, als habe das Kabinett Barthou den Kräften und den Gefühlen des Landes zuviel zugemutet, indem es von ihnen die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit verlangte, und als hätten die Deutschen recht, dies zu glauben. Das französische Volk zeigte bei dieser Gelegenheit nicht die patriotische Aufopferung, von der es bei anderen Gelegenheiten Proben gegeben hat. Das liegt zweifellos an der Verbreitung sozialistischer Ideen in den unteren Schichten der Nation. Wie dem auch sei, man muß sich doch fragen, ob nicht das Kabinett Barthou und der Präsident der Republik allzu übereilt gehandelt haben; ob sie, über die wahren Absichten der kaiserlichen Regierung bei der Einbringung ihrer Gesetzesvorlage über die Heeresverstärkung im letzten Jahre schlecht unterrichtet, recht daran taten, Zug um Zug mit dem Gesetze über die dreijährige Dienstzeit zu antworten, anstatt sich zu vergewissern, ob die Verstärkung der deutschen Effektivbestände tatsächlich eine gegen Frankreich gerichtete Waffe war. Ich glaube endgültig[3]), daß, wie es Herr v. Bethmann Hollweg auf der Tribüne des Reichstages gesagt hat, die Gefahr eines Balkanbundes, der später einen großen Teil der österreichischen Kräfte lahmlegen könnte, der Hauptgrund für das deutsche Gesetz von 1913 gewesen ist. Wenige Wochen nach der Einbringung dieses Gesetzes hatte der Balkanbund zu bestehen aufgehört. Aber die kaiserliche Regierung befand sich einer neuen, von ihr nicht vorhergesehenen Gefahr gegenüber: der Einbringung eines Gesetzes über die Erhöhung der Präsenzstärke der französischen Armee, an die sich ein heftiger Feldzug gegen Deutschland gerichteter Reden und Zeitungsartikel anschloß. Das Ergebnis dieser von den Franzosen an den Tag gelegten Erregung

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 118 und Bd. IV, S. 202 ff.
[3]) „en définitive."

war eine größere Spannung in den Beziehungen zum benachbarten Kaiserreiche und das Aufkommen des Gedankens, der von den besten Köpfen dieses Landes fälschlicherweise verbreitet oder kritiklos hingenommen wird, daß der Krieg in naher Zukunft unvermeidlich ist, weil Frankreich ihn sehnlich wünsche und fieberhaft rüste, um sich darauf vorzubereiten"[1]).

„In Paris unterstellt man der kaiserlichen Regierung dieselben Absichten. Mehrere ihrer Mitglieder haben allerdings bisweilen unglückliche Aussprüche getan; so der Kriegsminister mit seinem Worte von der ‚blitzschnellen Offensive' und dem ‚unverhofften Angriff', der dem deutschen Heere den Sieg sichern solle. *Vielleicht handelt es sich auch heute nur um einen schrecklichen Irrtum der beiden Völker. Die Mehrheit des französischen Volkes will gewiß keinen Krieg, und Deutschland hat diesen Krieg nicht nötig. In wenigen Jahren wird ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen ihm und seinem Nachbarn nicht mehr möglich sein. Deutschland braucht sich nur zu gedulden, braucht nur in Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht dauernd weiter zu steigern, braucht nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Mitteleuropa zu herrschen. Die Herren Barthou und Poincaré hätten daher vielleicht besser daran getan, die Frage mit größerer Kaltblütigkeit zu prüfen, ob es kein besseres Mittel zur Wahrung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland gab, als diesen Wettbewerb in den Rüstungen und die Erhöhung der Präsenzstärken, deren Last ersteres nicht so lange zu ertragen fähig ist wie letzteres*"[1]).

„Ein anderer Vorwurf, den man den Anhängern der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich machen kann, ist der, daß sie unaufhörlich in die Erörterung über diese innere Frage Rußland hineinziehen, *Rußland, dessen politische Ziele undurchsichtig bleiben, Rußland, das den Zweibund zu seinem ausschließlichen Vorteile leitet, und das ebenfalls, ohne von Deutschland bedroht zu werden, seine Rüstungen in beängstigendem Maße vermehrt!*"[1])

Von belgischem Standpunkte aus, mit dieser Erörterung schließt Beyens seinen für uns unschätzbaren Bericht, kann man eigentlich nur den Sieg der radikalen Partei in Frankreich und die sich daraus ergebende Preisgabe des noch vom Kabinett Barthou herrührenden Militärgesetzes

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.

wünschen. Mehr als alles andere würde dieser Sieg dazu beitragen, von den Grenzen Belgiens die Gefahr eines Krieges fernzuhalten, dessen Folgen das Land fürchten müsse, einerlei wie sein Ausgang sei[1]). Auch würde die Preisgabe der dreijährigen Dienstzeit im Westen Europas voraussichtlich wieder eine dauerhaftere Lage schaffen.

Dieser von Beyens, gerade von Beyens, sieben Wochen vor dem Ausbruche der Feindseligkeiten erstattete Bericht bedarf keiner weiteren Hinzufügung. Nicht Deutschland ist es, das zeigt er uns klar, von dem eine Störung des europäischen Friedens zu erwarten steht. Denn Deutschland braucht keinen Krieg; in wenigen Jahren wird es ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Mitteleuropa herrschen, wenn es nur abzuwarten versteht. Aber die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich bedroht Europa.

Die wirkliche Kriegsgefahr ging vom Zweibunde aus. Er rüstete sich zu dem vernichtenden Schlage, auf den alle Vorbereitungen seit Jahrzehnten eingestellt waren. Dieses Urteil ist nicht etwa ein deutscherseits nachträglich konstruiertes, sondern es wird uns von dem belgischen Gesandten in Paris, dem Baron Guillaume, unmittelbar vor dem Eintritt der Katastrophe von Serajewo vermittelt.

In einem Rundschreiben des Brüsseler Außenministeriums vom 3. Juli 1914 heißt es auf Grund eines Pariser Berichtes vom 24. Juni[2]): „Frankreich und Rußland spielen wahrhaftig in diesem Augenblick ein sehr gefährliches Spiel. Sie steigern sich wechselseitig auf dem Wege der Rüstungen bis zum äußersten und geben sich — hauptsächlich Rußland — einem Bluff hin, der die ernstesten Folgen zeitigen könnte.“ Die Unzulänglichkeit der Verkehrsverhältnisse Rußlands, der ungenügende Ausbau seiner Eisenbahnen, die Rückständigkeit seines Verpflegungswesens sprächen eigentlich gegen eine Kriegsbereitschaft des riesigen Reiches. „Wie dem auch sei, die russischen Anstrengungen verursachen in Berlin ein tiefes Mißbehagen, und man drängt immer mehr auf die Vollendung der an der Weichsel unternommenen Arbeiten. In 1½ oder 2 Jahren wird Deutschland das vorgesehene Höchstmaß seiner Land- und Seestreitkräfte erreicht haben. Seine militärische Macht wird auch gewaltig sein, und man fragt sich, wie man es verhindern soll, davon Gebrauch zu machen.“

Baron Guillaume erwähnt sodann die Reise Poincarés nach Petersburg, wo er zweifellos zu stärkeren Rüstungen angestachelt habe, und die Entsendung Delcassés zu gleichem Zwecke. Alles dies müsse in Berlin

[1]) Diese Erörterungen über die für Belgien wünschenswerte Preisgabe des französischen Militärgesetzes hat das belgische Zirkular vom 25. Juni (Bd. IV, S. 202 ff.) gestrichen.

[2]) Bd. IV, S. 205/206.

beunruhigend wirken. „Niemand zweifelt an der friedliebenden Gesinnung des Kaisers Wilhelm; aber wie lange wird man noch auf diese Geistesrichtung zählen dürfen angesichts der drohenden Machenschaften Frankreichs und Rußlands und der Rückwirkungen, die sie auf die chauvinistischen und militaristischen Geister des Reiches ausüben"[1]). Das wisse man in Frankreich ganz genau, meint Guillaume, daß man im Kriegsfalle während der ersten zwei Monate den Hauptstoß der deutschen Armee auszuhalten haben werde; deshalb versammele man den Hauptteil der aktiven französischen Streitkräfte im Ostgebiete und entblöße die anderen Teile des Landes. Jetzt dürfe man annehmen, daß Frankreich an den Hauptpunkten über mehr Soldaten verfügen würde als der Gegner. Wie aber solle man diese enormen Menschenmassen bewegen und ernähren? Diese Fragen würden gegenwärtig studiert und gäben zu zahlreichen Besprechungen der militärischen Autoritäten Anlaß.

Halten wir als Gesamtergebnis dieses Berichtes den Satz fest, womit der belgische Gesandte sein Schreiben einleitet: Frankreich und Rußland spielen in Wahrheit gegenwärtig ein sehr gefährliches Spiel; sie arbeiten auf einen Bluff hin, der die verhängnisvollsten Wirkungen zeitigen könnte.

Vier Tage später erlag der österreichisch-ungarische Thronfolger mit seiner Gemahlin in Serajewo dem tückischen Anschlage serbischer Mörder. Alle Welt teilte den Abscheu über diese Tat, und Baron Beyens, der am 2. Juli[2]) die österreichischen Forderungen gegenüber Serbien als über die gewöhnlichen Rechtsgrundsätze hinausgehend bezeichnet, kann doch nicht umhin anzuerkennen, daß die Entrüstung über die schreckliche Tat eine scharfe Genugtuung begreiflich erscheinen läßt. Die Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Polizeibeamten bei den Nachforschungen nach den Mördern auf serbischem Gebiete scheint ihm zwar weitgehend, aber er weist doch auf den „berechtigten Zorn der Regierungen in Wien und Budapest und auf die starken antiserbischen Kundgebungen" in österreichischen Städten entschuldigend hin.

In einem gleichfalls vom 2. Juli datierten Berichte[3]) beschäftigt sich Beyens mit der Rolle, die der ermordete Erzherzog in der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns gespielt habe. Die Urteile der Berliner Presse zusammenfassend, zeichnet er den Ermordeten als eine geschlossene Persönlichkeit, als einen Feind äußerlicher Kundgebungen und rednerischer Ergießungen. Man hatte ihm die Absicht nachgesagt, die slawischen Bestandteile der Donaumonarchie zu einem slawischen Königreiche zusammenzufassen. Für die Schaffung eines unabhängigen Albaniens soll

[1]) Vom Verfasser hervorgehoben.
[2]) Belgische Aktenstücke, Nr. 119.
[3]) Bd. IV, S. 207 ff.

er weniger eingetreten sein als die italienische Regierung, die hartnäckig jedes Mittel ergriff, um den Serben den erstrebten Zugang zur Adria zu verwehren. In einem unabhängigen Albanien erblickte damals das römische Kabinett einen Schutzdamm gegen eine weitere Ausbreitung des Slawentums nach Westen.

Im ganzen empfand man nach Beyens' Urteil in Berlin den Tod des Erzherzog-Thronfolgers als eine Schwächung des Dreibundes. Ebenso urteilte — mit kaum verhüllter Genugtuung — auch die russische Presse. Über das Verhältnis des Kaisers Wilhelm zu dem Ermordeten äußert sich Beyens dahin, daß er nach und nach einen großen Einfluß auf den Thronfolger gewonnen habe. Manchmal habe sich wohl der Schüler undiszipliniert gezeigt, „aber die Ratschläge der Klugheit, eingegeben durch Weisheit und Erfahrung, hatten schließlich obgesiegt". Und so hatte der Kaiser nicht nur den Verlust seines treuen Freundes, sondern auch des Schülers, den er sich herangezogen, aufs tiefste zu beklagen. Wie hoch er diese Freundschaft eingeschätzt habe, meint Beyens, dafür sei die zwischen Fürsten nicht übliche Häufigkeit ihrer Begegnungen und Unterhaltungen ein Beweis gewesen.

So schließt denn die belgische Berichterstattung über die europäischen Vorgänge vor Ausbruch des Weltkrieges, soweit sie uns zugänglich geworden ist, mit einer persönlich gefärbten, sympathischen Würdigung des Deutschen Kaisers und des Verlustes, den er durch die Mordtat von Serajewo erlitten. Wir stehen am Ziele.

Schlußwort

Was sagen uns nun die belgischen Dokumente, deren lange Reihe wir an uns haben vorüberziehen sehen, zu der in Versailles formulierten Schuldfrage?

Im Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages heißt es: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Zur Untersuchung der Verantwortlichkeitsfrage hatte die Vorfriedenskonferenz in ihrer Vollsitzung vom 25. Januar 1919 beschlossen, eine aus fünfzehn Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen; Belgien, Griechenland, Polen, Rumänien und Serbien entsandten je einen Vertreter in diese Kommission, Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan ernannten mehrere Mitglieder. In einem von dieser Kommission der Vorfriedenskonferenz vorgelegten Berichte über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges heißt es ausdrücklich, „daß die Verantwortung in vollem Umfange den Mächten zukommt, die ihn erklärt haben, um einer Angriffspolitik zu dienen, deren Verheimlichung dem Ursprunge dieses Krieges den Charakter einer geheimen Verschwörung gegen den europäischen Frieden verleiht. Diese Verantwortung lastet: erstens auf Deutschland und Österreich, zweitens auf der Türkei und Bulgarien. Sie verschärft sich durch die von Deutschland und Österreich verübte Verletzung der von ihnen garantierten Neutralität Luxemburgs und Belgiens. Sie verschärft sich endlich in bezug auf Frankreich und Serbien durch die den feindlichen Kriegserklärungen vorangegangenen Grenzverletzungen"[1]).

Für die Entscheidung dieser für Deutschlands Zukunft auf Generationen hinaus wichtigsten Frage ist es nun von der allergrößten Bedeutung, daß die Entente-Kommission es sorgfältig vermieden hat, mit ihrer Beweiserhebung für Deutschlands „vorgefaßte Absicht, Krieg führen zu wollen", weiter zurückzugehen, als bis auf den bekannten Besuch des Königs von Belgien beim deutschen Kaiser im

---

[1]) Weißbuch, betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am Kriege (herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Berlin, Juni 1919), S. 19.

Herbste 1913 anläßlich der Jahrhundertfeier des 16. Dragonerregiments in Lüneburg, dessen Chef der König der Belgier war. Damals hatte eine Unterredung zwischen dem letzteren und dem Generalstabschef, General v. Moltke, im Neuen Palais zu Potsdam stattgefunden, bei der Kaiser Wilhelm II. nicht zugegen war. General v. Moltke hatte bei dieser Gelegenheit seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, Deutschlands Heer werde sich dem französischen an Ausbildung und innerem Werte überlegen zeigen, wenn es einmal zu einem Zusammenstoße kommen sollte. Diese Äußerungen in Verbindung mit anderen des deutschen Kaisers, über die Baron Beyens seinen französischen Kollegen in Berlin alsbald unterrichtete[1]), und die dieser schleunigst nach Paris weitergab, sind das Einzige, worauf die erwähnte Kommission in ihrem grundlegenden Berichte hinzuweisen vermag, um darzutun, daß der deutsche Kaiser „schon viele Monate vor der im Juli 1914 zum Ausbruch gekommenen Krisis aufgehört habe, als Schutzherr des Friedens aufzutreten". Dieser einzige Vorgang genügt ihr als Beweis für Deutschlands „vorgefaßte Absicht, Krieg führen zu wollen". Sie verzichtet darauf, Deutschlands Schuld aus der weiteren politischen Vorgeschichte des Weltkrieges erweisen zu wollen, und geht unmittelbar auf die Ereignisse nach dem 28. Juni 1914 über.

Über diese letzteren Vorgänge geben uns die belgischen Dokumente nichts, da sie mit dem 2. Juli abschließen. Sie bestätigen aber den Grundgedanken der deutschen Politik in der kritischen Zeit, als den wir nach Kenntnis aller inzwischen veröffentlichten Beweisstücke erkennen, Österreichs — auch deutscherseits für nötig gehaltene — Abrechnung mit Serbien örtlich zu begrenzen, einen Weltkrieg aber unbedingt zu vermeiden. Von einem solchen hatte Deutschland nichts zu erhoffen, alles zu fürchten. Rußlands Mobilmachung hat ihn entfesselt. Schon seit Monaten rüstete Rußland zum Kriege. Die belgischen Gesandten wußten es und berichteten darüber. Zahllose andere Beweisstücke erhärten es. Die dem Zweibunde von seiner Entstehung an innewohnende offensive Grundrichtung entfesselte den Weltbrand.

Die Beweggründe für das Verfahren der Entente in Versailles liegen klar zutage. Sie ist sich dessen bewußt, daß eine Schuld am Ausbruche des Weltkrieges Deutschland nicht nachzuweisen ist, wenn man die gesamte politische Entwicklung der Jahrzehnte vor dem Weltkriege mit heranzieht. Sie vermeidet es daher, von diesen Dingen auch nur zu sprechen. Das Gespräch anläßlich des belgischen Monarchenbesuches in Potsdam, unmittelbar darauf die Erwähnung der Untat von Serajewo und dann sofort eine umständliche Erörterung der verwickelten Vorgänge bis zum Kriegsausbruche: das ist die Beweisführung, mittelst deren die Siegerstaaten die alleinige Schuld Deutschlands und seiner Verbündeten zu begründen suchen.

---

[1]) Vgl. meine bei Hans Robert Engelmann, Berlin, 1919 erschienene Schrift: „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität", S. 11 ff.

An diesem Punkte gilt es einzusetzen. Wollen wir den Schuldspruch von Versailles als einen Justizmord erweisen, so müssen wir es durch Werbung immer neuer Bundesgenossen in der Welt — und deren sind zu finden — dahin bringen, daß die Unhaltbarkeit dieses Verdiktes nicht etwa nur in juristischem Sinne, sondern auch vom Standpunkte des einfachsten gesunden Menschenverstandes aus niemandem mehr verborgen bleibt. Wir müssen die Erörterung von der alleinigen Betrachtung der Tage nach Serajewo auf die Erforschung der eigentlichen inneren Gründe des Weltkrieges hinlenken und hierfür die belgische Berichterstattung als Kronzeugen anrufen. Lassen wir sie ohne jede Übertreibung und Schönfärberei in ihrer ganzen Ursprünglichkeit auf uns und auf die anderen wirken; sorgen wir vor allem dafür, daß zunächst einmal jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau mit dieser Beurteilung sich vertraut macht. Dann wird allmählich aus tieferer Erkenntnis der wahren Zusammenhänge unseres Schicksals eine größere nationale Geschlossenheit unseres Denkens erwachsen, und auch im Auslande wird sich nach und nach die Erkenntnis durchsetzen, daß man mit Deutschlands Versklavung nicht der Sache der Gerechtigkeit, sondern der Lüge dient.

Noch lagert überall auf der haßvergifteten Welt Irrtum und Finsternis. Einmal aber wird die Dämmerung weichen, und dann soll auch unserem tief gedemütigten Vaterlande die Sonne wieder leuchten.

Nachschrift

Während der letzten Drucklegungs-Arbeiten an dem vorliegenden Werke lernte ich die Schriften des Dr. Richard Grelling „J'accuse", „Das Verbrechen" (drei Bände) und sein 1918 bei Payot & Co. in Lausanne erschienenes Buch „Belgische Aktenstücke. Vom Verfasser des Buches J'accuse" kennen. Es ist mir lieb, von diesen Schriften während der Entstehung meiner eigenen Arbeit keine Kenntnis gehabt zu haben. Ich hätte es kaum vermeiden können, meine Darlegungen gelegentlich auf die Abwehr der Grellingschen Ausführungen einzustellen, die — ohne Kenntnis meiner fünfbändigen Publikation „Zur europäischen Politik" — den Zweck verfolgen, den Nutzen der 119 im Jahre 1915 vom Auswärtigen Amte herausgegebenen belgischen Gesandtschaftsberichte für Deutschland in sein Gegenteil zu verkehren.

Dr. Richard Grelling, dieser Vorkämpfer für die Sache der Entente mit deutschem Namen, wendet ein Buch von 280 Druckseiten an die Bemühung, den Wert der belgischen Gesandtenurteile für Deutschland herabzumindern. Er geht von dem Gedanken aus, daß es seitens der Entente ein Fehler sei, die sogenannten „Belgischen Aktenstücke" mehr oder weniger mit Stillschweigen zu übergehen.

> „Durch Ignorierung von Argumenten macht man sie nicht tot. Man gibt im Gegenteil der anderen Partei den Einwand in die Hand: man schweige tot, weil man sich getroffen fühle und die Gegenargumente nicht widerlegen könne... Die belgische Regierung vor allem wäre berufen gewesen, die deutsche Publikation einer kritischen Untersuchung zu unterziehen, auf ihre Mängel und Lücken hinzuweisen, diese nach Möglichkeit auszufüllen, die Urteile ihrer Gesandten nach Zeit, Umständen und Persönlichkeiten zu erklären und zu begründen, — kurz, dem auf den ersten Blick ungünstigen[1]) Bilde, das die deutsche Publikation schafft, ein aufklärendes und ergänzendes Gegenbild gegenüberzustellen, das den einseitigen Eindruck jener Publikation abzuschwächen oder gänzlich zu verwischen geeignet ist".

Grelling beklagt sodann nochmals ausdrücklich, daß weder die belgische noch eine der Entente-Regierungen etwas Derartiges unternommen hat; deshalb habe er sich der mühsamen Arbeit unterziehen müssen. Er betont, keine Regierung habe ihn zu seiner Arbeit angeregt, ihn unterstützt oder mit Material versorgt: er müsse daher seine Schlußfolgerungen auf das beschränken, „was die Dokumente enthalten und was sie nicht enthalten". Zur Ergänzung stützt er sich auf die beiden belgischen Graubücher von 1914 und 1915 und auf das 1915 erschienene Buch des späteren belgischen Ministerpräsidenten, Barons Beyens, „L'Allemagne avant la guerre"[2]).

---

[1]) für die Entente ungünstigen.

[2]) Dieses Buch sollte in Deutschland bekannt werden, da es die Stimmung der uns feindlichen Welt auf das nachhaltigste beeinflußt hat.

Ich würde der Arbeit des Dr. Grelling zuviel Ehre antun, wenn ich mich mit ihr im einzelnen auseinandersetzte. Hingegen scheint es mir unerläßlich, das Hauptergebnis der Grellingschen Untersuchung über die „Belgischen Aktenstücke“ meinen Lesern mitzuteilen, damit sie selbst zu urteilen vermögen, in wieweit durch Grellings Behauptungen etwa auch der Wert der belgischen Gesamtdokumente, wie sie in meinem Buche bearbeitet sind, beeinträchtigt wird.

Mit Recht beanstandet zunächst Grelling, daß die vom Berliner Auswärtigen Amt herausgegebene Sammlung nur Berichte aus den drei Hauptstädten Berlin, Paris und London, keinen einzigen Bericht aus Wien, Petersburg und Rom enthalte. Er meint ferner, die Berichte aus den drei erstgenannten Hauptstädten seien nicht vollständig, und man habe sie nach dem Gesichtspunkte ausgewählt, alles für Deutschland Günstige der Öffentlichkeit zu unterbreiten, alles Ungünstige aber zu unterdrücken. „Hätte man bei der Zusammenstellung der zu publizierenden Gesandtenberichte nicht diese Fälschungstendenz gehabt, so würde man aus allen sechs Hauptstädten charakteristische Berichte — meinetwegen nach parteiischer Auswahl — reproduziert, aber nicht ausschließlich Berliner, Pariser und Londoner Stimmungsbilder gebracht haben.“ Grelling verneint, daß Offensivabsichten der Ententemächte gegen die Zentralmächte aus den Dokumenten gefolgert werden könnten. Der Zweck des Zusammenschlusses der Entente sei keineswegs die wirtschaftliche, politische oder gar militärische Zerschmetterung Deutschlands gewesen, sondern nur die Schaffung eines diplomatisch-militärischen Gegengewichtes zum Schutze vor Übergriffen und Gefahren, die — nach der Ansicht und Befürchtung der Entente-Regierungen — dem europäischen Frieden und Gleichgewichte von deutscher Seite drohten. Nicht die Herstellung eines Übergewichtes der Ententemächte, sondern die Herstellung des Gleichgewichtes in Europa seien Zweck und Ziel des Dreiverbandes gewesen. Über die Krisis, die zu dem jetzigen europäischen Kriege geführt habe, enthielten die belgischen Gesandtenberichte nichts, da sie lange vor dem österreichischen Ultimatum an Serbien abschlössen. Bei schärferem Nachdenken wird Grelling den deutschen Besatzungsbehörden in Belgien keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie keine hochpolitischen belgischen Dokumente aus den letzten Tagen und Wochen vor dem Kriegsausbruche aufgefunden haben und folglich auch nicht publizieren konnten, denn in jedem Staate und bei jeder Behörde pflegen sich die jüngsten Eingänge noch in Bearbeitung zu befinden und bei einem Ortswechsel mitgenommen zu werden. Über die „akute Krisis“ bringen uns die „belgischen Dokumente“ natürlich nichts. Was aber haben sie uns über die Schuld an der seit Jahrzehnten unbestreitbar über Europa lagernden Spannung zwischen den Großmächten zu sagen?

Da ist es für die Vertretung des deutschen Standpunktes doch ungemein wichtig, daß Dr. Grelling sich hier — wohlverstanden nur auf Grund der 119 ihm bekannten belgischen Gesandtschaftsberichte — in sichtbarer Verlegenheit befindet. Er sagt[1]):

> „Das einzige, was aus den Berichten hervorgeht, ist die Feststellung einer jahrelang vorhandenen, sich beständig steigernden Spannung zwischen den Großmächten. Die belgischen Gesandten werfen selbstverständlich an vielen Stellen ihrer Berichte die Frage auf: Wer ist an dieser Spannung schuld? Wer ist mehr, wer ist weniger schuld daran? Selbst wenn diese Fragen zum Nachteil der Ententemächte, zum Vorteil Deutschlands und Österreichs beantwortet würden, so würde aus dieser Beantwortung noch nicht die Berechtigung Deutschlands fließen, die diplomatische Spannung auf kriegerischem Wege zu lösen, den gordischen Knoten zu zerhauen, anstatt ihn zu entwirren. ...Meine

[1]) S. 272.

Auszüge ergeben, daß man selbst aus dieser lückenhaften deutschen Aktensammlung mindestens ebenso viel für die Schuld der Zentralmächte an der europäischen Spannung, wie für die Schuld der Ententemächte herausfinden kann. Selbst wenn wir nur die von der deutschen Regierung publizierten 119 Gesandtenberichte in Betracht ziehen, — selbst wenn wir von allen begründeten Einwendungen gegen die deutsche Aktensammlung absehen wollten, so würden wir im ungünstigsten Falle doch immer nur zu folgendem Resultat kommen: An der europäischen Spannung in den Jahren vor Ausbruch des Krieges würden alle Großmächte, die des Dreibundes wie die des Dreiverbandes, ungefähr die gleiche Schuld tragen. Für den Ausbruch des europäischen Krieges dagegen würden die Zentralmächte nach wie vor die Alleinverantwortlichen bleiben. Die Schuld aus der entfernteren Vorgeschichte des Krieges wäre kompensiert, die Schuld aus der unmittelbaren Vorgeschichte würde ein Debetsaldo ausschließlich zu Lasten der Zentralmächte übrig lassen".

Dabei bleibt uns Dr. Grelling die Antwort dafür schuldig, wie man aus den 119 mit dem 2. Juli 1914 abschließenden Gesandtenberichten einen Schluß für den Kriegsausbruch selbst, der 4 Wochen später eintrat, zu ziehen vermag.

Grelling führt weiter aus, daß das Ergebnis für Deutschland und Österreich sich dann verschlechtere, wenn man alle zur Verfügung stehenden Beweismittel zur Prüfung der Frage heranziehe. Dann erkenne man, daß Deutschland und Österreich „auch die weit überwiegende Schuld an dem Spannungszustande tragen, der den Boden für diesen Krieg vorbereitet und seinen Ausbruch ermöglicht hat". Wörtlich fährt er fort:

„Dieses Schuld-Übergewicht auf seiten der Zentralmächte würde höchstwahrscheinlich auch aus den belgischen Gesandtschaftsberichten hervorgegangen sein, wenn man die Berichte in ihrer Gesamtheit, aus sämtlichen Hauptstädten und ohne tendenziöse Auswahl, publiziert hätte. Aus diesem unverfälschten Gesamtbilde würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die entferntere „Vorgeschichte des Verbrechens" — an Stelle der jetzigen scheinbaren Kompensation der verschiedenen Konten — ein ungeheures Debetsaldo zu Lasten Deutschlands und Österreich-Ungarns ergeben haben".

Der Leser meines Buches wird hierüber anderer Meinung sein, vielleicht auch Herr Dr. Grelling selbst, wenn es ihm der Mühe wert erscheint, seine Kenntnis der belgischen Gesandten-Urteile zu erweitern.

Den ihm bekannten 119 Berichten stellt Grelling sodann die in den belgischen Graubüchern 1 und 2 abgedruckten diplomatischen Schriftstücke gegenüber und folgert aus ihnen, daß sie Deutschlands und Österreichs Alleinschuld am Weltkriege bewiesen. Wenn die belgischen Diplomaten für die „Vorgeschichte des Verbrechens" glaubhaft seien, so müßten sie auch für die „Geschichte des Verbrechens" glaubhaft sein. Und so folgert er:

„Deutschland und Österreich sind allein und ausschließlich schuldig, bewußt und vorbedacht den europäischen Krieg herbeigeführt zu haben... Wenn jetzt die Beyens, Lalaing, Guillaume, die die deutsche Regierung als Entlastungszeugen selbst herbeigerufen, in geschlossener Reihe mit ihren anderen Kollegen als Anklagezeugen gegen Deutschland vor den Schranken des Weltgerichts erscheinen, so haben die Angeschuldigten, die so unüberlegt ihre Eideshelfer sich ausgesucht, sich selbst die Schuld daran zuzuschreiben".

Dr. Grelling hat, um es noch einmal zu sagen, in seinem 1918 erschienenen Buche nur die 119 belgischen Gesandtschaftsberichte zum Gegenstande seiner Untersuchungen machen können. Sein Erstaunen wird nicht gering sein, wenn er aus der fünfbändigen

Dokumentensammlung „Zur europäischen Politik“ entnimmt, daß sie kein „ungeheures Debetsaldo zu Lasten Deutschlands und Österreichs“ ergibt. Daß es im übrigen eine durch nichts zu rechtfertigende Ungerechtigkeit ist, bei der Prüfung der Schuldfrage den Hauptnachdruck auf die akute Krisis, also auf die Zeit zwischen dem Morde von Serajewo und dem Ausbruche des Weltkrieges, zu verlegen, dafür wird ihm vielleicht inzwischen die Erkenntnis aufgegangen sein, nachdem die von ihm so wirksam vertretene Entente den sogenannten Vertrag von Versailles einzig und allein mit der Schuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Weltkriege begründet hat.

42 Jahre Zwangsarbeit unseres ganzen Volkes, das ist es, was Frankreich zur Wiedergutmachung seiner Kriegsverluste von uns verlangt. Und ein Mann mit deutschem Namen hat ihm dabei Vorspanndienste geleistet. Er hat seinen Lohn dahin: am 26. Dezember 1919 grüßte in der französischen Kammer Renaudel **„den heldenmütigen Verfasser von J'accuse“!**

Bad Pyrmont, 8. Februar 1921.

B. Schwertfeger



Die Geschichte der Friedensverhandlungen

Erste Reihe: Compiègne, Spa, Trier, Brüssel und Luxemburg

Materialien, betreffend die Waffenstillstandsverhandlungen

Amtlicher Text / Autorisierte Ausgabe / Acht Teile

1. Teil: **Das Ende des Weltkrieges.**
2. Teil: **Die Verlängerungen des Waffenstillstandes.**
3. Teil: **Die finanziellen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages.**
4. Teil: **Die Vereinbarung über die Lieferung von Lebensmitteln und ihre „Erfüllung“ durch die Entente.**
5. Teil: **Das Luxemburger Abkommen vom 25. Dezember 1918.**
6. Teil: **Die Rückgabe von Maschinen und Material an Belgien und Frankreich.**
7. Teil: **Der Durchzug der polnischen Armee Haller durch deutsches Gebiet.**
8. Teil: **Die Deutsche Waffenstillstandskommission.** Bericht über ihre Tätigkeit vom Abschluss des Waffenstillstandes bis zum Inkrafttreten des Friedens.

Zweite Reihe: Versailles

Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen

Amtlicher Text / Autorisierte Ausgabe / Dreizehn Teile

1. und 2. Teil: **Der Notenkampf um den Frieden in Versailles.**
3. Teil: **Die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensverhandlungen der alliierten und assoziierten Mächte.**
4. Teil: **Manteinote und Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenvorschläge,** einschließlich des Abkommens über die besetzten Gebiete.
5. Teil: **Zusammenstellung der von den alliierten und assoziierten Regierungen infolge der deutschen Gegenvorschläge vorgenommenen Änderungen des ursprünglichen Wortlautes der Friedensbedingungen.**
6. Teil: **Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege.**
7. Teil: **Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten.** Ausgabe in drei Sprachen (deutsch-französisch-englisch).
8. Teil: **Der Friedensvertrag.** Amtliche deutsche Übertragung.
9. Teil: **Der Notenwechsel von der Überreichung des Ultimatums der alliierten und assoziierten Mächte bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.**
10. Teil: **Vollständiges Sachverzeichnis zum Friedensvertrage.**

1. Beiheft: **Die amtlichen Karten zum Friedensvertrage.**
2. Beiheft: **Die Pariser Völkerbundakte und die Gegenvorschläge der deutschen Regierung.**
3. Beiheft: **Die Vereinbarung, betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande.** In drei Sprachen.
4. Beiheft: **Die deutsche Note über Schleswig**

Die **„Materialien, betreffend die Waffenstillstandsverhandlungen“** umfassen den ganzen Verlauf der Verhandlungen, von der Überreichung der feindlichen Bedingungen an bis zum völligen Abschluß der Arbeiten der „Wako“. Die ersten Hefte enthalten die weltgeschichtlich höchst bedeutsamen Niederschriften der zwischen dem damaligen Staatssekretär Erzberger und Marschall Foch sowie den beiderseitigen Mitarbeitern geführten Verhandlungen über den Waffenstillstand und die verschiedenen Fristverlängerungen. Es folgen die Berichte über die Beratungen der Finanz-, Lebensmittel-, Schiffahrts- usw. Kommissionen. Der letzte Band enthält die offizielle Ausgabe des Schlußberichtes über die gesamte Tätigkeit der „Wako“ im Laufe ihrer Wirksamkeit.

Die **„Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen“** enthalten das gesamte gedruckte Material, das sich aus den in Versailles zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten geführten schriftlichen Verhandlungen ergab, dazu einige notwendige Ergänzungen, sämtliche Teile in den endgültigen amtlichen Texten.

Beide Sammlungen stellen die einzig existierende vollständige Zusammenstellung aller dieser Aktenstücke und Berichte dar und bilden im Zusammenhange eine vollständige Geschichte der Verhandlungen, die den Weltkrieg beendeten.

Die jeweils gültigen Ladenpreise nennen die Buchhandlungen / Auf Wunsch erteilt der Verlag selbst jede Auskunft / Über die einzelnen Gruppen der Verlagserscheinungen stehen Sonderprospekte zur Verfügung

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. / Berlin W 8 / Unter den Linden 17-18

